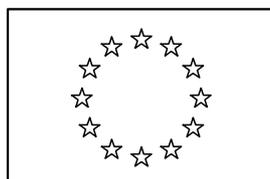


Jahresbericht 2006  
Operationelles Programm  
Brandenburg 2000 - 2006



Jährlicher Durchführungsbericht gemäß Art. 37 der VO (EG) Nr. 1260/1999 zum Operationellen Programm Brandenburg 2000 - 2006, CCI: 1999 DE 16 1 PO 005, Entscheidung (KOM) C (2000) 43000 vom 29.12.2000 zuletzt geändert durch K (2005) 5043 endg. vom 14.12.2005

Billigung durch den Begleitausschuss gemäß Art. 35 e) der VO (EG) Nr. 1260/1999 ist am 14.06.2007 erfolgt.

---

## Inhaltsverzeichnis

## Seitenzahlen

O	Einleitung .....	6
A 1	Beschreibung der sozioökonomischen Lage sowie der regionalen und sektoralen Entwicklungstendenzen.....	7
A 2	Beschreibung/Angabe der Kohärenz der einzelnen Fonds untereinander sowie mit den Interventionen der sonstigen Finanzinstrumente.....	31
B	Stand der finanziellen Abwicklung – OP nach Schwerpunkten und Maßnahmen .....	33
C	Stand der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen jeden einzelnen Fonds bezogen auf die jeweils spezifischen Ziele .....	36
D 1	Angaben zur Tätigkeit des Begleitausschusses sowie zur Partnerschaft, Funktionsweise des Begleitsystems, der Bewertung und Finanzkontrolle einschließlich der Vorkehrungen für die Datenerfassung .....	81
D 2	Darstellung etwaiger Probleme und Lösungen bei der Begleitung und Verwaltung der Intervention	88
D 3	Kurze Schilderung der angetroffenen Unregelmäßigkeiten und Schritte, die unternommen wurden, diese zu beseitigen .....	89
D 4	Programmanpassungen, insbesondere der EzP .....	91
D 5	Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Information und Publizität .....	97
E	Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der anderen Gemeinschaftspolitiken; Angaben zum integrierten Einsatz der Fonds.....	107
F	Stand der Durchführung und der finanziellen Abwicklung von Großprojekten, soweit relevant.....	124

## Tabellenverzeichnis

- Tabelle 1: Gesamtzahl der Auszubildenden in den einzelnen Bereichen
- Tabelle 2: Gesamtzahl der Auszubildenden im 1. Ausbildungsjahr nach Ausbildungsbereichen
- Tabelle 3: Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen 2001 bis 2005
- Tabelle 4: Umweltschutzinvestitionen von Betrieben im Land Brandenburg 2001 - 2003
- Tabelle 5: Übersicht Soll - Ist - Vergleich des ESF - Mitteleinsatzes 2000 - 2006
- Tabelle 6: Übersicht zum finanziellen Umsetzungsfortschritt nach Maßnahmebereichen 2000 - 2006
- Tabelle 7: Übersicht zum finanziellen Umsetzungsfortschritt nach einzelnen Maßnahmen 2000 – 2006
- Tabelle 8: Anzahl der Begünstigten in den Maßnahmen des Schwerpunktes 5

## Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1 Strukturwandel im Land Brandenburg
- Abbildung 2 Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Land Brandenburg, 1995 - 2006
- Abbildung 3 Entwicklung der Arbeitslosenquote in Brandenburg
- Abbildung 4 Vergleich der Arbeitslosenquote 2006 in Prozent (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)
- Abbildung 5 Unzerschnittene Freiräume in Deutschland 2001
- Abbildung 6 Entwicklung des Mittelabflusses seit 2001
- Abbildung 7 Veränderung des Soll – Ist bei der finanziellen Umsetzung des ESF zum Vorjahr

## Anlagenverzeichnis

- Anlage 1      Finanztabelle für den jährlichen Durchführungsbericht
- Anlage 2      Kumulierte Finanztabelle für den jährlichen Durchführungsbericht, aufgeschlüsselt nach Schwerpunkten und Maßnahmen
- Anlage 3      Auszahlungsstand 2006
- Anlage 4      Kumulierter Auszahlungsstand 2000 - 2006
- Anlage 5      Übersicht zur Auswertung der Monitoring-Daten n+2
- Anlage 6      Übersicht über die quantifizierten Ziele des EFRE (SP I bis III)
- Anlage 7      Quantifizierte Indikatoren ESF (geförderte Teilnehmerinnen und Teilnehmer 2000 - 2006)
- Anlage 8      Quantifizierte Indikatoren ESF (geförderte Teilnehmerinnen und Teilnehmer) 2006
- Anlage 9      Übersicht Technische Hilfe, geordnet nach Fonds
- Anlage 10a      Übersicht über beihilferelevante Richtlinien EFRE
- Anlage 10b      Übersicht über beihilferelevante Richtlinien ESF
- Anlage 11      Der Beitrag der Landesarbeitsmarktpolitik des Landes Brandenburg zur Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) im Jahr 2006 sowie Tabelle
  - a) Zuordnung EBS/ LAPRO
  - b) Quantifizierung des Beitrages des ESF in Brandenburg zur Umsetzung der EBS im Jahr 2006
- Anlage 12      Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung
- Anlage 13      Maßnahmen im Schwerpunkt 4 – Förderung des Arbeitskräftepotenzials und der Chancengleichheit – ESF
- Anlage 14      Nachhaltigkeit - EFRE

## **O Einleitung**

Nach Art. 37 (1) der VO (EG) Nr. 1260/1999 ist für mehrjährige Interventionen innerhalb von sechs Monaten nach Ende jedes vollen Kalenderjahres ein jährlicher Durchführungsbericht vorzulegen. Dieser Bericht wurde vor der Übermittlung an die Kommission vom Begleitausschuss am 14. Juni 2007 geprüft und gebilligt [siehe auch Art. 35 e) der VO (EG) Nr. 1260/1999].

Der nachstehende Durchführungsbericht für das Operationelle Programm Brandenburg 2000 - 2006 wurde von der Verwaltungsbehörde und den Fondsverwaltungen sowie der institutionellen Vertretungen für die Querschnittsthemen erstellt. Sein Inhalt entspricht den Anforderungen gemäß Art. 37 (2) der VO (EG) Nr. 1260/1999. Bei seiner Erstellung wurden die diesbezüglichen Beschlüsse des GFK-Begleitausschusses vom 15. November 2001 sowie das Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen berücksichtigt.

## **A 1 Beschreibung der sozioökonomischen Lage sowie der regionalen und sektoralen Entwicklungstendenzen**

Die quantitativen Aussagen basieren auf den statistischen Daten aus der beigefügten Anlage 12.

### **Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg – wichtige Fortschritte im gemeinsamen Leitbildprozess**

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ist ein wichtiger europäischer Agglomerationsraum mit annähernd 6 Mio. Einwohnern und vielfältigen wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungen nach Mittel- und Osteuropa. Am Wirtschaftsstandort Berlin-Brandenburg wird ungefähr die Hälfte des ostdeutschen Bruttoinlandsproduktes (in jeweiligen Preisen) erwirtschaftet.

Die Länder Berlin und Brandenburg haben im Sommer 2005 die Weichen für die gemeinsame weitere Entwicklung neu gestellt. Im Rahmen eines gemeinsamen Leitbildprozesses wurden die Grundlagen für die Weiterentwicklung der Stärken der Hauptstadtregion gelegt. Im Jahr 2006 erfolgten sowohl eine politische Verständigung über gemeinsame Potenziale und komplementäre Strategien beider Länder als auch eine erste Klärung der raumordnerischen Implikationen des neuen Ansatzes. Der inhaltliche Schwerpunkt des Leitbildprozesses lag darauf, die Synergieeffekte von Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Hauptstadtfunktionen besser herauszuarbeiten und ressortübergreifende Handlungsbereiche für Berlin und Brandenburg zu definieren.

Erste Ergebnisse sind, dass die Metropolregion einheitlich unter dem Label Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg agieren wird und die Wirtschaftspolitik konsequent an dem Leitgedanken eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes ausgerichtet werden soll. Ferner sollen Wissenschaft und Forschung, die zu den wichtigsten positiven Standortfaktoren der Hauptstadtregion gehören, zukünftig noch an Bedeutung gewinnen. Die kulturelle Vielfalt der Hauptstadtregion wird als eigenständiger Standortfaktor mit einer hohen wirtschaftlichen Relevanz herausgearbeitet.

Die Anbindung an die MOE-Wachstumsmärkte und die Entwicklung der Region als überregionaler Verkehrsknotenpunkt wird forciert. Dies erfordert u.a. eine Konzentration auf den Ausbau des Flughafens BBI und die Schienenwege Richtung Osten. Darüber hinaus wird zur Förderung des vernetzten Wirtschaftsraumes der urbanen Impulsgeber Berlin, Breslau, Posen und Stettin die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Oderregion weiter unterstützt.

## Demografische Entwicklung

Brandenburg bleibt – bei deutlicher Verschiebung der Bevölkerungsproportionen zwischen Berlin nahen und Berlin fernen Gebieten – das demografisch stabilste neue Bundesland.

Während alle anderen Neuen Bundesländer beträchtliche Bevölkerungsverluste seit Beginn der 90er Jahre aufweisen, liegt die Bevölkerungszahl in Brandenburg mit 2,549 Mio. Einwohnern im Oktober 2006 um rund 1% über dem Niveau des Jahres 1991. Wesentlichen Anteil am positiven Gesamttrend hatte der Zuzug aus Berlin. Dieser Zuzug führte jedoch auch dazu, dass sich die Bevölkerungsproportionen innerhalb des Landes weiter zugunsten von Berlin nahen Bereichen verschoben haben. Im Jahr 2006 lebten rund 40% der Brandenburgischen Bevölkerung im Berlin nahen Bereich.

Dank der Zuzüge aus Berlin hatte das Land Brandenburg insgesamt seit der Vereinigung einen positiven Wanderungssaldo (mehr Zu- als Abwanderungen). Dabei sind es die mittleren und älteren Jahrgänge, die zu diesem positiven Wanderungssaldo führen. In den jüngeren Jahrgängen übersteigt die Abwanderung die Zuwanderung. Vor allem junge Frauen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren wandern ab. Bei den jungen Männern stellt die Altersgruppe der 25- bis 35-Jährigen die Mehrheit.

In der Summe kann – anders als in den Neunziger Jahren – seit dem Jahr 2001 der positive Wanderungssaldo die rückläufige natürliche Bevölkerungsentwicklung nicht mehr ausgleichen. Entsprechend nimmt die Bevölkerungszahl auch in Brandenburg ab. Gegenüber dem Jahr 2005 verringerte sich die Bevölkerung im Jahr 2006 um -0,4%, 2004 war die Einwohnerzahl um -0,3% gesunken.

Des Weiteren ist durch die steigende Lebenserwartung und das Älterwerden der geburtenstarken Jahrgänge eine Erhöhung des Durchschnittsalters der Bevölkerung zu beobachten.

Für die Zukunft geht eine vom Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) vorgelegte Bevölkerungsprognose davon aus, dass bis zum Jahr 2030 – trotz steigender Lebenserwartung und etwas höherer Geburtenraten – die Einwohnerzahl Brandenburgs auf 2,235 Mio. Menschen zurückgehen wird. Der Anteil der älteren Brandenburgerinnen und Brandenburger nimmt dabei weiter zu. Im Jahr 2030 wird gemäß dieser Prognose jeder dritte Brandenburger älter als 65 Jahre sein.

Ein weiterer Trend, der sich verstärkt fortsetzt ist die teilräumliche Verschiebung der Bevölkerungsproportionen innerhalb des Landes. Prognosen gehen davon aus, dass im Jahr 2030 ungefähr 45% der Einwohner im Berlin nahen Bereich wohnen werden. Aber auch innerhalb des Berliner Umlands zeigen

sich zunehmende räumliche Disparitäten. Bevölkerungsabnahmen in den südlich und südöstlich an Berlin angrenzenden Kreisen werden Zunahmen in den westlichen und nordöstlichen Berliner Umlandgemeinden gegenüberstehen.

Für Berlin ferne Regionen werden dagegen deutliche Bevölkerungsrückgänge erwartet. Geburtendefizite und Wanderungsverluste werden gemäß der LDS-Bevölkerungsprognose dazu führen, dass die Einwohnerzahl von knapp 1,6 Mio. Menschen im Jahr 2004 auf gut 1,2 Mio. Menschen im Jahr 2030 zurückgeht. Aber auch innerhalb von Berlin fernen Regionen gibt es Unterschiede. Insbesondere die Umlandgemeinden der kreisfreien Städte (Cottbus, Brandenburg a.d.H. und Frankfurt/Oder) könnten aufgrund einer kleinräumigen Suburbanisierung unterdurchschnittliche Einwohnerverluste erleiden.

Für alle auf das Jahr 2030 bezogenen Werte gilt, dass bei einer guten Wirtschaftsentwicklung und einem höheren Anstieg der Geburtenrate der Bevölkerungsrückgang geringer ausfallen und das Durchschnittsalter weniger stark steigen würde.

## **Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur**

Deutschland befindet sich in einer robusten Aufschwungphase. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) (preisbereinigt, verkettet) stieg 2006 in Deutschland um +2,7 %. Nach schwacher Wirtschaftsentwicklung in den letzten beiden Jahren konnten 2006 auch die neuen Bundesländer (NBL) von der wachsenden Binnen- und Auslandsnachfrage profitieren. Die durchschnittliche Wachstumsrate für Ostdeutschland (ohne Berlin) betrug +3,0%. Der Zuwachs in Brandenburg blieb zwar mit +1,9% unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Damit konnte jedoch im Vergleich zum Vorjahr mit einem Wirtschaftswachstum von -1,1% ein sehr gutes Ergebnis erreicht werden. Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug laut der 2. Revision im Jahr 2006 49,5 Mrd. € und stieg im Vergleich zum Vorjahr um +3%.

Pro-Kopf wurde in Brandenburg 2006 ein Einkommen von 19.386 € erwirtschaftet. Damit erzielte Brandenburg 2006 eine Wirtschaftsleistung gemessen als BIP je Einwohner von knapp 70% des bundesweiten Pro-Kopf Einkommens und lag nach wie vor unter dem Durchschnitt der NBL (einschließlich Berlin) in Höhe von 20.812 €. Gleichwohl konnte ein Anstieg der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Vorjahr von 3,3% realisiert werden, der immerhin höher als die durchschnittliche Veränderungsrate in den alten Bundesländern (ABL) war (+2,9%).

Brandenburg erreichte 2006 die zweithöchste Arbeitsproduktivität gemessen am BIP in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen unter den NBL. Gegenüber 2005 konnte ein Anstieg von 2,4% erreicht werden.

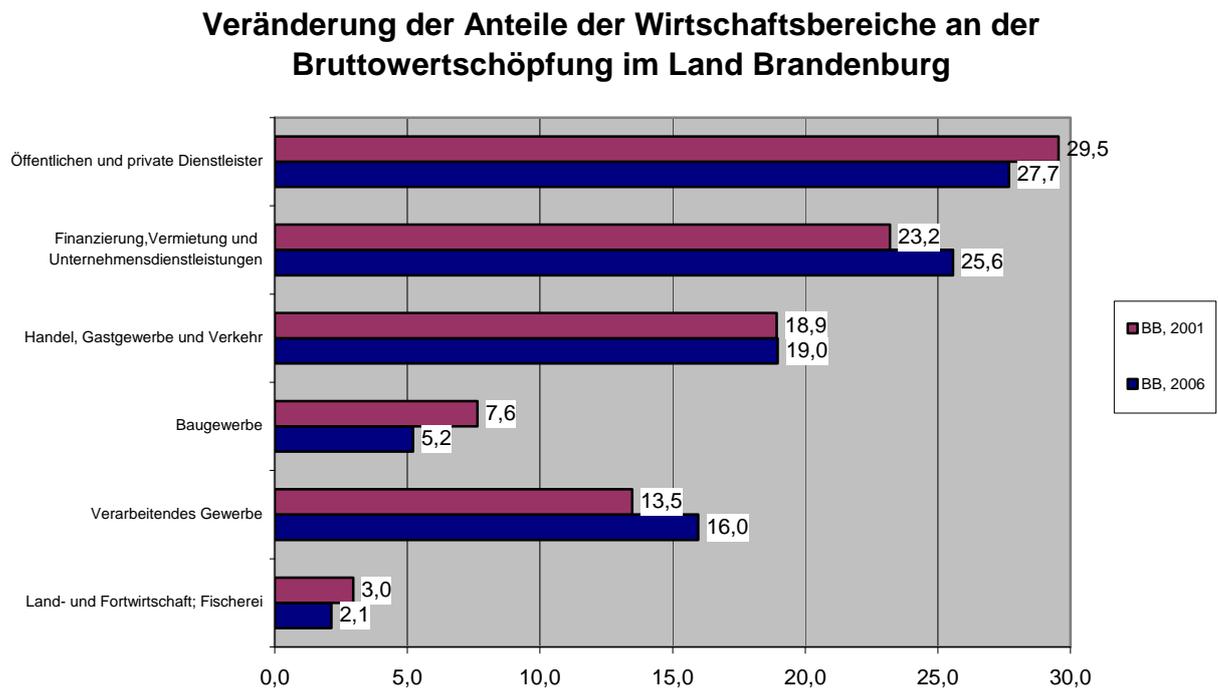
Der Konvergenzprozess stagniert allerdings nach wie vor. Brandenburg verharrt bei einem Niveau der Arbeitsproduktivität von rund 83% des gesamtdeutschen Durchschnittswertes.

Der Strukturwandel der Brandenburger Wirtschaft setzte sich auch 2006 fort. Motor der wirtschaftlichen Entwicklung ist die Industrie. Hier konnten 2006 Wachstumsraten von 6,7% erreicht werden. Mit einer Wertschöpfung von rund 9,1 Mrd. € wurde durch die Brandenburger Industrie rund ein Viertel der landesweiten Wirtschaftsleistung erbracht. Insbesondere der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung konnte in den letzten fünf Jahren weiter erhöht werden (+2,5 %).

Signifikante Strukturveränderungen sind in den letzten Jahren auch im wertschöpfungsstärksten Bereich – den Dienstleistungen zu beobachten. Während der Anteil der öffentlichen und privaten Dienstleister nicht zuletzt wegen der Einsparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte kontinuierlich zurückgegangen ist, erhöhte sich der Anteil im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen von 21,2% im Jahr 2000 auf 25,6% 2006. Der Bruttowertschöpfungsanteil des Bereiches Handel, Gastgewerbe Verkehr blieb in den letzten Jahren nahe zu konstant. Alle drei Dienstleistungsbereiche konnten 2006 einen Zuwachs bei der Bruttowertschöpfung erzielen, der insgesamt bei 1,7% lag.

Der bereits seit Jahren andauernde Konsolidierungsprozess in der Brandenburger Bauwirtschaft, der mit einem massiven Abbau an Beschäftigten und einem beträchtlichen Rückgang der Bruttowertschöpfung verbunden war, konnte 2006 dank des konjunkturbedingten guten Auftrageinganges unterbrochen werden. Nach zehn Jahren wurde erstmals wieder ein leichter Anstieg der Bruttowertschöpfung erreicht. Der Anteil an der gesamten Wertschöpfung reduzierte sich ausgehend von einem Spitzenwert von 17,7% im Jahr 1995 auf nunmehr 5,2%. Ob damit die Talsohle für den Abbau der Anfang der 90er Jahre aufgebauten Überkapazitäten durchschritten ist, wird sich erst bei einer Verstetigung des positiven Trends bestätigen.

Abbildung 1: Strukturwandel im Land Brandenburg



Die konjunkturelle Entwicklung 2006 wurde von der Binnen- als auch der Außennachfrage gestützt. Auch Brandenburger Unternehmen profitierten von der robusten Auslandsnachfrage. Das Ausfuhrvolumen stieg 2006 auf 8,8 Mrd. EUR. Damit konnte ein Exportzuwachs von 2,1 Mrd. EUR bzw. 32,3 Prozent gegenüber 2005 erzielt werden. Die Entwicklung in den einzelnen Branchen verlief jedoch unterschiedlich. Während in allen Warengruppen der Ernährungswirtschaft die Vorjahreswerte nicht erreicht wurden (insgesamt -1,9%), lagen die Steigerungsraten bei allen Warengruppen der gewerblichen Wirtschaft im zweistelligen Prozentbereich (insgesamt +29,2%). Luftfahrzeuge mit einem Anteil von 12,1 Prozent standen in der Exportliste an erster Stelle vor Mineralölerzeugnissen, pharmazeutischen Erzeugnissen, Blech aus Eisen oder Stahl sowie Papier und Pappe. Exportschwerpunkt sind nach wie vor die EU-Länder mit einem Anteil von 72,9%. In diesen Ländern konnten auch die höchste Zuwachsrate (+37,3 %) neben den EFTA-Ländern erzielt werden.

### Details zur industriellen Entwicklung

2006 war für das produzierende Gewerbe in Brandenburg ein erfolgreiches Jahr. Mit einem Umsatzvolumen von knapp 21 Mrd. € erhöhten sich die Umsätze im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe um 10,6% im Vergleich zum Vorjahr. Etwa 34% der Umsätze basierten auf einer Wertschöpfung in Bran-

denburg. Dies ist ein Beweis für die hohe Wertschöpfungsintensität der Brandenburgischen Industrieproduktion.

Die Industrie beschäftigt landesweit 85,4 Tausend Arbeitnehmer. 2006 konnte nach fünf Jahren des Beschäftigungsrückganges erst mal wieder ein leichter Zuwachs an Beschäftigung in Höhe von 1,6% realisiert werden.

Bei differenzierter Betrachtung der Umsatzentwicklung zeigt sich, dass zu den umsatzstärksten Branchen in Brandenburg die Kernbereiche der Branchenkompetenzfelder Automotive, Ernährungswirtschaft, Holzverarbeitende Wirtschaft, Kunststoffe/ Chemie, Luftfahrttechnik, Metallherzeugung, -be- und -verarbeitung, Mechatronik, Papier und Schienenverkehrstechnik gehören. Hohe Umsatzzuwächse konnten 2006 hier vor allem in den Bereichen Holz- und Papiergewerbe, Chemische Erzeugnisse und Metallherzeugung und -bearbeitung bzw. Metallherzeugnisse erreicht werden. Nach Hauptgruppen der Industrie betrachtet fiel die Umsatzentwicklung 2006 insbesondere für die Vorleistungs- (+18,6%) und Investitionsgüterproduzenten (+6,3%) positiv aus, während die Gebrauchsgüterproduzenten Einbußen (-10,2%) hinnehmen mussten.

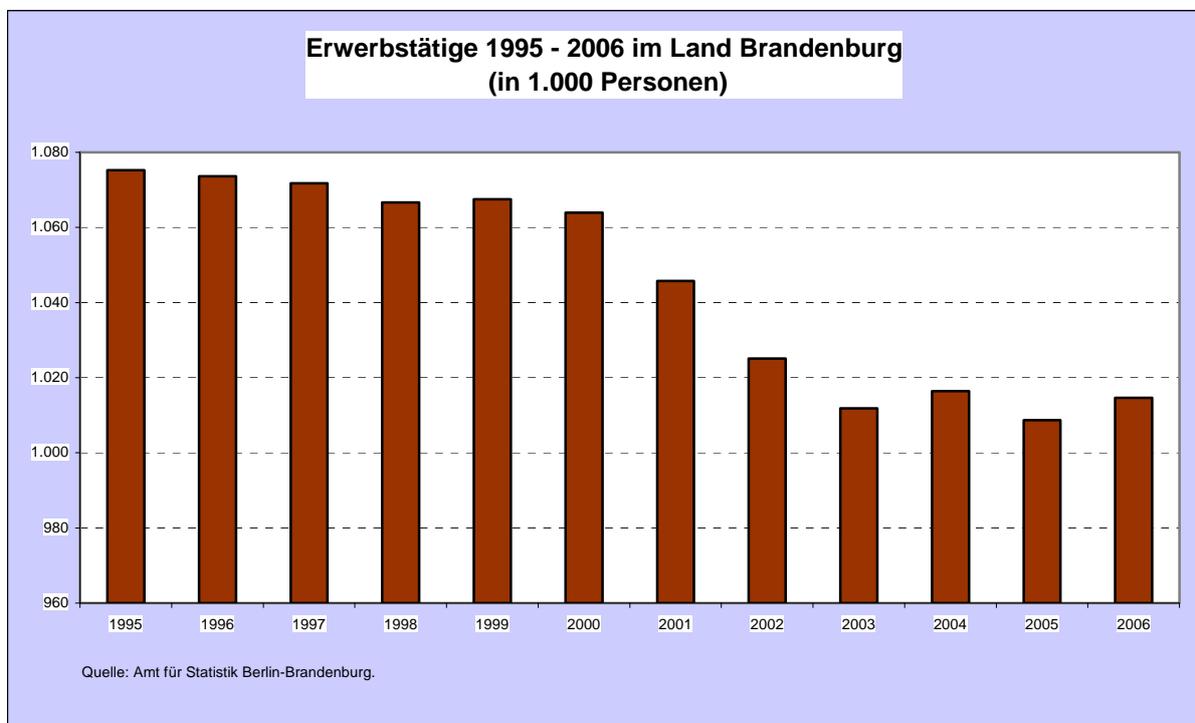
Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz der brandenburgischen Industrie wächst seit Jahren. 2006 wurde eine Exportquote von 23,6% erreicht. Unabhängig von den beachtlichen Steigerungen weist die Industrie im Vergleich zum gesamtdeutschen Durchschnitt von 41,9 % eine massive Exportschwäche auf. Hierbei handelt es sich teilweise um ein ostdeutsches Spezifikum. In allen anderen Neuen Bundesländern liegt die Exportquote ebenfalls weit unter dem Bundesdurchschnitt. Allerdings erreichen Sachsen mit 33,9% oder Thüringen mit 29,6% bereits wesentlich höhere Anteile des Auslandsumsatzes als Brandenburg. Die Ursache hierfür dürfte in der Wirtschafts- und Unternehmensstruktur liegen. Brandenburg ist insbesondere durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Kleinst- und Kleinbetrieben gekennzeichnet. Gleichwohl steigen die Exporte der Brandenburger Industrie seit dem Jahr 1995 ungebrochen mit zweistelligen Wachstumsraten an. Im Jahr 2006 wurde erneut ein Ausfuhrrekord erzielt. Mit Waren im Gesamtwert von über 8,8 Mrd. € wurde das Vorjahresergebnis um über 2,2 Mrd. € (rund 13,4 %) übertroffen.

Im Jahr 2006 ist die Arbeitsproduktivität der Industriebeschäftigten (Umsatz je Beschäftigten) weiter gestiegen. Mit einer Produktivität von rd. 243 Tausend € je Beschäftigten erreicht die Brandenburger Industrie rund 89% der Produktivität der westdeutschen Betriebe und liegt über dem Durchschnitt der NBL. Insbesondere die Vorleistungsgüterproduzenten weisen eine überdurchschnittliche Produktivität auf.

## Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit

Die solide konjunkturelle Entwicklung und die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wirkten sich im Jahr 2006 in Brandenburg positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr um +0,6% bzw. um 6.000 Personen. Der Zuwachs resultierte insbesondere aus einer Erhöhung im Bereich Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen. Erstmals seit dem Jahr 2000 ist auch ein leichter Anstieg bei der Erwerbstätigenzahl im Verarbeitenden Gewerbe zu verzeichnen. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich um 1,5% (+ 1.500 Personen).

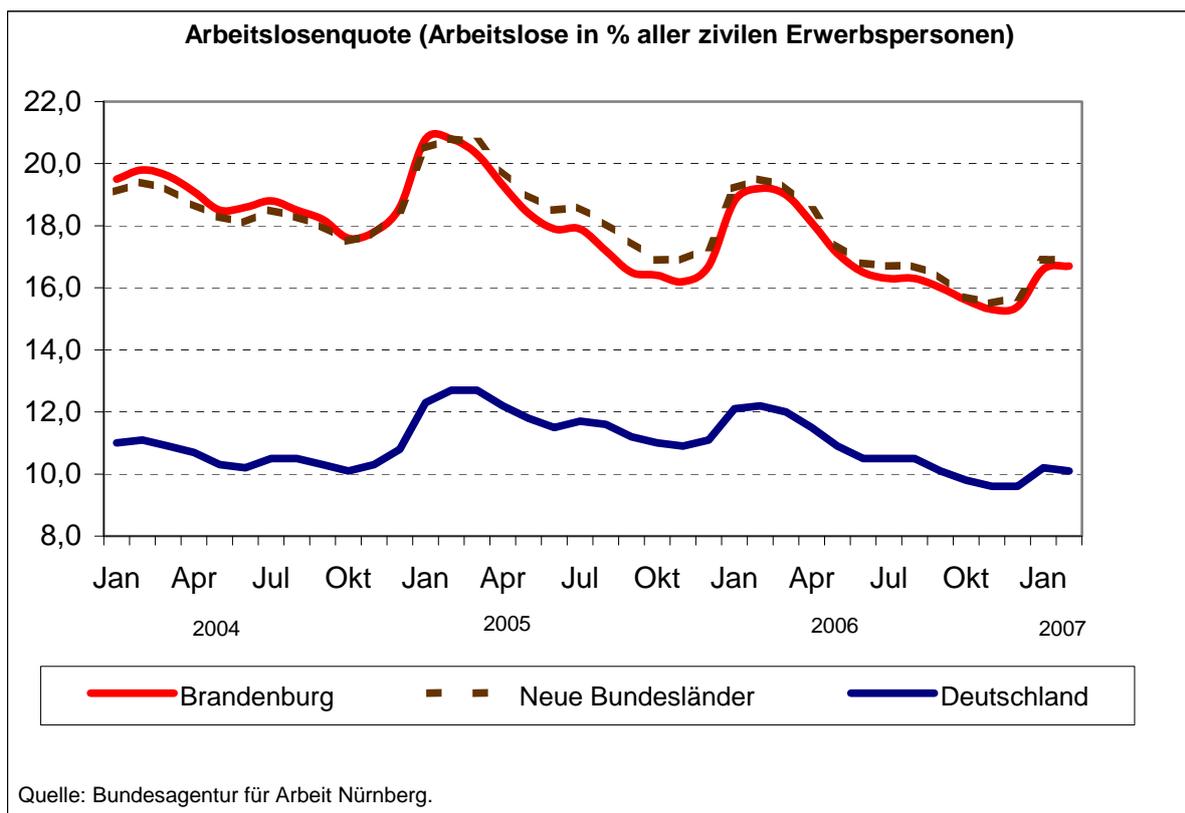
Abbildung 2: Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Land Brandenburg, 1995-2006



Die Zahl der Arbeitslosen ist 2006 zum dritten Mal in Folge gesunken, wobei der Rückgang mit  $-7,2\%$  deutlich höher ausfiel als in den beiden Jahren davor. Im Jahr 2006 waren somit knapp 17.500 Personen weniger arbeitslos gemeldet. In Bezug auf alle zivilen Erwerbspersonen verringerte sich die Arbeitslosenquote von  $18,2\%$  im Jahr 2005 auf  $17,0\%$ . Damit lag die Arbeitslosenquote in Brandenburg leicht unter dem Durchschnitt der NBL von  $17,3\%$ , aber noch immer deutlich über der durchschnittlichen Arbeitslosenquote in den ABL ( $9,1\%$ ).

Parallel zur Reduzierung der Arbeitslosenzahlen sind 2006 alle aktiven arbeitsmarktpolitischen Instrumente im Vergleich zum Vorjahr rückläufig gewesen. Dies betrifft mit jeweils rund -15% sowohl die Bereiche SAM und Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen als auch ABM. Insgesamt waren im Schnitt des Jahres 2006 rund 240.000 Menschen arbeitslos gemeldet oder in aktive Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik eingebunden.

Abbildung 3: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Brandenburg

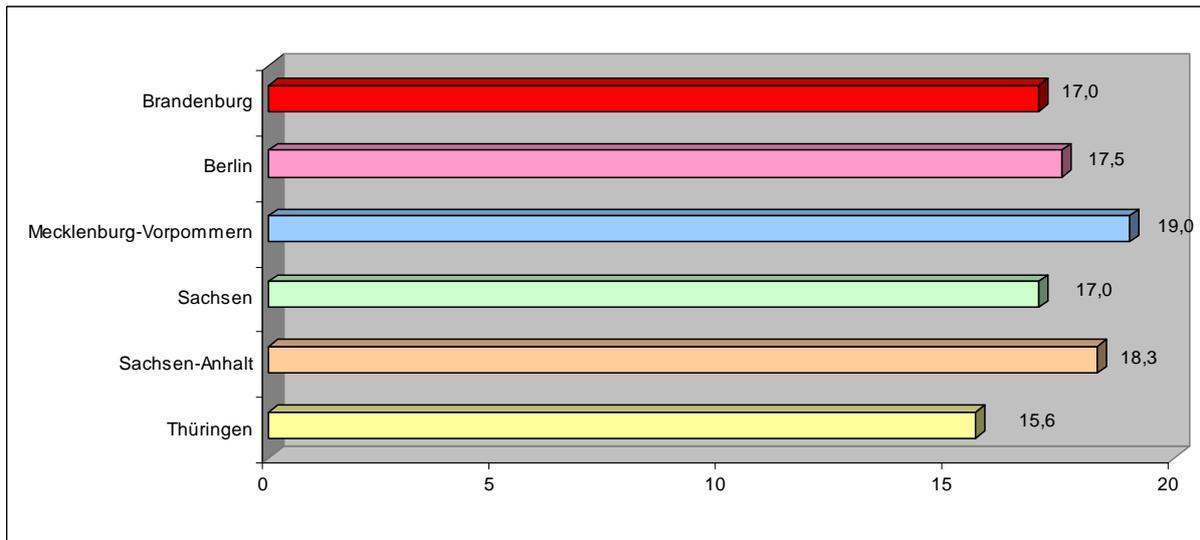


## Arbeitsmarkt

Auch im Jahr 2006 konnte sich der Brandenburger Arbeitsmarkt noch nicht entscheidend erholen. Er ist - wie auch in den anderen neuen Bundesländern - weiterhin durch ein anhaltendes Arbeitsplatzdefizit gekennzeichnet. Die Arbeitslosigkeit befindet sich nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau, auch wenn eine leichte Besserung festzustellen ist. Gegenüber 2005 zeigt sich ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen, so waren 226.413 Personen im Jahresdurchschnitt 2006 arbeitslos gemeldet, das sind rund 17.000 Personen weniger als im Vorjahresdurchschnitt. Insgesamt entspricht dies im Berichtszeitraum 2006 einer Arbeitslosenquote von 17% bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen und 18,7% bezogen auf die abhängig Beschäftigten. Die Zahl der Erwerbstätigen im Land Brandenburg ist im 3. Quartal 2006 um ca. 15.000 Personen auf 1.023.800 Personen angestiegen. Die Zuwächse im Bereich der

Erwerbstätigenzahlen – wenn auch noch sehr verhalten – lassen sich auf zwei Trends zurückführen: Einerseits stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten seit dem Jahr 2000 wieder an und andererseits nahm die Zahl der Selbständigen deutlich zu.

Abbildung 4: Vergleich der Arbeitslosenquote 2006 in Prozent (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

Zum Stichtag 30. Juni 2006 waren insgesamt 705.763 Personen in Brandenburg sozialversicherungspflichtig beschäftigt, gegenüber dem Vorjahreswert zeigt sich ein Zuwachs von rund einem Prozent. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Frauen betrug im Jahr 2006 per 30.06. 344.346 Personen, das entspricht einem Anteil von 48,8 Prozent an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Der Frauenanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich seit dem Jahr 2000, zu diesem Zeitpunkt lag der Anteil bei 47,1 Prozent, insgesamt positiv entwickelt. Zurückzuführen ist der zunehmende Anteil von Frauen an der Beschäftigung vor allem auf dem Anstieg der Teilzeitbeschäftigung seit dem Jahr 2000.

Die Arbeitsmarktsituation im Land Brandenburg ist weiterhin durch gravierende regionale Disparitäten gekennzeichnet. Während die Arbeitslosenquoten (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) im Jahresdurchschnitt 2006 im Agenturbezirk Potsdam bei 13,0 %, in den Agenturbezirken Frankfurt (Oder) bei 17,3 % und Neuruppin bei 17,3 % lagen, mussten in den Agenturen für Arbeit Eberswalde 19,5 % und Cottbus 20,0 % registriert werden.

Die Struktur der Arbeitslosigkeit weist nach wie vor signifikante Ungleichverteilungen auf, die sich neben den regionalen Disparitäten in den unterschiedlichen Arbeitsmarktrisiken für die arbeitsmarktlichen Ziel-

gruppen zeigen: Im Jahr 2006 waren 107.197 Frauen arbeitslos gemeldet. Das sind zwar 6.263 Frauen weniger als im Vorjahr, jedoch stieg bei den Arbeitslosen der Frauenanteil von 46,5 % im Vorjahr auf 47,4, % im Jahr 2006. Die Arbeitslosenquote bei den Frauen betrug 18,1 % und lag unter der Männerarbeitslosenquote von 19,4 %.

Lag die Zahl der Arbeitslosen zwischen 50 und 55 Jahren im Jahresdurchschnitt 2005 bei 37.938 Personen verringerte sich dieser Wert im Jahr 2006 auf 35.494. Die Zahl der arbeitslosen älteren Personen ab 55 Jahren hat sich dagegen von 26.721 im Jahr 2005 auf 27.867 Personen im Berichtszeitraum erhöht.

Die Zahl der registrierten arbeitslosen Jugendlichen bewegt sich seit 2000 auf hohem Niveau. Im Jahresdurchschnitt 2006 waren in Brandenburg insgesamt 28.800 arbeitslose Brandenburgerinnen und Brandenburger jünger als 25 Jahre. Dies entspricht einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von 18,0 %. Gegenüber dem Vorjahreswert von 31.681 sank die Zahl der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen unter 25 Jahren um 2.881.

Der Ausbildungsmarkt in Ostdeutschland weist weiterhin Besonderheiten gegenüber Westdeutschland auf, die eine Versorgung der jungen Menschen mit ausreichenden Ausbildungsplätzen erheblich erschweren. Ein wichtiges Ergebnis der Ausbildungsstellenbilanz 2006 ist, dass trotz rückläufiger demografischer Entwicklung die Ausbildungsnachfrage wegen der Altnachfrager nicht abgebaut werden kann und auch mittelfristig das betriebliche Ausbildungsangebot nicht ausreicht, um die Jugendlichen mit Lehrstellen zu versorgen. Der Anteil der Altnachfrager an der Gesamtzahl der Bewerber/innen stieg kontinuierlich in den letzten Jahren und beträgt in Brandenburg im Jahr 2006 nunmehr 59,3 %.

Diesen problematischen Entwicklungen steht in Brandenburg eine ausgesprochen kleinteilige Wirtschaftsstruktur gegenüber. In über 80 % der Betriebe sind nur bis zu 9 Beschäftigte tätig. Gleichwohl verzeichnet Brandenburg bezogen auf den Anteil der Auszubildenden eine relativ hohe Ausbildungsquote bei den ausbildenden Betrieben von 6 %. Die vergleichbare Quote liegt in Westdeutschland bei 4 % und in Ostdeutschland bei 6 %.

Trotz der Ausbildungsbereitschaft der hiesigen Betriebe ist die Ausbildungsstellenbilanz weder in Brandenburg noch in den anderen neuen Ländern ohne ausreichende staatliche Förderung insgesamt ausgeglichen. Auch in 2006 stellte der Bund im Rahmen des „Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftesicherung in Deutschland“ die Fortführung des Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramms Ost (APRO) mit ebenfalls bis zu 13.000 Plätzen sicher. Für Brandenburg wurden aus dem APRO im Jahre

2006 Fördermittel für 2.572 zusätzliche Ausbildungsplätze bereitgestellt. Im Rahmen eines landeseigenen Ergänzungsprogramms aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds erfolgte eine Aufstockung auf insgesamt 4.400 Ausbildungsplätze. Dadurch konnte ein wesentlicher Beitrag zur Entlastung der nach wie vor schwierigen Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt geleistet werden.

Nach vorläufigen Zahlen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg befanden sich Ende des Jahres 2006 im Land Brandenburg insgesamt 50.499 (im 1. Ausbildungsjahr 16.304) Jugendliche, darunter 18.626 (im 1. Ausbildungsjahr 6.218) junge Frauen in einem betrieblichen, betriebsnahen bzw. außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnis. Der Anteil der betrieblichen Ausbildungsverhältnisse an der Gesamtzahl der Auszubildenden beträgt 65,7 % und der Anteil an der Gesamtzahl der Auszubildenden im 1. Ausbildungsjahr 62,2 %. Im Vermittlungsjahr 2006/2007 wurden in Brandenburg 16.708 Ausbildungsstellen an die Agenturen für Arbeit und an die Träger der Grundsicherung gemeldet, davon waren 8.758 betrieblich (52,4 %). Die Gesamtzahl der Auszubildenden in allen Ausbildungsjahren ging im Vergleich zum Vorjahr um 818 (-1,6 %) zurück. Dieser Rückgang vollzog sich in allen Ausbildungsbereichen außer in der Landwirtschaft/Hauswirtschaft.

Tabelle 1: Gesamtzahl der Auszubildenden in den einzelnen Bereichen

<b>Ausbildungsbereich</b>	<b>Zahl der Auszubildenden per 31.12.2006</b>	<b>Veränderung gegenüber Vorjahr</b>
Industrie und Handel	29.465	-396
Handwerk	13.826	-329
Öffentlicher Dienst	1.574	-25
Kammern der Freien Berufe	2.219	-79
Landwirtschaft/Hauswirtschaft	3.415	+11
<b>Insgesamt</b>	<b>50.499</b>	<b>-818</b>
Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie		

Die Zahl der Auszubildenden im 1. Ausbildungsjahr ging auch im Vergleich zum Vorjahr um 138 (-0,8 %) zurück. Die Rückgänge vollzogen sich bei den Ausbildungsbereichen: Industrie und Handel, öffentlicher Dienst und Kammern der Freien Berufe.

Tabelle 2: Gesamtzahl der Auszubildenden im 1. Ausbildungsjahr nach Ausbildungsbereichen

Ausbildungsbereich	Zahl der Auszubildenden per 31.12.2006	Veränderung gegenüber Vorjahr
Industrie und Handel	9.807	-232
Handwerk	4.131	+80
Öffentlicher Dienst	506	-39
Kammern der Freien Berufe	714	-11
Landwirtschaft/Hauswirtschaft	1.146	+64
Insgesamt	16.304	-138
Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie		

Ende des Kalenderjahres 2006 waren in Brandenburg insgesamt 11.763 neue betriebliche Ausbildungsverträge eingetragen. Dies sind um 78 (+0,7 %) mehr im Vergleich zum Vorjahr. Brandenburg gab im Kalenderjahr 2006 für die berufliche Erstausbildung insgesamt rund 60 Mio. Euro aus. Darunter im Rahmen der Verbundausbildung 3,58 Mio. Euro für 4.123 geförderte Teilnehmer/-innen und 2,48 Mio. Euro für 20.886 Teilnehmer/-innen an den überbetrieblichen Lehrlingsunterweisungen. Die Landesregierung verfolgt im Rahmen des Brandenburger Ausbildungskonsens weiter das Ziel, allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung und Qualifizierung zu unterbreiten.

Die Aktivitäten Brandenburgs setzen auch beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf, an der 2. Schwelle, an. Von den arbeitslosen jungen Leuten verfügen immerhin 62 % über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Aktivitäten des Landes an der 2. Schwelle nehmen die unterschiedliche Problem- und Interessenlagen der jungen Leute in den Blick und zielen auf Nachhaltigkeit. Aus landespolitischer Sicht geht es darum, jungen Leuten in Brandenburg eine Berufsperspektive zu geben und damit die Grundlage für ein Leben in Brandenburg zu legen; es geht darum, das Saldo von Abwanderungen und Zuwanderungen positiv zu beeinflussen und junge Nachwuchskräfte für die Wirtschaft in Brandenburg zu gewinnen. Unter dem Motto „Junge Leute starten durch“ fördert das Land eine Reihe von gezielten Maßnahmen. Im landesweit vorhandenen Angebot der „Einstiegsteilzeit“, werden Jugendliche in eine reguläre Beschäftigung gebracht, wobei die jungen Leute eine passgenaue Qualifizierung erhalten können. Im Rahmen von „Junge Leute machen sich selbständig“ werden seit 2003 Existenzgründungen Jugendlicher in Gründerwerkstätten unterstützt. Mit der INNOPUNKT-Kampagne „Perspektiven für junge qualifizierte Frauen im Land Brandenburg“ soll im Rahmen von fünf Modellprojekten unmittelbar Erfahrungen gesammelt werden, wie attraktive berufliche Perspektiven für gut qualifizierte junge Frauen konkret geschaffen werden können.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Brandenburgische Arbeitsmarkt nach wie vor durch ein anhaltendes Arbeitsplatzdefizit gekennzeichnet ist. Das Arbeitsplatzdefizit ist auch ein wesentlicher Grund für die Struktur der Arbeitslosigkeit. Hier ist insbesondere auf den steigenden Anteil Langzeitarbeitsloser, die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe ab 55 Jahre sowie auf die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen am Übergang von der Erstausbildung in den Beruf zu verweisen.

## **Veränderungen in der Bundesarbeitsmarktpolitik und Auswirkungen auf den ESF in Brandenburg**

Mit dem vierten Gesetz für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt wurden im Jahr 2005 Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ zusammengeführt. Das Jahr 2006 stellt für die Grundsicherung für Arbeitsuchende ein Jahr der Konsolidierung dar. Im Bereich der Eingliederungsleistungen ist zu verzeichnen, dass die Grundsicherungsträger in breiterem Maße als im Jahr 2005 von den gesetzlichen Eingliederungsleistungen Gebrauch gemacht haben. Rechtliche Änderungen, die mit dem SGB II-Fortentwicklungsgesetz eingeführt wurden, bezogen sich im Wesentlichen auf leistungs- und aufsichtsrechtliche Fragen und bleiben damit ohne nennenswerten Einfluss auf die Arbeitspolitik. Die in 2005 als Reaktion des Landes begonnene modellhafte Erprobung so genannter „Regionalbudgets“ in drei Landkreisen und der Landeshauptstadt Potsdam wurde erfolgreich fortgesetzt.

## **Neue Initiativen im Bereich der Humanressourcen**

Im Rahmen des Landesprogramms „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ wurden im Jahr 2006 verschiedene neue Angebote entwickelt. Sie tragen u. a. dazu bei, die Strategie des lebenslangen Lernens umzusetzen, den Anforderungen des demografischen Wandels zu entsprechen und die Wettbewerbsfähigkeit Brandenburger Unternehmen zu stärken. Erfahrungen sollen in die Förderung ab 2007 eingehen.

### INNOPUNKT-Kampagnen

Im Jahr 2006 starteten drei INNOPUNKT-Kampagnen, die in der Regel zwei Jahre laufen. Zum einen handelt es sich um die Kampagne 16 „Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen stärken“, die es sich zum Ziel gesetzt hat, durch organisierten Wissenstransfer zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen und mehreren Partnerinnen und Partnern aus Unternehmen die Innovationsfähigkeit der KMU in Brandenburg zu verbessern. Im Ergebnis sollen Kompetenzen zum bedarfsgerechten Wissenstransfer bei den Beteiligten entwickelt werden, neue Ideen für innovative Produkte und Verfahren identi-

fiziert sowie Voraussetzungen für einen erfolgreichen Marktzugang geschaffen werden. Die sechs ausgewählten Projekte konzentrieren sich dabei auf verschiedene Branchen bzw. Themenschwerpunkte, wie u.a. Nanotechnologie, Kunststoff, Logistik.

Zum anderen hat die INNOPUNKT-Kampagne 17 „Beschäftigung in der Gesundheitswirtschaft - Chancen nutzen“ begonnen. Ziel der Kampagne ist die Förderung der Potenziale der Gesundheitswirtschaft in Brandenburg durch neue Konzepte der Dienstleistungsentwicklung, Qualifizierung und Arbeitsorganisation. Insgesamt wurden fünf Projektträger ausgewählt, die mit innovativen Konzepten unter anderem dazu beitragen, die Arbeits- und Lebenssituation der Beschäftigten in der Gesundheitswirtschaft zu verbessern. So werden beispielsweise Modelle flexibler Arbeits- und Arbeitszeitgestaltung in den stationären und ambulanten Kernbereichen der Gesundheitswirtschaft erprobt.

Bei der dritten in 2006 begonnenen Kampagne handelt es sich um die Förderung der Berufsfrühorientierung bei jungen Menschen in Brandenburg. Die Kampagne 18 „Systematische Arbeitswelt- und Berufsorientierung – Schnittstellen- und Übergangsmangement an der ersten Schwelle von Schülerinnen und Schülern“ verfolgt das Ziel, durch eine geplante und frühzeitige Verzahnung allgemeiner und beruflicher Bildung, den Berufsfindungs- und -wahlprozess von Schülerinnen und Schülern zu systematisieren und auszubauen. Die sieben in einem Wettbewerbsverfahren ausgewählten Projektträger nutzen dabei bereits bestehende Strukturen und bewährte Praxisansätze und entwickeln diese gemeinsam mit regionalen bzw. lokalen Institutionen und Akteuren weiter. Beispielsweise werden die Praxislernzeiten für Schülerinnen und Schüler stärker an den individuellen Kompetenzen und Potentialen sowie an dem regionalen Bedarf ausgerichtet.

#### Modellprojekt Gemeindeschwester

Für die in vielen Regionen des Landes Brandenburg drohende bzw. bereits bestehende Lücke in der ambulanten hausärztlichen Versorgung wird als eine Lösungsmöglichkeit die Implementierung von „Gemeindeschwestern“ modernen Zuschnitts als neuem Berufsbild gesehen. Mit Hilfe von ESF und Landesmitteln wurde das Modellprojekt „Gemeindeschwester“ am 14.07.2006 am Medizinischen Zentrum in Lübbenau gestartet. Im Modellprojekt wird auf der Basis eines realen Praxiskontextes das Konzept für eine zukünftige reguläre Aus-/Weiterbildung für Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen zu „Gemeindeschwestern“ entwickelt. Das Modellvorhaben wird umfassend evaluiert, um am Ende der Projektlaufzeit fundierte Kenntnisse insbesondere zur zukünftigen regulären Aus-/Weiterbildung von „Gemeindeschwestern“ zu erreichen.

### Berufspädagogische Fortbildung für Fachberufe des Gesundheitswesens

Eine weitere Maßnahme die Qualität der gesundheitlichen Betreuung langfristig zu verbessern, ist die berufspädagogische Fortbildung von Lehrkräften für Fachberufe des Gesundheitswesens. Im Jahr 2006 wurden 232 Lehrerinnen und Lehrer geschult. Das waren ca. 80 % aller in Brandenburg tätigen hauptamtlichen Lehrkräfte an Ausbildungsstätten für Fachberufe des Gesundheitswesens. Die Fortbildungen fanden in Form von 12 zweitägigen Veranstaltungen an 4 verschiedenen Standorten statt. Obwohl die Veranstaltungen nur Einführungen in das Thema darstellen können, fühlen sich die Lehrkräfte seither besser in der Lage, in neuen Lernfeldern und Lernsituationen zu unterrichten. Im Jahr 2007 werden weitere 12 Veranstaltungen stattfinden. Für den Zeitraum 2008-2013 wird das Qualifizierungskonzept weiterentwickelt.

### Audit Beruf und Familie für KMU

Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehört unter anderem, dass Arbeitgeber für die Notwendigkeit und den Nutzen familiengerechter Maßnahmen sensibilisiert werden. Als eine Maßnahme zur Realisierung dieses Vorhabens wurde im Sommer 2006 im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung ein geeigneter Dienstleister gesucht und mit der gemeinnützigen Hertie-Stiftung gefunden.

Das Angebot audit berufundfamilie® ist ein strategische Managementinstrument, das Arbeitgeber darin unterstützt, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige, wirtschaftlich attraktive Balance zu bringen. Einsetzbar in allen Branchen und Betriebsgrößen, erfasst das Audit den Status quo der bereits angebotenen Maßnahmen zur besseren Balance von Beruf und Familie und ermittelt systematisch das betriebsindividuelle Entwicklungspotenzial. Familienbewusste Personalpolitik wird dabei als kontinuierlicher Prozess verstanden, der den sich ändernden Rahmenbedingungen des Unternehmens und den sich wandelnden Bedürfnissen der Mitarbeiterschaft Rechnung trägt. Im Zuge der Auditierung, die in der Regel nach zwei Monaten abgeschlossen ist und an deren Ende die Vergabe eines Grundzertifikats steht, werden konkrete Ziele und Maßnahmen erarbeitet. Deren praktische Umsetzung wird jährlich überprüft. Nach drei Jahren ist es möglich, im Rahmen einer Re-Auditierung weiterführende Ziele zu vereinbaren. Das Audit initiiert einen Prozess, mit dem sich Familienbewusstsein langfristig und kostensparend im betrieblichen Alltag verankern lässt.

Das Land Brandenburg fördert mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfond klein- und mittelständische Unternehmen bei der Implementierung einer familienbewussten Personalpolitik. Bis zu 15 erwerbswirtschaftliche Unternehmen mit max. 250 Beschäftigten können 2006 / 2007 eine 70 %ige Förderung für die Durchführung des audit berufundfamilie® erhalten.

### Pilotprojekt: Kultur im Wandel – Neue Angebote für Menschen ab 55

Das Projekt begann am 1. Mai 2006 und wurde bis zum 30. April 2007 durchgeführt. Teilnehmer/innen waren Geschäftsführer/innen und Mitarbeiter/innen (drei Frauen und fünf Männer) aus vier kulturellen Einrichtungen in freier Trägerschaft.

Ziel des Pilotprojekts „Kultur im Wandel“ ist es, die Geschäftsführung bzw. Mitarbeiter/-innen von vier Kulturinstitutionen aus verschiedenen Regionen Brandenburgs zu befähigen und zu motivieren, seniorenerechte Kulturangebote zu entwickeln. Das Projekt dient somit der Entwicklung von Anpassungsstrategien an den demographischen Wandel im Land Brandenburg. Durch den Projektträger, die iq consult GmbH wurde im Rahmen von Fokusgruppen ein Marktforschungsprozess initiiert, in dem die Teilnehmer/-innen gemeinsam mit älteren Menschen die Bedürfnislage von Senioren/-innen erarbeiteten. In Folge wurden Spezifika erhoben, die speziell bei der Ansprache einer älteren Zielgruppe zu beachten sind. Diese Erkenntnisse wurden von den Teilnehmern/-innen in ihren jeweiligen Einrichtungen an verschiedensten Projekten und Veranstaltungen in der Praxis erprobt. Um mögliche Fehler frühzeitig zu erkennen und Korrekturen in den Lernprozess aufzunehmen, erfolgte in den Fokusgruppen eine strukturierte Reflexion sowohl des Prozesses als auch der Ergebnisse.

Der Umsetzungsprozess innerhalb der Institutionen wurde begleitet. Geschäftsführer/-innen und Mitarbeiter/-innen wurden durch Coaching systematisch bei der Implementierung der Ergebnisse und Prozesse unterstützt. Auf diesem Weg wurde die Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmer/innen durch zusätzliche Qualifizierung erhöht. Für die Institutionen wurde durch zusätzliche Einnahmen von neuen Zielgruppen eine Möglichkeit zur Verbesserung ihrer finanziellen Basis geschaffen. Die gewonnenen Erfahrungen wurden in Form einer Dokumentation den Trägern kultureller Einrichtungen im Land Brandenburg zur Verfügung gestellt. Die kulturellen Landesverbände haben das Modellprojekt begleitet und unterstützen nunmehr die Nachnutzung zur verstärkten Ausrichtung kultureller Angebote auf die größer werdenden Zielgruppe der älteren Menschen im Land Brandenburg.

### **Ländlicher Raum**

Die Erwerbstätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei bezogen auf je 1.000 Einwohner hat sich in Brandenburg seit 1991 von 46 auf 17 verringert. Dabei ist die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft seit 2001 relativ konstant. Im Jahr 2005 waren 39.683 Personen in der Landwirtschaft tätig. Rund 46 % der familienfremden Lohnarbeitskräfte aller Rechtsformen waren vollbeschäftigt.

Ausdruck der überproportional gestiegenen Arbeitsproduktivität in der Branche ist der Rückgang des Anteils am Bruttoinlandsprodukt seit 1991 um nur 1,7 %. Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigem in jeweiligen Preisen stieg von 6.972 € in 1991 auf 22.688 € in 2005. Nach der letzten Erfassung wirtschaften im Land Brandenburg 6.668 landwirtschaftliche Unternehmen, davon 944 juristische Personen und 5.724 natürliche Personen.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) belief sich im Jahr 2006 auf 1.336,3 T<sub>ha</sub>[M1]. Der Ackerflächenanteil lag bei 78%, davon 21,6% der LF[M2] sind Grünlandflächen. Die mittlere Flächenausstattung aller landwirtschaftlichen Unternehmen beträgt ca. 200 ha LF. Dabei beträgt der Anteil der von den juristischen Personen bewirtschafteten landwirtschaftlich genutzten Fläche 58,6%. Juristische Personen verfügen im Durchschnitt über 830 ha. Die durchschnittliche Flächenausstattung der natürlichen Personen beträgt 97 ha.

Im Wirtschaftsjahr 2005/06 sind die Preise landwirtschaftlicher Produkte insgesamt um 2,5 % gestiegen, wobei Kartoffeln, Obst, Gemüse und Rindfleisch ein deutlich höheres Niveau verzeichneten. Die Einkaufspreise für landwirtschaftliche Betriebsmittel sind insgesamt um 2,1% gestiegen.

Die Wirtschaftsergebnisse der landwirtschaftlichen Unternehmen im Wirtschaftsjahr 2005/06 sind von wechselnden Witterungsextremen des Frühjahrs und Sommers gekennzeichnet. Das durchschnittliche Einkommen je Arbeitskraft (Ordentliches Ergebnis + Personalaufwand) betrug bei den Einzelunternehmen im Haupterwerb 23.900 €, bei Personengesellschaften 20.400 € und bei Unternehmen Juristischer Personen 24.200 € und entsprach damit bei allen Rechtsformen dem langjährigen Mittel. Die ökologisch wirtschaftenden Unternehmen erreichten ein durchschnittliches Einkommen je Arbeitskraft in Höhe von 23.000 €.

Der Gesamtumsatz der brandenburgischen Ernährungswirtschaft liegt mit 2,6 Mrd. € um 3,6 % über dem Vorjahresniveau, dabei hat sowohl die Anzahl der Betriebe als auch die Beschäftigtenzahl leicht zugenommen. Kennzeichnend für die Branchenstruktur der Ernährungswirtschaft Brandenburgs sind die Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe aus der Region und die Umsatzdominanz der Branchen Schlachtung/Fleischverarbeitung und Molkereien/Käsereien. Die Schlachtung/Fleischverarbeitung erzielte mit 7,7% die höchste Umsatzsteigerung, während die Milchverarbeitung Umsatzeinbußen in Höhe von 10,2% hinnehmen musste.

## Umweltbelastung, Umweltzustand, Umweltschutzmaßnahmen

### Zusätzliche Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke

Im Vergleich mit anderen deutschen und westeuropäischen Millionenstädten zeigt der Raum Berlin/Brandenburg eine einzigartige Freiraumstruktur. Einer kompakten Stadt mit dichter Besiedlung steht ein weites Umland mit großen, unzerschnittenen Freiräumen gegenüber. Mit den veränderten politischen Rahmenbedingungen seit 1989/90 hat sich der Siedlungsdruck auf den engeren Verflechtungsraum zur Metropole Berlin, insbesondere bis Ende der 90er Jahre erheblich vergrößert. Aber auch seit 2000 erhöhte sich der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen stetig (vgl. Tab. 3). Von 2001 bis 2005 stieg der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen an der Gesamtfläche von 8,3 % auf 8,6 %.

Tabelle 3: Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen 2001 – 2005

		2001	2002	2003	2004	2005
Siedlungs- und Verkehrsfläche	ha	245.027	247.964	251.006	253.564	253.569
	% der Gesamtfläche.	8,31	8,41	8,52	8,60	8,60

Quelle: Landesbetrieb für Daten und Statistik Land Brandenburg: Jährliche Erhebung Siedlungs- und Verkehrsflächen

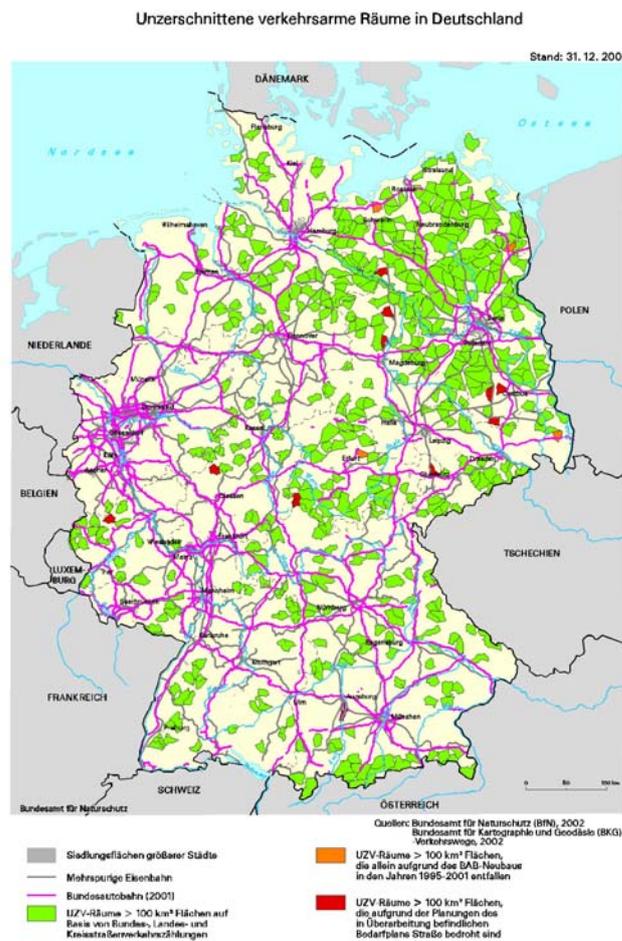
Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesrepublik verfolgt u.a. durch planungspolitische Maßnahmen das Ziel, die tägliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche von heute 129 ha pro Tag (ha/d) auf einen Wert von 30 ha/d bis zum Jahr 2020 zu verringern. Bis zum Jahr 2050 soll eine zusätzliche Flächeninanspruchnahme komplett vermieden werden. Dies bedeutet auch für Brandenburg eine anspruchsvolle Zielstellung.

Der Landesentwicklungsplan für den Gesamttraum Brandenburg-Berlin ist seit 2004 rechtsgültig und zeigt in Verbindung mit dem Landesentwicklungsplan für den engeren Verflechtungsraum eine gute Steuerungswirkung. Das Ziel „Innen- vor Außenentwicklung“ greift: Mehr als drei Viertel der Wohnbauflächen wurden im Siedlungsbereich geplant. Zwei Drittel aller genehmigten Wohnbauflächen konzentrieren sich auf jene 30 Gemeinden mit potenziellen Siedlungsbereichen und weitere 20 Siedlungsschwerpunkte, deren Entwicklung aus Sicht einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung besonders erwünscht ist, weil ihre Bevölkerung auf Schienenverkehrsangebote zurückgreifen kann. Auf diese Weise konnte der ungeordneten und wegen der Erschließung viel teureren Flächeninanspruchnahme entgegengewirkt und Freiraum bewahrt werden.

## Freiraumzerschneidung

Neben dem quantitativen Verlust an Freiräumen besteht ein Problem in der Zerschneidung durch Verkehrsinfrastruktur sowie der Überformung gewachsener Kulturlandschaften, beispielsweise durch Windenergieanlagen. Beeinträchtigt werden dadurch die ökologische Wirksamkeit, Austauschbeziehungen im Biotopverbund sowie kulturelle, funktionale und ästhetische landschaftliche Zusammenhänge, die beispielsweise für das Landschaftserlebnis und die Eignung für die landschaftsbezogene Erholungsnutzung von herausragender Bedeutung sind. Vor allem im äußeren Entwicklungsraum verfügt Brandenburg noch über große unzerschnittene Freiräume (über 100 km<sup>2</sup>), die in der Bundesrepublik in dieser Ausprägung nur noch selten vorhanden sind (vgl. Abb. 5). Diese Gebiete werden über ein differenziertes Schutzgebietssystem (Großschutzgebiete, Regionalparks und FFH-Gebiete) geschützt und entwickelt.

Abbildung 5: Unzerschnittene Freiräume in Deutschland 2001



(Quelle: Bundesamt für Naturschutz)

## Umweltschutzinvestitionen

Nach starkem jährlichen Anstieg erreichte das Volumen der Investitionen für Umweltschutzmaßnahmen in den Betrieben des produzierenden Gewerbes im Jahr 1994 in Brandenburg mit 727 Mio. € seinen Spitzenwert. Danach war das Investitionsvolumen für Umweltschutzmaßnahmen stetig rückläufig und sank bis 1999 auf 55 Mio. €. Im Jahr 2000 war ein leichter Anstieg auf 63,2 Mio. Euro zu verzeichnen, der 2001 und 2002 auf ein sehr viel niedrigeres Niveau zurückging. Insgesamt wurden 2003 durch die Betriebe im produzierenden Gewerbe in Maßnahmen des Umweltschutzes 37,4 Mio. € investiert (vgl. Tab. 4). Dieses Investitionsvolumen wurde maßgeblich durch das verarbeitende Gewerbe getragen.

Tabelle 4: Umweltschutzinvestitionen von Betrieben im Land Brandenburg 2001 bis 2003

Wirtschaftsgliederung	Investitionen insgesamt			darunter Investitionen für den Umweltschutz		
	2001	2002	2003	2001	2002	2003
	in 1.000 EUR					
Land Brandenburg	1 138 233	872 027	686 588	26 835	36 273	37 418
davon						
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	77 030	90 520	111 430	1 717	701	7 768
verarbeitendes Gewerbe	1 061 203	781 507	575 158	25 118	35 572	29 650
Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Brandenburg, Statistische Berichte „Umweltökonomische Gesamtrechnung“ PV -j/04						

## Waldschäden

In Brandenburg ist von 2000 bis 2006 ein Anstieg der deutlichen Schäden (Schadstufe 2-4) um 11 % auf 18 % festzustellen. Der Anteil der Waldfläche ohne sichtbare Schäden ist 2006 mit 32 % um 9 % niedriger als 2005, aber noch auf relativ hohem Niveau. Die mittlere Kronenverlichtung ist mit 19 % relativ gering, in der Tendenz aber steigend. Trotz günstiger Witterungsbedingungen in den Jahren 2004 und 2005 konnte sich der Wald noch nicht von dem Trockenjahr 2003 erholen. Die Laubbäume – Eichen mit 34% (- 6 %) und Buchen mit 33% (+5 %) deutlichen Schäden - zeigten eine nur geringe Regeneration der Belaubungsdichte. Die Eiche bleibt die seit Jahren am stärksten geschädigte Baumart der Wälder in Brandenburg. Bei der Kiefer, die erwartungsgemäß erst deutlich verzögert auf das Trockenjahr reagierte, kam es zu einem leichten Anstieg der deutlichen Schäden um 3% auf 16%. Bei ähnlich trockenen Vegetationsperioden (1982 und 1988) hatte die Kiefer auf Grund der hohen Schwefeldioxid Immissionsbelastung noch mit starken Nadelverlusten reagiert.

Das Risiko von Witterungsextremen nimmt mit der Klimaerwärmung zu. Die damit steigenden Risiken der Forstwirtschaft müssen durch Sorgfalt bei der Baumartenwahl, der Auswahl geeigneter Herkünfte, Prüfung der Standorteignung und Pflege der Waldbestände zum Aufbau vitaler, stresstoleranter Wälder berücksichtigt werden.

### Gewässerschutz

Brandenburg gehört zu den gewässerreichsten Bundesländern. 2,3 % der Landesfläche sind Gewässer. Über 10.000 Seen, davon ca. 3.000 größer als 1 ha, und rund 32.000 km Fließgewässer prägen die abwechslungsreichen und reizvollen Landschaften. Da es zugleich niederschlagsarm ist, ist der Schutz der Brandenburger Fließ- und Standgewässer zentrale Aufgabe von Wasserwirtschaft und Gewässerschutz. Die Gewässervielfalt hat auch eine wichtige Bedeutung für den Tourismus.

Die sich kontinuierlich verbessernde Qualität der Fließ- und Standgewässer ist zum einen auf verringerte Schadstoffeinleitungen aus Industrie- und Gewerbebetrieben, zum anderen sowohl auf den Bau neuer Kläranlagen als auch auf die Ertüchtigung bestehender Abwasserbehandlungsanlagen zurückzuführen. Ca. 80 % der brandenburgischen Bevölkerung – dies entspricht rund 2,05 Mio. Einwohnern – sind über eine öffentliche Kanalisation an öffentliche Kläranlagen angeschlossen. Demgegenüber lag der Anschlussgrad im Jahr 1990 lediglich bei etwa 53 %.

Der Anschlussgrad an die öffentliche Trinkwasserversorgung beträgt heute 98,4 %. Die Wasserversorgung wurde vor allem in ländlichen Gebieten verbessert, in denen Trinkwasser aus Hausbrunnen teilweise belastet war (z. B. durch Nitrat). Rund 620 Wasserschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 1.963 km<sup>2</sup> sind ausgewiesen. Das Trinkwasser wird fast ausschließlich aus Grundwasser gewonnen. Die Qualität des Trinkwassers ist gut; Grenzwertüberschreitungen sind inzwischen selten.

### **Klimagasemissionen und Energieverbrauch des Landes Brandenburg**

Das Land Brandenburg hat 1990 114 Mio. Tonnen an Treibhausgasen emittiert. Bis 1996 sanken die Emissionen auf rund 64 Mio. Tonnen pro Jahr (t/a)<sub>[M3]</sub>. Ursache dafür waren vor allem Stilllegungen und Sanierungen im Kraftwerkssektor sowie Brennstoffumstellungen und wärmetechnische Sanierungen im Gebäudesektor. Die Verkehrsemissionen stiegen seit 1990 durch höhere Laufleistungen und stärkere und mehr Fahrzeuge bis zum Jahr 2000 kontinuierlich auf 6 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent an. Parallel zur Inbetriebnahme des Neubaukraftwerkes Schwarze Pumpe erhöhten sich bis zum Jahr 1998 auch die Gesamtemissionen in CO<sub>2</sub>-Äquivalent wieder deutlich auf ca. 72 Mio. t/a. Der Anteil energie-

verbrauchsbezogener Emissionen beträgt mehr als 75 %. Hauptursache für diesen hohen Anteil ist die Stromerzeugung mit Braunkohle, weit mehr als die Hälfte des Stromes wird exportiert. Zurzeit sind die Kraftwerke wegen ihrer günstigen Kostenstruktur gut ausgelastet.

#### Entwicklung von 1996– 2004

Die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Gesamtemissionen stiegen von ihrem bisher niedrigsten Wert von 50 Mio. Tonnen im Jahr 1996 auf 62 Mio. Tonnen im Jahr 2002. Dies entspricht einem Anstieg um ca. 20 %. Im Jahr 2003 sanken diese Emissionen auf 58 Mio. Tonnen. Im betrachteten Zeitraum erhöhte sich der Primärenergieverbrauch von 578.000 auf 625.000 Terajoule (weniger als 10 %).

Der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Primärenergieverbrauch konnte von weniger als 1 % im Jahr 1996 auf mehr als 5 % im Jahr 2003 gesteigert werden. Mit seiner Energiestrategie will das Land eine sichere, preiswerte und nachhaltige Energieversorgung erreichen und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Ziel dieser Strategie ist es, die jährlichen energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen im Land Brandenburg auf maximal 53 Mio. Tonnen zu reduzieren. Brandenburg unterstützt Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und -einsparung. Bausteine sind u. a. die Energie Technologie Initiative, die landesweit Aktivitäten zur Forschung, Entwicklung und Demonstration koordiniert, das Energie Ressourcen Institut an der BTU Cottbus, die Förderung von Verbrauchsminderung durch Zuwendungen und Informationen, der Bau von Anlagen zur Biomassennutzung und die Ausweisung von Windeignungsgebieten.

Das integrierte Klimaschutzmanagement wird übergreifend die Vorbeugung vor den Klimafolgen einbeziehen.

#### **Luftreinhaltung und Lärminderung**

Die europäische Umweltgesetzgebung hat mit der Rahmenrichtlinie 96/82/EG (Rahmenrichtlinie Luftqualität) eine neue Grundlage für die einheitliche Bewertung und Kontrolle der Luftqualität geschaffen. In Tochterrichtlinien werden die Luftqualitätskriterien in Form von Grenzwerten festgelegt. Es erfolgte damit eine deutliche Verschärfung der bis dahin geltenden Luftqualitätsnormen.

Das Landesumweltamt Brandenburg hat durch Messungen und Computer-Simulationen in insgesamt 14 Städten eine Gefahr der Überschreitung des Kurzzeitgrenzwertes für Feinstaub (PM<sub>10</sub>) festgestellt. Bei den Verursachern der Feinstaubbelastung innerhalb der Städte spielen Industrie, Gewerbe und Hausbrand eine nur untergeordnete Rolle. Maßnahmen im Verkehrsbereich können dagegen die Im-

missionssituation messbar verbessern. Im Regelfall ergibt sich die Lösung des Problems durch die Kombination zentraler unmittelbar wirksamer Maßnahme im Bereich der Belastungsschwerpunkte (Ortsumfahrungen, Straßenrückbau und verkehrslenkende Maßnahmen) mit ergänzenden Maßnahmen wie z. B. der Förderung des Umweltverbundes, des Stadtumbaus und optimierter Flächennutzung. Im Jahre 2004 wurde begonnen, entsprechende Maßnahmen im Verkehrsbereich unter Einbeziehung von EFRE-Mitteln zu fördern. Im Rahmen von 11 Einzelvorhaben konnten bei einem Förderumfang von 2,8 Mio. € und 5,5 Mio. € Gesamtinvestitionen in den Jahren 2004/2005 4.450 Einwohner und Betroffene von hohen Feinstaubkonzentrationen entlastet werden.

Im Land Brandenburg sind aktuell in 58 Städten Lärminderungspläne aufgestellt. Bereits in 48 Städten werden die in den Plänen aufgestellten Maßnahmen kontinuierlich zur Lärmreduzierung umgesetzt. Mit dem „Gesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm“ wurde die EU-Umgebungslärmrichtlinie zwischenzeitlich in nationales Recht umgesetzt. Zukünftig werden im Rahmen der auf der Grundlage von Lärmkarten durch die Gemeinden aufzustellenden Lärmaktionspläne weitere Maßnahmen zur Lärminderung in Verbindung mit Maßnahmen zur Minderung der Feinstaub-PM10-Belastung sowie mit Maßnahmen der Verkehrsentwicklungsplanung und Bauleitplanung durchzuführen sein. In den Jahren 2000 bis 2006 wurden im Rahmen der Förderrichtlinie Immissionsschutz mit Zuwendungen in Höhe von 7,5 Mio. € Investitionen in Höhe von 14,5 Mio. € initiiert. Durch diese Maßnahmen wurden etwa 19.000 Betroffene vom Lärm unmittelbar oder mittelbar entlastet.

## Finanzielle Situation des Landes Brandenburg 2006

Der Brandenburger Haushalt 2006 schließt mit einer Nettokreditaufnahme von 354 Mio. € ab. Dies ist die niedrigste Nettokreditaufnahme seit Neugründung des Landes Brandenburg überhaupt (bisher niedrigster Jahreswert: 486,7 Mio. € in 2000). Zugleich liegt dieses Ergebnis um 475 Mio. € unter dem Planansatz und um 203 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Erreicht werden konnte dieses Ergebnis zu großen Teilen durch konjunkturbedingte Steigerungen bei den Steuereinnahmen. So liegen die in Brandenburg vereinnahmten Gemeinschafts- und Landessteuern um 9,9 % über dem Vorjahr 2005.

Dennoch kann von einer Entspannung der Haushaltslage noch nicht gesprochen werden. Die Gesamtverschuldung des Landes steigt mit dem Ergebnis des Jahresabschlusses 2006 auf 18.004 Mio. €, was gegenüber dem Jahr 2005 eine Zunahme der Pro-Kopf-Verschuldung um 164 € auf 7.052 € bedeutet. Nach wie vor ist daher die schrittweise Senkung der jährlichen Nettokreditaufnahme das vordringlichste Ziel der Brandenburger Haushaltspolitik.

Vor dem Hintergrund der jährlich sinkenden Einnahmen aus Mitteln für den Aufbau Ost sowie geringerer Mittel aus den EU-Förderprogrammen, die nur begrenzt durch die derzeit günstige Entwicklung bei den Steuereinnahmen aufgefangen werden können, ist der Konsolidierungskurs auf der Ausgabenseite konsequent fortzuführen. Dieser Druck wird sich aufgrund der demografischen Herausforderungen in den kommenden Jahren weiter verstärken. Trotz erster Erfolge aus den bereits umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen wie den Einsparungen bei den Personalkosten und der Konzentration von Ausgaben auf prioritäre Bereiche besteht anhaltender finanzpolitischer Handlungsbedarf zur Fortsetzung der Konsolidierung.

Vordergründig sind die Einsparungen bei den Ausgaben weiterhin auf den konsumtiven Bereich zu konzentrieren. In Folge der immer noch zunehmenden Verschuldung und der sich daraus ergebenden Zinslasten ist der dafür zur Verfügung stehende wirtschafts- und finanzpolitische Handlungsrahmen stark eingeschränkt. Auch wenn eine Investitionsquote aufgrund der genannten sich verändernden Rahmenbedingungen von 18,5% im Jahr 2006 schwer zu erhalten sein wird, sind stetige Investitionsausgaben mit dem Ziel, Brandenburg als Wirtschaftsstandort weiter aufzubauen, nach wie vor dringend erforderlich. Derzeit hat Brandenburg mit einem Bevölkerungsanteil von 3,1% lediglich einen Anteil am bundesweiten BIP von 2,1%. Zusätzliche Investitionsausgaben u. a. aus Strukturfondsmitteln, zielgerichtet und effizient eingesetzt, sollen helfen, die wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen um nachhaltige Finanzpolitik betreiben zu können.

## A 2 Beschreibung/Angabe der Kohärenz der einzelnen Fonds untereinander sowie mit den Interventionen der sonstigen Finanzinstrumente

Die im Jahresbericht 2005 dargestellten Aktivitäten zur Verzahnung der Fonds wurden auch im Jahr 2006 fortgesetzt.

Der Einsatz der Strukturfondsmittel fußt im Grundsatz auf der Entwicklungsstrategie, wie sie im GFK für die deutschen Ziel-1-Gebiete ausführlich beschrieben wurde. Somit wird auch im Land Brandenburg eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung verfolgt, die Wirtschaftswachstum, sozialen Zusammenhalt und Schutz der Umwelt gleichermaßen gewährleisten soll.

Bei der Untersetzung der Entwicklungsschwerpunkte und Maßnahmebereiche erfolgt der Einsatz der Strukturfondsmittel aus dem EFRE, ESF und EAGFL-A in enger Abstimmung mit den Fondsverwaltungen, der Verwaltungsbehörde, den Partnern auf der Bundesebene und der EU-Kommission, um somit die Kohärenz zu sichern. Die Kohärenz des Einsatzes der Strukturfonds untereinander wird durch die strukturfondsübergreifende gemeinsame Orientierung an den Querschnittsthemen, wie z. B. Nachhaltigkeit, Umwelt, Regionalisierung, Gender Mainstreaming, gewährleistet. Darüber hinaus sind im Land Brandenburg Verfahren für einen abgestimmten Einsatz der Strukturfonds etabliert worden.

Im Einzelnen:

- abgestimmter Fördermitteleinsatz entsprechend der Entwicklungsprioritäten der (Regional-) Entwicklungskonzepte in räumlich abgegrenzten Gebieten;
- ressortübergreifende Konzepte zur Umsetzung landespolitischer Zielstellungen, wie z. B. die Brandenburger Informations-Strategie 2006 (BIS 2006);
- die Einbindung verschiedener Ressorts in gemeinsame Förderprogramme, wie z. B. die neue ABM-Richtlinie "Ergänzungsförderung des Landes für ABM (neu) zur Verbesserung der Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung von Zielgruppen und älteren Arbeitslosen", mit der der regional- und strukturpolitische Ansatz der "Gemeinsamen Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Strukturanpassungsmaßnahmen nach §§ 272 ff. in Verbindung mit § 415 des SGB III" weiterentwickelt wurde. Damit ist auch die Umsetzung von ESF-Mitteln außerhalb des fondsverwaltenden Ressorts verbunden.

## EAGFL-A

Der Einsatz der EAGFL-Mittel basiert auf den im Ziel-1-OP beschriebenen Maßnahmen, die zur Förderung durch den EAGFL vorgesehen sind. Maßnahmen, die im Rahmen des EFRE und ESF sowie der Gemeinschaftsinitiative LEADER + gefördert werden, kommen für eine Förderung im Rahmen des Schwerpunktes 5 nicht in Betracht.

Die investiven Maßnahmen im Rahmen des Schwerpunktes 5 flankieren und ergänzen die flächenbezogene Förderung im Rahmen des EAGFL, Abteilung Garantie.

Eine Koordinierung der Förderung der ländlichen Entwicklung erfolgt zum einen durch Abstimmung mit den Ressorts auf Landesebene zum anderen im Rahmen der Koordinierungsgruppen, für die die Federführung bei dem LVL (ehemalige Ämter für Flurneuordnung und ländliche Entwicklung) liegt. Ziel ist es, die Funktionsfähigkeit der ländlichen Räume Brandenburgs zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dazu zählt vor allem, die ländliche Wirtschaft zu stärken und Arbeit und Beschäftigung für die ländliche Bevölkerung zu schaffen, um der Abwanderung entgegenzuwirken. Für dieses Ziel leisten die drei Strukturfonds einen wichtigen Beitrag.

## **B Stand der finanziellen Abwicklung – OP nach Schwerpunkten und Maßnahmen**

Bezüglich des zahlenmäßigen Standes der finanziellen Abwicklung wird auf die detaillierten Übersichten in den Anlagen 1 bis 4 verwiesen, zum Monitoring n+ 2 zusätzlich auf Anlage 5

### **EFRE**

#### Zur Situation in den einzelnen Schwerpunkten

##### **Schwerpunkt 1**

Der Mittelabfluss für den Schwerpunkt 1 lag über dem Trend der Vorjahre. Ursachen hierfür sind z.B. in der sich verbessernden konjunkturellen Lage, aber auch in Maßnahmen der Ressorts und der ILB zu finden. Hierzu gehört u.a. ein verbessertes Monitoring und ein engerer Kontakt zu Zuwendungsempfängern, deren Mittelabrufe ausbleiben oder sich verzögern (gilt auch für die anderen beiden Schwerpunkte). Das Jahr 2006 wird voraussichtlich das ausgabestärkste in der Förderperiode 2000-2006 sein. Vom Planansatz für den Schwerpunkt 1 wurden bisher 68 % ausgezahlt.

##### **Schwerpunkt 2**

Auch im Schwerpunkt 2 wurde der bisher höchste Mittelabfluss im Vergleich zu den Vorjahren verzeichnet. Immer wieder auftretende Verzögerungen insbesondere bei komplexen Baumaßnahmen konnten bisher gut ausgeglichen werden. Vom Planansatz für den Schwerpunkt 2 wurden bisher 84 % ausgezahlt.

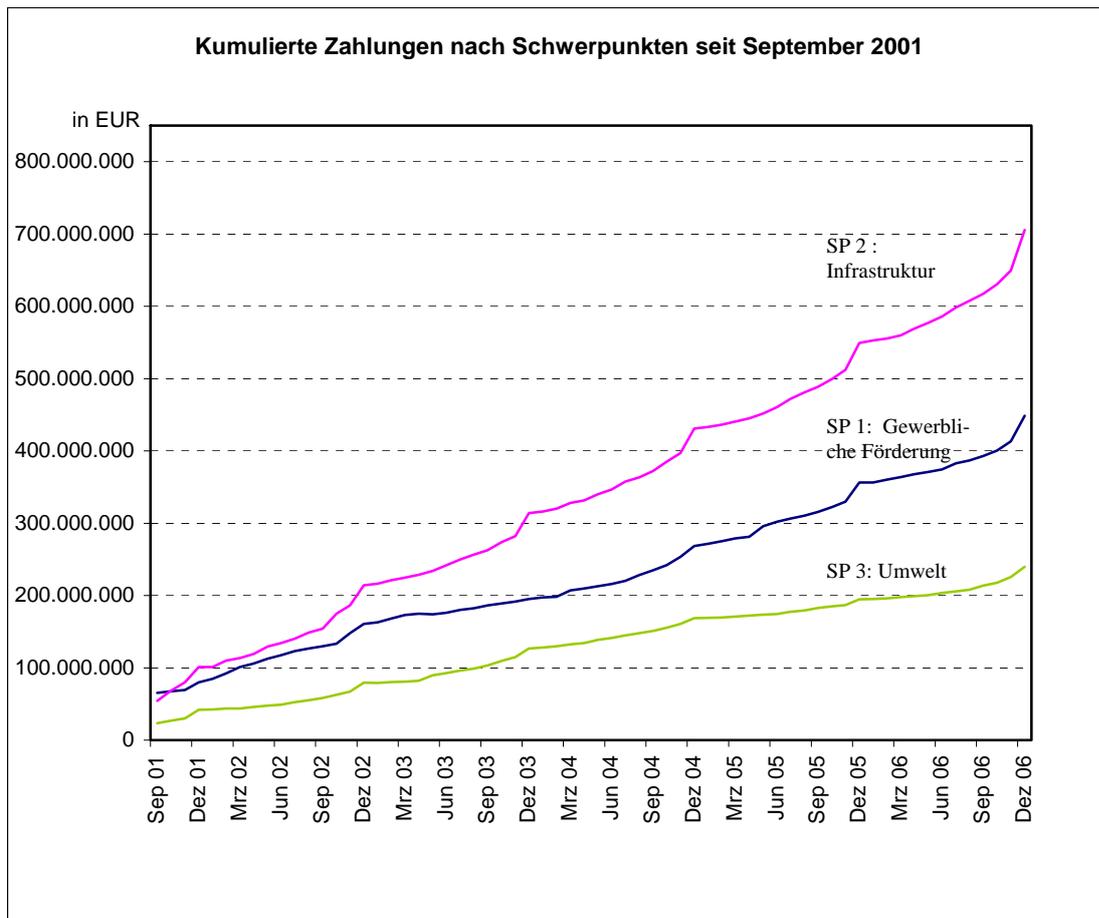
##### **Schwerpunkt 3**

Der Mittelabfluss war im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr deutlich höher und liegt damit wieder im Trend der früheren Jahre. Mit dem Jahresabschluss 2006 waren insgesamt 85 % des Plans für den Schwerpunkt 3 ausgezahlt.

#### Fazit:

Insgesamt (inkl. Technische Hilfe) wurden 82 % des Planansatzes ausgezahlt. Der Mittelabfluss hat sich im Berichtsjahr deutlich verbessert. Die nachstehende Abbildung zeigt die Entwicklung des Mittelabflusses seit 2001 (Beginn der Auswertungen auf Richtlinieebene pro Monat). Insbesondere in den Schwerpunkten 1 und 2 ist jeweils der erhöhte Mittelabfluss zum Jahresende erkennbar. Der Grund hierfür liegt in der üblichen Praxis, vor allem bei Bauleistungen erst am Ende des Jahres die Rechnungen zu stellen und damit auch den Mittelabruf durch den Zuwendungsempfänger zu ermöglichen.

Abbildung 6: Entwicklung des Mittelabflusses seit 2001



### Monitoring der n+2 Regelung

Das für die Programmperiode 2000 – 2006 eingerichtete Monitoring der Ausgaben und Einnahmen hat sich bewährt. Auch die für die Jahresscheiben 2000 bis 2004 laut indikativem Finanzplan vorgesehenen Mittel wurden vollständig verausgabt, so dass ein automatischer Mittelverfall nicht zu verzeichnen ist.

### Zahlungsanträge

Im Jahr 2006 wurden wiederum drei Zwischenzahlungsanträge gestellt. Für die EFRE-Einnahmen im Programmzeitraum 2000 - 2006 wurden somit in Zwischenzahlungsanträgen seit Beginn der Förderperiode bis zum Berichtsjahr insgesamt 1.230.823 T€ als getätigte EFRE-Ausgaben bescheinigt (Ausgabenerklärung zum Zahlungsantrag per 30.09.2006). Erstattungen durch die EU-Kommission hingegen erfolgten ohne Berücksichtigung der Vorschusszahlung in Höhe von insgesamt 1.230.101 T€. D.h. ein Teil der Ausgaben in Höhe von rund 720 T€ konnte aufgrund der Überschreitung von Kofinanzierungssätzen, vor allem in der Maßnahme 2.5.1., sowie wegen der Überschneidung zwischen Beantragung und Genehmigung der EzP nicht geltend gemacht werden.

## ESF

### Schwerpunkt 4

Bei der Umsetzung der im Schwerpunkt 4 geplanten Maßnahmen zur Förderung des Arbeitskräftepotenzials und der Chancengleichheit wurden 2006 Fortschritte erzielt. Bezogen auf den Sollwert für das OP 2000 bis 2006 in Höhe von insgesamt 733.833.600 € wurden bis zum 31.12.2006 rund 79,36 % der Mittel tatsächlich verausgabt (584.347.508,31 €). Im Vorjahr wurden 69,04 % festgestellt, somit konnte 2006 eine Steigerung um 10,32 % erreicht werden. Von den für das Jahr 2006 geplanten ESF-Mitteln in Höhe von 116.290.000 € wurden 80.022.459,19 € eingesetzt. Das entspricht 68,81%. Bei einem fast vollständigen Mittelbindungsstand zum Jahresende wird davon ausgegangen, dass die ESF-Mittel in dem verbleibenden Umsetzungszeitraum des OP verausgabt werden.

#### Monitoring der n+2 Regelung

Ende des Jahres 2006 sind im Soll-Ist-Vergleich der nach „n+2“ zu belegenden Ausgaben 113% erreicht.

#### Zahlungsanträge

Im Jahr 2006 wurden 3 Zwischenzahlungsanträge an die EU-Kommission gestellt. Erstattungen an das Land erfolgten am 23.06.2006 in Höhe von 32.862.559,92 €, am 10.08.2006 i. H. v. 23.402.058,15 € und am 12.12.2006 in Höhe von 25.790.794 €.

## EAGFL-A

### Schwerpunkt 5

Die Umsetzung im Rahmen des Schwerpunktes 5 wurde im Jahr 2006 erfolgreich fortgesetzt. Insgesamt wurden 112.764.078,36 €, darunter 84.8432.544,66 € EAGFL, Abt. Ausrichtung, ausgezahlt. Die in der Jahresscheibe 2006 geplanten EAGFL-Mittel wurden zu 77,4 % ausgegeben.

#### Monitoring der n+ 2 Regelung

Die Jahresscheibe 2005 wurde vollständig verausgabt.

#### Zwischenzahlungen und Zahlungsanträge

Im Jahr 2006 wurden drei Zahlungsanträge an die EU-Kommission gestellt. Erstattungen an das Land erfolgten am 8.05.2006 in Höhe von 78.106.017,00 €, am 28.11.2006 in Höhe von 43.496.451,00 € und am 15.01.2007 in Höhe von 7.075.090,00 €.

## C Stand der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen jeden einzelnen Fonds bezogen auf die jeweils spezifischen Ziele

### EFRE

#### Stand der Durchführung in den Schwerpunkten 1 bis 3

Die Grundlage zu den nachfolgenden Darstellungen auf der Maßnahmeebene stellt der Datensatz zu den Begleitindikatoren des efREporters. Zusätzlich wurden für nicht projektscharf zu erfassenden Indikatoren und für die sog. Satellitenprogramme<sup>1</sup> Angaben anderer Quellen hinzugezogen. Der Stand der Maßnahmenumsetzung (Zielerreichungsgrad) zum 31.12.2006 mit den entsprechenden Angaben zu einzelnen Indikatoren kann der Anlage 6 entnommen werden.

Der Einsatz des Strukturfonds EFRE ist in der Förderperiode 2000-2006 auf Investitionen zur Förderung der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen (Schwerpunkt I), Infrastrukturmaßnahmen (Schwerpunkt II) sowie Maßnahmen zum Schutz und der Verbesserung der Umweltsituation (Schwerpunkt III) gerichtet. Mit Mittelbindungsstand 31.12.2006 wurden bislang insgesamt 8.668 Projekte in den drei Schwerpunkten des EFRE bewilligt (ohne SP 6, Technische Hilfe). Ein deutlicher Schwerpunkt der Bewilligungen liegt mit 1.461 Vorhaben (rund 17% der Fälle) im Bereich der produktiven Investitionen.

Der Gesamtbetrag der förderfähigen Kosten des EFRE (ohne die Mittel der Technischen Hilfe i. H. v. 15,67 Mio. €) belief sich zum Stand 31.12. 2006 auf 5,749 Mrd. €. Für die Gemeinschaftsmittel kann zum Stichtag mit 1,695 Mrd. EUR ein Bewilligungsstand von 97,7 % bezogen auf den indikativen Finanzplan konstatiert werden. Der Auszahlungsstand im Verhältnis zum indikativen Finanzplan erreicht einen Wert von 80,9%.

Nachfolgend aufgeführte Umsetzungsstände der Maßnahme- bzw. Aktionsebene beziehen sich alle einheitlich auf den Stand zum 31.12.2006.

---

<sup>1</sup> Ressorts, die als „Satelliten bezeichnet werden, sind:

MIR = Ministerium für Infrastruktur- und Raumordnung, verwaltet das Landesstraßenbauprogramm

MLUV = Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz, verwaltet das Programm „Wasserstraßen“

MWFK = Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, verwaltet das Programm „Maßnahmen an Hochschulen“, alle anderen Richtlinien werden durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) verwaltet.

## Schwerpunkt 1: Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere der KMU

### Maßnahme 1.1.1. Produktive Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA)

Von den in der Maßnahme umgesetzten 1.461 Vorhaben<sup>2</sup> waren 1180 den KMU (80,8 %) zuzuordnen. Hieraus lässt sich auch ganz deutlich die im Land vorhandene Unternehmensstruktur ableiten, sowie die schwerpunktmäßig in Frage kommenden Unternehmensadressaten einer Förderung. Die Gruppe der Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten, stellte mit rund 40,9 % der Unternehmen den größten Anteil. Kleine Unternehmen (zehn bis kleiner 50 Beschäftigte) machten einen Anteil von 29,6 % – mittlere Unternehmen einen Anteil von etwa 10,3 % aus. Auf Großunternehmen<sup>3</sup> (mit mehr als 250 Beschäftigten) entfiel damit ein Anteil von 19,2%.

Die Förderung induzierte ein Investitionsvolumen von insgesamt 3,588 Mrd. € innerhalb der gewerblichen Wirtschaft. Etwa 38,8 % der Investitionen wurden dabei in Unternehmen getätigt die einem KMU-Status zugeordnet werden können. Rund 24,2% der Projekte entfielen auf Neuerrichtungen (ca. 42,2 % der Investitionen), 48,3% der Projekte auf Erweiterungen (ca. 43,3 % der Investitionen) und rd. 24,6 % auf Projekte zur grundlegenden Umstellung der Betriebsstätte mit ca. 13,3 % der Investitionen. Auf sonstige Projekte (hierzu zählen z.B. Beratungs- Betreuungsmaßnahmen/Schulungen) entfielen die restlichen prozentualen Anteile der Investitionssumme.

Hinsichtlich der förderfähigen Kosten (bezogen auf die Bewilligungen) in Höhe von 3,317 Mrd. € konnte der OP-Planansatz mit 179,7 % bereits deutlich überschritten werden. Bei den öffentlichen Mittelausgaben (insgesamt) erreicht der Bewilligungsstand mit 830,1 Mio. € einen Wert von 94,8 % des Planansatzes und der Auszahlungsstand mit 669,3 Mio. € einen Wert von 76,4 %.

Bei der Branchenverteilung weisen die Bereiche der Metallerzeugnisse (207 Projekte) und dem Gastgewerbe (157 Projekte) die deutlichsten Häufungen auf. Mit einigem Abstand folgen die Branchen Maschinenbau (94), der Bereich der unternehmerischen Dienstleistungen mit 85 Projekten, Ernährungsgewerbe (84), die Gummi- und Kunststoffindustrie mit 79 Vorhaben, Holzgewerbe (67), sowie der Bereich Datenverarbeitung mit 53 Projekten.

---

<sup>2</sup> Anzahl der VN-relevanten Anträge, Einzelfälle, die den Status „Storno“ und „Widerruf“ aufweisen sind nicht berücksichtigt. Für den Förderzeitraum 2000 – 2006 ergeben sich insgesamt 205 Einzelfälle (3Storno, 202 Widerruf).

<sup>3</sup> entspricht hierbei auch dem Status „kein KMU“

Durchgängig handelt es sich bei den geförderten Projekten um Unternehmen mit einem hohen Anteil überregional handelbarer Güter oder Dienstleistungen (Primäreffekt).

Die größten Beschäftigungseffekte (Summe der geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze) entfielen auf die Branchen Fahrzeugbau<sup>4</sup> (11,3 %), Metallherzeugung/-bearbeitung (9,5 %), Maschinenbau (9,0 %), Ernährungsgewerbe (9,3 %) und die Gummi- und Kunststoffindustrie (7,3 %). Bei der Betrachtung der neu geschaffenen Arbeitsplätze, fallen vor allem die Unternehmensbranchen der Dienstleistungen<sup>5</sup> mit 2.935 neuen Arbeitsplätzen gefolgt vom Ernährungsgewerbe (1.282 APL), Gastgewerbe (1.106 APL), sowie die Herstellung von Metallzeugnissen (1.065 APL) ins Gewicht. Die Arbeitsplatzsicherung findet vorrangig in den Bereichen des verarbeitenden Gewerbes statt.

Insgesamt konnte, nach Bereinigung der Mehrfachzählungen, mit der Förderung die Schaffung von 15.262 neuen und die Sicherung von 31.517 Arbeitsplätzen unterstützt werden (kumulativ 2000 bis 2006). Die Unternehmen, die einem KMU-Status zuzuordnen sind, leisteten mit 49,7 % bei der Schaffung und 44,2% bei der Sicherung von Arbeitsplätzen einen hohen Beitrag beim Beschäftigungswachstum für das Land Brandenburg. Der Anteil der Frauen insgesamt erreichte mit 40,2 % bei den geschaffenen Arbeitsplätzen bereits einen annehmbaren Stand, wobei eine weitere Steigerung des Anteils anzustreben ist, gegenüber dem Vorjahr ist eine leichte Zunahme von rd. 2,5% festzuhalten.

Bei der Sicherung von Arbeitsplätzen fiel das Verhältnis schlechter aus: 27,5 % der gesicherten Arbeitsplätze innerhalb von Unternehmen in denen Interventionen vorgenommen wurden, waren Frauenarbeitsplätze. In Bezug auf die Qualität der Dateninformation ist festzustellen, dass bei Erreichen des Endstatus eines Vorhabens eine deutliche Verbesserung eintritt. Erst nach Beendigung eines Projektes können meist differenzierende Angaben nach dem Geschlecht über die mit der Förderung verbundenen Beschäftigungseffekte gemacht werden. Die einzelnen Unternehmen können dann detaillierter und genauer über den Betriebsverlauf berichten, mit Beginn der Fördermaßnahme und bis zur VN-Prüfung. Dies betrifft dann auch Informationen über die neu geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze.

---

<sup>4</sup> Fahrzeugbau zusammen mit sonstigen Fahrzeugbau NACE-Code Zweisteller 34+35

<sup>5</sup> NACE-Code Zweisteller „74“

### Maßnahme 1.1.2. Produktive Investitionen außerhalb der GA

Für das Berichtsjahr 2006 haben sich innerhalb dieser Aktion keine weiteren Vorhaben ergeben, diese Maßnahme ist bereits abgeschlossen. Insgesamt vier Projekte führten zu einem induzierten Investitionsvolumen von rd. 831.000 €. Es handelt sich bei allen Projekten um Förderung der KMU. Der Auszahlungsstand (Gesamtkosten) erreicht einen Wert von 37% bezogen auf den Mittelansatz der gesamten Förderperiode, für die öffentlichen Mittel liegt er bei 29,4 %. Die vier Projekte entfallen auf die Branchenbereiche des Maschinenbaus, des Baugewerbes und des Handels. Ihre Umsetzung erfolgte an Standorten innerhalb der Landkreise Dahme-Spreewald, Ostprignitz-Ruppin und Teltow-Fläming. Mit den vier Neuerrichtungen waren sieben neue und 43 gesicherte Arbeitsplätze, darunter zwei neue und 14 gesicherte Frauenarbeitsplätze realisiert worden.

### Maßnahme 1.2.1. Technologie- und Innovationsförderung

Im Rahmen der bisherigen Förderung von Produkt- und Verfahrensentwicklungen - PuV (Aktion 1.2.1.1. bis 2004) wurden 250 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 60,6 Mio. EUR durchgeführt. Die Beschäftigungseffekte belaufen sich auf 477 neue und 2.932 gesicherte Arbeitsplätze. Im Bereich der Förderung von Innovationsassistenten, Hochschulabsolventen und des Wissenstransfers wurden 367 Projekte mit einem Gesamtumfang der Investitionshöhe von rund 17,4 Mio. € bewilligt. In 205 Projekten konnte über Einstellungen von Innovationsassistenten zur Erhöhung der Innovationstätigkeit in Brandenburger KMU beigetragen werden. Mittels der Beschäftigung von Innovationsassistentinnen wurden insgesamt 21 Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen geschaffen. In der Richtlinie Technologieförderung für KMU sind seit der Neugestaltung insgesamt 211 Projekte bewilligt worden und führten zu einem induzierten Investitionsvolumen von rund 57,0 Mio. EUR. Die unterstützten Unternehmen sind dabei vorrangig aktiv in den Bereichen Neuentwicklungen bei Patenten, innovativen Produkten sowie Maßnahmen und Verfahren im Unternehmensbereich. Auch technologische Umsetzungen bzw. Verbesserungen im Umweltsektor sind durchgeführt worden.

Die Maßnahme 1.2.1. weist bezogen auf die EFRE-Mittel (Reduzierung des Planansatzes um rund 6 Mio. € gegenüber Berichtsjahr 2005) mit rd. 43,6 Mio. € einen Bewilligungsstand von 97,5 % auf. Mit 36,7 Mio. € liegt ein Auszahlungsstand von rd. 82 % vor.

### Maßnahme 1.2.2. Förderung des Technologietransfers

In dieser Maßnahme sind bis zum Zeitpunkt 12/2006 insgesamt 72 Projekte gefördert worden. Im Bereich der geplanten öffentlichen Ausgaben lag die finanzielle Programmumsetzung hinsichtlich der Bewilligungen bei einem EFRE-Volumina von 8,7 Mio. € (knapp 100 % des Mittelansatzes) und hinsichtlich der Auszahlungen bei 7,2 Mio. € (81,1 %).

Gerade mit der Unterstützung der TIB- Stellen an den Hochschulstandorten wird eine verbesserte Situation für die weitere Umsetzung des Technologie- und Wissenstransfers gewährleistet. Diese Aufgabe ist im aktuellen Berichtsjahr auch fortgesetzt worden. Bei den geförderten Vorhaben handelte es sich in 37 Fällen um Beratungs- und Serviceleistungen für den Bereich des Technologietransfers. Zudem förderten 12 Projekte den Ausbau des Angebotes intermediärer Einrichtungen des Technologie- und Wissenstransfers, dabei handelte es sich in den konkreten Fällen um den Ausbau/Erweiterung bei Technologie- und Gründerzentrenstandorten. Unter anderem sind hier Innovationsberatungsstellen geschaffen worden. Für sieben Hoch- und Fachhochschulen, sowie für fünf Technologie- und Gründerzentren bzw. Technologieparks ergeben sich verbesserte Ausstattungssituationen bzgl. Transfermöglichkeiten (Wissen, Technologie). Die Überlebensrate technologieorientierter Unternehmen kann bisher nur geschätzt werden. Die TIB –Stellen liefern hierzu vereinzelt Angaben, jedoch bestehen Schwankungen über die prozentuale Überlebensrate von 10-100% und lassen diesbezüglich keine konkreten Aussagen zu. Bei der Verringerung des Ressourcenverbrauchs in den beratenden Unternehmen wurden bei Schätzungen Werte von 1-10% angegeben.

### Maßnahme 1.2.3. Förderung der Informationsgesellschaft

Aufgrund der Fortführung der IuK-Fördertatbestände unter der Aktion 1.2.1.3. konnten die Richtlinien der Maßnahme abgeschlossen werden. Insgesamt wurden folgende Ergebnisse erreicht: Von insgesamt 116 Projekten, die eine Förderung der IuK-Technologien (Aktion 1.2.3.1.) in Anspruch genommen haben, konnten 103 Verfahren/Produkte mit überdurchschnittlichem Technologiegehalt durchgeführt werden. Die Platzierung auf elektronischen Marktplätzen (Aktion 1.2.3.2.) führte zu 101 neu eingerichteten und 29 optimierten Internetpräsenzen. Der Anteil des Umsatzes mit Internetpräsenz lag im Durchschnitt bei 18,1%. Insgesamt wurden in der Maßnahme 1.2.3. im Bereich der Gesamtkosten 34,44 Mio. € bewilligt, der vorgesehene Anteil des Planansatzes ist damit zu knapp 100% erreicht.

#### Maßnahme 1.2.4. Technologieförderung allgemein

Insgesamt wurden 27 Projekte innerhalb dieser Maßnahme bewilligt. Dabei beträgt das getätigte Investitionsvolumen der Projekte 51,3 Mio. €. Vorrangig handelt es sich bei den Vorhaben um Entwicklungen neuer Produkte bzw. neuer Verfahren. Unter anderen richteten sich die Interventionen an Unternehmen aus den Branchenzweigen des Luft- und Raumfahrzeugbaus, der Herstellung von nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen sowie FuE im Bereich der Naturwissenschaften, Ingenieur- Agrarwissenschaften und Medizin. Sieben der durchgeführten Produktentwicklungen erfolgten in Unternehmen mit einem KMU-Status.

Die Maßnahme 1.2.4. hat mit den Gesamtkosten in Höhe von 47,5 Mio. € eine Bewilligungsquote über der des Planansatzes vorzuweisen (114,2 %). Der Auszahlungsstand beträgt bisher rd. 25 Mio. €, (60,1 % des Planansatzes). Im Jahr 2006 erfolgte innerhalb der Maßnahme eine Erhöhung der bereitgestellten Mittel. Gerade seitens der Unternehmen besteht für den Technologiebereich ein großes Interesse gegenüber weiteren Interventionsmöglichkeiten in diesem Bereich. Aber auch das Land Brandenburg ist sich der Bedeutung technologieorientierter und innovativ-tätiger Unternehmen bewusst, eine Mittelerhöhung ist daher als grundlegend und notwendig zu betrachten.

#### Maßnahme 1.3.1. Stärkung unternehmerischer Potentiale in KMU

Die verschiedenen Aktionsfelder der Interventionen zielen auf die Behebung von Defiziten ab, denen die Brandenburger KMU zum Großteil unterliegen. Gerade diese kleinen und mittelständischen Betriebe spiegeln den Großteil des Brandenburger Unternehmertums wider und eine Unterstützung ist daher auch für die Wirtschaftskraft des Landes elementar. Die Förderung von Auditierungen und Zertifizierungen, die Unterstützung bei Markterschließungsaktivitäten, hierbei verstärkt die Ausrichtung auf den ausländischen Markt sowie die Stärkung unternehmerischer Kompetenzen durch die Förderung von Beratungsleistungen (insbesondere bei Gründungsvorhaben) dient der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit brandenburgischer KMU.

Die Markterschließungsrichtlinie (MER Aktion 1.3.1.1.) konnte bis 2006 mit 523 Projekten über 400 Unternehmen des Landes Brandenburg erfolgreich unterstützen. Die Weiterführung der Markterschließungsrichtlinie erfolgte mit der neuen MER- Teil A und Teil B. 94 Projekte dienten der Erschließung ausländischer Märkte. Dabei erfolgte diese neue Marktintegration bei Einzel-KMUs sowie bei organisierten Gruppen von Unternehmen. 122 Einzel-KMU erhielten Unterstützung beim verbesserten Zugang der

inländischen Marktsituation bzw. deren Erschließung. Die Beschäftigungseffekte wurden mit rund 8.200 Arbeitsplätzen (davon rund 2.000 Arbeitsplätze für Frauen) sehr hoch beziffert.<sup>6</sup>

In den Aktionen 1.3.1.2. (Meistergründung), 1.3.1.4. (Umweltmanagementsysteme/ Qualitätsmanagementsysteme) haben sich im Jahr 2006 keine Änderungen ergeben. Generell wird aufgrund der Förderaktivität seitens Bewilligungen/Auszahlungen dieser Maßnahmen bis zum Zeitpunkt Stand 2002 bei weiteren Informationen auf den Jahresbericht 2003 zurückverwiesen.

In der Aktion 1.3.1.5. wurde bis 2003 das sog. Aktionsprogramm gefördert. Seit 2004 wird in dieser Aktion ein Folgeprogramm durchgeführt: das Impulsprogramm. Bis zum Zeitpunkt 2006 ist für das Impulsprogramm zu berichten, dass 14 Vorhaben unterstützt wurden (Konzeptentwicklungen/Netzwerkstrukturen). Unter anderem sind dabei Projektvorhaben für die Bereiche Fahrzeugbau, Gebäudemanagement, Energienutzungsmodelle und Netzwerkberatungen innerhalb der Aktion unterstützt worden. Das Investitionsvolumen beträgt insgesamt 5,68 Mio. €.

Die Coaching-Richtlinie ist mit Ablauf des 31.12.2005 eingestellt worden. Von insgesamt 279 geförderten Projekten der Aktion 1.3.1.6. entfielen 236 auf die Existenzgründung (Coaching der Existenzgründung) und der Rest auf die Förderung von Lotsendiensten. Die daraus resultierenden Beschäftigungseffekte wurden mit 694 gesicherten Arbeitsplätzen beziffert, wovon 248 auf Frauen entfielen. Insgesamt 31 Projekte im Bereich des Coachings von Existenzgründungen waren technologisch ausgerichtet. Eine verlässliche Aussage zur sog. „Überlebensrate“ als aussagefähiger Indikator der gecoachten Gründerinnen/Gründer kann nicht gegeben werden. Bei der Inanspruchnahme des Coachings erfolgt im Rahmen der Intervention keine Nachbetreuung bzw. Ex-post-Bewertung. Aus der Evaluation der gemeinsamen Existenzgründungsförderung durch MASGF und MW (Lotsendienste und Coaching) vom Juli 2005 kann festgestellt werden, dass von den Gründer/innen (mit oder ohne Betreuung durch Lotsendienste) aus den Jahren 2003/2004 zum Evaluationszeitraum 2005 noch zwischen 82 bzw. 85 % „überlebt“ haben.

Innerhalb der Maßnahme „Beratungen im Rahmen der GA-B“ wurden 31 Vorhaben durchgeführt. Darunter fielen 28 Beratungen und drei Schulungen. Alle in Anspruch genommenen Vorhaben wurden seitens KMU beantragt. Insgesamt konnte ein Investitionsvolumen von 1,79 Mio. € induziert, insgesamt 38 neue

---

<sup>6</sup> Hierbei ist zu vermuten, dass eine gewisse Überschätzung vorliegt. Es ist eher davon auszugehen, dass die geförderten Markterschließungsmaßnahmen Initialeffekte auf Investitionsentscheidungen haben. Erst diese Investitionen führen im Wesentlichen zu Beschäftigungseffekten beim jeweiligen Unternehmen in ausgewiesener Höhe.

Arbeitsplätze geschaffen werden (davon 14 Frauen) sowie 801 Arbeitsplätze (davon 210 Arbeitsplätze für Frauen) gesichert werden. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass diese Angabe sich voraussichtlich auf alle Mitarbeiter/innen in den KMU bezieht, die zum Zeitpunkt der Antragstellung im Unternehmen tätig waren. Ob jedoch alle Mitarbeiter direkt von den Beratungsangeboten profitieren und zusätzlich eine Arbeitsplatzsicherung erfolgt, ist nicht genau zu bestimmen.

Die Aktion 1.3.1.9. (Beratungsrichtlinie) weist 355 Projekte auf, deren Zielrichtung ebenfalls Beratungselemente und Schulungsleistungen umfasst. Das Investitionsvolumen beträgt rund 18 Mio. €. Der Nutzen der Beratung wird von 95 % der Zuwendungsempfänger positiv bis sehr positiv bewertet (Ergebnis der Evaluation der GA-B). Durch die Inanspruchnahme der GA-B erfolgen betriebliche Reorganisationen, eine Verbesserung der Markterschließung, Stärkung der Marktpositionen, z. T. deutliche Umsatzsteigerungen, Sicherung von Arbeitsplätzen sowie Schaffung neuer Arbeitsplätze. Insgesamt sind 281 unternehmerische Beratungen und 112 Schulungen durchgeführt worden. Bei den Beratungen zur Strukturierung und strategischen Ausrichtung des Unternehmens auf neue Märkte erfolgten 83 Beratungsangebote für den Bereich Markterschließung Inland und 97 Beratungsangebote für ausländische Märkte. Die Anzahl der geschaffenen Arbeitsplätze ist 669 beziffert, davon ergeben sich 212 Arbeitsplätze für Frauen.

Unter der Aktionsnummer 1.3.1.8. wurden 422 Projekte mit verschiedenen Beratungs- und Unterstützungsansätzen (Messe, Markterschließung, Schulungsleistungen) gefördert. Die KMU geben an, mittels der Intervention in ihren Unternehmensbereich 680 Arbeitsplätze neu geschaffen zu haben, davon 231 Arbeitsplätze für Frauen. Auch hier ist jedoch, wie bereits bei der Beratungsrichtlinie, auf eine genauere Betrachtung der Arbeitsplatzzahlen hinzuweisen. Markterschließungsvorhaben für Deutschland sind bei 115 Vorhaben unterstützt worden, sowie weitere 91 Markterschließungsvorhaben im Ausland. Zudem sind insgesamt 181 Beratungsangebote von Unternehmen mit Unterstützung einer Förderung in Anspruch genommen worden, sowie weitere 52 Schulungsangebote.

Mit Hilfe des Risikokapitalfonds (RKF Aktion 1.3.3.1.) soll für Brandenburger Unternehmen (KMU) Wagniskapital bereitgestellt werden, um diese gerade in ihrer Start-up und Expansionsphase zu unterstützen. Die Förderung der KMU erfolgt durch Übernahme offener und stiller Beteiligungen an Kapitalgesellschaften. Die Beteiligungen unterstützen die KMU vorrangig bei FuE-Arbeiten bzw. unternehmerischen Pilotvorhaben, Verbesserungen von Produkt- und Verfahrenstechnologien sowie Markteinführungen. Die öffentliche Kapitalausstattung von 30 Mio. € unterteilt sich zu 75 % aus EFRE-Mitteln und 25 % über die nationale Kofinanzierung. Bis zum Zeitpunkt Ende Berichtsjahr 2006 bestehen innerhalb des RKF bisher 7 KMU für die eine Beteiligung übernommen wurde. Insgesamt sind bisher 10 Beteiligungen

vorgenommen worden, davon 6 offene und 4 stille Beteiligungen. Für alle 7 KMU hat sich als Folge der Beteiligungsübernahme auch eine Steigerung der Unternehmensbewertung ergeben (unternehmerische Situationsverbesserung & Bewertung). Konkretere Angaben über die Markt- bzw. Produkteinführung und dem Erhalt der Unternehmen sind noch nicht möglich aufgrund der meisten Beteiligungsstarts in 2006. Die Anzahl der geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze innerhalb der Unternehmen, für die eine Beteiligung übernommen wurde sind mit 85 APL beziffert, davon 31 für Frauen. Bisher konnte zudem eine Existenzgründung einer Frau umgesetzt werden.

Die Maßnahme 1.3.1. hat bei den Gesamtkosten in Höhe von 70,6 Mio. € eine Bewilligungsquote vorzuweisen, welche den Planansatz erreicht hat (100 %). Der Auszahlungsstand beträgt 56,4 Mio. €, (80 % des Planansatzes).

#### Maßnahme 1.3.2. Sicherheitsgerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen und Technologien

Die Richtlinie ist bereits 2003 ausgelaufen, daher wurden im Jahr 2006 keine neuen Projekte bewilligt<sup>7</sup>.

### **Schwerpunkt 2: Infrastrukturmaßnahmen**

#### Maßnahme 2.1.1. Wirtschaftsnaher Infrastruktur (ohne touristische Infrastruktur)

Im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur sind bis zum Zeitraum Ende 2006 insgesamt 51 Projekte durchgeführt worden, die ein Investitionsvolumen von rund 239 Mio. € umfassen. Hinsichtlich der Bewilligungen überschreiten die förderfähigen Gesamtkosten mit 229,8 Mio. €, und damit rd. 106%, bereits den Ansatz der geplanten Gesamtkosten, der Auszahlungsstand liegt bei 184,0 Mio. € (rund 84,7 %).

Mit rund 226 Mio. € liegt der Schwerpunkt der Intervention innerhalb der Aktion 2.1.1.1. Die Mehrzahl der geförderten Projekte konzentrierte sich auf die qualitative Aufwertung bestehender Industrie- und Gewerbegebiete im Land Brandenburg. Des Weiteren erfolgten der Ausbau von Verkehrsanbindungen an bestehende Industrie- und Gewerbegebiete und der Ausbau von vier Gewerbe- und Technologiezentren. Zudem wurden drei Projekte zur „Erweiterung bzw. Neuerschließung von Gewerbe- oder Industriegebieten (GE/GI)“ gefördert.

---

<sup>7</sup> Insgesamt konnten acht Vorhaben (sieben Unternehmen), bei fast ausschließlich kleinen und mittelständischen Unternehmen gefördert werden. Die Umverteilung der Mittel in den Schwerpunktbereich 1 ist erfolgt.

Es wurden 333,3 ha GE/GI-Flächen qualitativ verbessert, rund 242,3 ha entfielen dabei auf revitalisierte Gewerbeflächen. Die erweiterten Gewerbeflächen summierten sich zu einer Gesamtfläche von ca. 73 ha. Die neu versiegelte Bodenfläche umfasst ein Gebiet von 110,2 ha, die verkaufte Nettofläche betrug insgesamt 85,3 ha. Die durch die Förderung innerhalb der Maßnahme hervorgerufenen indirekten Beschäftigungseffekte sind mit 1392 neuen und gesicherten Arbeitsplätzen in den geförderten Gewerbestandorten beziffert, 441 entfielen dabei auf Arbeitsplätze für Frauen.

Im Bereich der Konversionsmaßnahmen wurden 17 Projekte mit einem Investitionsvolumen von ca. 13,8 Mio. € durchgeführt, darunter acht Projekte zur Gebäudesanierung (vorrangig ehemals militärische Nutzung), sowie ebenfalls acht weitere Vorhaben von Konversionsmaßnahmen im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Dem Berechnungsansatz der Halbzeitevaluierung folgend, ergeben die Projekte beider Aktionen temporäre Beschäftigungseffekte in einer Höhe von rund 3.065 Personenjahren.

#### Maßnahme 2.1.2. Touristische Infrastruktur

In den drei Richtlinien touristische Infrastruktur (im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe), Kommunales Kulturinvestitionsprogramm (KKIP) und Bäderförderung wurden insgesamt 78 Projekte gefördert. Dazu ergibt sich folgende Verteilung der Projektanzahl auf die drei Bereiche: 46 touristische Infrastruktur / 24 innerhalb KKIP / 8 Bäder. Das Investitionsvolumen belief sich auf 194,5 Mio. €. Die Programmumsetzung wies zum Ende des Jahres 2006 einen Bewilligungsstand von 186,3 Mio. €, und einen Auszahlungsstand von 144,9 Mio. € (83,5 %) auf.

Bei den Projekten der GA-Förderung ergibt sich folgende konkrete Vorhabensverteilung: 11 Projekte im Bereich der Geländeerschließung für den Fremdenverkehr, 16 Projekte zur Errichtung von touristischen Basiseinrichtungen, 18 Projekte zum Bau von Radwegen (einschließlich Reit- und Wanderwege) sowie einer Verkehrsanbindung an ein bestehendes Industrie- und Gewerbegebiet. Die Geländeerschließung zur touristischen Nutzung belief sich auf 140,1 ha. Das geschaffene Radwegenetz ergab einen Umfang von rund 335 km Länge.

Die geförderten Basiseinrichtungen des Fremdenverkehrs verzeichneten ein Besucheraufkommen\* von rund 532.000 Personen (\* die Besucherzahlen stellen Planzahlen dar [kumulativ], welche seitens der einzelnen Projekte angegeben werden, konkrete empirische Zählungen liegen den Werten nicht zugrunde). Im Jahr 2006 sind keine Vorhaben gefördert worden, in Folge dessen sich eine Erhöhung der Besucherzahlen ergeben hat (nur Radwege). Die Ausgleichsmaßnahmen für Flächenneuersiegelung (69,2 ha) beliefen sich auf einen Wertumfang von ca. 2,90 Mio. €. Durch die touristischen Ausbau-

maßnahmen ergaben sich regionale Beschäftigungseffekte in Höhe von 75 gesicherten und geschaffenen Arbeitsplätzen (darunter 44 Arbeitsplätze für Frauen).

Im Rahmen des kommunalen Kulturinvestitionsprogramms vereinten die gesamten Projekte eine jährliche Besucherzahl von rd. 726.000 auf sich. Dies beruht meist auf Gästeschätzungen seitens der Kultureinrichtungen, zudem erfolgt auch hierbei eine kumulative Erfassung der jeweiligen Förderjahre. Mittels der Interventionen in den Kultureinrichtungen konnte die Schaffung/Sicherung von 227 Arbeitsplätzen (davon 115 Frauen) erreicht werden. Insgesamt wurden 16 Brandenburger Kultureinrichtungen gefördert. Bei vier Projekten konkret wurde mit Hilfe der Förderung der Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen unterstützt, sowie Investitionen in zwei Neuerrichtung getätigt.

Im Rahmen der Bäderrichtlinie erfolgten vier Modernisierungen bzw. Instandsetzung von Freizeitbädern, drei Modernisierungen von Hallenbädern sowie ein kompletter Neubau eines Hallenbades. Dabei erzielten die geförderten Bäder ein Besucheraufkommen von rund 711.800 Nutzern (diese Zahl stellt die summierten Schätzungen der zu erwartenden Besucher der Bädereinrichtungen dar). Im Jahr 2006 war die Revitalisierung der Schwimmhalle in Guben das einzige Vorhaben, welches innerhalb der Bäderrichtlinie umgesetzt wurde. Die geschaffenen/gesicherten Arbeitsplätze beliefen sich auf 136 (darunter 85 für Frauen). Der durchschnittliche Energieverbrauch je Wasserfläche ergab 891,5 kWh/m<sup>2</sup> und der Energieverbrauch je m<sup>3</sup> umbauter Raum ein Mittel von 57 kWh/m<sup>3</sup>. Die durch die Bautätigkeiten versiegelte Fläche und die ggf. notwendigen Ausgleichsmaßnahmen sind aufgrund der geringen Höhe innerhalb dieser Aktion zu vernachlässigen. Die Beschäftigungseffekte der Maßnahme insgesamt belaufen sich auf 438 geschaffene/gesicherte Arbeitsplätze und mit einem Verhältnis von 55,7 % Arbeitsplätzen für Frauen (absolut 244 Arbeitsplätze für Frauen). Legt man das Investitionsvolumen als Basis an und folgt der Methode der Halbzeitbewertung so ergeben sich aus den investiven Projekten für die Maßnahme temporäre Beschäftigungseffekte von ca. 2.500 Personenjahren.

#### Maßnahme 2.2.1. Infrastruktur im Bereich Wissenschaft, Forschung und Entwicklung

Innerhalb dieser Maßnahme stehen einerseits Vorhaben an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, sowie die Förderung von Einrichtungen der Agrarforschung. Die Gesamtkosten beliefen sich mit Stichtag 31.12.2006 auf 339,4 Mio. € (Bevilligungsstand), die Bevilligungsquote lag bezogen auf den Planansatz der Maßnahme über der Vorgabe mit rund 17,5 Mio. € (insgesamt 106 %). Insgesamt sind für den Bereich Mittel in Höhe von 281,7 Mio. € ausgezahlt worden.

An acht Hoch- und Fachhochschulen des Landes Brandenburg konnten im Rahmen der Aktion 2.2.1.1. 41 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von 188,8 Mio. € durchgeführt werden. Von den 44.489 m<sup>2</sup> geförderter Nutzfläche im Rahmen der bewilligten Projekte sind fast 80% der Fläche neu geschaffen worden (35.134 m<sup>2</sup>). Der restliche Anteil der Nutzfläche wurde modernisiert bzw. erhalten (9.355 m<sup>2</sup>). Die Anzahl der geförderten Studienplätze belief sich auf 6.501 (Anm. für das Berichtsjahr 2005 lagen Schätzungen von rd. 8.000 Studienplätzen vor). Von den geförderten Studienplätzen sind 1.767 Studienplätze an den Hochschulen neu geschaffen worden. Die Angaben über gesicherte Arbeitsplätze wurden mit 736 beziffert, darunter 272 für Frauen. Die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze betragen in der Hochschulmaßnahme 108, davon 57 neue Arbeitsplätze für Frauen. Im Rahmen der durchgeführten Vorhaben an den Hochschulen ergaben sich insgesamt 427 Kooperationen mit weiteren universitären und außeruniversitären Unternehmen. Mittels der Interventionsmaßnahmen erfolgten zwei Ausgleichsmaßnahmen für notwendige Flächenneuersiegelungen im Rahmen der Förderung. Bei den Nennungen bezüglich der Maßnahme ist zu berücksichtigen, dass Mehrfachnennungen bei einem gleichem Projektträger möglich sind.

Es wurden insgesamt 12 Projekte an außeruniversitären Einrichtungen gefördert und dadurch ein Investitionsvolumen von 110,6 Mio. € induziert. Zu der Gesamtzahl der außeruniversitären Einrichtungen wird auch die Förderung der Errichtung des Hasso-Plattner-Instituts für Softwaresystemtechnik am Standort Potsdam- Griebnitzsee gezählt (Aktion 2.2.1.6.). Neben der Förderung von Forschungseinrichtungen werden auch der Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen in dieser Aktion durchgeführt. Die Projekte führten zu einer Flächenneuersiegelung von 0,42 ha (Ausgleichsmaßnahmen von 85.400 € und einer sanierten Gebäudefläche von 10.461 m<sup>2</sup>). Darüber hinaus erfolgte mittels der Interventionsmaßnahmen eine Sicherung/Schaffung von insgesamt 2.367 Arbeitsplätzen, 887 Arbeitsplätze für Frauen. Laut den vorliegenden Planzahlen (Fachbereich MWFK) beträgt die Anzahl der gemeinsamen Forschungsprojekte mit anderen Forschungseinrichtungen insgesamt 572. Bei der Steigerung des FuE-Potenzials gemessen an der Drittmittelwerbung sind zum jetzigen Zeitpunkt zu den laufenden Projekten keine Angaben möglich. Erst nach Abschluss der Projekte kann bezogen auf die Drittmittelwerbung die tatsächliche Wirkung verbal eingeschätzt werden.

Im Bereich „Wissenstransfer als Wachstumsmotor“ konnten in 11 Einrichtungen des Landes 85 Projekte gefördert werden, die insgesamt ein Investitionsvolumen von 12,9 Mio. € erbrachten. Mit der Unterstützung der Projekte wurde ein wichtiger Beitrag zur Steigerung des Innovationspotenzials für die Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen des Landes geleistet. Vor allem der Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen für die einzelnen Einrichtungen stand im Vordergrund. Des Weiteren wurde die Befähigung von Hochschulabsolventen als Unternehmensgründer realisiert und Leitprojekte sowie

ein Kompetenzzentrum umgesetzt. Gerade im Bereich der Beschäftigungseffekte liegt der Schwerpunkt im Bereich Forschung und Entwicklung.

Von den insgesamt 1.218 (629 für Frauen) gesicherten/zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätzen entfielen 989 (521 für Frauen) auf den Bereich des FuE-Personals. Bei der Anzahl der Existenzgründungen sind bei den geförderten Vorhaben bisher 3 Gründungen (nach 2 Jahren als realisiert) gemeldet. Dabei ist anzumerken, dass Informationen für das Gründergeschehen mit Stand 12/2006 erst für 17 unterstützte Vorhaben vorliegen, bei konkret 14 Vorhaben waren Existenzgründungen geplant. Unter anderem haben inhaltliche Änderungen bei Forschungsarbeiten, fehlende Personalmittel, die nicht bis zur Produktentwicklung fortgeführt wurden, ein erhöhter Kapitalbedarf und eine längerfristige Vorbereitung auf die Existenzgründung als die Dauer von zwei Jahren zur Folge, dass es zu weniger Gründungen kommt es zu Beginn der Maßnahme vorgesehen.

Ausgehend von den Planzahlen sollen mit der Maßnahme 337 Kooperationsvorhaben zwischen Wissenschafts- bzw. Forschungseinrichtungen und Unternehmen erzielt werden. Der aktuelle Ist-Stand beläuft sich zum Zeitpunkt der Erfassung auf 70 realisierte Kooperationsvorhaben. Die bisher eingeworbenen Drittmittel belaufen sich auf rund 7,0 Mio. € (Ist-Stand 2006).

Im Bereich der Agrarforschung wurden 14 Vorhaben gefördert und diese mit einem Investitionsvolumen von 24,3 Mio. € unterstützt. Unter anderem erfolgen bisher innerhalb dieser Maßnahme acht Förderungen von Forschungseinrichtungen bzw. Instituten mit einem Investitionsvolumen in Höhe von rund 15,5 Mio. €. Innerhalb der geförderten Forschungseinrichtungen wurden insgesamt 205 Forschungsbeiträge geleistet. Darunter fielen 172 Forschungsbeiträge, die die Themenbereiche umweltschonende Wirtschaft und Produkterzeugung beinhalten. Insgesamt sind 110 der Beiträge als in der Praxis umgesetzte Forschungsvorhaben aufzuzählen.

In der Maßnahme 2.2.1.5 wurden bis zum Zeitpunkt Ende 2006 zwei Pilotprojekte gefördert. Bei der Maßnahme handelt es sich um Modellvorhaben bzw. Pilotanlagen im Bereich der Produktions- und Einkommensalternativen im ländlichen Raum des Landes Brandenburg. Beide Vorhaben betreffen den Bereich nachwachsende Rohstoffe. Projektbeginn war für beide Vorhaben das 2. Halbjahr 2004. Das geplante Investitionsvolumen (Gesamtkosten) der beiden Fälle beträgt ca. 4,6 Mio. €. Für die beiden Pilotprojekte sind bereits rund 4,4 Mio. € ausgezahlt worden. Zu weiteren Indikatoren (Anzahl der in der Praxis implementierten Modellvorhaben, Anzahl der Vorhaben die den Bereich nachwachsende Rohstoffe betreffen) können derzeit keine Angaben übermittelt werden, da die beiden Modellvorhaben aus dem Institut für Agrartechnik (Milchsäuregewinnung und Hanf) noch nicht abgeschlossen sind.

### Maßnahme 2.2.2. Infrastruktur im Bereich der Informationsgesellschaft

Innerhalb dieser Maßnahmen werden Projekte zur Einrichtung der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) und Maßnahmen im Bereich Multimedia an Hochschulen gefördert. Der Bewilligungsstand hinsichtlich der förderfähigen Gesamtkosten lag zum Stichtag 12/2006 bei 66,4 Mio. € (knapp 100% des Planansatzes sind erreicht), der Auszahlungsstand bei 64,7 Mio. € (97,2 %).

Die Projektkoordination (FALKE) ist beim Ministerium des Innern angesiedelt. Zum 31.12.2006 waren 964 Vorhaben realisiert und eine Geländefläche von 10.450 km<sup>2</sup> eingerichtet worden (Förderfläche für die aufgrund der Förderung die ALK eingerichtet wurde). Der Umfang der abgeforderten ALK-Daten belief sich im Jahr 2006 auf 676.364 km<sup>2</sup> (insgesamt). Im Vergleich zum vergangenen Berichtsjahr ist hierbei eine deutliche Steigerung zu verzeichnen. Ableitend von diesen Zahlen, ist eine erhöhte Nutzung/Interesse bzw. Datenabfrage als ein positives Ergebnis für das FALKE- Projekt hervorzuheben. Die Realisierung einer qualitativ guten Endnutzung der zur Verfügung gestellten Raum- und Metadaten der Gebietseinheit Brandenburg stellt auch die Zielsetzung des Projekts dar. Die Anzahl der elektronischen Zustellungen und Zugriffe beläuft sich auf 84.037. Diese Zahl beinhaltet erstmals neben der Zahl der Zustellungen (Erfassung bis 2005) auch die Zahl der Zugriffe. Daher ist diese Zahl erheblich höher als bisher angegebene Zahl der vergangenen Berichtsjahre.

Die Anzahl der eingerichteten Fluren mit Bodenschätzung beträgt 2006 unverändert 4.426. Den Anforderungen von Nutzern folgend sollen die Ergebnisse der Bodenschätzung in die automatisierte Liegenschaftskarte eingearbeitet werden. Die Ergebnisse der Bodenschätzung sind bei Planungs- und Zulassungsverfahren im ländlichen Raum zu berücksichtigen. Sie haben als bodenkundliche Informationsgrundlage hohe Bedeutung für umweltrelevante Fragestellungen. Sie spiegeln die Ertragsleistung des Bodens wieder und sind nicht nur für die Steuerverwaltung, sondern auch für den landwirtschaftlichen Bodenmarkt von Bedeutung.

Bei „Multimedia im Hochschulbereich“ wurden 203 Projekte in zehn Brandenburger Einrichtungen durchgeführt. Mittels Investitionen von rd. 21 Mio. € konnten unter anderem ca. 70.000 m<sup>2</sup> Gebäudefläche ausgestaltet/ausgestattet und 13.535 multimedialfähige Nutzerplätze geschaffen werden. Ausgehend von den vorliegenden Planzahlen der einzelnen Förderprojekte werden 5.787 Hochschullehrer (darunter 1.752 Hochschullehrerinnen) an den Projekten beteiligt. Statistisch betrachtet muss allerdings berücksichtigt werden, dass aus der Vielzahl der Projekte sich Mehrfachzählungen einzelner Hochschullehrer ergeben. Die jeweilige Anzahl der an einem Projekt beteiligten Hochschullehrer/innen geht

von einer Person bis über 100 Beteiligungen hinaus. Insgesamt sind, ausgehend von dem aktuellen Ist-Stand, 2.150 Hochschullehrer projektbeteiligt, davon 524 Hochschullehrerinnen.

Die Aktion 2.2.2.3. beinhaltet das Projekt „FIS Boden“ zum Aufbau eines digitalen Fachinformationssystems mit Modulen für Nutzerabfragen für die Bereiche Charakteristika und Potenziale des Bodens. Die Flächenabdeckung erfolgt dabei auf das gesamte Land Brandenburg. Gerade die Verbesserung des Zugangs und der Informationsqualität von Bodendaten sind für die Bereiche der Raumordnung, Land- und Forstwirtschaft, Natur – und Umweltschutz von entscheidender Bedeutung. Neben der Auswertung und Aufbereitung von Relief- und Bodenkarten, Luftbildern, Forstkatastern erfolgt dann schließlich auch die Nutzerfreundliche Umsetzung der gesamten Datenerfassung in ein Geographisches Informationssystem (GIS). Die geplanten Gesamtkosten belaufen sich auf 642.000 €. Bis zum Ende des Berichtsjahres 2006 sind 42,3% der Mittel bereits ausgezahlt worden.

#### Maßnahme 2.3.1. Infrastruktur im Bereich der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung: Informations- und Kommunikationstechnik an Schulen

Die Maßnahme 2.3.1. deckt über die Förderung von Oberstufenzentren (OSZ) und die Richtlinie zur Förderung der Medienausstattung an allgemein bildenden Schulen die Infrastrukturförderung im Bereich der beruflichen und schulischen Aus- und Weiterbildung ab. Der Bewilligungsstand hinsichtlich der eingesetzten EFRE-Mittel hat die Zielvorgaben des Planansatzes erreicht, alle Mittel sind für diese Maßnahme bewilligt. Der Auszahlungsstand innerhalb der Maßnahme beträgt rd. 82,6 %. Das durch das MBSJ betreute Projektvorhaben zur Förderung der OSZ in Brandenburg ist vorzeitig 2005 beendet worden, für das Berichtsjahr 2006 sind keine weiteren Maßnahmen/Förderungen durchgeführt worden. Zum Ergebnisstand der bisher durchgeführten Aktivitäten und Zielumsetzungen wird daher auf den Stand des Jahresberichts 2005 verwiesen.

Für das Berichtsjahr 2006 haben sich im Bereich der Medienausstattung an Schulen keine Veränderungen oder weitere Vorhaben ergeben. Die Medienausstattung an allgemein bildenden Schulen wies bisher 611 bewilligte Projekte aus, die ein induziertes Investitionsvolumen von zusammen 17,6 Mio. € erreichen. Die Anzahl der Schulen mit sachgerechter Ausstattung an IuK-Technik belief sich auf 1057 (davon 611 Projekte EFRE gefördert) – der Anschlussgrad der Schulen ans Internet beträgt 100 %. Die Zielwerte beziehen sich auf das Gesamtprogramm M.A.U.S., wobei die EFRE geförderten Projekte in diese Gesamtmaßnahme integriert waren.

### Maßnahme 2.4.1. Städtische und lokale Infrastruktur

Projekte zur Förderung der städtischen und lokalen Infrastruktur werden in zwei Richtlinien realisiert: Zum einen die Wiedernutzbarmachung innerstädtischer Brachen und zum anderen die integrierte Förderung der Richtlinie „Zukunft im Stadtteil – ZiS 2000“. Die Unterstützung weiterer Vorhaben wird im Rahmen der Strukturfondsperiode 2007 -2013 im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung fortgesetzt werden, hier finden sich dann auch die ZiS-Gebiete wieder. Die Maßnahme wies bezogen auf die öffentlichen Mittel einen Bewilligungsstand von knapp 121 Mio. €, damit ist der Planansatz nahezu zu 100% erreicht. Der Auszahlungsstand beläuft sich auf eine Höhe von 102,2 Mio. € (84,4 %). Mit einem Investitionsvolumen von 57,5 Mio. €, unterteilt in 96 Vorhaben, wurden zur Wiedernutzbarmachung innerstädtischer Brachen 49 Standorte gefördert.

Mit Datenstand 31.12.2006 sind als Ergebnis rund 33,2 ha Mischgebietsfläche und eine Flächenneuersiegelung von etwa 32 ha anzugeben. Bei 59 Vorhaben erfolgte die Wiedernutzbarmachung von Brachflächen. Beschäftigungseffekte wurden in einer Höhe von 323 gesicherten/geschaffenen Arbeitsplätzen erzielt (darunter 65 für Frauen). Auf Basis baulich relevanter Investitionen sind die temporären Beschäftigungseffekte mit rund 740 Personenjahren anzugeben.

Im Rahmen von ZiS wurden 241 Vorhaben in 16 Stadtgebieten (gleichzusetzen mit den 16 festgelegten ZiS-Gebieten)<sup>8</sup> gefördert. Der Bewilligungsstand der öffentlichen Ausgaben (EFRE) beläuft sich aktuell auf rd. 80,1 Mio. €, die Auszahlungen belaufen sich auf 67,7 Mio. €. Etwa 806.000 m<sup>2</sup> Freiflächen wurden saniert, weitere rund 288.000 m<sup>2</sup> wurden begrünt. 71 Vorhaben unterstützten Bereiche nicht investiver Tätigkeiten oder Maßnahmen innerhalb des City-/Quartiersmanagements der jeweiligen Stadtgebiete. Projekte zur „Steigerung der Attraktivität öffentlicher Räume und zur Verbesserung der Umweltsituation“ wurden 90 Vorhaben durchgeführt. Des Weiteren erfolgten insgesamt 68 Projekte zur „Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur“, sowie die Erarbeitung von 12 integrierten Handlungskonzepten. Die Bürgerbeteiligung im Rahmen der ZiS-Förderung zeigt sich in der hohen Anzahl örtlicher Initiativen, selbst tragender Bewohnerorganisationen und Vereine. Insgesamt sind in den geförderten 16 ZiS-Gebiete 455 Vereine aktiv. Hierbei ist darauf zu verweisen, dass nicht von allen ZiS-Stadtgebieten die Erfassungen vorlagen, z.B. wurde die Vereinszahl 2005 mit 438 beziffert. Bei den Aussagen zum Wanderungssaldo ergibt sich In der Summe ein negativer Saldowert in Höhe von -369.

---

<sup>8</sup> Brandenburg a.d. Havel, Cottbus, Eisenhüttenstadt, Finsterwalde, Forst, Frankfurt, Fürstenwalde, Guben, Nauen, Neuruppin, Oranienburg, Potsdam, Prenzlau, Rathenow, Schwedt, Wittenberge

### Maßnahme 2.5.1. Verkehrsinfrastruktur, Straßen und Flugplätze

Für die Förderung des Landesstraßenbaus im Land Brandenburg sind die geplanten Gesamtkosten in Höhe von 314,2 Mio. € bereits überbewilligt (318,8 Mio. €) und 87,9 % ausgezahlt (276 Mio. €). Die Förderung innerhalb der Aktion 2.5.1.1. bis zum Zeitpunkt 12/2006 führte zu den nachfolgend aufgeführten Ergebnissen (Sachstand des Fachbereichs Verkehr aus dem MIR):

Bei 440 Vorhaben waren 383 Straßensanierungen und 3 Straßenneubauten, 88 Vorhaben im Bereich von Radwegen, 54 Zustandsverbesserungen an Brücken, Beseitigungen von 67 potentiellen Verkehrssengstellen und 3 Ortsumgehungen realisiert worden. Das induzierte Investitionsvolumen beläuft sich dabei auf 276 Mio. €. Die verbesserte Anbindung an das überregionale Straßennetz erfolgte mit 164 Vorhaben, dies entspricht einem Anteil von 37,3 % der geförderten Fälle. Zudem wurde der Anschluss an acht Schnittstellen des TEN (Transeuropäisches Netzwerk) vorgenommen. Gerade die überregionale Verkehrsanbindung stellt für die Brandenburger Wirtschaft eine elementare Grundvoraussetzung dar und bei einer qualitativ guten Erschließung dann einen wichtigen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Regionen. Bei 44 Projekten wurde zudem eine Fahrzeitverringerung von 1 bis 10 Minuten erreicht.

Im Rahmen der durchgeführten Bautätigkeiten sind 96 ha Fläche neu versiegelt worden. Dafür sind für rund 7,2 Mio. EUR Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durchgeführt worden. Das Volumen wieder verwendeten Materials (Ressourcenschonende Wiederverwendung) umfasste eine Menge von rund 275.000 m<sup>3</sup>. Eine positive Veränderung der Luftverschmutzung (CO<sub>2</sub>, Nox-Stoffe) wurde bei drei Projekten, aufgrund entsprechender durchgeführter Messungen festgestellt. Hier lag die Reduzierung bei einem Projekt bis zu 20%, bei einem Projekt bis zu 30 % und bei einem Projekt bis zu 90 %. Bei der prozentualen Entwicklung der Unfallzahlen im Verhältnis zur Situation vor der Baumaßnahme konnte bei einigen Vorhaben teilweise eine Reduzierung der Unfallzahlen um 100% festgestellt werden. Somit ist auch für einige brandenburgische Verkehrsprojekte eine Verbesserung der Sicherheits- bzw. Reduzierung der Gefährdungssituation hervorzuheben.

Die Förderung von Erschließungsmaßnahmen von Flugplätzen im Land Brandenburg wurde 2006 nicht fortgeführt. Innerhalb der Förderperiode 2007-2013 erhält der geplante Großflughafen Brandenburg - Berlin- International Airport (BBI) am Standort Schönefeld einen sehr hohen Stellenwert. Zu diesem Vorhaben wird dann umfassend berichtet werden. Mit Datenstand 31.12.2006 wurde die Anzahl der Flugbewegungen seitens des Fachbereichs (MIR) mit einem aktuellen Schätzwert von ca. 300.000 beziffert.

## Maßnahme 2.5.2. Verkehrsinfrastruktur, Schiene und Wasserstraße

Die Infrastrukturförderung für die Bereiche Schiene/Wasserstraße ist im Rahmen der EFRE-Förderung mit 33,2 Mio. € (Gemeinschaftsanteil) angesetzt. Zum Zeitpunkt 31.12.2006 konnte ein diesbezüglicher Bewilligungsstand von 31,1 Mio. € (93,7 %) und ein Auszahlungsstand von 26,8 Mio. € (80,7%) erreicht werden.

Für den Bereich des SPNV sind keine direkten Einzelmaßnahmen zur Erhöhung der Taktdichte durchgeführt worden. Indirekt ergibt sich eine Verbesserung der Taktfrequenz bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Umsteigebeziehungen im Zusammenhang mit dem Ausbau der jeweiligen Strecken auf 80 km/h. Konkrete Maßnahmen sind hierbei aber in 2006 nicht erfolgt. Bei den Verbesserungen der Umsteigebeziehungen ist der Neubau des Bahnhofsvorplatzes bzw. die Neugestaltung des Bahnhofsbereichs Neuenhagen bei Berlin mit aufzuführen (Berichtsjahr 2006). 162 P+R- Plätze, 184 B+R- Plätze<sup>9</sup> sowie ein barrierefreier Zugang sind bei der Maßnahme umgesetzt worden. Die Förderung von P+R- Plätzen führt zu einer Vergrößerung des Einzugsgebietes. Der Wirkungsgrad ist jedoch aufgrund der Anzahl der Stellplätze begrenzt und nicht konkret als Radius/Flächenangabe zu bestimmen. Die Auswirkungen von investiven Maßnahmen im Bereich des SPNV/ÖPNV auf die Entwicklung der Fahrgastzahlen lassen sich in der Regel erst 2 Jahre nach deren Fertigstellung feststellen. Die Entwicklung der Fahrgastzahlen wird jedoch von weiteren Faktoren, wie z.B. Taktdichte, Anschlussverkehre und Tarifgestaltung, stark beeinflusst und ist daher nur der Gesamtheit der Faktoren, nicht aber direkt einzelnen Maßnahmen zuzurechnen.

Im Bereich Wasserstraße wurden bis 2006 14 Projekte gefördert. Dabei ist ein Investitionsvolumen von 9,0 Mio. € in die Projekte induziert worden. Es sind damit temporäre Beschäftigungseffekte von rund 115 Personenjahren erzielt worden. Die Anzahl um-, aus-, und neu gebauter Schleusen und Wehre belief sich insgesamt auf 14 unterstützte Anlagen. Das Verkehrsaufkommen auf den betroffenen Wasserstraßen ist nur mittels zusätzlicher Erhebungen bzw. Evaluierungen festzustellen. Für das Jahr 2006 liegen keine zusätzlichen Informationen vor. Jedoch wird durch Sanierung und den Neubau von Schleusen die Durchgängigkeit und Attraktivität der Wasserstraßen verbessert, wovon nach Schätzungen auch weiterhin ca. 2 Mio. Touristen profitieren können. Eine konkrete Vor-Ort-Erfassung gestaltet sich auch weiterhin schwierig, da die meisten Standorte nur über Selbstbedienungsschleusen verfügen.

---

<sup>9</sup> P+R= park & ride; B+R= bike & ride

### Schwerpunkt 3: Schutz und Verbesserung der Umwelt

#### Maßnahme 3.1.1. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Bis zum Ende 2006 sind in diesem Bereich 532 Vorhaben bewilligt worden. Im Bereich des Neubaus/Erweiterungen sind 20 Vorhaben vorgenommen, sowie 13 Projekte zur Sanierung von Kläranlagen. Die Sanierung der Kanalisation erfolgte auf einer Streckenlänge von rd. 54,5 km. Insgesamt 1.136 km Kanalisationsstrecken sind neu gebaut worden. Die Projekte ergaben in Summe ein induziertes Investitionsvolumen von 346,8 Mio. €. Mit den Projekten konnten im Bereich des Neubaus und Erweiterung von Anlagen Klärwerk-Kapazitäten im Gesamtumfang für 83.108 Einwohner und bei den Schmutzwasserkanalisationen Kapazitäten für 204.602 Einwohner geschaffen werden. 106.299 Einwohner waren an die geförderten Kläranlagen (Neubau/Erweiterungen) und 163.012 Einwohner an die Schmutzwasserkanalisation angeschlossen. Der Anschlussgrad an öffentliche Abwasserentsorgungsanlagen erreichte zum Jahresende 2006 einen Wert von 80%.

Laut aktuell gültigem Lagebericht hat sich die Entlastung der Gewässer mit Schadstoffen aus kommunalen Kläranlagen auf einem hohen Niveau stabilisiert. Bei der Reduzierung der Schmutzwasserfracht in (kg BSB 5, P und N) als Ergebnis der Sanierung von Kläranlagen bzw. deren Erweiterungen lassen sich folgende Ergebnisse festhalten. Es erfolgte eine weitere Reduzierung bei BSB 5 um 264.000 kg, bei CSB um 11.000 kg, bei N ges. 278.000 kg (gleich bleibend) und bei P ges um 67.000 kg in Bezug auf die Belastung der Gewässer. Der Anteil der Abwässer, die aufgrund der Förderung biologisch/nährstoffelimierend behandelt werden, ist laut MLUV 100% da dies als Grundvoraussetzung bzw. Standard betrachtet wird. Weitere Ergebnisse bzw. Veränderungen sind mit der Veröffentlichung des Lageberichts 2007 zu erwarten.

Bei den Fördermaßnahmen, die zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung beitragen sollen, konnten insgesamt 22 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 40,2 Mio. EUR unterstützt werden. Antragsteller sind hierbei vorrangig die kommunalen (Trink)Wasser- und Abwasserverbände des Landes Brandenburg. Bis zum Zeitpunkt 2006 erfolgte der Neubau von drei Trinkwassernetzen und acht Erweiterungen von Trinkwasserversorgungsanlagen. Zusätzlich sind weitere fünf Verbesserungen/Kapazitätsvergrößerung an bestehenden Trinkwassernetzen realisiert. Der Bewilligungsstand hinsichtlich der Gemeinschaftsmittel in der Maßnahme entspricht einer Höhe von 156,8 Mio. € (99,7 % des geplanten Mittelansatzes). Der Auszahlungsstand in der Maßnahme beträgt für das Jahr 2006 insgesamt 142,8 Mio. EUR (90,8 %).

### Maßnahme 3.2.1. Luftreinhaltung und Immissionsminderung

Projekte zur Förderung der Luftreinhaltung und des Immissionsschutzes werden über die Richtlinie zur Förderung von Vorhaben des Immissionsschutzes und zur Begrenzung energiebedingter Umweltbelastungen sowie über das Programm „Rationelle Energieverwendung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen“ (REN) durchgeführt. Der Bewilligungsstand (Gesamtkosten) vom 31.12.2006 liegt bei 44,6 Mio. € (76,1%), der Auszahlungsstand liegt mit Stichtag bei 38,7 Mio. € (66,0 %).

Für das Berichtsjahr 2006 ist innerhalb dieses Förderbereichs ein weiteres Projekt hinzugekommen. Die Berichtserstattung gegenüber dem Vorjahr ist daher fast unverändert. Die Förderung des Immissionsschutzes umfasste 64 Projekte, die Mehrzahl entfiel auf die Erarbeitung kommunaler Energiekonzepte und auf Maßnahmen zur Emissionsminderung. Unter anderem war ein Schwerpunkt der Maßnahme die Errichtung von Erdgastankstellen, sowie Lärminderungsmaßnahmen bzw. Vorhaben zur Verkehrsberuhigung. Die Anzahl der Einwohner, die durch geringere Luftschadstoffkonzentration entlastet werden, belief sich auf 2.250\* Einwohner (Unterschreitung des PM 10 Kurzzeitgrenzwertes). Durch die Maßnahmen konnten zudem ca. 4.000\* Einwohner durch geringeren Lärm entlastet werden (\*Hinweis: die Angaben beziehen sich jeweils auf das Jahr der Bewilligungserteilung). Schätzungen gehen davon aus, dass mit der Förderung ca. 100 Arbeitsplätze erhalten werden können, diese Schätzung bezieht sich auf den Zeitraum der gesamten Strukturfondsperiode.

Das REN Programm beinhaltet bisher 343 Projekte, die zu einem induzierten Investitionsvolumen von 29,7 Mio. EURO beitragen. Die Mehrzahl der Projekte (166) waren Vorhaben im Bereich der Umsetzung und Implementierung von erneuerbaren Energien, z.B. die Errichtung von Holzvergaserkesseln und Photovoltaik- und thermischen Solaranlagen. 146 Vorhaben dienen der rationellen Energieanwendung, hierbei erfolgten unter anderem Errichtungen von Wärmepumpen und Wärmerückgewinnungsanlagen z.B. in einer Bäckerei) Weiterhin sind 25 Energiesparkkonzepte umgesetzt und zwei Verfahren im Bereich der Umwelttechnologien realisiert worden.

### Maßnahme 3.3.1. Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Abfallbeseitigung/Recycling

Bei den Maßnahmen der öffentlichen Abfallentsorgung (Aktion 3.3.1.1.) erfolgte die Durchführung von insgesamt 26 Vorhaben. Dabei wurden 23 Deponien rekultiviert bzw. saniert. Die induzierte Investitionshöhe beträgt 98,3 Mio. €. Die sanierte/rekultivierte Deponiefläche umfasst einen Wert von 182,1 ha. Von den langfristig durchzuführenden Deponieentgasungsmaßnahmen auf insgesamt 320 ha Deponiefläche sollen bis zum Ende des Programmzeitraums entsprechende Maßnahmen auf 200 ha durchge-

führt werden. Bisher wurden bzw. werden aktuell Maßnahmen dazu auf 153 ha durchgeführt. Zudem sind zwei Abfallbeseitigungsanlagen und eine Restabfallbehandlungsanlage im Rahmen der Förderung unterstützt worden.

Bei der Betrachtung des Indikators zu dem Verhältnis der offenen/genutzten zu den nicht mehr genutzten /stillgelegten Deponien ergibt sich ein Wert von [1: 4,4]. Daraus lässt sich für das Land Brandenburg ableiten, dass von 54 Deponien, die von öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern betrieben wurden/werden, Ende des Jahres 2006 44 Deponiestandorte nicht mehr zur Ablagerung genutzt sind. Damit sind nur noch 10 kommunale Deponien in Betrieb, von denen, nach den vorliegenden Planungen, nur noch 3 Deponien langfristig weiterbetrieben werden. Die restlichen 7 Deponien werden spätestens im Jahr 2009 geschlossen.

2006 wurden in kommunalen Abfallbehandlungsanlagen bzw. in von Kommunen beauftragten Anlagen Ersatzbrennstoffe zur Energieerzeugung mit einer Gesamtsumme für das Land Brandenburg von ca. 240.000 Megagramm (2005:138.00 Mg) hergestellt. Für den Jahresbericht 2005 lagen noch ungefähre Schätzzahlen vor, da die Abfallbilanz zum 2. Halbjahr 05 vorlag. Mit den genauen Zahlen (ohne Schätzwerte) entspricht dies insgesamt einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von über 74%. Durch die ab 1. Juni 2005 flächendeckend durchgeführte Restabfallbehandlung ist die abgelagerte Siedlungsabfallmenge deutlich zurückgegangen. 2005 wurden nur noch 546.000 Mg deponiert. Im Jahr 2006 ist die Menge nochmals auf ca. 320.000 Mg gesunken. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang um ca. 40%. Seit 1992 ist die deponierte Abfallmenge damit um ca. 92% zurückgegangen.

Die in der Maßnahme geförderten privaten Unternehmen der Abfallwirtschaft (Aktion 3.3.1.2.) führten zu einem Investitionsvolumen von 118,0 Mio. €. Bei den 27 Vorhaben handelte es sich vorrangig um Neuausrichtungs- und Erweiterungsinvestitionen. Vorrangig sind die Betriebe den Unternehmensbereichen Recycling, Entsorgung und Verwertung (u.a. von Baustoffen) zuzuordnen. Einem geplanten Mittelansatz von 57,9 Mio. € (Gemeinschaftsanteil) standen zum Stichtag bewilligte Gesamtkosten in Höhe von 55,6 Mio. € gegenüber, somit beträgt der Bewilligungsstand 96,1%.

#### Maßnahme 3.4.1. Altlasten und Konversionsmaßnahmen

In den Aktionen dieser Maßnahme wurden 83 Projekte im Bereich der Konversion und 30 Projekte zur Braunkohlesanierung durchgeführt. Die gesamte Maßnahme wies zum Stichtag 31.12.2006 mit einem Bewilligungsstand von 76,8 Mio. € bereits 105 % des geplanten Mittelansatzes auf. Zudem liegt ein aktueller Auszahlungsstand von 68,3 Mio. € (93,5 %) vor.

Die Mehrzahl der Konversionsprojekte entfiel auf Vorhaben zum Abriss, zur Beräumung, Entsiegelung oder der Beseitigung von Altlasten. Zudem fällt in diese Maßnahme auch die Vorbereitung und Durchführung der jährlich stattfindenden Publizitätsveranstaltung „Konversionssommer“. In der Aktion konnten Investitionen in Höhe von rund 50,7 Mio. € induziert werden. Bezüglich der Flächenindikatoren konnten folgende Wirkungen gemessen werden: (kumulativ)

Größe der Gesamtliegenschaften	22.369,5 ha
Objektfläche der geförderten Projekte:	1115,7 ha
davon	
renaturierte Fläche	352,88 ha
Reservefläche	308,35 ha
sonstige Fläche	449,54 ha
Objektvolumen rückgebauter Gebäude	3.823.280 m <sup>3</sup>
Länge zugänglich gemachter Wege	17,37 km

Die Braunkohlesanierung führte mit den insgesamt 30 Projekten zu Investitionen in einer Höhe von 35,8 Mio. € und bezog sich dabei auf eine Gesamtfläche von 498 ha. Davon entfielen rund 17,1 ha auf renaturierte Fläche, 21,5 ha auf neu geschaffene Nutzflächen und 29,3 ha auf Reserveflächen. Zudem erfolgte auf den sanierten Flächen bisher eine Unternehmensansiedlung. Die direkten Gestaltungsmaßnahmen der Braunkohlesanierung konzentrieren sich auf die Beseitigung instabiler Bodenverhältnisse und Sicherung bzw. Schutz von Gewässern im Bereich der Braunkohlegebiete. Im zweiten Schritt erfolgen dann auch Maßnahmen für die Nachnutzung in den Bereichen Tourismus und Erholung.

## Angaben zur Verwendung der Mittel der Technischen Hilfe

Eine Auflistung der Vorhaben der Technischen Hilfe findet sich in dem Anlagenteil des Jahresberichts. Es sind alle Projekte aufgeführt bei denen eine Beteiligung des EFRE vorliegt. Dabei wurde eine weit reichende Palette abgedeckt, die von Personalkosten innerhalb der Strukturfondsverwaltung über Studien, Workshops und Fortbildungen bis hin zu Veranstaltungen und Broschüren zu Zwecken der Information, Publizität und der Vorbereitung zur neuen Förderperiode ab 2007<sup>10</sup> reichten. Die im Rahmen der Technischen Hilfe zusammengefassten Maßnahmen erreichen bei den Gesamtkosten einen Bewilligungsstand von 15,7 Mio. € und einen Auszahlungsstand von rund 10,2 Mio. €.

### Hinweis zur Übersicht der Indikatoren für die Schwerpunkte 1 bis 3

Die in der Anlage 6 beigefügte Übersicht zeigt die maßnahmenspezifischen Indikatoren der Begleitung und Bewertung sowie quantifizierte Ziele, wie sie im Rahmen des OP und der aktuell gültigen Ergänzung zur Programmplanung festgelegt wurden. Im Zuge der Richtliniengespräche wurden die quantifizierten Ziele zum Teil angepasst und entsprechend in der Tabelle überarbeitet. Der Erfassungsstand des Indikatorensystems nach Maßnahmen und Aktionen bezieht sich dabei grundsätzlich auf den Stand der Bewilligungen von Fördervorhaben zum 31.12.2006.

---

<sup>10</sup> Die Veranstaltungen richteten sich v.a. an die Wirtschafts- und Sozialpartner des Landes Brandenburg, diese sind somit auch aktiv in den Gestaltungsprozess des Operationellen Programms für die Förderperiode 2007-2013 eingebunden worden.

## ESF

### Stand der Durchführung im Schwerpunkt 4: Förderung des Arbeitskräftepotenzials und der Chancengleichheit

Der ESF beteiligte sich bis zum 31.12.2006 im Rahmen des Schwerpunktes 4 des Operationellen Programms für das Land Brandenburg mit insgesamt 584,348 Mio. Euro an den Gesamtkosten. Die für 2006 geplanten ESF-Mittel in Höhe von 116,290 Mio. Euro wurden mit 80,023 Mio. Euro verausgabt (vgl. auch hierzu die Anlage 3).

Im Jahr 2006 konnten mit diesen Mitteln insgesamt 51.717 neu in Projekte eingetretene Personen gefördert werden. Einen Überblick über die Struktur der geförderten Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie ihre Verteilung auf die einzelnen Maßnahmen geben zwei Tabellen in der Anlage. Die Daten werden dabei für den Zeitraum 2000 - 2006 (Anlage 7) und für das Jahr 2006 (Anlage 8) ausgewiesen. Auf der Basis des Stamblattverfahrens können auch die geförderten Personen eindeutig identifiziert werden, die die Maßnahmen mit einem Zertifikat, einer Prüfung oder einem Praktikum als Erfolgskriterien abschlossen. Dies waren im Berichtsjahr 2006 insgesamt 45,93% aller geförderten Personen.

Der förderpolitische Schwerpunkt des Landes, die steigende Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, spiegelt sich auch in dem überproportional hohen Anteil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen wider. Mit bisher insgesamt 274.951 (2006: 27.837) Teilnehmerinnen und Teilnehmern stellte die Altersgruppe der unter 25-jährigen über 62,22 % der geförderten Personen. Trotz des mit 45,7% nach wie vor hohen Anteils der Langzeitarbeitslosen im Land Brandenburg lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den geförderten Personen nur bei insgesamt 17,646 % (2006: 11,11 %). Dies ist sowohl auf die Veränderung der Förderprogramme im Zuge der Hartz-Reformen zurückzuführen als auch ein Resultat der förderpolitischen Schwerpunktsetzung, ein weiteres Ansteigen der Langzeitarbeitslosigkeit eher durch präventive als durch kurative Förderansätze zu verhindern. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Programme zur Förderung der beruflichen Erstausbildung.

Der Frauenanteil lag mit 32,98 % für den Zeitraum 2000 - 2006 bzw. mit 27,21% im Jahr 2006 unter dem Anteil an den Arbeitslosen insgesamt. Dieser Befund relativiert sich aber, wenn die in der Maßnahme 4.3.6. geförderten Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht berücksichtigt werden. Dann lag der Frauenanteil bei 45,76 % für den Zeitraum 2000 - 2006 (2006: 39,65 %) und entspricht damit annähernd dem Anteil von Frauen an den Arbeitslosen in Höhe von 47,4 %. Die Maßnahme 4.3.6. bei der Berechnung des Frauenanteils nicht zu berücksichtigen, liegt in der Systematik der Datenerhebung bei

der Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung begründet. Durch die Auszubildenden sind während der gesamten Ausbildungszeit und in den einzelnen Lehrjahren mehrere Lehrgänge an unterschiedlichen Bildungseinrichtungen zu besuchen. Der einzelne Auszubildende wird bei z. T. verschiedenen Bildungseinrichtungen jeweils zur Beantragung der Fördermittel und zur Abrechnung des einzelnen Lehrganges als Teilnehmerin und Teilnehmer gezählt. Somit kommt es automatisch dazu, dass ein Auszubildender mehrmals in der (Gesamt)Teilnehmerzahl enthalten ist.

Die Abbrecherquote lag für den Zeitraum 2000 - 2006 bei 2,5 % (2006: 1,97 %). Die Abbrecherzahlen konzentrierten sich dabei auf einige wenige Maßnahmen. Insbesondere in den Maßnahmen, bei denen die Förderung der beruflichen Erstausbildung einen Schwerpunkt bildete. Ebenfalls höhere Abbrecherquoten weisen die Maßnahmen auf, in denen überwiegend Langzeitarbeitslose gefördert werden.

Einen Überblick über die Fortschritte bei der finanziellen Umsetzung im Schwerpunkt 4 des Operationellen Programms gibt die folgende Tabelle. Sie stellt die Planzahlen des Indikativen Finanzplans im Operationellen Programm den tatsächlich von der Zahlstelle getätigten und bescheinigten ESF-Ausgaben gegenüber.

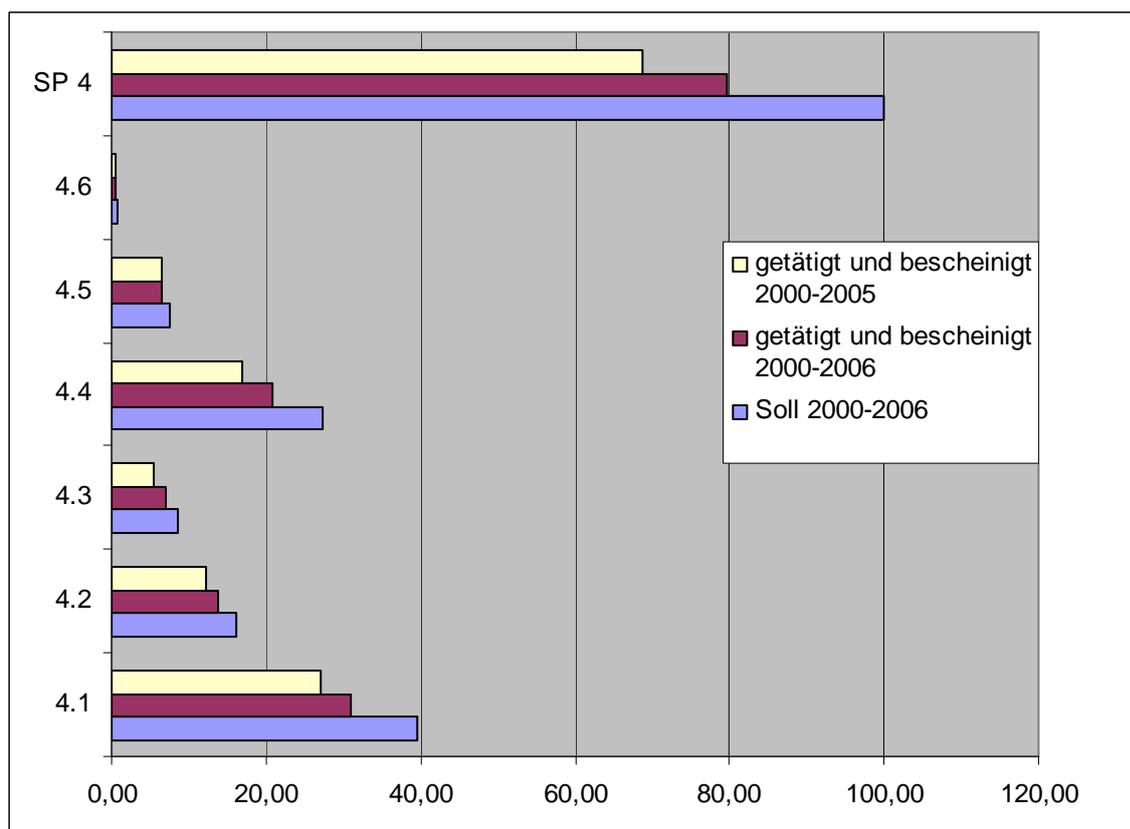
Tabelle 5: Übersicht Soll-Ist-Vergleich des ESF-Mitteleinsatzes 2000 bis 2006

Jahr	Soll ESF lt. OP	IST - bewilligte ESF-Mittel	Soll-Ist-Vergleich	IST - Von Zahlstelle getätigte und bescheinigte Ausgaben ESF	Soll-Ist-Vergleich
	in €	in €	in %	in €	in %
2000	85.267.200,00	84.553.806,00	99,16	44.837.878,63	52,59
2001	99.379.200,00	89.482.045,76	90,04	63.233.171,56	63,63
2002	109.228.800,00	123.924.318,84	113,45	84.397.628,46	77,27
2003	108.278.400,00	187.623.510,20	173,28	114.803.310,26	106,03
2004	106.110.000,00	58.491.698,39	55,12	119.527.258,82	112,64
2005	109.280.000,00	124.542.694,09	113,97	77.634.654,18	71,04
<b>2006</b>	<b>116.290.000</b>	<b>42.965.834,31</b>	<b>36,95</b>	<b>80.022.459,19</b>	<b>68,81</b>
<b>2000 bis 2006</b>	<b>733.833.600</b>	<b>711.583.907,60</b>	<b>96,97</b>	<b>584.347..508,31</b>	<b>79,36</b>
Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie					

Im Jahr 2006 wurde bei der Kommission eine Aufstockung der ESF Mittel im Schwerpunkt 4 um 3,2 Mio. € beantragt, die aus dem Schwerpunkt Technische Hilfe kommen. Bezogen auf die neue Planzahl wurde ein Mittelbindungsstand von 96,97% erreicht und die Verausgabung stieg auf 79,36% für den Gesamtzeitraum 2000-2006.

Die folgende Abbildung veranschaulicht den kontinuierlichen Fortschritt in den Maßnahmebereichen gegenüber dem Vorjahr:

Abbildung 7: Veränderung des Soll-Ist bei der finanziellen Umsetzung des ESF zum Vorjahr



Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Differenziert man das erreichte Ist der finanziellen Umsetzung nach Mittelbindung und Verausgabung im OP-Schwerpunkt 4 nach den einzelnen Maßnahmebereichen, so ergibt sich das folgende Bild:

Tabelle 6: Übersicht zum finanziellen Umsetzungsfortschritt nach Maßnahmebereichen 2000 - 2006

Maßnahme	Soll ESF 2000-2006 neu	Strukturgewichtsanteile	Bewilligte Mittel 2000-2006	Beitrag zum Soll- Gesamt SP 4	Von Zahlstelle getätigte und bescheinigte Ausgaben ESF 2000-2006	Beitrag zum Soll- Gesamt SP 4
	in €	in %	in €	in %	in €	in %
4.1	290.905.804,00	39,64	268.606.796,56	36,60	227.807.786,96	31,04
4.2	118.071.654,00	16,09	116.150.986,24	15,83	100.984.114,78	13,76
4.3	62.747.540,00	8,55	70.807.200,13	9,65	51.119.528,66	6,97
4.4	201.220.593,00	27,42	198.587.019,33	27,06	151.882.292,64	20,70
4.5	54.701.377,00	7,45	50.965.494,01	6,95	48.154.144,22	6,56
4.6	6.186.632,00	0,84	6.466.411,33	0,88	4.399.641,05	0,60
<b>SP 4</b>	<b>733.833.600,00</b>	<b>100,00</b>	<b>711.583.907,60</b>	<b>96,97</b>	<b>584.347.508,31</b>	<b>79,63</b>

Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Der Ende 2006 erreichte Bewilligungsstand in allen Maßnahmebereichen unterstützt die Annahme, dass eine vollständige Ausschöpfung der Mittel in allen Maßnahmebereichen erreicht werden kann. Auch hinsichtlich der Strukturgewichtsanteile der Mittelverausgabung kann im Vergleich 2006 zum Vorjahr festgestellt werden, dass sie in geringen Abständen um die Soll-Werte des OP für die Maßnahmebereichen pendeln und sich ihnen annähern.

Tabelle 7: Übersicht zum finanziellen Umsetzungsfortschritt nach einzelnen Maßnahmen 2000 bis 2006

Maßnahme	Soll ESF 2000-2006	Strukturge- wichtsanteile	Von Zahlstelle getätigte und bescheinigte Ausgaben ESF 2000-2006	Strukturge- wichtsanteile	Abweichung zum OP-Soll	Von Zahlstelle getätigte und bescheinigte Ausgaben ESF 2000-2005	Strukturge- wichtsanteile	Abweichung zum OP-Soll
	in €	in %	in €	in %	Differenz	in €	in %	Differenz
4.1.1.	189.835.819,00	25,87	131.507.466,56	22,51	3,36	110.231.182,70	21,85	4,02
4.1.2.	14.775.294,00	2,01	14.276.700,29	2,44	-0,43	14.221.377,29	2,82	-0,81
4.1.3.	86.294.691,00	11,76	82.023.620,11	14,04	-2,28	74.127.410,32	14,70	-2,94
4.2.4.	52.375.968,00	7,14	40.970.481,99	7,01	0,13	35.924.606,99	7,12	0,02
4.2.5.	65.695.686,00	8,95	60.013.632,79	10,27	-1,32	53.654.677,25	10,64	-1,68
4.3.6.	62.747.540,00	8,55	51.119.528,66	8,75	-0,20	39.650.665,60	7,86	0,69
4.4.7.	185.609.285,00	25,29	137.712.975,82	23,57	1,73	113.593.142,88	22,52	2,77
4.4.8.	15.611.308,00	2,13	14.169.316,82	2,42	-0,30	11.179.370,54	2,22	-0,09
4.5.9.	54.701.377,00	7,45	48.154.144,22	8,24	-0,79	47.342.974,51	9,39	-1,93
4.6.10.	6.186.632,00	0,84	4.399.641,05*	0,75	0,09	4.508.493,83	0,89	-0,05
<b>SP 4</b>	<b>733.833.600,00</b>	<b>100,00</b>	<b>584.347.508,31</b>	<b>100,00</b>		<b>504.433.901,91</b>	<b>100,00</b>	

\* Wegen einer Erstattung im Jahr 2006 fällt der Wert geringer als im Vorjahr aus.

Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Im Folgenden wird die Durchführung in den einzelnen Maßnahmen entlang materieller und finanzieller Indikatoren detaillierter beschrieben.

## **Maßnahmebereich 4.1. Aktive und präventive Arbeitsmarktpolitik**

### Maßnahme 4.1.1. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Verhinderung der Langzeitarbeitslosigkeit (LZA) bei Jugendlichen

Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Verhinderung der Langzeitarbeitslosigkeit bei Jugendlichen wurden 131,507 Mio. € ESF-Mittel bis 2006 (davon 21,276 Mio. € für 2006) eingesetzt. Die Maßnahme bildet mit 22,51 % der 2000-2006 verausgabten ESF-Mittel einen Schwerpunkt des ESF-Mitteleinsatzes. An den im Jahr 2006 getätigten Ausgaben betrug der Anteil 26,62% und lag damit an zweiter Stelle. Es wurden 4.538 neue Teilnehmer gefördert und insgesamt erhöhte sich die Teilnehmerzahl auf 48.886, davon 45,85 % weibliche Teilnehmerinnen. Der Mitteleinsatz konzentrierte sich auf die Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Rahmen des Ausbildungsplatzprogramms Ost sowie der Berufsorientierung und Berufsausbildungsvorbereitung von Jugendlichen.

### Maßnahme 4.1.2. Vorhaben zur Verhinderung von LZA von Erwachsenen: Qualifizierung, Information und Beratung

Die Maßnahme zielte auf die präventive Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit durch Qualifizierung, Information und Beratung. Aufgrund der Hartz-Reformen und der EzP-Änderungen im Zuge der OP-Halbzeitbewertung ist diese Maßnahme mit keiner Förderaktion mehr besetzt. Der Anteil an den im Jahr verausgabten Mitteln betrug 2006 nur noch 0,1% und entsteht durch den Abschluss eines Projektes. Bis Ende 2006 wurden insgesamt 14,2771 Mio. € an ESF-Mitteln eingesetzt und insgesamt 25.356 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefördert. Von ihnen waren 46,9% weiblich sowie 69% langzeitarbeitslos.

### Maßnahme 4.1.3. Einstellungsbeihilfen für arbeitsmarktpolitische Zielgruppen

Die Maßnahme ist noch mit einer Aktion belegt. Im Jahr 2006 wurde dafür ein Mittelvolumen von 7,896 Mio. € verausgabt. Der Anteil an den verausgabten Mitteln im Jahr 2006 betrug 9,8%. Es wurden 1.053 Teilnehmer gefördert, davon 9,2% Frauen. Der niedrige Frauenanteil ergibt sich aus der Spezifik der Aktion (Braunkohlesanierung).

## Maßnahmebereich 4.2. Gesellschaft ohne Ausgrenzung

### Maßnahme 4.2.4. Förderung von Zielgruppen mit besonderen Integrationsproblemen

In der Maßnahme zur Förderung von Zielgruppen mit besonderen Integrationsproblemen wurden während der Programmlaufzeit 40,971 Mio. € ESF-Mittel eingesetzt. Mit 5,046 Mio. € wurden im Berichtsjahr 6,3% der Mittel hier verwendet. Die Förderung zum Erhalt und zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit für die Zielgruppen konzentrierte sich in der Maßnahme 4.2.4. insbesondere auf die folgenden Zielgruppen:

- Langzeitarbeitslose,
- Jugendliche,
- Ältere
- Straffällige.

Insgesamt wurden im Zeitraum 2000-2006 über 56.700 Personen qualifiziert, davon waren 28.314 Männer und 28.386 Frauen. Von ihnen waren 48,96% langzeitarbeitslos und 26,34% Jugendliche unter 25 Jahren. Im Jahr 2006 wurden 3.559 Männer und 3.585 Frauen erfasst. Quantitativ lag der Schwerpunkt der Förderung 2006 mit 4.427 Neueintritten in der Aktion 4.2.4.3 „Aktiv für Arbeit“, davon 58,6 % Frauen und 84,6 % Langzeitarbeitslose. „Aktiv für Arbeit“ richtet sich an Langzeitarbeitslose und Nichtleistungsbeziehende. Es folgten Angebote für Straffällige, die über die Aktionen 4.2.4.4 im Jahr 859 vorwiegend männliche Teilnehmer annahmen, von denen ca. 30% Jugendliche unter 25 Jahren sind. Die „Akademie 50+ - Arbeit für Ältere“ der Aktion 4.2.4.8 erreichte 787 Personen, davon 508 Frauen (64,5 %) und 279 Männer. 64,1 % der Personen waren über 50 Jahre alt. Die Anzahl der Teilnehmer/innen insgesamt liegt mit 1.520 höher als die Anzahl der Personen, da eine Person an mehreren verschiedenen Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen teilnehmen kann. Im Jahr 2006 waren es 300 Teilnehmer/-innen mehr als im Vorjahr. Nachdem im Jahr 2005 bestehende Rechtsunsicherheiten im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarktreformen beseitigt werden konnten, wurden in der Aktion 4.2.4.5 Berufspädagogische Maßnahmen in der Jugendhilfe im Jahr 2006 insgesamt 587 Teilnehmer gezählt, davon 23,28% Frauen.

### Maßnahme 4.2.5. Beschäftigungshilfen für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger und andere von Ausgrenzung bedrohte Gruppen

In der Maßnahme 4.2.5. wurden von 2000-2006 die ESF-Mittel in Höhe von 60,014 Mio. € verausgabt, das sind 10,27% bezogen auf das Gesamtvolumen. Der Beitrag des Jahres 2006 dazu liegt bei 6,359

Mio. Euro und damit doppelt so hoch wie im Vorjahr. Bezogen auf die im Jahr 2006 eingesetzten ESF Mittel liegt er bei knapp 8% der Gesamtmittel gegenüber 4,1% im Vorjahr. Nachdem im Jahr 2005 nach wettbewerblichem Verfahren die Regionalbudgets starteten, aber wegen des erforderlichen Planungsvorlaufs nur wenige Teilnehmer hatten, wurden im Jahr 2006 in den Projekten 1.311 Teilnehmer/innen gezählt, davon waren 45,69% weiblich. Die Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen wurde mit 70,56% erreicht.

### **Maßnahmebereich 4.3. Berufliche und allgemeine Bildung, lebensbegleitendes Lernen**

#### Maßnahme 4.3.6. Verbesserung der Systeme der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Förderung des lebenslangen Lernens

Die Maßnahme zielt auf die Förderung des lebenslangen Lernens sowie die Verbesserung der Systeme beruflicher Aus- und Weiterbildung. Hierfür wurden im Land Brandenburg bisher insgesamt 51,120 Mio. Euro an ESF-Mitteln eingesetzt (2006: 11,469 Mio. €). Der inhaltliche Schwerpunkt der Förderung lag auf der Verbundausbildung und der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU). Beides sind wichtige Instrumente, um sowohl qualitativ anspruchsvolle Ausbildungen auch in kleinteiligen handwerklichen Wirtschaftsstrukturen zu vermitteln als auch quantitativ das Ausbildungsplatzpotenzial zu erschließen.

Die Zahl der geförderten Ausbildungsplätze im Verbund lag bei 4.400. Diese Ausbildungsplätze ständen ohne Verbundausbildung nicht zur Verfügung. Damit erhöhte sich zugleich die Quantität und Qualität der betrieblichen Ausbildung. Im Zeitraum 2000 - 2006 wurden insgesamt 152.665 Teilnehmer und 27.416 Teilnehmerinnen in der Maßnahme gezählt (2006: 22.909 Teilnehmer und 4.395 Teilnehmerinnen). Aufgrund des Schwerpunktes in der beruflichen Erstausbildung waren fast alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter 25 Jahre alt. Der Frauenanteil lag bei 15,2 %.

Im Rahmen der ÜLU ist vor dem Hintergrund der Gesamtsituation in der Handwerksausbildung ein geringer Frauenanteil charakteristisch. Dieser ist maßgeblich von den Ausbildungswünschen der Schulabgängerinnen und Schulabgänger und dem Einstellungsverhalten der Betriebe bestimmt. Weibliche Auszubildende entscheiden sich in der Regel für die kaufmännischen Berufe im Handwerk. In diesen Berufen werden während der Ausbildungszeit drei bis vier Lehrgänge besucht. Dagegen haben die Auszubildenden in den ausgesprochenen Handwerksberufen sechs bis neun Lehrgänge während der Ausbildung zu absolvieren. Dadurch kommt es dazu, dass der Anteil der weiblichen Teilnehmer bei der ÜLU geringer ist als der Anteil der weiblichen Auszubildenden im Handwerk. Trotz verstärkter Anstrengungen

von Landesregierung, Kammern und Agenturen für Arbeit gelang es bisher nicht, den Frauenanteil in den Handwerksberufen zu steigern (ca. 16%).

Das Berufsfindungs- und wahlverhalten der Jugendlichen sowie das Übergangsmanagement Schule-Beruf systematischer zu gestalten und auszubauen, unterstützt die INNOPUNKT-Kampagne 18. ein Schwerpunkt ist, Praxislernzeiten für Schülerinnen und Schüler stärker an den individuellen Kompetenzen und Potentialen sowie an dem regionalen Bedarf auszurichten (siehe auch A 1).

Des Weiteren wurden in dieser Maßnahme insbesondere im Rahmen von INNOPUNKT modellhaft Ansätze für ein lebenslanges Lernen erprobt. 2006 war vor allem die Kampagne „Mehr Ausbildungsplätze durch mehr Ausbildungsbetriebe“ ein wichtiges Instrument bei dem Ziel, den Betrieben mehr Spielraum für die eigene Ausbildung zu verschaffen. Für die dreijährige Laufzeit der Projekte werden 2 Mio. € EU- und Landesmittel bereitgestellt. Das Geld soll u. a. dafür eingesetzt werden, das Ausbildungsengagement der Betriebe zu steigern und die Kooperation zwischen Schulen, Betrieben, Trägern, Hochschulen zu vertiefen. Es sollen auch neue Wege in der Beratung und Einwerbung von betrieblicher Ausbildung gegangen sowie Informations- und Öffentlichkeitskampagnen gefördert werden. Schwerpunkt werden auch der weitere Ausbau der Verbundausbildung sein – der Zusammenschluss von Betrieben untereinander sowie von Betrieben und Schulen mit dem Ziel, Ausbildung gemeinsam zu organisieren – ebenso wie z.B. auch die bessere Anpassung von Förderprogrammen an die regionalen Bedürfnisse.

#### **Maßnahmebereich 4.4. Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist**

##### Maßnahme 4.4.7. Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und Beschäftigten

Mit insgesamt 137,713 Mio. € (2006: 24,120 Mio. €) lag in der Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und Beschäftigten mit 30,18% der im Jahr 2006 eingesetzten ESF-Mittel der Hauptschwerpunkt des ESF-Einsatzes im Land Brandenburg. Insgesamt konnten bisher 23.397 Teilnehmerinnen und 37.393 Teilnehmer qualifiziert werden und sich an die neuen Herausforderungen des Arbeitsmarktes anpassen (2006: 3.200 Teilnehmerinnen und 6.966 Teilnehmer). Dies entspricht einem Frauenanteil von 38,49% (2005: 31,48%).

Die Förderung in der Maßnahme konzentrierte sich auf zwei Förderschwerpunkte:

- Bei der Förderung im Rahmen der Richtlinie Kompetenzentwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen erfolgte die Qualifizierung von Beschäftigten und Geschäftsführern und Geschäftsführerinnen, prozessbegleitende Beratung des Managements kleiner und mittlerer Unternehmen und Pro-

jekt- und Netzwerkmanagement bei Kooperationen von Unternehmen und Beschäftigungsvertretungen.

- Die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für Jugendliche durch eine Berufsausbildung in schulischer Form, die in Kooperation zwischen Oberstufenzentren und Kammern („Kooperatives Modell“) durchgeführt wird.

Hier liegt der Anteil der geförderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei 100%.

#### Maßnahme 4.4.8. Förderung des Unternehmergeistes

In der Maßnahme zur Förderung des Unternehmergeistes wurden insgesamt 14,169 Mio. € ESF-Mittel eingesetzt (2006: 2,990 Mio. €). Der Schwerpunkt der Förderung in dieser Maßnahme lag bei der Existenzgründungsförderung. Die Förderung beinhaltete im Wesentlichen die Beratung von Gründungswilligen in der Vorgründungsphase durch sog. Lotsendienste, die in sämtlichen Landkreisen und kreisfreien Städten vertreten waren sowie zielgruppenspezifisch – für Migranten/-innen, Frauen und Hochschulen – landesweit tätig waren. Eine im Jahr 2005 durchgeführte Evaluation des Programms kam zu dem Ergebnis, dass diese Förderung einen wesentlichen sowie notwendigen Beitrag zur qualitativen und quantitativen Verbesserung des Existenzgründungsgeschehens leistet. Sie empfahl vorbehaltlos die Weiterführung der Förderung.

Mit 2.974 Frauen (2006: 494) lag der Frauenanteil im gesamten Berichtszeitraum von 2000 - 2006 bei 41,6% (2006: 40,7%). Insbesondere bei der Beratung von gründungswilligen Frauen konnte bei den regionalen Lotsendiensten im Jahr 2006 ein der Anteil der Frauen mit 42,1 % erneut gesteigert werden. Der Frauenanteil liegt hier deutlich über dem Frauenanteil an den Selbstständigen im Land Brandenburg, der bei ca. 32 % liegt. Im Rahmen von „Junge Leute machen sich selbständig“ wurden 2006 122 junge Leute in Gründungswerkstätten zur Existenzgründung geführt, darunter 49 Frauen oder 40,2%.

#### **Maßnahmebereich 4.5. Chancengleichheit von Frauen und Männern**

##### Maßnahme 4.5.9. Spezifische Vorhaben zur Verbesserung der beruflichen Chancengleichheit von Frauen

Mit insgesamt 48,154 Mio. € an ESF-Mitteln (2006: 0,811 Mio. €) wurden spezifische Vorhaben zur Verbesserung der beruflichen Chancengleichheit von Frauen gefördert. Insgesamt konnten damit von 2000 - 2006 7.030 Teilnehmer und 12.624 Teilnehmerinnen erreicht werden. Dies entspricht einem

Frauenanteil von 64,2 %. Im Jahr 2006 wurden 292 Personen, davon 229 Frauen (78,4%) gefördert. Der Anteil der im Jahr 2006 in der Maßnahme getätigten ESF Ausgaben beträgt 1% vom Gesamtvolumen.

#### **Maßnahmebereich 4.6. Lokales Kapital für soziale Zwecke**

##### Maßnahme 4.6.10. Kleinprojekte zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und der lokalen-sozialen Entwicklung

Das Land Brandenburg förderte seit 2002 über vier Jahre lokale Initiativen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und der lokalen-sozialen Entwicklung. Bis Ende 2006 wurden insgesamt 4,400 Mio. € an ESF-Mitteln zur Unterstützung dieser Initiativen eingesetzt. Die Förderung diente der Erschließung neuer Beschäftigungspotenziale für Frauen und Angehörigen von Zielgruppen des Arbeitsmarktes, die vom gesellschaftlichen Ausschluss bedroht oder betroffen sind. Bis Ende August 2006 wurden 640 lokale Initiativen gefördert, in deren Rahmen ca. 2.200 Personen tätig waren (davon 4/5 Frauen).

#### **Technische Hilfe - ESF**

Für die Technische Hilfe wurden im Jahr 2006 insgesamt 2,882 Mio. € verausgabt. Eine Auflistung der Vorhaben der Technischen Hilfe findet sich in Anlage 9b.

Im Rahmen der Regel 11.2 der VO (EG) 1685/00 sind 962 Mio. € eingesetzt worden, insbesondere für Ausgaben für Gehälter, einschließlich Sozialversicherungsbeiträge für sonstiges Personal, das zur Ausführung der unter Ziffer 2.1 dieser Verordnung genannten Aufgaben beschäftigt wird.

Im Rahmen der Regel 11.3 wurden 1,920 Mio. € verausgabt für die Aktivitäten im Rahmen der Erfüllung der Informations- und Publizitätspflichten, für die Erstellung von Studien und Programmbewertungen, die Anpassung des Monitoringsystems an die neuen Anforderungen der Begleitung sowie die Qualitätssicherung von einzelnen ESF-finanzierten Programmen.

## **Berücksichtigung der horizontalen Prioritäten des ESF**

### **Aktivitäten und Initiativen zur Gleichstellung von Männern und Frauen im Sinne der gemeinsamen Politik der Chancengleichheit (Mainstreaming-Politik)**

Auch 2006 wurden die Aktivitäten darauf konzentriert, durch geeignete Maßnahmen die kommende Förderperiode 2007 – 2013 so vorzubereiten, dass weitere Fortschritte zur Verbesserung der Gleichstellung erreicht werden können.

Von Januar bis April wurden im Rahmen des Partnerschaftlichen Abstimmungsprozesses themenorientierte Workshops durchgeführt. Begonnen wurde mit dem Workshop zum Querschnittsziel Chancengleichheit. Konsequentermaßen flossen die diskutierten Erkenntnisse der Förderperiode 2000-2006 sowie die abgeleiteten Ergebnisse und Empfehlungen in die nachfolgenden Workshops ein. Die in den weiteren Themenworkshops vorgestellten Erfahrungsberichte enthielten Aussagen über die Wirkung der jeweils ausgewählten Aktivität auf das Querschnittsziel Chancengleichheit. Auf diese Weise war die durchgängige Thematisierung des Querschnittsziels während des gesamten Partnerschaftlichen Abstimmungsprozesses gewährleistet.

Die fachliche Verantwortung für das Querschnittsziel Chancengleichheit von Frauen und Männern ist in der ESF-Fondsverwaltung angesiedelt, in deren Aufgabenbereich die Gesamtkoordination der Erarbeitung des neuen Operationellen Programms lag. Die konsequente Analyse genderrelevanter Aspekte bei der OP-Erarbeitung sowie deren Diskussion und Ergebnisabstimmung mit den beteiligten Referaten und Ressorts war damit sichergestellt. Die Fondsverwaltung wurde dabei in ihrer Tätigkeit u. a. unterstützt durch die „AG Chancengleichheit in den Strukturfonds des Landes Brandenburg“, die verschiedene Auswertungen vornahm sowie Diskussionsergebnisse zu Indikatoren und Prüfverfahren erarbeitete und dieses den Fondsverwaltungen, Referaten und Ressorts sowie den an der OP-Erstellung beteiligten Dienstleistern zur Verfügung stellte. Parallel wurden in ressortübergreifenden Weiterbildungsveranstaltungen für die mit der Verwaltung der Fonds befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Ebenen, ebenfalls die o.g. Fragen der Indikatorenbildung sowie der Bewertung von Projekten, Programmen und Richtlinien auf ihre Genderrelevanz bearbeitet. Damit wurden auf der Verwaltungsebene der für eine gemeinsame Politik der Chancengleichheit notwendige Know-How-Zuwachs und die ressort- und fondsübergreifende Kooperation gefördert. Siehe zu den Initiativen und Aktivitäten im Rahmen der AG Chancengleichheit in den Strukturfonds des Landes Brandenburg unter „Querschnittsziel Chancengleichheit“.

Ebenfalls in Vorbereitung auf die neue Förderperiode der Strukturfonds wurde die ESF-Webseite des Landes Brandenburg neu konzipiert und inhaltlich an die zukünftigen Erfordernisse angepasst. Dem Thema Geschlechtergerechtigkeit wurde dabei ein eigener Schwerpunkt zuerkannt und somit ab 2007 eine spezielle Plattform für eine breiter angelegte Öffentlichkeitsarbeit zur Verwirklichung des Gender Mainstreaming Prinzips im Land Brandenburg bereitgestellt.

### **Anwendung von Gender-Mainstreaming in der Umsetzung des LAPRO**

Das Thema Chancengleichheit in der regionalen Beschäftigungs- und Strukturpolitik bildete einen Schwerpunkt im Durchführungszeitraum. Gemeinsam mit den Partnern und auch unter Beteiligung der EFRE-Fondsverwaltung wurde die Frage erörtert, wie es gelingen kann, durch gezielte regionale Beschäftigungs- und Strukturentwicklungspolitik Verbesserungen auf dem Gebiet der Chancengleichheit zu erreichen. Deutlich wurde, dass Gender Mainstreaming ein Lernprozess ist. Es bedarf der Entwicklung von Genderwissen und -kompetenz als Erfolgsfaktor für die Regionalentwicklung. Gute Beispiele sollten an den regionalspezifischen Chancen und Risiken ansetzen. Antrieb zur Umsetzung gelingt über die Herstellung von Problembewusstsein. Gender Mainstreaming wird erfolgreich umgesetzt, wenn der Nutzen erkennbar ist und Erfahrungsaustausche gestaltet werden. Aus Sicht der Partner ist von erheblicher Bedeutung, dass die Landespolitik eine abgestimmte Gender-Strategie verfolgt und der Aufwand verhältnismäßig und angemessen bleibt.

### **Informationsgesellschaft**

Realistisches Ziel öffentlicher Förderung moderner Formen des lebenslangen Lernens ist nicht die flächendeckende Förderung einzelner Maßnahmen, sondern der Aufbau einer geeigneten Lerninfrastruktur, durchaus im Sinne einer sektoralen Förderung des e-learning und der e-competence. Zu einer effektiven Lerninfrastruktur in Brandenburg gehören Bildungsanbieter mit Erfahrung in der Anwendung neuer Lernformen, ein ausreichendes Angebot an geeigneten Lerninhalten, gute Beispiele beim Aufschluss von Unternehmen, Autoren- und Torentools im Bereich neuer Lernformen, funktionierende Akteursnetzwerke, Markttransparenz über die bestehenden Angebote und Portale und Plattformen zum Transport der Lerninhalte.

Die INNOPUNKT-Kampagne „Neues Lernen made in Brandenburg“ und der Modellversuch e-KOM@Brandenburg waren ab 2001 als gemeinsames Programm bündel angelegt. „Neues Lernen made in Brandenburg“ schafft und sichert nachweislich Beschäftigung. Aus diesem Projektbündel entstand 2005 die Virtuelle Akademie Brandenburg, kurz *ViABrandenburg*, die Weiterbildung und Qualifizierung

für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) anbietet. Sie erlaubt denjenigen, die Bildungsangebote suchen, sich auf einem virtuellen Markt zu informieren, Kurse zu wählen und im Internet gemeinsam mit anderen Menschen interaktiv zu lernen. Bildungsdienstleistern ermöglicht die *ViABrandenburg*, ihre Angebote zentral zu präsentieren und so ein breites Publikum zu erreichen. Die virtuelle Akademie macht nicht nur die erprobte und ausgewählte Lernplattform allgemein nutzbar und erprobbar. Sie stellt einen weiteren Schritt im Aufbau einer effektiven Lerninfrastruktur in Brandenburg dar. Lernberater in Bildungsunternehmen können geschult werden. Ein Qualifizierungsangebot für Autoren und Tutoren steht bereit. Die Fraunhofergesellschaft entwickelte 2006 erfolgreich das Bild des VIA - Lernberaters und der regionalen virtuellen VIA - Agenturen.

## Regionalisierung

In Fortführung der bisherigen Aktivitäten zur Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik und im Zusammenhang mit der Einführung des Sozialgesetzbuch II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) wurde im Jahre 2005 das neue Förderprogramm „Regionalentwicklung stärken – Langzeitarbeitslose schneller integrieren (Regionalbudget)“ konzipiert. Mit der Förderung sollen modellhaft neue Formen regionalisierter Arbeitsmarktpolitik erprobt werden. Ausgewählte Landkreise bzw. kreisfreie Städte erhalten ein Budget, welches sie ohne Vorgabe der Instrumente unter Berücksichtigung der Zielstellungen der Maßnahmen 4.2.4. und 4.2.5. einsetzen können. Folgende Ziele werden darüber hinaus verfolgt:

- Langzeitarbeitslose schaffen Struktureffekte, die für die Regionalentwicklung von Bedeutung sind.
- Das Regionalbudget ermöglicht zusätzliche über den gesetzlichen Rahmen hinausgehende qualitative und quantitative Effekte bei der Förderung von Langzeitarbeitslosen.
- Es werden neue und innovative Instrumente entwickelt und umgesetzt, die die Arbeitsmarktintegration oder die Beschäftigungsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen deutlich erhöhen.

Im Jahr 2006 gelang es den Modellvorhaben in den Landkreisen Prignitz, Barnim, Spree-Neiße sowie in der kreisfreien Stadt Potsdam nach den Anlaufschwierigkeiten im Jahr 2005 erfolgreich eigene Initiativen im Rahmen ihres Regionalbudgets zu entwickeln und zu implementieren. Voraussetzung war jeweils die Mobilisierung eines regionalen Konsenses, die Schaffung von Koordinationsstrukturen sowie die Konkretisierung der in den Konzepten benannten Zielstellungen. Über die Ergebnisse dieses Prozesses wird regelmäßig gegenüber dem MASGF Bericht erstattet. Die in der Zielvereinbarung zwischen dem MASGF und den ausgewählten Gebietskörperschaften vereinbarten qualitativen und quantitativen Indikatoren sind dabei verbindlich zu bedienen. Das Modellvorhaben läuft bis zum 30. Juni 2007. Die Förderung wird formativ evaluiert. Der bisherige Erfolg spricht dafür, die Regionalbudgets flächendeckend in der neuen EU-Strukturfondsperiode einzuführen. Ein ausführlicher Diskussionsprozess dazu war Bestandteil des Partnerschaftlichen Abstimmungsprozesses in Vorbereitung auf die neue Strukturfondsförderperiode.

## EAGFL- A

### Stand der Durchführung im Schwerpunkt 5

Die Politik zur ländlichen Entwicklung hat auch im Jahr 2006 die anderen Instrumente der Gemeinsamen Agrarpolitik flankiert und ergänzt. Die Förder- und Strukturpolitik der EU, des Bundes und des Landes hat damit maßgeblich zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen der Land-

und Ernährungswirtschaft beigetragen. Die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume durch umweltgerechte Produktion, umweltschonende Bewirtschaftungsweisen sowie Schaffung und Erhaltung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten für die ländliche Bevölkerung konnte im Jahr 2006 weiter befördert werden. Die Entwicklung der ländlichen Räume wurde im Jahr 2006 durch den Einsatz von E-AGFL-Mitteln, Bundes- und Landesmitteln auf der Grundlage von neun Förderrichtlinien bzw. Verträgen unterstützt.

2.338 Vorhaben wurden durch den EAGFL, Abt. Ausrichtung, insgesamt im Jahr 2006 unterstützt. Ausgezahlt wurden insgesamt 112.764.078,36 €, darunter 84.432.544,66 Euro EAGFL, Abt. Ausrichtung. Damit wurde die Jahrest tranche zu 77,4 % ausgezahlt.

Tabelle 8: Anzahl der Begünstigten in den Maßnahmen des Schwerpunktes 5

Maßnahmen	Anzahl der Begünstigten	Interventionsbereich
5.5.1 Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben	301	111
5.1.2. Niederlassung von Junglandwirten	0	112
5.1.3. Berufsbildung	745	113
5.1.4. Verbesserung der Verarbeitung und Verwaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	9	114
5.1.5. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	194	121 122 125
5.2.1. Flurbereinigung	80	1302
5.2.2. Vermarktung von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen	0	1304
5.2.3. Dorferneuerung und Dorfentwicklung sowie Schutz und Erhaltung des ländlichen Kulturerbes	345	1306
5.2.4. Diversifizierung der Tätigkeiten in landwirtschaftlichen landwirtschaftsnahen Bereich	0	1307
5.2.5. Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Wasserressourcen	0	1308
5.2.6. Entwicklung und Verbesserung der mit der Landwirtschaft verbundenen Infrastruktur	56	1309
5.2.7. Förderung des Fremdenverkehrs und Handwerkstätigkeit	0	1310
5.2.8. Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft, der Landschaftspflege und der Verbesserung des Tierschutzes	590	1312
6. Technische Hilfe	19	41

### Maßnahme 5.1.1. Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben

Die einzelbetriebliche Förderung dient der Unterstützung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen, umweltschonenden, tiergerechten und multifunktionalen Landwirtschaft. Dabei werden investive Maßnahmen in landwirtschaftlichen Unternehmen gefördert, die insbesondere zur Stabilisierung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Einkommen sowie zur Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Produktionsbedingungen beitragen. Die Interessen der Verbraucher, die Entwicklung des ländlichen Raumes sowie die Erhaltung der biologischen Vielfalt werden dabei berücksichtigt.

2006 wurden 301 landwirtschaftliche Unternehmen gefördert. Der Umfang der in diesen Unternehmen getätigten Investitionen in Höhe von 67,892 Mio. € wurde mit einer Beihilfeintensität in Höhe von durchschnittlich 35% gefördert. Dafür wurden im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ öffentliche Mittel in Höhe von 7.171.974,51 €, darunter 5.327.008,16 Euro aus dem EAGFL Abteilung Ausrichtung eingesetzt. Gefördert wurden Investitionen, die durch Schaffung der baulichen und technischen Voraussetzungen einem oder mehreren der folgenden Ziele dienen:

- a) der Verbesserung der betrieblichen Produktionsbedingungen
- b) der Erfüllung besonderer Anforderungen an die Landwirtschaft hinsichtlich Umweltschutz, Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Umweltbedingungen, Ökologischer Landbau, Verbesserung des Tierschutzes und der Tierhygiene und Verbraucherschutz
- c) der Diversifizierung landwirtschaftlicher Einkommensquellen vor allem durch Einkommenskombination in den Bereichen Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Urlaub auf dem Bauernhof sowie Dienstleistungen.

Für die Landesrichtlinie wurden Ausgaben zur Stabilisierung leistungs- und wettbewerbsfähiger Unternehmen in umweltschonende und tiergerechte Verfahren der Tierproduktion getätigt. Dafür wurden insgesamt 1.480.554,44 €, darunter 1.110.415,82 € aus dem EAGFL, Abteilung Ausrichtung ausgegeben. Mit diesen Mitteln wurden 1823 Stallplätze für Rinder, 12.790 Stallplätze für Schweine und 280 Stallplätze für Schafe neu bzw. umgebaut. An Arbeitsplätzen wurden 1.179, davon 70 für Frauen, erhalten und 69, davon 22 für Frauen, neu geschaffen.

In den Bereichen Direktvermarktung, Bewässerung und Gärtnerische Produktion erfolgte im Jahr 2006 keine Förderung

### Maßnahme 5.1.2. Niederlassung von Junglandwirten

2006 keine Förderung

### Maßnahme 5.1.3. Berufsbildung im ländlichen Raum

Im Bereich der beruflichen Bildung wird der Zugang zu Bildungsangeboten durch zentrale Angebote für Führungskräfte in der brandenburgischen Landwirtschaftsakademie, durch Landeseinrichtungen und durch Einrichtungen der außeruniversitären Agrarforschung sowie durch zentrale Angebote der Regionalstellen für Bildung im Agrarbereich und andere Bildungsanbieter gewährleistet. Im Jahr 2006 wurden insgesamt 1.127.744,29 €, darunter 845.808,21 € aus dem EAGFL, Abt. Ausrichtung ausgezahlt. Damit wurden 745 Bildungsmaßnahmen mit 7.249 Teilnehmern, darunter 1.597 Frauen gefördert.

### Maßnahme 5.1.4. Marktstrukturverbesserung

Im abgelaufenen Förderzeitraum von 2000 bis 2006 lagen die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit im Bereich der Verarbeitung und Vermarktung bei Rekonstruktions- und Rationalisierungsmaßnahmen zur Anpassung an die Erfordernisse des Marktes mit einem zunehmenden Veredelungsgrad und der entsprechenden Aufbereitung der Produkte, aber auch zur Verbesserung der Qualitäts- und Hygienebedingungen, des Tier- und Umweltschutzes sowie im innovativen Bereich. Die Warenbereiche Obst und Gemüse, Getreide und Futtermittel, Geflügel sowie Vieh und Fleisch waren dabei am stärksten involviert.

2006 wurden öffentliche Mittel in Höhe von 5.632.701,37 €, darunter 4.224.526,02 € aus dem EAGFL Abt. Ausrichtung zur Schaffung von Absatzeinrichtungen sowie zur Rationalisierung bzw. Erweiterung von Unternehmen der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse eingesetzt. Es wurden 9 Vorhaben durchgeführt. Damit konnten 574 Arbeitsplätze darunter 209 für Frauen, erhalten werden und 7 Arbeitsplätze, darunter 2 für Frauen wurden neu geschaffen.

### Maßnahme 5.1.5. Sonstige forstliche Maßnahmen

Für forstwirtschaftliche Maßnahmen wurden 2006 insgesamt 9.160.341,23 €, darunter 6.870.255,87 € aus dem EAGFL Abt. Ausrichtung ausgezahlt. Im Rahmen regionaler Waldsanierungs- und Waldumbauprojekten wurden insgesamt 3.924.958,80 €, darunter 2.943.719,10 € aus dem EAGFL Abt. Ausrichtung ausgezahlt. Dabei wurden 322 ha nonnengeschädigter bzw. einschichtiger Kiefernbestände umge-

baut, 76 ha geschädigte Waldbestände in Bergbaufolgelandschaften saniert, 208 ha in Erholungswäldern umgebaut, 82 ha Moorflächen saniert und 98 ha bei der naturnahen Waldwirtschaft umgebaut.

Für 63 Maßnahmen des vorbeugenden Waldbrandschutzes wurden insgesamt 2.930.186,64 €, darunter 2.197.639,94 € aus dem EAGFL Abt. Ausrichtung ausgezahlt. Gegenstand dieser Fördermaßnahmen waren die Anlage, Unterhaltung und Pflege von 9,8 ha bzw. 2.894 lfdm Waldbrandriegeln, der Ausbau von 79.622 lfdm forstwirtschaftlicher Wege, sowie die Anlage und Unterhaltung von insgesamt 14 Löschwasserentnahmestellen.

Für sonstige EAGFL-förderfähige forstwirtschaftliche Maßnahmen wurden insgesamt 2.305.195,79 €, darunter 1.728.896,83 € aus dem EAGFL Abt. Ausrichtung ausgezahlt.

#### Maßnahme 5.2.1. Flurbereinigung

Die Bodenordnung (Flurbereinigung, Flurneuordnung) als Teil der ländlichen Entwicklung leistet einen Beitrag zur Stärkung der ländlichen Räume und zur Schaffung von Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft. Die umfassende Neuordnung hat unmittelbare Beiträge zur Verbesserung der Strukturmerkmale der Wirtschaft, zum Erhalt und zur Verbesserung des Einkommens der ländlichen Bevölkerung und der Beschäftigung in den ländlichen Gebieten geliefert.

Im Berichtsjahr sind neben den derzeit rund 950 so genannten kleinen Bodenordnungsverfahren zur Zusammenführung von getrenntem Boden- und Gebäudeeigentum nach Landwirtschaftsanpassungsgesetz 105 Neuordnungsverfahren auf einer Gesamtfläche von rund 185.000 ha anhängig. Damit unterliegen 6,3 Prozent der Landesfläche der ländlichen Bodenordnung.

Insgesamt wurden 2006 für die Bodenordnung Zuwendungen in Höhe von insgesamt 12.360.169,35 €, darunter 9.255.920,65 € aus dem EAGFL Abt. Ausrichtung ausgegeben. Dabei wurden 8.625.826,84 €, darunter 6.469.149,91 € aus dem EAGFL Abt. Ausrichtung für die Ausführung der Flurneuordnungsverfahren, also für infrastrukturelle, landschaftsgestaltende investive sowie Vorhaben der Dorferneuerung verwendet. Der verfahrenstechnischen Bearbeitung dienten 3.734.342,51 €, darunter 2.786.770,74 € aus dem EAGFL Abt. Ausrichtung. Diese Mittel wurden u.a. eingesetzt für Aufwendungen der Vermessung sowie der katasterrechtlichen Bereinigung.

### Maßnahme 5.2.2. Vermarktung von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen

Im Jahr 2006 wurden Qualitätsprogramme weiter qualifiziert und an die Anforderungen der Verbraucher hinsichtlich Produktsicherheit und Transparenz sowie neuer technologischer und rechtlicher Parameter angepasst. Die Unterstützung der Vermarktung von Produkten der Agrar- und Ernährungswirtschaft ist für die Wertschöpfung im ländlichen Raum Brandenburgs von großer Bedeutung. Gefördert wurde die Qualitätsarbeit des Verbandes zur Förderung des ländlichen Raumes im Land Brandenburg e. V. (pro agro) sowohl zur Unterstützung des Verbraucherschutzes als auch zur Unterstützung der Unternehmen bei der Produktion von Qualitätserzeugnissen mit 178.435,14 € gesamt, darunter 133.826,35 € aus dem EAGFL, Abt. Ausrichtung.

### Maßnahme 5.2.3. Dorferneuerung und –entwicklung sowie Schutz und Erhaltung des ländlichen Kulturerbes –integrierte ländliche Entwicklung

Maßnahmen der Dorferneuerung wurden im Jahr 2006 gemäß den in den ILE-Regionen erarbeiteten Entwicklungskonzepten mit den entsprechenden Prioritäten fortgesetzt. Neben der in den letzten Jahren im Vordergrund stehenden allgemeinen Verbesserung der Ortsbilder und Abbau infrastruktureller Defizite gewann 2006 zunehmend die nachhaltige Entwicklung der Dörfer an Bedeutung. Investitionsvorhaben zur Umnutzung vorhandener, ortsbildprägender Bausubstanz im Innenbereich der Orte und bauliche Maßnahmen an Gebäuden, die der Sicherung von Einkommen im Dorf durch Ausbau von privaten Dienstleistungen dienen, wurden prioritär gefördert.

Insgesamt wurden 2006 für die Dorferneuerung und –entwicklung, den Schutz und der Erhaltung des ländlichen Kulturerbes sowie für die integrierte ländliche Entwicklung öffentliche Mittel in Höhe von insgesamt 54.894.472,81 €, darunter 41.164.391,48 € aus dem EAGFL Abt. Ausrichtung für 345 Vorhaben ausgezahlt. Dabei wurden im Rahmen der Dorferneuerung Fördermittel in Höhe von insgesamt 9.682.325,68 €, darunter 7.256.311,62 € aus dem EAGFL Abt. Ausrichtung zur Verfügung gestellt. Mit den verausgabten Fördermitteln sind Investitionen in Höhe von ca. 16 Mio. Euro ausgelöst worden. Dabei konnten 44 Arbeitsplätze, darunter 15 Frauenarbeitsplätze erhalten und 53 Arbeitsplätze darunter 32,5 Frauenarbeitsplätze im ländlichen Raum neu geschaffen werden.

Im Einzelnen wurden u.a. 70 Erhaltungsmaßnahmen an ortsbildprägenden Gebäuden, darunter 57 an privat genutzten Gebäuden umgesetzt sowie im Bereich des Ausbaus der innerörtlichen Verkehrswege 7,8 km Gehwege, 7,6 km Straßen und 0,3 km Radwege grundlegend instand gesetzt. Im Zuge des Ausbaus der innerörtlichen Straßen wurden 269 Bäume und 3.780 Sträucher gepflanzt.

Zur Verbesserung der Lebensqualität durch die Erhöhung der Attraktivität und Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung der ländlichen Gebiete wurden 15 Gebäude zu Gewerbe-, Handwerks- und Dienstleistungszwecken und 5 Gebäude zu Gemeinschaftszwecken umgenutzt sowie 2 ehemals landwirtschaftlich genutzte Gebäude wurden für den ländlichen Tourismus ausgebaut und es entstanden 3 Kinderspielplätze.

#### Maßnahme 5.2.4. Diversifizierung der Tätigkeiten im landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Bereich

Diese Maßnahme ist ab 2004 in die Maßnahme 5.2.3 integriert.

#### Maßnahme 5.2.5. Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Wasserressourcen

Diese Maßnahme wurde 2006 nicht im Rahmen des EAGFL gefördert.

#### Maßnahme 5.2.6. Entwicklung und Verbesserung der mit der Landwirtschaft verbundenen Infrastruktur

Für die Realisierung ländlicher Infrastrukturmaßnahmen wurden im Jahr 2006 öffentliche Mittel in Höhe von insgesamt 2.722.445,77 €, darunter 2.041.834,32 € aus dem EAGFL Abt. Ausrichtung ausgezahlt. Es konnten damit 23 km landwirtschaftliche Wege geschaffen werden.

#### Maßnahme 5.2.7. Förderung von Fremdenverkehrs- und Handwerkstätigkeiten

Angebote zu Urlaub und Freizeit auf dem Lande werden zunehmend zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor in den ländlichen Regionen Brandenburgs. Diese Angebote umfassen Urlaub auf dem Bauernhof, auf Pferde- und Reiterhöfen, in Landgasthöfen, Landpensionen und -hotels, in Ferienwohnungen und Privatzimmern. 2006 wurden insgesamt für diese Maßnahme 908.766,13 €, darunter 681.574,60 € aus dem EAGFL, Abt. Ausrichtung ausgezahlt. Im Jahr 2006 wurden damit durch den Verband 4. Aktionen zur Vernetzung und Vermarktung realisiert.

#### Maßnahme 5.2.8. Schutz der Umwelt in Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft

Für diese Maßnahme wurden 2006 für 590 Vorhaben insgesamt 16.251.045,70 €, darunter 12.123.638,70 € aus dem EAGFL, Abt. Ausrichtung ausgezahlt. Im Rahmen der Förderung wurden Maßnahmen an den Gewässern II. Ordnung sowie Maßnahmen an wasserwirtschaftlichen Anlagen in

Gewässern II. Ordnung gefördert. Dazu gehören u. a. die Rekonstruktion und der Umbau von Stauanlagen, die Projekte zur Verbesserung der ökologischen Durchgängigkeit, die Renaturierung von Gewässern, Gewässerbepflanzungen und Gewässerrandstreifen, Schöpfwerksanierung und –umbau, die Sanierung von Seen und Teichen sowie der Rückbau von Rohrleitungen und künstlichen Grabensystemen und Schöpfwerken. Dabei wurden Renaturierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Gewässerstruktur oder begleitende Maßnahmen zur Bepflanzung der Gewässerrandbereiche bzw. zur Einrichtung von Gewässerrandstreifen vorgenommen. Es wurden u.a. 2,8 km Gewässer renaturiert, 4,0 Km Gewässerrandstreifen renaturiert und 4 Stauanlagen rekonstruiert bzw. umgebaut. Darüber hinaus wurden 8.518 Bäume und 25.898 Sträucher gepflanzt. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, diffuse Einträge in Gewässer zu verringern und damit die Gewässerqualität zu verbessern.

#### Maßnahmen 6.1.5. und 6.1.6. Technische Hilfe EAGFL, Abt. Ausrichtung

Im Rahmen der Technischen Hilfe wurden insgesamt 888.332,54 €, darunter 666.249,40 € aus dem EAGFL, Abt. Ausrichtung für 18 Vorhaben ausgezahlt. Einzelheiten sind Tabelle 9c zu entnehmen.

## **D 1 Angaben zur Tätigkeit des Begleitausschusses sowie zur Partnerschaft, Funktionsweise des Begleitsystems, der Bewertung und Finanzkontrolle einschließlich der Vorkehrungen für die Datenerfassung**

### **a) Begleitausschuss und Partnerschaft**

Im Jahr 2006 fanden zwei BGLA - Sitzungen statt.

Im Vordergrund der 16. Sitzung am 14.06.2006 stand die Billigung des Jahresberichtes 2005 durch den BGLA. Die Vertreter der Fondsverwaltungen informierten über die wesentlichen Inhalte des Jahresberichtes 2005. Kritisch wurde im Bereich des ESF festgestellt, dass die Arbeitslosigkeit auf einem hohen Niveau stagnierte und die Weiterführung der Reformen am Arbeitsmarkt insbesondere die Einführung des SGB II zu Problemen geführt hätte. Es wurde ein Modellvorhaben zur Einführung des Regionalbudgets nach wettbewerblichen Kriterien vorgestellt, welches auch beim Vertreter der KOM positive Resonanz erzeugte.

Der Bereich EFRE informierte u.a. über die Anzahl der bewilligten Projekte und über die Überarbeitung der maßnahmespezifischen Indikatoren der Begleitung und Bewertung sowie über eine Erstellung eines neuen Indikatorensystems für die „Nachhaltigkeit“. Auch der Vertreter des EAGFL-A gab einen Überblick über die Anzahl der Begünstigten, wodurch es u.a. im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung von landwirtschaftlichen Unternehmen möglich war, betriebliche Investitionen insgesamt in Millionenhöhe anzuschieben. Des Weiteren entschied der BGLA über Beschlussvorlagen zur Änderung der EzP sowie der Finanztabelle.

Viele interessante Informationen über die Ziele und Aufgaben sowie über die Entwicklung eines Verfahrens für den integrierten Gender-Ansatz in der Strukturfondsförderung enthielt aber auch der Vortrag von der Vorsitzenden der AG Chancengleichheit. Der BGLA wurde aber auch über technische Verfahrensweisen im Zusammenhang Finanztabelle und Zahlungsanträge sowie über Grundsätze der „2%igen Flexibilitätsklausel“ und der eventuellen OP-Änderung unterrichtet.

Auf der 17. Sitzung, am 01. Dezember 2006, wurde über eine Reihe von Änderungen zur EzP und der Finanztabelle positiv entschieden.

Der BGLA erhielt auf der Grundlage von Präsentationen einen Überblick über den Bearbeitungsstand der Operationellen Programme im Land Brandenburg für die Förderperiode 2007- 2013. Ein wichtiges Thema stellte aber auch die zukünftige Arbeit des BGLA in der Förderperiode 2007- 2013 dar.

Der BGLA verständigte sich des Weiteren aber auch über die Nutzung des schriftlichen Umlaufverfahrens, um eine schnelle Aussteuerung der Programme in der Förderperiode 2000- 2006 zu ermöglichen.

Um die Wirtschafts- und Sozialpartner für den Dialog mit den Verwaltungsbehörden der EU-Strukturförderung im Land Brandenburg zu qualifizieren, erhielten die WISO-Partner Zuwendungen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Brandenburg.

## **b) Begleitsystem, Datenerfassung und -austausch**

### **Weiterentwicklung des Begleit- und Bewertungssystems**

#### **Verwaltungsbehörde**

Im Begleitsystem hat sich im Vergleich zu der wie auch im Vorjahresbericht beschriebenen Verfahrensweise nichts verändert. Zur Erstellung des jährlichen Berichts wurden die von den 3 Fondsverwaltungen (FVn) gelieferten Daten in der Verwaltungsbehörde (VB) zu einer Excel-Datei zusammengefasst und per e-Mail sowie auf dem Postweg als Hardcopy an den Bund versandt.

Darüber hinaus erstellte die VB im Hinblick auf ein standardisiertes Monitoring der Vollzugsdaten quartalsweise eine Übersicht zur Umsetzung des Operationellen Programms Brandenburg und zur Einhaltung der n+2 Regel. Hierzu erfolgte eine Zuarbeit seitens der FVn zur Ziel 1-Förderung und den Gemeinschaftsinitiativen.

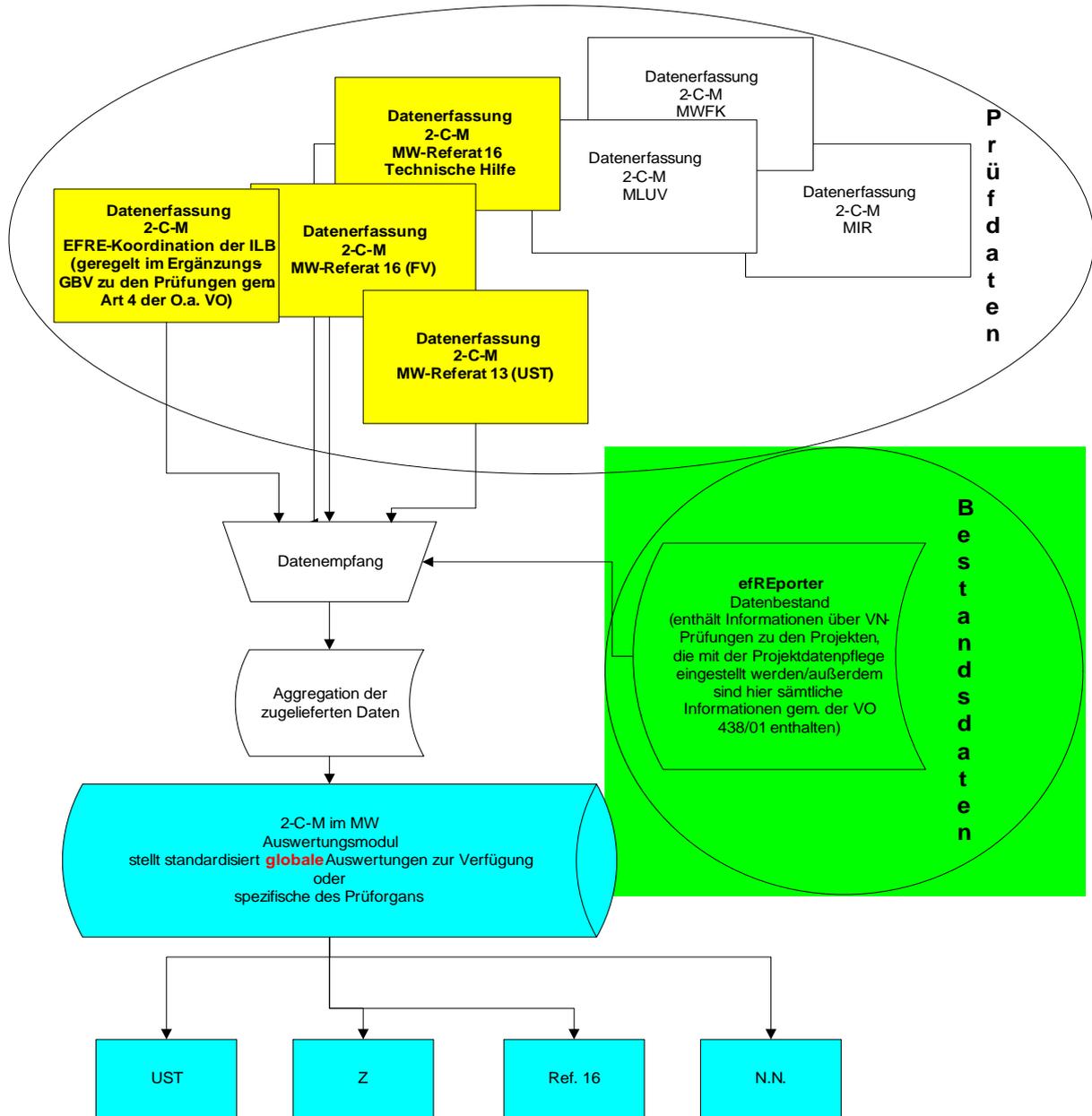
#### **EFRE**

### **Technische Weiterentwicklung des efREporters in Jahr 2006**

Bereits im Jahresbericht 2005 wurde über die Software 2-C-M berichtet. Sie dient der umfassenden Abbildung des mit EFRE-Zahlungen verbundenen Prüfgeschehens in Brandenburg. Die Aggregation der Daten erfolgt bei der EFRE- Fondsverwaltung. Diese aggregierten Daten stehen der Zahlstelle, der Unabhängigen Stelle und der EFRE-Fondsverwaltung selbst für globale und für spezifische Auswertungen zur Verfügung. Mit 2-C-M wird ein redundanzfreier Datenbestand zum Gesamtprüfaufkommen zum

EFRE zur Verfügung gestellt, da Verknüpfungen zur etablierten Datenbank „efReporter“ hergestellt wurde. Als technische Basis dient der efReporter- Server mit der Datenbankbetriebssystem MS-SQL-Server.

### Datenerfassung-Datenfluss-Auswertungsmöglichkeiten der Datenbank 2-C-M



## ESF

Sowohl die Halbzeitbewertung des OP Brandenburg 2000 – 2006 als auch die Aktualisierung hat im Ergebnis der Evaluation festgestellt, dass das bestehende Monitoringsystem insgesamt ein praktikables und den Anforderungen der einschlägigen Verordnung der EU entsprechendes System darstellt. Dabei wurde aber auch darauf hingewiesen, dass das im Einsatz befindliche FMLASA-System aufgrund seiner spezifischen Software-Architektur (modulare Applikationen) perspektivisch überarbeitet und auf einer modernen Software-Plattform neu aufgesetzt werden sollte. Die Revision, d.h. die Gesamtüberarbeitung unter aktuellen datenbank- und programmiertechnischen Gesichtspunkten sollte möglichst in einem überschaubaren Zeitrahmen erfolgen und die Anforderungen der kommenden Fondsperiode entsprechend berücksichtigen.

Die LASA Brandenburg GmbH hat daher bereits 2005 in Abstimmung mit dem MASGF (ESF-Fondsverwaltung) beschlossen, mit Unterstützung eines renommierten IT-Consulting Unternehmen (AIOS Consulting) nach dem neuesten Stand der Technik ein umfassendes Pflichtenheft zur Konsolidierung des FMLASA-Systems zu erarbeiten. Dabei wurde auf Anraten der ESF-Fondsverwaltung ein besonderer Schwerpunkt auf die Auswirkungen zusätzlicher Anforderungen aus den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Verordnungsentwürfen für die kommende Fondsperiode auf das IT-Design gelegt. Im Ergebnis einer europaweiten Ausschreibung konnte Ende 2005 der Zuschlag für die grundlegende EDV Konsolidierung erteilt werden. Damit wird gewährleistet, dass mit dem Beginn der neuen Fondsperiode 2007 – 2013 ein zeitgemäßes IT-Instrument (FM-LASA wurde 1996 – 1998 entwickelt und in Betrieb genommen) alle Anforderungen sowohl der Verordnung der Union als auch der Vorgaben der Landeshaushaltsordnung sowie einschlägiger Rechtsnormen entspricht und so flexibel sein wird, dass dann noch notwendige Anpassungen keine Beeinträchtigung des gesamten EDV-Systems verursachen. Ende 2006 wurden die umfangreichen Programmierarbeiten auf der Oracle-Datenbankshell abgeschlossen und ein modernes Workflow-System im Probetrieb getestet. Entsprechende Anpassungen etwa u. a. die Eingabe des aktuellen Indikatorensets, überarbeitete Stammbblätter usw. können nun unmittelbar durch Mitarbeiter/-innen der LASA Brandenburg GmbH zeitnah selbständig erfolgen.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Begleit- und Bewertungssystems ist das sog. Stamblattverfahren, als eine wichtige Quelle des Umsetzungsmonitorings. Dabei wurden bereits im Rahmen der Halbzeitbewertung die beiden Stammbblätter Projekt- und Unternehmensstammbblatt als zuverlässig eingestuft. Das Teilnehmerstammbblatt hingegen ist für eine Auswertung als unbefriedigend zu bewerten, da die Datenerhebung aufgrund des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes freiwillig zu erfolgen hat und nur durch den Betroffenen, also die Teilnehmer/-innen, direkt auszufüllen sind. Je nach Motivation und

Fertigkeiten mit der Handhabung eines verhältnismäßig komplexen Fragebogens, sind die Ergebnisse nur unzureichend auswertbar. Insbesondere in den Fällen, in denen eine Erhebung nach Abschluss einer ESF-geförderten Maßnahme erfolgt, sinkt die Bereitschaft der Befragten rapide, so dass bei einer durchschnittlich erzielten Grundgesamtheit von rd. 10 % eine verlässliche Auswertung nicht mehr sinnvoll erscheint. Auch aufgrund der Empfehlung der Evaluatoren im Ergebnis der Halbzeitbewertung werden daher insbesondere zum Ende der auslaufenden Fondsperiode hin, verstärkt einzelne Förderinstrumente ganz gezielt in der Regel durch wissenschaftliche Institutionen evaluiert (s. a. Übersicht der in 2006 durchgeführten Evaluationen).

Die Ergebnisse der in 2006 durchgeführten Evaluationen dienen dabei einerseits zur Einschätzung des effektiven Mitteleinsatzes, aber auch andererseits zur Vorbereitung bzw. Überarbeitung von Förderinstrumenten in der kommenden Fondsperiode. Darüber hinaus wurden die unterschiedlichen Indikatorrentypen kritisch überarbeitet, so dass ein operationalisierbares und aussagefähiges Set an Indikatoren zum Einsatz kommt, das verwertbare Ergebnisse ermöglicht.

Aufgrund der Anforderungen der Verwaltungsbehörde Brandenburg wurde auch für den ESF der efReporter installiert. Hierzu gab es bereits Anfang des Jahres umfangreiche Programmierarbeiten zur Darstellung der Schnittstelle zwischen FMLASA und den Importroutinen des efReporters. Aufgrund der stark voneinander abweichenden Systeme waren eine Reihe von Anpassungsprogrammierungen erforderlich. Darüber hinaus wurden Mitarbeiter/-innen für die Handhabung des Systems geschult.

## **EAGFL-A**

Am 01.01.2003 wurde das Vorgangsbearbeitungssystem ARDIS für EAGFL-kofinanzierte Maßnahmen eingeführt. Bis auf die Maßnahme 5.2.5 sowie die Verfahrenskosten der Flurneuordnung und Technischen Hilfe sowie den Aktionen Waldumbau und Waldbrandfrüherkennung werden alle Maßnahmen des OP mit diesem System bearbeitet. Die ILB bearbeitet mit einem eigenen elektronischen Programm die Maßnahme 5.1.1 und 5.1.4. Die Daten der ILB wurden in das ARDIS-Programm übernommen. Das Monitoring für die o. g. Maßnahmen, die nicht im Rahmen des elektronischen Systems bearbeitet werden, erfolgt per Formblatt durch das LVL, LUA bzw. MLUV.

## **Bereich Nachhaltigkeit/Umwelt**

Die ESF-Interventionen im Umweltbereich sind Bestandteile des Querschnittziels „Nachhaltige Entwicklung“, wie z. B. Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen im Umweltbereich. Darüber

hinaus findet dieses Querschnittsziel auch in den anderen ESF-geförderten Aktionen, soweit zweckmäßig und sinnvoll seine Entsprechung.

Quantifizierbare Auswirkungen, die eine Förderung von Humanressourcen auf die Umwelt hat, sind jedoch nicht direkt messbar, sondern nur unmittelbar, qualitativ nachzuvollziehen. Eine Erhebung dieser indirekten bzw. induzierten Nachhaltigkeitsmerkmale im Bereich Umwelt sind gegenüber einem Ausgangszustand monokausal nicht abzuleiten. Die damit verbundenen methodischen Anforderungen wären unverhältnismäßig hoch, der Aussagenutzen hingegen muss als gering eingeschätzt werden und steht letztendlich in keinem Verhältnis zu dem Erhebungsaufwand.

## c) **Angaben zu Maßnahmen der Finanzkontrolle**

Zu diesem Abschnitt wird allgemein auf die gesonderte Berichterstattung nach Artikel 13 der VO 438/2001 verwiesen. Eine ausführliche Darstellung der Prüfungstätigkeiten im Rahmen der Finanzkontrolle erfolgt fondsspezifisch mit der Berichterstattung zur VO (EG) Nr. 438/2001.

### **EFRE**

#### **Prüfungstätigkeiten im Rahmen der Finanzkontrolle**

Im Berichtsjahr 2006 fanden keine Prüfungen durch EU-Organe statt.

Im Jahresbericht 2005 wurde das Datenbanksystem „2-C-M (Check-Control-Monitor)“ vorgestellt. Dieses System bildet das Prüfgeschehen für den Strukturfonds „EFRE“ im Land Brandenburg ab (schematische Darstellung zu den Datenflüssen s. D1 b). Zur Auswertung dient ein Berichtsmodul, welches Datenanalysen in verschiedene Richtungen hin ermöglicht.

### **ESF**

Vom 6. bis 10.11.2006 fand eine Follow-up Prüfung zu den Verwaltungs- und Kontrollsysteme mit vertiefender Akten- und Projektprüfung durch die Prüfdienste der GD Employment bei der LASA Brandenburg GmbH (Bewilligungsstelle) und bei Trägern vor Ort statt. Es liegen noch keine Ergebnisse vor.

### **EAGFL**

Im Berichtsjahr fanden keine Prüfungen durch EU-Organe statt.

## **D 2 Darstellung etwaiger Probleme und Lösungen bei der Begleitung und Verwaltung der Intervention**

Im Berichtsjahr traten keine wesentlichen Probleme auf.

### **EFRE**

Im Bereich des EFRE wurden Problemstellungen, die sich aus der Programmumsetzung ergaben, jeweils auf den EFRE-Jour-Fixe thematisiert, ein begleitendes Controlling fand durch die regelmäßig durchgeführten Richtliniengespräche statt.

### **ESF**

Es traten keine wesentlichen Probleme auf. In der laufenden Kontrolle der Förderung und bei der Prüfung der Verwendung wurde auf festgestellte Probleme unverzüglich reagiert. Im EDV-gestützten Begleitsystem wird in diesen Fällen ein sofortiger Auszahlungs- und Bewilligungstopp veranlasst. Im Rahmen von Vor-Ort-Kontrollen und/oder intensiver Beratung der Zuwendungsempfänger sowie zusätzlicher Auflagenerteilung konnte die ordnungsgemäße Abwicklung der Projekte in der Regel wieder hergestellt werden. Für Problemstellungen, die sich aus der Programmumsetzung ergaben, wurden kurzfristig Lösungen herbeigeführt.

Im Jahr 2006 wurde bei der LASA Brandenburg GmbH für Zuwendungen ab 25.000 € ein neues Auszahlungs- und Prüfungsverfahren initiiert, um eine zeitnahe Prüfung der ordnungsgemäßen Mittelverwendung zu gewährleisten. Seit 01.01.2007 werden die von den Zuwendungsempfängern tatsächlich getätigten Ausgaben anhand von Belegen im Begleitverfahren laufend geprüft. Ferner wird seit 2006 ab einer Antragssumme i. H. v. 50.000 € sowie in begründeten Einzelfällen eine Wirtschaftsauskunft über die Bonität des Antragstellers bei einer anerkannten Wirtschaftsauskunftsgesellschaft eingeholt.

### **EAGFL**

Im Bereich des EAGFL wurden sich ergebende Probleme in Umsetzung der Interventionen in regelmäßigen Besprechungen mit den Bewilligungsbehörden geklärt. Die Kontrolle der Einhaltung erfolgte ebenfalls in diesem Rahmen.

### **D 3 Kurze Schilderung der angetroffenen Unregelmäßigkeiten und Schritte, die unternommen wurden, diese zu beseitigen**

Zur Meldung von Unregelmäßigkeiten erfolgt gemäß den Vorschriften eine gesonderte Berichterstattung.

#### Unregelmäßigkeiten

##### **EFRE**

Im Berichtszeitraum wurden im Rahmen der Ziel-1-Förderung 16 Unregelmäßigkeiten als Erstmeldung gemäß Artikel 3 der VO 2035/2005 zur Änderung der VO 1681/94 an die EU-KOM mit einem beanstandeten EFRE-Anteil i.H.v. 5.099.554 € gemeldet. Allerdings befindet sich darunter ein Verdachtsfall mit einem beanstandeten EFRE-Anteil i.H.v. 4.112.650 €, für den noch kein Widerrufsbescheid erlassen wurde, da die Ermittlungen zum Zeitpunkt der UR-Meldung noch nicht abgeschlossen waren. Daraus resultiert, dass der wieder einzuziehende Betrag aus in 2006 neu gemeldete Unregelmäßigkeiten 986.904 € beträgt. Von den 16 Unregelmäßigkeiten wurde in 8 Fällen die beanstandete ausgezahlte Gemeinschaftsausgabe i.H.v. 686.026 EUR vollständig wieder eingezogen. Davon konnten 7 Fälle als wieder abgeschlossen gemeldet werden. Für die übrigen 8 Fälle beträgt die Höhe des wieder einzuziehenden EFRE-Anteiles 300.878 €.

Der größte Anteil der Meldungen entfiel auf die Nichteinhaltung von Fristen (7 Nennungen). Zwei Fälle basierten auf fehlenden oder unvollständigen unterstützenden Dokumenten. Fünf Meldungen wurden mit unzulässiger Zahlung bzw. unzulässigen Ausgaben oder Überfinanzierung begründet. Zwei Nennungen verteilen sich auf nicht zugelassene Beihilfe bzw. Verdacht auf Subventionsbetrug. In 15 Fällen wurden Widerrufs- und Leistungsbescheide bzw. Rücknahme- und Leistungsbescheide erstellt. Die meisten Fälle traten in der Maßnahme 1.1.1. (8 Fälle = 50,00%) auf. Jeweils 1 Fall (6,25%) trat in den Maßnahmen 1.2.1., 1.3.1., 2.2.1., 2.4.1., 3.2.1. sowie 3.4.1. auf. Für die Maßnahme 3.3.1. wurden 2 Fälle (12,5%) gemeldet.

Zu drei Unregelmäßigkeiten (aus 2003 und 2004) erging eine Meldung nach Art. 5.2. mit einem nicht wieder einziehbaren Betrag im EFRE-Anteil i.H.v. 91.440 €. Des Weiteren erfolgte die Ankündigung von Art. 5.2-Meldungen in vier Fällen mit einem nicht wieder einziehbaren Betrag i.H.v. 374.975 €. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 13 Schlussmeldungen mit einem wieder eingezogenen EFRE-Betrag i.H.v. 204.450 € eingereicht.

Eine detaillierte Auflistung und Beurteilung der festgestellten Unregelmäßigkeiten ist dem Jahreskontrollbericht 2006 nach Art. 13 der VO (EG) Nr. 438/2001 zu entnehmen.

## **ESF**

Für das Jahr 2006 erfolgten im Rahmen der Ziel-1-Förderung für die laufende Förderperiode 8 Erstmeldungen. Mit diesen Dossiers wurden insgesamt beanstandete Ausgaben in Höhe von 318.867,58 € Gemeinschaftsanteil gemeldet. Die Unregelmäßigkeiten ergeben sich hauptsächlich wegen fehlender oder unvollständiger Dokumente“, bzw. fehlender oder verspäteter Erklärungen der Zuwendungsempfänger, der Nichteinhaltung von gesetzlichen Vorgaben oder solchen der Bewilligungsstelle sowie nicht zuschussfähiger Ausgaben. Überwiegend wurden die Unregelmäßigkeiten im Rahmen von Verwendungsnachweisprüfungen oder bei Vor-Ort-Kontrollen in Unternehmen aufgedeckt.

Das Berichtsjahr betreffend konnten 6 Schlussmeldungen eingereicht werden. Die Schlussmeldungen beruhen in vier Fällen auf der vollständigen Wiedereinziehung der offenen Beträge und in den anderen zwei Fällen auf gerichtlichen Vergleichen, bei denen auf Anraten des Gerichts die ursprünglich beanstandeten Summen reduziert wurden. Die beanstandeten Summen lagen nach Abschluss der gerichtlichen Vergleiche unterhalb der Meldeschwelle. Die Rückwirkung der Vergleiche hat zur Folge, dass zum Zeitpunkt der Erstmeldung keine meldepflichtige Unregelmäßigkeit vorlag. Zur Vermeidung bzw. Beseitigung von Unregelmäßigkeiten wird in der bereits im Jahresbericht für 2001 dargestellten Weise verfahren.

## **EAGFL**

Für die laufende Programmplanungsperiode wurden drei Unregelmäßigkeiten im Jahr 2006 gemeldet. Diese betreffen die Maßnahmen 5.1.1. und 5.2.3. Dazu wurde ein gesonderter Bericht vorgelegt.

## **D 4 Programmanpassungen, insbesondere der EzP**

### **Änderungen des OP**

Im Berichtsjahr 2006 hat der Begleitausschuss (BGLA) der Umschichtung von ESF-Mitteln in Höhe von 3,2 Mio. EUR aus dem Schwerpunkt 6 des Operationellen Programms des Landes Brandenburg in den Schwerpunkt 4 am 01.12.2006 zugestimmt (17. Sitzung). Der entsprechende Änderungsantrag wurde fristgemäß vor dem 31.12.2006 bei der Kommission eingereicht. Die Genehmigung ist 2007 erfolgt.

### **Änderungen der EzP**

Im Jahre 2006 hat die 16. Sitzung (13. Änderung der Ergänzung zur Programmplanung für das OP) und 17. Sitzung (15. Änderung der Ergänzung zur Programmplanung für das OP) des BGLA zum Operationellen Programm Brandenburg Förderperiode 2000 – 2006 stattgefunden. Insgesamt sind in den 2 Sitzungen Anträge für 5 Änderungen der EzP bestätigt worden, davon 3 im Bereich des EFRE, 1 im Bereich des ESF und 1 für den Bereich des EAGFL-A. Die vom BGLA in seiner 16. Sitzung am 14.06.2006 gebilligten Änderungen sind mit Kommissionsentscheidung D(2006) 510441 vom 07.09.2006 bereits genehmigt worden.

Die 14. Änderung der EzP (4 Änderungen im Bereich des EFRE) wurde im Rahmen eines Umlaufverfahrens durchgeführt und die beschlossene EzP der Europäischen Kommission zur Genehmigung am 03.11.2006 übersandt. Die Annahme der 14. Änderung seitens der Kommission erfolgte mit Schreiben vom 05.12.2006. Die beantragten Änderungen in der Finanztabelle wurden dabei im Bereich des Schwerpunktes 1 von der Kommission nicht vollständig umgesetzt. Eine Korrektur wurde beantragt, ist aber noch nicht bestätigt.

Die nachfolgenden Ausführungen zeigen die in den 2 Sitzungen sowie die mittels Umlaufverfahren vorgenommenen Änderungen der EzP.

### **Änderungen außerhalb der einzelnen Maßnahmen/Aktionen**

- Mittelumschichtungen innerhalb der ESF-Schwerpunkte 4 und 6 (17. Sitzung)

## Änderungen in den einzelnen Maßnahmen/Aktionen

Im EFRE:

- Änderung der Maßnahmebeschreibung 1.2.1.3 „Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben einschließlich luk Technologien in KMU; Förderung von Innovationsassistenten/Hochschulabsolventen“ (16. Sitzung)
- Reduzierung der Planansätze in der Aktion 2.5.2.1 „Verbesserung der Erschließung regional bedeutsamer Wirtschaftsstandorte durch die Entwicklung der Schienenverkehrsinfrastruktur und wichtiger Verknüpfungspunkte im ÖPNV“ sowie Aufstockung der Planansätze in der Aktion 2.5.1.1 „Straßenneubau, Straßenausbau und Straßensanierung“ (16. Sitzung).
- Änderung der Aktionsbögen hinsichtlich der Dauer der Förderung bei den Aktionen 2.2.1.2 „Aueruniversitäre Forschungseinrichtung“, 2.4.1.1 „Brachflächenrichtlinie“, 2.4.1.2 „Zukunft im Stadtteil“, 2.5.1.1 „Landesstraßen“, 2.5.2.1 „SPNV“, 2.5.2.2 „Wasserstraßen“, 3.3.1.1 „Abfallwirtschaft/Deponien“, 3.4.1.3 „Braunkohlensanierung“ (17. Sitzung)
- Reduzierung der Planansätze bei der Maßnahme 1.1.1 „GA-Gewerbliche Wirtschaft“ sowie Erhöhung der Planansätze bei der Maßnahme 1.3.1 „Stärkung unternehmerischer Potenziale in KMU“ (Umlaufverfahren)
- Umschichtungen innerhalb des Schwerpunktes 2 „Infrastruktur“ betreffs der Maßnahmen 2.1.1 „Wirtschaftsnahe Infrastruktur“ (ohne touristische Infrastruktur), 2.1.2 „Touristische Infrastruktur“, 2.2.1 „Infrastruktur im Bereich Wissenschaft, Forschung, Entwicklung“, 2.2.2 „Infrastruktur im Bereich Informationsgesellschaft“, 2.3.1 „Infrastruktur im Bereich der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Informations- und Kommunikationstechnik“, 2.5.1 „Verkehrsinfrastruktur: Straßenbau und Straßensanierung“, 2.5.2 „Verkehrsinfrastruktur: Schiene und Wasserstraßen“ (Umlaufverfahren)
- Umschichtungen innerhalb des Schwerpunktes 3 „Umwelt“ betreffs der Maßnahmen 3.1.1 „Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“, 3.3.1 „Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Abfallbeseitigung/Recycling“, 3.4.1 „Altlasten und Konversionsmaßnahmen“ (Umlaufverfahren)
- Änderung der Aktionsbögen hinsichtlich der Dauer der Förderung bei den Aktionen 1.1.1.1 „GA-Gewerbe“, 1.2.1.3 „Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (KMU) – GA“, 1.2.2.1 „Technologietransfer“, 1.2.4.1 „Große Technologierichtlinie“, 1.3.1.8 „Markterschließungsrichtlinie“, 1.3.1.9 „Beratungsrichtlinie“, 2.1.1.1 „GA-Infrastruktur“, 2.1.2.1 „GA-Tourismus“, 2.1.2.2 „Kommunales Kulturinvestitionsprogramm“, 2.2.1.1 Maßnahmen an Hochschulen“, 2.2.1.3 „Wissenstransfer“, 2.2.2.2 „Multimedia“, 3.1.1.1 „Abwasser“, 3.1.1.2 „Trinkwasser“, 3.2.1.2 „REN“, 3.4.1.1 „Konversion - Umwelt“ (Umlaufverfahren)

Im EAGFL-A:

- Reduzierung der Planansätze bei den Maßnahmen 5.1.3, 5.2.2 und 5.2.5 sowie Aufstockung der Planansätze bei den Maßnahmen 5.1.1, 5.1.4, 5.1.5, 5.2.1, 5.2.3, 5.2.6, 5.2.7 und 5.2.8. (17. Sitzung).

Die Änderungen wirkten sich folgendermaßen aus:

## EFRE

### EzP Änderungen auf der 16. Sitzung des Begleitausschusses

Folgende Beschlüsse wurden für den Bereich EFRE getroffen:

1. Änderung der Maßnahmebeschreibung 1.2.1.3 "Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben einschließlich IuK Technologien in KMU; Förderung von Innovationsassistenten/Hochschulabsolventen."

Die Richtlinie zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von kleinen und mittleren Unternehmen im Land Brandenburg (FuE- KMU) wird aus Mitteln der GA und aus dem EFRE finanziert. Der 35. GA-Rahmenplan, der mit Wirkung vom 01.01.2006 in Kraft gesetzt wurde, hat in Nr. 5.1.4 (Ergänzende Förderung von nicht- investiven Unternehmensaktivitäten für die angewandte FuE ) die Möglichkeit der Beteiligung an Vorhaben zur Entwicklung neuer Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen von 200.000 € pro Förderfall auf 500.000 € angehoben. Damit wurde den Forderungen der Länder nach höheren Fördervolumina pro Vorhaben im FuE-Bereich Rechnung getragen. Die Öffnung der Förderobergrenze wurde deshalb gefordert, weil im Rahmen von 200.000 € überwiegend eine Entwicklung von der Idee bis zur Marktreife kaum mehr umzusetzen ist. In der Praxis zeigte sich, dass die KMU als Folge dieser Begrenzung versuchten, mehrere Förderungen zu erhalten. Durch die Öffnung können nun auch größere Förderprojekte mit mehr Planungssicherheit und Kontinuität gefördert werden. Die o. g. FuE-Richtlinie, die bis zum 31.12.2006 verlängert wurde, soll in Nr. 5.2 entsprechend angepasst werden.

2. Anpassung des indikativen Finanzplans im Schwerpunkt 2

Durch Veränderungen in der Kostenstruktur im Rahmen der Projektumsetzung werden in der Aktion 2.5.2.1 „Verbesserung der Erschließung regional bedeutsamer Wirtschaftsstandorte durch die Entwicklung der Schienenverkehrsinfrastruktur und wichtiger Verknüpfungspunkte im ÖPNV“ ursprünglich be-

willigte EFRE-Mittel in einer Höhe von 1.396.437,00 € freigesetzt. Angesichts des bei SPNV-Projekten relativ langen zeitlichen Vorlaufs ist einer erneuter Einsatz dieser Mittel im Programmzeitraum 2000 - 2006 nicht mehr möglich. Es ist daher eine Mittelverschiebung in Richtung der Aktion 2.5.1.1 „Straßenneubau, Straßenausbau und Straßensanierung“ vorgesehen.

Bisher konnten mit den im Rahmen der Aktion 2.5.1.1 zur Verfügung gestellten Mitteln 7,7 % des Netzes im Zustand verbessert werden. Es besteht weiterhin ein hoher Erhaltungsbedarf. Ein funktionsfähiges Straßennetz ist in einem dünn besiedelten Flächenland unabdingbare Voraussetzung für Wirtschaftsentwicklung und neue Arbeitsplätze. Ziel ist es grundsätzlich, die Erreichbarkeit und Mobilität in der Fläche des Landes weiterhin zu sichern und eine leistungsfähige, moderne und verkehrssichere Straßeninfrastrukturaus- und aufzubauen und die Lebensqualität der Bevölkerung entscheidend zu verbessern.

### **EzP Änderungen auf der 17. Sitzung des Begleitausschusses**

Folgender Beschluss wurde für den Bereich EFRE getroffen:

#### Änderung der Maßnahmebeschreibung hinsichtlich der Dauer der Förderung bei den Maßnahmen:

Gemäß der Leitlinie der EU-KOM zum Abschluss der Förderperiode 2000-2006 ist die Bewilligung von Projekten bis zum Ende der Zuschussfähigkeit (31.12.2008) möglich. Es muss jedoch gesichert sein, dass die Auszahlungen und entsprechenden Prüfungen fristgerecht gewährleistet werden. Um eine optimale Aussteuerung des OP zu erreichen, sind Bewilligungen auch in 2007/2008 notwendig. Hierbei geht es insbesondere um die erneute Bindung von Mitteln, die aufgrund von Reduzierungen wieder frei werden. Damit die Bewilligung nach 2006 auch durch die Aktionsbögen in der EzP abgedeckt ist, muss die Dauer der Förderung, die i.d.R. mit dem Endjahr 2006 angegeben ist, entsprechend geändert werden (Endjahr 2008).

### **Umlaufverfahren April 2006**

Im Rahmen des Umlaufverfahrens wurden für den EFRE in den Förderschwerpunkten 1 und 2 Anpassungen des indikativen Finanzplans vorgenommen. Sie dienen der Aussteuerung des Programms und sollen die Einhaltung der „n+2“-Regel sicherstellen.

## Umlaufverfahren Oktober 2006

Im Rahmen des Umlaufverfahrens wurden für den EFRE-in den Förderschwerpunkten 1 - 3 Anpassungen des indikativen Finanzplans vorgenommen. Sie dienen der Aussteuerung des Programms und sollen die Einhaltung der „n+2“-Regel sicherstellen.

### ESF

Durch den Begleitausschuss wurde im Verfahren der schriftlichen Vorlage gemäß § 7 der Geschäftsordnung der Erweiterung der Aktion 4.5.9.8 „Verbesserung der Ausbildung im Rahmen der Gesundheitsberufe“ um den Bereich einer praxisnahen Aus-/Weiterbildung und Qualifizierung für Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen zugestimmt. Im Zuge der Umstrukturierung des Gesundheitsversorgungssystems und der Berücksichtigung der spezifischen Bedarfe insbesondere der strukturschwachen und demografisch belasteten Regionen werden an der Schnittstelle zwischen hausärztlicher Versorgung und patientennaher Pflege- und Betreuungsleistung in erheblichem Umfang neue Beschäftigungschancen vor allem für Frauen erschlossen, auf die sich die Qualifizierung orientiert.

Auf der 17. Sitzung des Begleitausschusses wurde einer Änderung des Finanzierungsplans des OPs und einer Anpassung des Indikativen Finanzplans der EzP zugestimmt. Danach werden ESF-Mittel im Umfang von 3.200.000 Euro aus dem Schwerpunkt 6 in den Schwerpunkt 4 des mit Kommissionsentscheidung K(2004)3693 vom 11.10.2004 in Verbindung mit K(2004)3693Kor vom 14.12.2005 genehmigten Finanzierungsplans des Operationellen Programms des Landes Brandenburg umgeschichtet. Mit der beantragten Änderung sollen 1.200.000 Euro zusätzlich die Aktion 4.3.6.1 „Ausbildungsverbünde“ und 2.000.000 Euro die Aktion „Förderung der Kompetenzentwicklung durch Qualifizierung in Unternehmen im Land Brandenburg“ unterstützen.

Die Richtlinie „Ausbildungsverbünde“ ermöglicht es vor allem kleineren Betrieben, gemeinsam mehr Ausbildungsinhalte anzubieten. Sie fördert die Qualität der Ausbildung und führt kleine Betriebe neu an die Ausbildung heran. Somit trägt sie entscheidend zur Stabilisierung des dualen Systems bei, weil sich neben Ausbildung auch Arbeitsplatzvermittlung günstiger gestalten lässt und Absolventen/innen des dualen Systems deutlich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

Mit dem erhöhten Mittelkontingent für die Qualifizierung in KMU soll den Erfordernissen der sich ständig verändernden Nachfrage nach bedarfsgerechter Qualifizierung entsprochen werden. Verstärkt geht es um den Einsatz neuer Lehr- und Lernformen und prozessbegleitende Beratung zur Ermittlung von Qualifizierungsbedarfen. Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Qualifizierungsniveau der Beschäftig-

ten werden als sich direkt gegenseitig beeinflussende Faktoren gesehen. Zugleich wird den Erfordernissen des zu erwartenden Fachkräftebedarfs infolge der demografischen Entwicklung Rechnung getragen.

## **EAGFL**

### **EzP Änderungen auf der 17. Sitzung des Begleitausschusses**

Die vom Begleitausschuss beschlossene Änderung des Finanzplanes beinhaltet Umschichtungen von den Maßnahmen 5.1.3, 5.2.2 und 5.2.5 zu den Maßnahmen 5.1.1, 5.1.4, 5.1.5, 5.2.1, 5.2.3, 5.2.6, 5.2.7 und 5.2.8. Insgesamt wurden öffentliche Ausgaben in Höhe von 31.731.990 €, darunter 23.799.242 € EAGFL, Abt. Ausrichtung, umgeschichtet. Grundsätzlich ist es das Anliegen des MLUV, die zur Verfügung stehenden Mittel für die Förderperiode in vollem Umfang für die ländliche Entwicklung zum Einsatz zu bringen. Die öffentlichen Ausgaben und die Ausgaben aus dem EAGFL entsprechen den Entscheidungen der EU-Kommission für den Schwerpunkt 5.

## D 5 Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Information und Publizität

### Fondsübergreifende Maßnahmen zu Information und Publizität

Arbeitskreis Publizität		
Sitzung Nr.	Thema	Ergebnis
15. Sitzung am 18.01.2006	Vorbereitung der Europa-Woche	Festlegungen zur Veranstaltung
16. Sitzung am 11.12.2006	Vorbereitung der Förderperiode 2007 bis 2013	Erarbeitung eines fondsübergreifenden Kommunikationskonzeptes auf der Grundlage eines Entwurfes der VB/KS*
*: Für die Förderperiode 2007 – 2013 übernimmt die VB gemäß Beschluss der Landesregierung Brandenburg vom 29.08.2006 die Funktion einer Koordinierungsstelle (KS). Die Fondsverwaltungen werden (FV) zu eigenständigen Verwaltungsbehörden (VB).		
Veranstaltungen / Tagungen / Vorträge		
Zeitraum	Art der Veranstaltung	Thema
Europa-Woche 10.05.2006	Fondsübergreifende Informationsveranstaltung mit Vorträgen und Diskussionen im Tagungshaus „BlauArt“ in Potsdam Hermannswerder	6. EU-Forum „Brandenburg: Zukunft durch Forschung“
Brandenburg-Tag am 02.09.06 in Forst	Informationsveranstaltung im Zelt des MdF in Forst (Lausitz)	Vorstellung der EU-Strukturförderung für die Besucher des Standes
Publikationen (Broschüren / Flyer / Pressartikel etc., einzeln und periodisch)		
Titel	Erscheinungstermin	Sonstiges (z.B. Auflage)
Keine in 2006		
Internet Aktivitäten		
Vorbereitung von Anpassungen des Internetauftrittes für die Förderperiode 2007-2013		
Sonstige Aktivitäten / Beteiligungen		
Art	Thema	Zeitraum
Publikation der Staatskanzlei des Landes Brandenburg	Überarbeitung der strukturfonds-spezifischen Darstellungen des Brandenburgischen Europa-	Ab Dezember 2005 bis Mai 2006

	Breviers	
Konzept der Europapolitischen Kommunikation der Landesregierung Brandenburg der Staatskanzlei	Beitrag im Hinblick auf die Publizität der EU-Fonds im Rahmen der neuen Konzeption	Ab September 2006
Journalistenseminar der Staatskanzlei	Europa vor Ort – Wissenswertes über die Europäische Union – ein Seminar für Regional- und Lokaljournalisten	08. September 2006
Internationales Informationsseminar für Journalisten/innen regionaler Medien der Europäischen Kommission in Potsdam (Seminaris Seehotel)	Was ist neu an der neuen EU-Strukturpolitik?	07./08. Dezember 2006

## Fondsspezifische Maßnahmen zu Information und Publizität

### EFRE

Veranstaltungen / Tagungen / Vorträge		
Zeitraum	Art der Veranstaltung	Thema
16.02.2006	Auftaktveranstaltung	OP-Erstellung 2007-2013
06./07.03.2006	Vortrag auf Jahresfachkonferenz der Europäischen Akademie	EU-Strukturfonds, Vorgehensweise im Land Brandenburg
06.03.2006	Workshop	OP-Erstellung 2007-2013
31.03./02.04.2006	Deutsche Gründer- und Unternehmertage deGUT 2006	
20.04.2006	Diskussionsforum	1.OP-Entwurf
18.05.2006	Kick-Off-Veranstaltung	BFB Beteiligungsfonds
25.-28.05.2006	Messepräsentation (Video zur Faserproduktion, Poster) (Aktion 2.2.1.5.)	bei der Brandenburgischen Landwirtschaftsausstellung
07.06.2006/ 11.06.2006	Öffentliche Diskussionsveranstaltung mit Hörfunkausstrahlung (Aktion 2.2.1.5.)	„Zukunft Kornkraftwerk“
06.07.2006	Grundsteinlegung (Aktion 2.2.1.1.)	Neubau für das Institut für Physik der Universität Potsdam
03.09.2006	Tag der offenen Tür im Länderinstitut für Bienenkunde (Aktion 2.2.1.4.)	Rundgänge durch die mit EFRE-Mitteln modernisierten Gebäude Führungen von Fachleuten des Imkergewerbes und von Mitgliedern des Bundes- und des Landtages
18./19.09.2006 22.09.2006	Workshops (Aktion 2.2.1.5.)	- zu innovativen Entwicklungen bei Naturfasercharakterisierung und –verarbeitung - BioIndustrie 2021
28.02.2006/ 28.11.2006	Mitgliederversammlungen des Länderinstituts für Bienenkunde	Information über die EFRE-Baumaßnahme (Aktion 2.2.1.4.)
09.12.2006	Tagung der Gesellschaft der Freunde und Förderer des Länderinstitut für Bienenkunde	Information über die EFRE-Baumaßnahme (Aktion 2.2.1.4.)
2006	Repräsentation auf Investmentforen,	Präsentation BFB Beteiligungsfonds (Akti-

	verschiedene Veranstaltungen (z.B. KfW-Eigenkapitalforum)	on 1.3.3.1.)
2006	Präsentation der Pilotanlage „Hanf“ und „Milchsäure“ des Institutes für Agrartechnik Bornim vor Besuchern (Aktion 2.2.1.5.)	Schüler und Studentengruppen, Experten, Landwirte, ca. 130 Personen
2006	Einweihungsfeiern von Infrastrukturprojekten mit Politik- und Pressebeteiligung	Beispiele: Einweihung eines Forschungsgebäudes mit Isotopenlabor am Leibnitz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (Aktion 2.2.1.4.) Einweihung der Pilotanlage „Milchsäure“ (Aktion 2.2.1.5.) Eröffnung des Besucherzentrums in der ehemaligen Gutsökonomie des Schlosses Branitz (Aktion 2.1.2.2.)

#### Publikationen (Broschüren / Flyer / Pressartikel etc., einzeln und periodisch)

Titel	Erscheinungs-termin	Sonstiges (z.B. Auflage)
EFRE-Kalender „Brandenburg. Offen für Europa. 2007“	Dezember 2006	1.200 Stück
Deutschen Gründer- und Unternehmertagen deGUT	Anfang 2006	Flyer und Plakate
Artikel über Dibos (Teilaspekt von FALKE) Fachzeitschrift „Vermessung Brandenburg“ (Aktion 2.2.2.1.)	Heft 2/2006	
öffentliche Aushänge in Kataster- und Vermessungsämtern zu FALKE und EFRE-Förderung (Aktion 2.2.2.1.)	2006	
öffentliche Bekanntmachungen im Zusammenhang mit der Einrichtung der ALK (Aktion 2.2.2.1.)	2006	
Abschnitt im Jahreswirtschaftsbericht 2006	Mitte 2006	als Broschüre und als Download

(aktionsübergreifend)		
„40 Jahre WK VI. Ein Dokumentation zum 40jährigen Bestehen des VI. Wohnkomplexes in Eisenhüttenstadt“ (Aktion 2.4.1.2.)	Dez. 2006	Broschüre, 1.500 Stück
„Ein Stadtteil im Aufbruch. Zukunft im Stadtteil – östliche Spremberger Vorstadt“	Dez. 2006	Broschüre, 500 Stück
MIR Aktuell – Schwerpunktthema Europa	Heft 2/2006	als Broschüre und als Download
MIR Aktuell – Schwerpunktthema Integrierte Programme der Stadtentwicklung Brandenburg	Heft 3/2006	insbesondere Aussagen zu ZIS (Aktion 2.4.1.2.); als Broschüre und als Download
Geschäftsbericht der ILB 2005: Erfolgsbranchen in Brandenburg.	2006	als Broschüre und als Download
Veröffentlichungen in Fachjournalen und Sammelwerken regional und international zur Pilotanlage Hanf (Aktion 2.2.1.5.)	2006	
je 6 Vorträge und je 3 Poster zur den Pilotanlagen „Hanf“ und „Milchsäure“ (Aktion 2.2.1.5.)	2006	internationale Tagungen und regionale Informationsveranstaltungen
Beitrag im Deutschen Bienenjournal (Aktion 2.2.1.4.)	12/2006	
Broschüre der Stadt Hohen Neuendorf: LIB „Ausflugziele Wissen“ (Aktion 2.2.1.4.)	2006	Zielgruppe breite Öffentlichkeit
anlassbezogene Pressemitteilungen der verantwortlichen Ministerien und/oder der Endbegünstigten (z.B. öffentliche Einrichtungen)	2006	

Internet Aktivitäten	Link
Informationen zum EFRE allgemein	<a href="http://www.wirtschaft.brandenburg.de/cms/detail.php?id=124317&amp;siteid=62">www.wirtschaft.brandenburg.de/cms/detail.php?id=124317&amp;siteid=62</a>
Informationen zu BFB Beteiligungsfonds (Aktion 1.3.3.1.)	<a href="http://www.bc-capital.de/index.php?nav=9.2.2&amp;rnd=2">www.bc-capital.de/index.php?nav=9.2.2&amp;rnd=2</a> und <a href="http://www.ilb.de/rd/foerderung/beteiligungen_bfb.html#">www.ilb.de/rd/foerderung/beteiligungen_bfb.html#</a>
Informationen des Ministerium des Innern zum EFRE-geförderten Projekt FALKE (Forciertes automatisiertes Liegenschaftskataster) inkl. Übersicht über den Bearbeitungsstand per 31.12.2006 (Aktion 2.2.2.1.)  DIBOS (Teilprojekt von FALKE)	<a href="http://www.mi.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=5lbm1.c.18057.de">www.mi.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=5lbm1.c.18057.de</a>  <a href="http://www.mi.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=5lbm1.c.57177.de">www.mi.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=5lbm1.c.57177.de</a>
Information zu ZiS (Aktion 2.4.1.2.) bei Wikipedia	<a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Zukunft_im_Stadtteil">http://de.wikipedia.org/wiki/Zukunft_im_Stadtteil</a>
Information über den Unternehmerinnen- und GründerinnenTag	<a href="http://www.unternehmerinnentag.brandenburg.de">www.unternehmerinnentag.brandenburg.de</a>
Information über die Gründer- und Unternehmertage 2006 (deGUT 2006)	<a href="http://www.degut.de">www.degut.de</a>
Information des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Bäderplanung (Übersicht über EFRE-Förderung)	<a href="http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/5lbm1.c.102150.de">www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/5lbm1.c.102150.de</a>
Übersicht des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung über die dort umgesetzte EU-Förderung	<a href="http://www.mir.brandenburg.de/cms/detail.php?id=lbm1.c.236625.de&amp;siteid=100">www.mir.brandenburg.de/cms/detail.php?id=lbm1.c.236625.de&amp;siteid=100</a>

## ESF

Veranstaltungen / Tagungen / Vorträge		
Zeitraum	Art der Veranstaltung	Thema
12.01.2006	Workshop	Geschlechtergerechtigkeit
14.03.2006	Workshop	Alternative Lernangebote und Berufsorientierung
16.03.2006	Fachtagung	Bildung in Netzwerken
21.03.2006	Workshop	Chancen für alle Generationen
31.03.2006	Workshop	Förderung von Kompetenzentwicklung und Beschäftigung
26.04.2006	Workshop	Regionalisierung in der Landesarbeitsmarktpolitik
27.04.2006	Initiative im Rahmen der bundesweiten Berufsorientierungskampagne "girl's day"	4. Zukunftstag für Mädchen und Jungen im Land Brandenburg
16. – 18.05.2006	Konferenz und Ausstellung	Teilnahme an der Employment Week 2006 in Brüssel
27.10.2006	Festveranstaltung	Verleihung des Brandenburgischen Ausbildungspreises 2006
09.11.2006	Auftaktveranstaltung zu einer Kampagne	Berufsorientierung von Jugendlichen im ländlichen Raum
16.11.2006	Fachtagung	Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflegeaufgaben in der Familie
30.11.2006	ESF-Jahrestagung	ESF in Brandenburg 2007 - 2013
Publikationen (Broschüren / Flyer / Presseartikel etc., einzeln und periodisch)		
Titel	Erscheinungstermin	Sonstiges (z.B. Auflage)
BRANDaktuell	Printausgaben: zweimonatlich „Special“: jährlich digitale Newsletter zweiwöchentlich	Printausgaben: jeweils 4.500 Stk. „Special“: 5.000 Stk. Newsletter: 24 Stk.
Zukunftstag 2006 für Mädchen	Februar 2006	drei Faltblätter (für Schüler/innen,

und Jungen in Brandenburg		Lehrer/innen und Unternehmen), insgesamt 25.000 Stk.
Mit dem Lotsendienst in die Selbstständigkeit, Evaluation	April 2006	Broschüre, 600 Stk.
ESF-regional in Brandenburg, Messezeitung „Employment Week 2006“	Mai 2006	Zeitung, 1.250 Stk. (deutsch/eng- lisch)
Entwicklung von Betrieben und Beschäftigten in Brandenburg, Ergebnisse der zehnten Welle des Betriebspanels Brandenburg	Juli 2006	Broschüre, 650 Stk.
Junge Leute starten durch – Lohnkostenzuschüsse nach der Ausbildung	Juli 2006	Faltblatt, 14.000 Stk.
Brandenburgischer Ausbildungs- preis 2006	September 2006	Faltblatt, 5.000 Stk.
Laut ist out – Schütze Dein Ge- hör	Oktober 2006	Faltblatt, 2.000 Stk.
Schutz vor Röteln-Infektion	Oktober 2006	Faltblatt, 2.000 Stk.
Allgemeine Regelungen zur Durchführung des Praxislernens	November 2006	Faltblatt, 1.500 Stk.
Bericht über den Arbeitsmarkt des Landes Brandenburg im Jahr 2005	Dezember 2006	Broschüre, 1.000 Stk.
Keinen Job? Neue Chancen! Angebote für Jugendliche nach der Ausbildung	Dezember 2006	Broschüre, 4.000 Stk.
<b>Internet Aktivitäten</b>		
Website <a href="http://www.esf.brandenburg.de">www.esf.brandenburg.de</a>		
Website <a href="http://www.ausbildungskonsens-brandenburg.de">www.ausbildungskonsens-brandenburg.de</a>		
Website <a href="http://www.zukunftstagbrandenburg.de">www.zukunftstagbrandenburg.de</a>		
<b>Sonstige Aktivitäten</b>		

Art	Thema	Zeitraum
Aufkleber	„Dieses Projekt wird gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Brandenburg“	März 2006
Marketing	ESF-Kugelschreiber	April 2006
Marketing	ESF-Haftnotizzettel	Mai 2006
Marketing	ESF-Tischkalender	November 2006
Messestand	Information zum Modellprojekt „Regionalbudget“ auf der Employment Week 2006	16. – 18. Mai 2006
Messestand	Information zum Landesprogramm „Stärkung des Risikobewusstseins und der Gesundheitskompetenz junger Beschäftigter in der Ausbildung“	Oktober 2006

## EAGFL-A

Zur Information der breiten Öffentlichkeit über die Förderung im Rahmen des Europäischen Agrarfonds und die Halbzeitbewertung wurden nachfolgende Aktivitäten unternommen:

- regelmäßige Herausgabe des Agrar- und Umwelt-Journals,
- Vorstellung von kofinanzierten Projekten auf Messen, wie z. B. Internationale Grüne Woche, BRALA,
- Veröffentlichung der kofinanzierten Richtlinien im Internet, deren Veränderungen und Verlängerungen,
- regelmäßige Beratungen mit fachlich zuständigen Behörden (Bewilligungs- und andere Behörden), thematische Zielgruppenberatungen in den Regionen des Landes

Veranstaltungen / Tagungen / Vorträge		
Zeitraum	Art der Veranstaltung	Thema
13.- 22.1.2006	Internationale Grüne Woche	Beteiligung mit einem Länderstand Brandenburg an der Bund-Länder-Gemeinschaftsschau „Leben auf dem Lande“, an der Gemeinschaftsschau der deutschen Agrarwirtschaft und an der Leistungsschau der Internationalen Land- und Ernährungswirtschaft
25.- 28.5.2006	BRALA – Brandenburgische Landwirtschafts Ausstellung	Teilnahme des MLUV mit Präsentationen, Rede des Ministers auf der Landesbauernversammlung der BRALA veröffentlicht unter: <a href="http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php?template=mluv_reden_2006">http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php?template=mluv_reden_2006</a>
26.05.2006	Bauernversammlung auf der 16. Brandenburgischen Landwirtschaftsausstellung	„Zur aktuellen Agrarpolitik aus der Sicht der Landesregierung“ Ein Jahr cross compliance und Förderschwerpunkte der ELER <a href="http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php?template=mluv_reden_2006">http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php?template=mluv_reden_2006</a>
Publikationen (Broschüren / Flyer / Pressartikel etc., einzeln und periodisch)		
Titel	Erscheinungstermin	Sonstiges (z.B. Auflage)
Pleasure of nature touring	Erstaufgabe 30.11.2005 Neuaufgabe 2006	Broschüre
Internet Aktivitäten		

Zum Einsatz der EU-Strukturfonds in der Förderperiode 2000 - 2006 im Land Brandenburg; <a href="http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php/139109">http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php/139109</a>		
Fördermittel-Übersicht <a href="http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php/98160">http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php/98160</a>		
Entwicklungsplan für den ländlichen Raum, <a href="http://www.mluv.brandenburg.de/cms/media.php/2317/ewpl_lr.pdf">http://www.mluv.brandenburg.de/cms/media.php/2317/ewpl_lr.pdf</a>		
Sonstige Aktivitäten		
Art	Thema	Zeitraum
Keine		

## E Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der anderen Gemeinschaftspolitiken; Angaben zum integrierten Einsatz der Fonds

### Allgemeine Angaben zu den Strukturfonds

Die Einhaltung der Gemeinschaftspolitiken erfolgt entlang der Strukturen, Grundlagen und Abläufe, wie sie im Operationellen Programm, der Ergänzung zur Programmplanung und der Beschreibung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme ausführlich dargestellt sind. Die Projekte aller Fonds werden dementsprechend gemäß Artikel 12 der Verordnung (EG) 1260/1999 in Übereinstimmung mit den Gemeinschaftspolitiken realisiert.

Da die Richtlinien, mit denen die Umsetzung ins nationale Verwaltungsrecht erfolgt, auf der Basis des OP sowie der einschlägigen Vorschriften des Gemeinschaftsrechtes beruhen und jeweils von der zuständigen Fondsverwaltung sowie im Rahmen des „Förderprogrammausschusses“ der Landesregierung auf Übereinstimmung mit diesen Grundlagen geprüft werden, sind klare Regelungen insbesondere auch zur Einhaltung des Beihilferechts, der Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe aber auch weitere gemeinschaftsrechtliche Bestimmungen sichergestellt. Die Einhaltung des Gemeinschaftsrechtes ist auch Gegenstand der Verwaltungsprüfungen.

Auf der Ebene der Projekte im EFRE übernimmt der EFRE-Ausschuss auch die Überprüfung der Einhaltung der Gemeinschaftspolitiken.

## Querschnittsziel "Nachhaltige Entwicklung"

### Umsetzung Natura 2000 in Brandenburg

#### 1. Special Protection Area (SPA) - Vogelschutzgebiete

Die von der Landesregierung Brandenburg an die EU-Kommission gemeldeten 27 Europäischen Vogelschutzgebiete sind im Amtsblatt für Brandenburg (Nr. 34) am 31. August 2005 bekannt gegeben und zu besonderen Schutzgebieten (Special Protection Area - SPA) erklärt worden. Im Rahmen der Bekanntmachung wurden u. a. eine Liste der wertbestimmenden Vogelarten und die Erhaltungsziele zu den einzelnen Europäischen Vogelschutzgebieten veröffentlicht. Zweck dieser Schutzzerklärung ist es, die Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der in der Bekanntmachung genannten Vogelarten und ihrer Lebensräume in den aufgeführten Gebieten auf Dauer zu gewährleisten.

#### 2. FFH-Gebiete

Die von der Landesregierung Brandenburg im Rahmen der Nachmeldung ausgewählten 143 FFH-Gebiete sind im Amtsblatt für Brandenburg (Nr. 41) am 19. Oktober 2005 bekannt gegeben worden. Insgesamt verfügt Brandenburg nunmehr über 620 FFH-Gebiete mit einer Fläche von rund 330.000 Hektar.

Mit der Bekanntmachung der SPA und der FFH-Gebiete im Amtsblatt für Brandenburg ist die Natura 2000-Gebietskulisse als abschließend zu betrachten. Nach der Meldung an die EU-Kommission zählt jetzt die Phase der Umsetzung von Natura 2000 zu den wichtigsten Aufgaben der Naturschutzbehörden. Dazu gehören die dauerhafte Sicherung der gemeldeten Gebiete sowie der Aufbau eines Monitoringsystems. Die Umsetzung der dauerhaften Sicherung wird mehrere Jahre dauern, weil entsprechend den Gegebenheiten vor Ort entschieden werden muss, was über behördliche Maßnahmen und was vertraglich geregelt werden kann. Zusammengefasst soll die dauerhafte Sicherung über vertragliche Vereinbarungen, Bewirtschaftungserlasse, Managementplanung, Schutzgebietsausweisungen oder über andere rechtliche Regelungen erfolgen.

Die FFH-Richtlinie sieht eine Berichtspflicht über die Entwicklung der Lebensräume und Arten sowie der durchgeführten Maßnahmen in einem regelmäßigen Abstand von sechs Jahren vor. Zur Erfüllung dieser Berichtspflicht wird derzeit ein Monitoringprogramm aufgebaut. Im Rahmen des Monitorings ist für alle FFH-Gebiete zu prüfen, inwieweit die Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen ihr Ziel erreicht haben bzw. welche Änderungen zur Erhaltung der FFH-Gebiete vorgenommen werden müssen. Für

den Berichtszeitraum 2001 - 2006 erwartet die EU-Kommission eine erste Erfassung (Inventur der FFH-Gebiete) und Bewertung des Erhaltungszustands auf der Grundlage der besten verfügbaren Daten. Derzeit erfolgt mit Hochdruck die Ersterfassung der Lebensraumtypen nach Anhang I und Arten nach Anhang II der FFH-Richtlinie.

Die EG-Vogelschutzrichtlinie sieht eine Berichtspflicht über die Anwendung der auf Grund dieser Richtlinie erlassenen einzelstaatlichen Vorschriften in einem regelmäßigen Abstand von drei Jahren vor.

### 3. Übersicht der durch das MLUV im Jahr 2005 festgesetzten Schutzgebiete und der aufgestellten Bewirtschaftungserlasse

Im Jahr 2005 wurden in Brandenburg acht Naturschutzgebiete und ein Landschaftsschutzgebiet mit einer Gesamtfläche von 8.606 ha (etwa 0,3 % der Landesfläche) festgesetzt. Parallel dazu erfolgte die Sicherung von Natura 2000-Gebieten über die Aufstellung von sieben Bewirtschaftungserlassen mit einer Gesamtfläche von 1.045 ha. Die Erlasse erreichen mit Veröffentlichung im Amtsblatt für Brandenburg ihre Behördenverbindlichkeit. Die in den Erlassen festgelegten Ziele und Maßnahmen dienen der Sicherung bzw. Verbesserung des Erhaltungszustandes des jeweiligen Gebietes. Für die Umsetzung der Maßnahmen und die Einhaltung der Maßgaben sind - sofern Regelungen vorgesehen sind - der Vertragspartner und sonst grundsätzlich die jeweils zuständige Fachbehörde zuständig.

### Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Brandenburg

Die von der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) bis Ende 2004 von allen Mitgliedsstaaten geforderte erste Bestandsaufnahme der Gewässersituation ist abgeschlossen. Die Ergebnisse wurden in Berichten für jede Flussgebietseinheit (A-Berichte) sowie in detaillierteren Berichten für die untergeordneten Koordinierungsräume bzw. Bearbeitungsgebiete (B-Berichte) zusammengefasst und der EU-Kommission übergeben. Als nächster Schritt bei der Umsetzung der WRRL wurden im Jahr 2006 Überwachungsprogramme für die Oberflächengewässer und das Grundwasser aufgestellt. Um einen zusammenhängenden Überblick über den Zustand der Gewässer zu gewinnen, werden Messstellen-Netze in den Oberflächengewässern und im Grundwasser eingerichtet. Bereits vorhandene Messstellen werden so weit wie möglich einbezogen.

Bei Oberflächengewässern wird die Überwachung im Wesentlichen unterteilt in die "überblicksweise Überwachung", die "operative Überwachung" und die "Überwachung zu Ermittlungszwecken". Relativ grobmaschig ist die überblicksweise Überwachung in Fließgewässern an Stellen, deren Abfluss aus einem Einzugsgebiet von mehr als 2.500 Quadratkilometer gespeist wird oder an größeren, über natio-

nale Grenzen hinausreichenden Wasserkörpern. Darüber hinaus wurden 10 größere, typologisch charakteristische Seen ausgewählt. Mit der operativen Überwachung wird vor allem der Zustand von Wasserkörpern ermittelt, bei denen eine Zielerreichung unklar oder unwahrscheinlich ist. Bei Fließgewässern wird das relativ engmaschige Messstellennetz mit knapp 900 Messstellen in repräsentativen Gewässern errichtet (256 von 1278 Wasserkörpern). Ergebnisse sind auf dieselben Gewässertypen übertragbar. Seen dagegen unterliegen in größerem Umfang der operativen Überwachung. Einbezogen werden alle Seen, bei denen die Zielerreichung unklar oder unwahrscheinlich ist, sowie Seen, die durch Emissionen gefährdet sind. 202 von insgesamt 222 Seen werden operativ überwacht. Die Überwachung zu Ermittlungszwecken wird vor allem dort durchgeführt, wo Ursachen von auftretenden Belastungen unbekannt sind oder wo unbeabsichtigte Verschmutzungen auftreten, um deren Ausmaß und Auswirkungen festzustellen.

Außerdem werden Referenz- und Interkalibrationsmessungen vorgenommen, um biologische Referenzbedingungen zu charakterisieren und Bewertungsverfahren europaweit abzugleichen.

Die Anforderungen der WRRL gehen über die herkömmlichen Parameter der Wasserwirtschaft hinaus, indem sie biologischen Kriterien einen zentralen Stellenwert zuweisen. Die wichtigsten Parameter zur Überwachung der Oberflächengewässer sind:

- Phytoplankton (z. B. Blaualgen),
- Makrophyten und Phytobenthos (z. B. Seerosen oder Armleuchteralgen),
- Benthische wirbellose Fauna (z. B. Muscheln, Köcherfliegenlarven),
- Fische,
- Schadstoffe, für die Grenzwerte festgelegt sind.

Für ein Oberflächengewässer ist der "gute Zustand" dann erreicht, wenn alle biologischen Parameter als "gut" eingestuft und rechtlich fixierte Schadstoffgrenzwerte eingehalten werden.

Die Überwachung des chemischen- und des mengenmäßigen Zustandes beim Grundwasser orientiert sich an den Zielvorstellungen. Beim chemischen Zustand sind dies das Fehlen anthropogen bedingter Salze oder anderer Intrusionen, das Einhalten gültiger Schwellenwerte und Qualitätsnormen sowie das Fehlen negativer Auswirkungen auf Oberflächengewässer oder Landökosysteme. Das Fehlen dieser negativen Auswirkungen gehört auch zu den Zielen beim mengenmäßigen Zustand. Außerdem dürfen die Entnahmen die Grundwasserneubildung nicht übersteigen.

Wie bei den Oberflächengewässern gibt es bei der chemischen Überwachung ein überblicksweises und ein operatives Messnetz. Bei der mindestens einmal jährlich vorgesehenen überblicksweisen Überwa-

chung werden der pH-Wert, die Leitfähigkeit, der Sauerstoffgehalt, das Vorkommen verschiedener Salze, von Pestiziden, von Schwermetallen und von Ammonium ermittelt. Bei der operativen chemischen Überwachung wird in gefährdeten Grundwasserkörpern das Verhalten von Schadstoffen und von maßgeblichen Stoffeinträgen beobachtet. Die Parameter werden jeweils an die spezifische Belastung angepasst. Zu den Belastungsarten gehören die Landwirtschaft, der Braunkohlebergbau und weitere Bergbausparten, Altlasten, die Versauerung sowie Siedlung und Verkehr. Untersucht wird mindestens einmal jährlich, bei Bedarf häufiger. Der mengenmäßige Zustand des Grundwassers wird mindestens einmal monatlich überwacht.

Auf der Grundlage der Bestandsaufnahme und der Ergebnisse der Überwachung der Gewässer werden bis 2009 Bewirtschaftungspläne für die Flussgebietseinheiten aufgestellt und Maßnahmenprogramme erarbeitet, um den „guten“ Zustand der Gewässer zu erreichen.

### Partnerschaftliche Maßnahmen

Die Umweltpartnerschaft bietet den brandenburgischen Wirtschaftsvertretern und der Umweltverwaltung eine wichtige Plattform für die Förderung einer umweltgerechten, nachhaltigen Wirtschaftsweise. Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stehen das Werben für Maßnahmen der betrieblichen Energie- und Ressourceneffizienz – vor allem durch die Einführung von Umweltmanagementsystemen wie EMAS oder ISO 14001. Daneben geht es aber auch um eine gemeinsame, systematische Deregulierung des brandenburgischen Umweltrechts, um den Unternehmen optimale Standortbedingungen zu bieten ohne die erreichten Umweltstandards abzubauen.

Die im Rahmen der Fortschreibung der Umweltpartnerschaft 2005 übernommenen Verpflichtungen im Sinne eines größeren politischen Gewichts und der besseren Honorierung von freiwilligen Umweltleistungen hat die Landesregierung zu einem Großteil bereits umgesetzt. Dazu gehört die Gewährung einer Gebührenermäßigung i.H.v. 20% bei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren für EMAS-Unternehmen. Die Förderung der Einführung von Umweltmanagementsystemen bei KMU aus EFRE-Mitteln wird fortgeführt. Ebenso hat das MLUV seinen Erlass über Erleichterungen im Verwaltungsvollzug für EMAS-Unternehmen im Sinne der Erweiterung von Vollzugserleichterungen und einer höheren Verbindlichkeit für die Vollzugsbehörden grundlegend überarbeitet. Das MLUV plant weiterhin, in einem Standort seines Geschäftsbereiches mit der EMAS-Zertifizierung zu beginnen. Die Teilnehmerzahl der Umweltpartnerschaft hat sich auf 48 Unternehmen erhöht.

### Umweltrelevante Gesetzesänderungen, Verordnungen

Im Jahr 2006 wurde die Überarbeitung und Neufestsetzung von Wasserschutzgebieten fortgesetzt und durch drei Rechtsverordnungen vom 29.09.2006 (GVBl. II Nr. 24 S. 426) und 15.11.2006 (GVBl. II Nr. 30 S. 486, S. 497) WSG für Schwedt-Springallee, Görlsdorf und Eggersdorf neu ausgewiesen.

Sonstige Änderungen in umweltrelevanten Gesetzen und Rechtsverordnungen des Bereiches Wasser, Boden und Altlasten sind 2006 nicht erfolgt. Das Brandenburgische Wassergesetz gilt unverändert in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.2004.

Das Wasserhaushaltsgesetz ist letztmalig 2005 zweimal geändert worden:

- am 03.05.2005 durch Art. 1 des Gesetzes zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes (BGBl. I Nr. 26 vom 07.05.2005 S. 1224),
- am 25.06.2005 durch Art. 2 des Gesetzes zur Einführung einer SUP und zur Umsetzung der Richtlinie 2001/ 42/ EG (BGBl. Nr. 37 vom 28.06.2005 S. 1746).

Die Umsetzung in Landesrecht wird im Rahmen der großen Wasserrechtsnovelle 2007 erfolgen. 2007 sollen auch die Novellen der VAWS und der IndV in Kraft treten.

Europarechtlich ist die Richtlinie 2006/ 118/ EG zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung und Verschlechterung am 12.12.2006 (ABl. 2006 Nr. L 372 vom 27.12.2006) erlassen worden. Sie wird nach Umsetzung in das nationale Recht im Zusammenhang mit der Wasserrahmenrichtlinie vollzogen.

Zur Auswahl umweltrelevanter Gesetze, Verordnungen und Erlasse im Bereich Agrar- und Umweltrecht des Landes Brandenburg, die zu einer weiteren Übernahme des Gemeinschaftsrechts im Bereich Umwelt in nationales Recht führen siehe unter Quelle:

<http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php/98181>.

### **EU-Querschnittsziel Nachhaltigkeit**

#### a) Nachhaltigkeitsbewertung und -monitoring

Durch die EFRE-Fondsverwaltung ist eine Nachhaltigkeitsbewertung für Vorhaben der Infrastrukturförderung (Schwerpunkt 2 des EFRE-OP 2000-2006) initiiert und von der InvestitionsBank des Landes Brandenburg (ILB) realisiert worden.

Im März 2006 wurde der Abschlussbericht unter dem Thema „Nachhaltigkeitsbewertung von Infrastruktur-Projekten in der EFRE-Förderung“ verfasst und beinhaltet die Auswertung der bisher vorgenom-

nen Nachhaltigkeitsprüfungen. Diese sind ex-post durchgeführt worden. Als ein Ergebnis listet dabei Anlage 14 die ERFE- Volumina auf, für die eine Bewertung und eine Zuordnung im Sinne der Nachhaltigkeitsklassifizierungen vorgenommen sind. Bei den weiteren Bewertungen von Infrastrukturmaßnahmen wird über zusätzliche Ergebnisse zu berichten sein. Eine Auswertung liegt zum Zeitpunkt der Jahresberichterstellung noch nicht vor, eine Fortführung der Ergebnispräsentation in Berichtsform („2. Auflage“) ist für 2007 vorgesehen.<sup>11</sup>

Das entwickelte Bewertungsinstrument basiert auf der integrierten Betrachtung der Nachhaltigkeitsdimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales. Die Projektbewertung beinhaltet eine Untersuchung der nachhaltigen Gestaltung des geplanten Projektes. Bei der Projektrealisierung sollen ökonomische, ökologische und soziale Aspekte berücksichtigt werden. Auch demographische Aspekte können in dieses Bewertungsschema integriert werden. In einem zweiten Pfad wird die Einordnung des Projektes in die Zieldimensionen der zugehörigen Richtlinie thematisiert. Im Ergebnis dieses zweiten Pfades kann das Projekt dann in die Felder eines „Integrierenden Nachhaltigkeitsdreiecks“ eingeordnet und überprüft werden, ob die angestrebten Zielstellungen des Förderprogramms tatsächlich durch Aussagen im Projektantrag untersetzt sind. Die Projektbewertung ist auf die normativen Ansprüche der Nachhaltigen Entwicklung gerichtet. Im 2. Pfad wird die Konformität mit den Programm-, Landes- und EU-Zielen überprüft.

Es wird der Ansatz verfolgt, Nachhaltigkeitsaspekte bereits vor der Durchführung eines Projektes ex ante zu überprüfen und die Bewertung als Teil der Antragstellung zu sehen. Hiermit soll auch der Antragsteller mit der Nachhaltigkeitsthematik sensibilisiert werden, und wenn möglich notwendige Änderungsschritte bei der Projektumsetzung einleiten (z.B. Ressourcenschonender Einsatz von Baustoffen, Wärmedämmung etc.)

Die EFRE-FV sieht es als geeignet an, dieses Bewertungsinstrument für die Förderperiode 2007-13 operativ in die Antragstellung zu integrieren, um europäische Nachhaltigkeitsziele mit der Förderung zu erreichen und gleichzeitig die Fördereffizienz zu erhöhen.

#### b) weitere Implementierungsschritte zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsthematik

2006 ist weiterhin die Implementierung des Prüfschemas in die Förderpraxis vorbereitet worden, dabei wurde das bisher gestaltete Bewertungsinstrument technisch weiterentwickelt. Der Fokus fiel dabei auf

---

<sup>11</sup> Die konkreten Ergebnisse der Nachhaltigkeitsbewertung sind im Jahresbericht 2005 ausführlich beschrieben worden. Zudem kann auf den vorliegenden Nachhaltigkeitsbericht verwiesen werden. Dieser liegt auch dem MW vor.

die Nutzerfreundlichkeit, bessere Darstellungsmethoden der Ergebnisse und eine Konzeption für die Datenverarbeitung zur Auswertung der Ergebnisse.

Im Rahmen der Diskussion um einen Demographiecheck für Förderprogramme wurde angeboten, diesen modular in das entwickelte Bewertungsinstrument zu integrieren. Parallel dazu wurde die bisherige Förderpraxis analysiert und nach Anknüpfungspunkten für die Implementierung eines Nachhaltigkeitsmonitoring gesucht. Daraufhin konnten einige Vorschläge unterbreitet werden, die in der weiteren Implementierung umgesetzt werden:

- Die Verankerung und Definition von Nachhaltigkeitszielen und v.a. deren Operationalisierbarkeit in den Förderrichtlinien ist Grundvoraussetzung für die Einführung eines Nachhaltigkeitschecks
- Die Antragsunterlagen dahingehend zu modifizieren, dass Zielstellungen des geplanten Projektes, inkl. Nachhaltigkeitszielen, inhaltlich detaillierter abgefragt werden sollen.
- Die Anpassung der im Bewertungsinstrument verwendeten Indikatoren an die Zielstellungen der Richtlinien oder Programmbeschreibungen.

Ziel der Modifizierung des Antragsverfahrens wird es sein, neben der Erfüllung von Nachhaltigkeitszielstellungen, auch den Förderprozess effizienter und zielgenauer zu gestalten.

Die o.g. Schritte wurden in einem gemeinsamen Workshop von ILB und EFRE-Fondsverwaltung den Ministerien MWFK, MW und MLUV im Dezember 2006 präsentiert und anschließend auch angenommen. Es ist für 2007 geplant, Workshops mit weiteren beteiligten Ministerien durchzuführen und die genannten Implementierungsvorschläge zu unterbreiten. Wird nachhaltige Entwicklung als stetiger Such-, Lern- und Gestaltungsprozess verstanden, sind nicht nur Arbeitsabläufe zum Förderantrag den Anforderungen eines Nachhaltigkeitscheck angepasst werden, sondern auch Schulungen aller am Förderprozess beteiligten Personen erforderlich sowie eine stetige Vervollkommnung der Bewertungsmethodik.

### c) Nachhaltigkeit in der gewerblichen Förderung

Neben der Bewertung von Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der EFRE-Förderung soll mit der Nachhaltigkeitsprüfung auch realisiert werden, eine Bewertung in der gewerblichen Förderung vornehmen zu können. Dabei ist der methodische Ansatz der Bewertung zu modifizieren. Die Basis für diese Methodik wird der in der Infrastrukturförderung genutzte 3-Dimensionen-Ansatz sein. Weitere Aspekte wie die Branchenzugehörigkeit oder die Wertung unternehmensinterner Umweltmanagementsysteme müssen im Rahmen dieses Projektes untersucht werden. Es wird aber davon ausgegangen, dass die Einführung einer Nachhaltigkeitsbewertung in der gewerblichen Förderung zu erhöhten Anforderungen

an die Beratung führen wird. Die ersten Überlegungen und Umsetzungsschritte für einen Ansatz in dieser Form sind innerhalb des Berichtsjahres erfolgt, konkretere Ergebnisse sind 2007 zu erwarten.

Zudem ist geplant, in naher Zukunft ein Beratungs- und Unterstützungsgremium zu organisieren, welches der Landesregierung im Rahmen der Nachhaltigkeitspolitik Unterstützung liefern soll. Dieser aus externen Sachverständigen bestehende Nachhaltigkeitsbeirat kann auch bei Bereichen der EU-Strukturfonds dazu beitragen, Nachhaltigkeitsziele im Sinne des EU-Querschnittsziels zu verfolgen und umzusetzen. Eine erste konstituierende Sitzung dieses Gremiums ist zu Beginn 2007 vorgesehen.

## ESF

Die ESF-Interventionen im Umweltbereich sind Bestandteile des Querschnittsziels „Nachhaltige Entwicklung“, wie z.B. Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen im Umweltbereich oder die Aktion Orientierung zu Berufen im Umwelt- und Naturschutz und in der Landwirtschaft sowie zur Optimierung der Berufswahlentscheidung durch Praxis Lernangebote/Schülerfirmen in der Schule. Darüber hinaus findet dieses Querschnittsziel auch in den anderen ESF-geförderten Aktionen, soweit zweckmäßig und sinnvoll seine Entsprechung. Quantifizierbare Auswirkungen, die eine Förderung von Humanressourcen auf die Umwelt hat, sind jedoch nicht direkt messbar, sondern nur unmittelbar, qualitativ nachzuvollziehen. Eine Erhebung dieser indirekten bzw. induzierten Nachhaltigkeitsmerkmale im Bereich Umwelt sind gegenüber einem Ausgangszustand monokausal nicht abzuleiten. Die damit verbundenen methodischen Anforderungen wären unverhältnismäßig hoch, der Aussagenutzen hingegen muss als gering eingeschätzt werden und steht letztendlich in keinem Verhältnis zu dem Erhebungsaufwand.

## EAGFL

Alle im Rahmen des Schwerpunktes 5 geförderten Maßnahmen, soweit zutreffend, haben die Mindeststandards für Tierschutz, Hygiene und Umwelt eingehalten bzw. durch die Investitionen verbessert.

Darüber hinaus wurden nachfolgende umweltrelevante Kapazitäten geschaffen:

15.173	umweltschonende und tiergerechte Stallplätze
6.758 m <sup>3</sup>	Güllelagerraum geschaffen
3.900 m <sup>3</sup>	Dunglagerraum geschaffen,
34.416 Stück	Bäume und Sträucher gepflanzt.

## Querschnittsziel Chancengleichheit

Die Arbeitsgruppe „Chancengleichheit in den Strukturfonds des Landes Brandenburg“, in der die Fondsverwaltungen des ESF, des EFRE und des EAGFL, die Verwaltungsbehörde und weitere Ressorts zusammenarbeiten, hat unter Leitung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, Abteilung Arbeit und Gleichstellung, ihre Arbeit zur systematischen Implementierung von Gender Mainstreaming in den Strukturfonds und zur Verbesserung der Chancengleichheit fortgesetzt. Dabei wurden die bis zum Jahr 2005 begonnenen Aktivitäten im Berichtszeitraum weitergeführt und ausgebaut.

Im Jahresbericht 2005 wurde dargelegt, dass die Darstellung von Aspekten der Chancengleichheit von Frauen und Männern immer dann schwierig wird, wenn eine Maßnahme oder ein Programm nicht direkt auf Personen gerichtet ist. Aus diesem Grund wurde 2005 damit begonnen ein Verfahren zur Gender-Relevanz-Prüfung zu entwickeln, mit dem Ziel Negativwirkungen in Bezug auf Fragen der Chancengleichheit bei Maßnahmen, Programmen oder Richtlinien im Rahmen eines einheitlich abgestimmten Verfahrens zwischen den Fonds zu reflektieren.

Die Entwicklung dieses Prüfverfahrens, einschließlich der notwendigen Handreichungen und Checklisten wurde im Berichtsjahr weiter vorangebracht. Die in der AG Chancengleichheit abgestimmten Diskussionspapiere und konkreten Entwürfe fanden Eingang in die Verfahren der Erstellung zukünftiger Richtlinien und Programme. Es ist davon auszugehen, dass im Laufe des Jahres 2007 das Gender-Relevanz-Prüfverfahren zu einem positiven Abschluss gebracht werden kann.

Als ein wichtiger Meilenstein für die positive Entwicklung im Prozess der Erarbeitung des o.g. Prüfverfahrens sowie die weiterführende Indikatorendiskussion kann die Auswertung der SWOT-Analyse für das Land Brandenburg angesehen werden, die 2006 durch die AG Chancengleichheit vorgenommen wurde. Diese Analyse wurde fondsübergreifend durchgeführt. Die genannte Auswertung sowie ein erarbeiteter Entwurf für ein Verfahren zur Gender-Relevanz-Prüfung (Prüfbogen) wurden den Fondsverwaltungen als Hintergrundmaterial für die inhaltliche Erarbeitung der neuen OPs zur Verfügung gestellt und von diesen auch weitgehend in den Prozess einbezogen.

Ergänzend wurde unter Federführung der AG Chancengleichheit in den Strukturfonds des Landes Brandenburg gemeinsam mit der AG Chancengleichheit in den Strukturfonds der Ziel 1-Gebiete eine Kontextindikatorentabelle weiterentwickelt und ihre Daten fortgeschrieben. Auch die Kontextindikatorentabelle wurde den Fondsverwaltungen durch die AG Chancengleichheit zur Verfügung gestellt mit der

Empfehlung, diese bei der Diskussion über einzusetzende Indikatoren für das Querschnittsziel sowie der Evaluationsinhalte zu berücksichtigen.

Zur Unterstützung der zukünftigen Verwaltungsbehörden wurde durch die AG Chancengleichheit eine Auswertung der vier Verordnungen und der Durchführungsbestimmungen unter dem Aspekt der Verwirklichung des Querschnittszieles Chancengleichheit vorgenommen und in Form einer Synopse zusammengefasst. Sie dient zukünftig u.a. als Diskussionsgrundlage bei fondsübergreifenden Abstimmungsgesprächen zur Indikatorenbildung und Weiterentwicklung des Gender-Relevanz-Prüfverfahrens.

Die fondsübergreifende AG Chancengleichheit in den Strukturfonds wird auch in der neuen Förderperiode fortgesetzt. Dabei ist angestrebt den Teilnehmerkreis zu erweitern um diejenigen Ressorts, die Mittel der Strukturfonds und des ELER nutzen.

## ESF

Die Aktivitäten und Initiativen zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Sinne der gemeinsamen Politik der Chancengleichheit waren in Fortsetzung der Anstrengungen des Jahres 2005 auch im Berichtsjahr 2006 darauf gerichtet, die Entwicklung der Instrumente zur systematischen Implementierung und Qualifizierung des Gender Mainstreaming Prinzips auf Programmebene im Rahmen der laufenden Förderperiode konsequent voranzubringen. Parallel dazu wurden erfolgreich Maßnahmen eingeleitet, um das Querschnittsziel Chancengleichheit von Beginn an in die Vorbereitung der kommenden Förderperiode 2007-2013 zu integrieren und auch zukünftig weitere Fortschritte zur Verbesserung der Gleichstellung erreichen zu können.

Auch für das Berichtsjahr hatte die bereits in den Vorjahren getroffene Feststellung, dass Gender Mainstreaming ein Lernprozess ist, Gültigkeit. Insofern lag ein wichtiger Schwerpunkt der Aktivitäten darin, Genderwissen und Genderkompetenz auf allen Verwaltungsebenen und bei allen Akteuren durch geeignete Maßnahmen zu erweitern.

In den Veranstaltungen mit externen Experten im Rahmen des Partnerschaftlichen Abstimmungsprozesses und der Arbeit der AG Chancengleichheit in den Strukturfonds wurden aktuelle Berichte und Studien unter dem Focus der Chancengleichheit betrachtet und diskutiert. Die Beratungen und Analysen brachten auch wichtige Erkenntnisse für den Programmplanungsprozess der künftigen Strukturfondsperiode.

Zu den spezifischen Aktivitäten des ESF in 2006 siehe unter C: Berücksichtigung der horizontalen Prioritäten: Gender Mainstreaming.

## EFRE

Die fondsübergreifende Arbeitsgemeinschaft „Chancengleichheit in den Strukturfonds“ (AG Chancengleichheit) hatte sich auch 2006 weiterhin mit dem Querschnittsthema Chancengleichheit befasst und war bei der Vorbereitung und Umsetzung themenrelevanter Arbeitsschritte tätig geworden. Innerhalb der AG sind ständige Vertreter der einzelnen Fonds EFRE, ESF und EAGFL sowie der fachrelevanten Landesressorts beteiligt. Zudem erfolgt eine begleitende Unterstützung durch das Gender-Institut Sachsen-Anhalt (GISA), sowie seitens Evaluatoren, die innerhalb des Erarbeitungsprozess der Operationellen Programme für die Strukturfonds beteiligt waren (neue Förderperiode ab 2007).

Die Aufgaben der AG bestanden im Berichtsjahr vorrangig darin, durch geeignete Maßnahmen die neue Förderperiode ab 2007 so vorzubereiten, dass weitere Fortschritte bei der Umsetzung des Gender Mainstreaming in den jeweiligen Fonds erreicht werden<sup>12</sup>.

### a) auf Bundesebene – Einbeziehung in den Nationalen Strategischen Rahmenplan (NSRP)

Zur Verständigung über eine gemeinsame Politik zur Gleichstellung von Frauen und Männern mit Hilfe der EU-Strukturfonds hat auf Initiative Brandenburgs die Arbeitsgruppe „Chancengleichheit in den Strukturfonds Ziel 1 und Berlin Ost“ Eckpunkte zum horizontalen Ziel der Chancengleichheit für den NSRP zur neuen Förderperiode erarbeitet und in die Abstimmung zwischen dem Bund und den Ländern eingebracht. Dieser Prozess wurde auch 2006 weitergeführt. Beim Erarbeitungsprozess für den NSRP konnte sich auf eine gemeinsame Linie zu dem Querschnittsziel geeinigt werden. Die Integration im NSRP musste als ein wichtiger Arbeitsschritt vorgenommen werden, da der Rahmenplan als Grundlage für die Erstellung der einzelnen Operationellen Programme dient. Somit konnte auch die weitere systematische Berücksichtigung des Zieles der Chancengleichheit von Frauen und Männern in den OP's umgesetzt werden. Mit Unterstützung des IAB (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung) erfolgten zudem auf AG-Ziel-1 Ebene Vorschläge bzgl. der Kontextindikatoren im Themenbereich Chancengleichheit von Frauen und Männern.

### b) Fondsspezifische Maßnahmen

#### *Arbeitsschritte im Rahmen der Vorbereitung zur neuen Förderperiode*

---

<sup>12</sup> Hinweis: Aufgrund des fondsübergreifenden Charakters lassen sich die beschriebenen Maßnahmen auch als Tätigkeitsfelder bei den anderen Fondsverwaltungen bzw. Fachressorts wieder finden (siehe ESF / EAGFL).

Die Hauptaufgaben konzentrierten sich auf die Vorbereitung bzw. Implementierung der Chancengleichheitsthematik für die neue Strukturfondsperiode. Im Rahmen des OP-Erstellungsprozesses werden für die Programme auch Ex-Ante-Evaluationen durchgeführt. Die jeweiligen Ex-Ante-Evaluatoren (Kienbaum, Taurus-Institut) sind in den Arbeitsprozess der AG integriert worden, und haben auch aus ihrer Sicht Aspekte und Kriterien für eine Operationalisierung von GM innerhalb der OPs dargelegt. Zudem ist beim Aufgabenfeld der Indikatorenbestimmung das GISA-Institut beteiligt worden. Für das EFRE-OP ist festzuhalten, dass die Verankerung des Querschnittsziels im Rahmen der Entwicklungsfaktoren Brandenburgs, sowie innerhalb des Zielsystem bzw. der regionalen Entwicklungsstrategie und bei der nachhaltigen Stadtentwicklung erfolgte. Die in Vorbereitung der Programmerstellung erarbeitete Sozio-ökonomische Analyse Brandenburgs (Prognos AG) beinhaltet auch eine regionale Stärken-Schwächen-Analyse. Diese SWOT ist mit Unterstützung seitens BBJ-Consult auf Genderaspekte geprüft worden. Auch diese Ergebnisse fanden Berücksichtigung bei der Programmerstellung.

#### *Gender-Mainstreaming-Prüfverfahren für die Programmebene*

Ein Abstimmungs- und Erarbeitungsprozess erfolgte auch in 2006 an der sog. Gender-Matrix. Weitere Umsetzungsschritte innerhalb der Relevanzprüfung sind vorgenommen worden, außerdem ist ein Abgleich mit den NSRP-Zielsetzungen durchgeführt worden. Diese Erarbeitung spiegelt sich in der Kategorisierung wieder, bzw. in der Zuordnung in welcher Form ein Projekt/Richtlinie einen Beitrag zur Chancengleichheit leistet. Der Förderprogrammausschuss (FPA) hat als Kontroll- und Entscheidungsgremium eine wichtige Position auf der Programmebene (nicht mehr relevant für die neue Förderperiode). Ein Aufgabengebiet ist daher auch aus fondsübergreifender Sicht, die Integration von Genderaspekten in die Checkliste des FPA vorzunehmen. Hierzu sind erste Vorschläge erarbeitet worden.

#### *Einsatz des genderspezifischen Fragebogens und des Leitfadens für Bewilligungsbehörden*

Der Einsatz des Fragebogens ist 2006 fortgeführt worden und weitere Unternehmen haben sich an der Befragung beteiligt. Hierbei ist auch 2006 auf die Unterstützung der ZAB hinzuweisen. Eine Auswertung der Untersuchungsergebnisse ist vorgenommen worden. Dies betrifft neben der EFRE-Richtlinie Technologietransfer auch den Förderbereich des ESF. Im Rahmen der Erprobung des Leitfadens für Bewilligungsstellen und Projektträger war für 2006 ein Gender-Workshop speziell für Geschäftsführer von KMU vorgesehen. Statt eines Workshops sind verschiedene Gesprächskreise für KMU organisiert worden. Dabei ist die Thematik Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit im Unternehmen mit Informationen zu unternehmerischen Förderangeboten verknüpft worden (Koordination durch das MASGF).

#### *Veranstaltungen/Workshops/Schulungen*

Anknüpfend an die durchgeführten Veranstaltungen im Berichtsjahr 2005 ist durch das GISA-Institut ein weiteres Gender-Mainstreaming Seminar (Reflexionsworkshop) in der LaköV (Neu Fahrland), auf Initia-

tive des MASGF durchgeführt worden. Richtlinien- und Fondsverantwortliche sind dabei zu dem Thema Gender Mainstreaming geschult worden, weiterhin wurde sich mit dem Arbeitsfeld der Indikatorenbestimmung auseinandergesetzt sowie Ansatzpunkte für die Verbesserung eines zukünftigen Monitoring diskutiert. Bereits in diesem Jahr erfolgten Veranstaltungen in Vorbereitung auf die Planungen seitens der EU-KOM, 2007 als das Jahr der Chancengleichheit zu erklären. Dabei wird durch die EU dem gesamten Themenfeld eine besondere Bedeutung zugeteilt und im Rahmen von zahlreichen Veranstaltungen kann dann über weitere Zielvorgaben und Ergebnisse berichtet werden.

(siehe auch Ausführungen des EAGFL)

## EAGFL

Die Aktivitäten und Initiativen zur Gleichstellung von Männern und Frauen im Sinne der Gemeinschaftspolitik Chancengleichheit waren 2006 darauf gerichtet, weiterhin die vorhandenen Instrumente zur systematischen Implementierung des Gender Mainstreaming Prinzips auf Programmebene in der laufenden Förderperiode anzuwenden. Gleichzeitig wurden Maßnahmen eingeleitet, das Querschnittsziel Chancengleichheit in die Vorbereitung der neuen Förderperiode 2007-2013 zu integrieren, so dass künftig weitere Fortschritte zur Verbesserung der Gleichstellung erreicht werden können.

Die fondsübergreifende Arbeitsgruppe zur Chancengleichheit führte im Jahr 2006 3 Beratungen durch. In den Beratungen wurde im wesentlichen die Umsetzung des Gender Mainstreaming in der laufenden Förderperiode betrachtet und Schlussfolgerungen für die Vorbereitung der neuen Förderperiode gezogen. Erstellt wurde eine Matrix für die Gender-Relevanzprüfung mit genderrelevanten Betrachtungsschwerpunkten in Ableitung aus der SWOT-Analyse für die Strukturfonds. Die Matrix soll eine Grundlage bzw. Arbeitshilfe für die genderrelevante Bewertung von Richtlinien und Projekten bilden.

Zur durchgeführten Gender-Mainstreaming Bildungsveranstaltung im Jahr 2005 wurde im April 2006 ein Reflexionsworkshop, veranstaltet vom Gender-Institut Sachsen Anhalt GbR, durchgeführt. Hier wurde u.a. das Papier der Kommission "Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006 - 2010" thematisiert. Das Papier nimmt auch auf die EU-Fonds Bezug und enthält in der Anlage Indikatoren zur Geschlechtergerechtigkeit, welche insbesondere in der neuen Förderperiode Anwendung finden sollten. Zum Thema Kontextindikatoren im Themenbereich Chancengleichheit von Frauen und Männern referierte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen. Die Kontextindikatoren dienen der Vorbereitung der kommenden Förderperiode für das Querschnittsziel Chancengleichheit.

(siehe auch Ausführungen des EFRE)

## **Angaben zum Thema "Wettbewerb"**

### **EFRE**

Eine Übersicht zum beihilferechtlichen Status der EFRE-kofinanzierten Richtlinien findet sich in der Anlage 10a

### **ESF**

Eine Übersicht für den ESF über die beihilferelevanten Richtlinien findet sich in Anlage 10b. Notifizierungen hat es für den ESF im Berichtsjahr nicht gegeben.

### **EAGFL-A**

Durch den EAGFL wird sichergestellt, dass nur von der KOM im OP für den Schwerpunkt 5 genehmigte Fördergegenstände unterstützt und Beihilfeintensitäten berücksichtigt werden. Rechtsgrundlage für die Förderung bilden die vom Minister erlassenen Förderrichtlinien.

## Öffentliches Auftragswesen

### EFRE

Mit EFRE-Mitteln kofinanzierte Maßnahmen sind auf der Grundlage der Gemeinschaftspolitiken und der nationalen Regelungen für die öffentliche Auftragsvergabe sowie des Landeshaushaltsrechtes durchgeführt worden. Die Bewilligungsstellen überprüfen, ob die Regeln für die Auftragsvergabe und auch für Europaweite öffentliche Ausschreibungen eingehalten werden.

### ESF

Maßnahmen, die mit ESF-Mitteln kofinanziert wurden, sind auf der Grundlage der Gemeinschaftspolitiken und der nationalen Regelungen für die öffentliche Auftragsvergabe sowie des Landeshaushaltsrechtes durchgeführt worden.

### EAGFL

Die 2006 durch den EAGFL Abt. Ausrichtung kofinanzierten Maßnahmen wurden auf der Grundlage der Gemeinschaftspolitiken für die Vergabe öffentlicher Aufträge und nationaler Festlegungen nach dem Landeshaushaltsrecht durchgeführt.

Die EAGFL-geförderten Maßnahmen flankieren die Marktordnung und Maßnahmen des EPLR und ergänzen diese. Da es sich bei den Strukturmaßnahmen um investive Maßnahmen handelt, kann es zu keiner Überschneidung bzw. Doppelförderung kommen.

Die Festlegungen im Schwerpunkt 5 des operationellen Programms werden konsequent eingehalten, die Förderausschlüsse des Art. 37 (3) der VO (EG) Nr. 1257/1999 finden Beachtung.

## Fondskoordination

Ein abgestimmter und auf strategische Schwerpunkte ausgerichteter koordinierter Einsatz der EU-Strukturfondsmittel schafft Synergien zwischen den EU-Strukturfonds. Inhaltlich sind hierfür beispielsweise die folgenden Bereiche als geeignet anzusehen, um durch einen koordinierten Fondseinsatz im Land Brandenburg zusätzliche Effekte zu erzielen:

- Förderung der Existenzgründung,
- Stabilisierung von KMU,
- Ansiedlung von Unternehmen,
- integrierte Entwicklungskonzepte zur Förderung von regionalen/sektoralen Initiativen.

Verfahrenstechnisch wird dies im Bereich des ESF besonders unterstützt durch:

- INNOPUNKT (innovative arbeitsmarktpolitische Schwerpunktförderung),
- Förderung von Existenzgründungen,
- die Förderung regionaler Kapazitäten zur integrierten Projektentwicklung und zur Anwendung des Gender-Mainstreaming-Prinzips,
- die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit der Ressorts der Landesregierung mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit.

Zur Koordinierung der Förderinstrumente zur ländlichen Entwicklung und anderer Strukturfonds arbeiten im Land fünf Koordinierungsgruppen in den Regionen Havelland-Fläming, Uckermark-Barnim, Oderland-Spree, Prignitz-Oberhavel sowie Lausitz-Spreewald. Die Federführung für deren Arbeit hat das LVL (regionale Standorte für Flurneuordnung und ländliche Entwicklung).

Die Aufgabe der Koordinierungsgruppen besteht u. a. darin, Prioritäten für die Förderung in Regionen zu setzen, Fördermaßnahmen aufeinander abzustimmen und deren Ergebnisse bei der Umsetzung in dem jeweiligen Jahr abzurechnen.

Insbesondere wurden Maßnahmen nach Art. 33 der EAGFL-Verordnung mit den durch den EFRE vorgesehenen Projekten abgestimmt und verzahnt mit Arbeitsmarktinstrumenten. In darüber hinaus etablierten 3 AG's des Landes wurden die zu fördernden Maßnahmen zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes intensiv abgestimmt und koordiniert umgesetzt.

**F** Stand der Durchführung und der finanziellen Abwicklung von Großprojekten, soweit relevant

#### **EFRE**

**Im August 2005** wurde gem. Art. 26 der VO (EU) Nr. 1260/99 ein Großprojektantrag an die GD Regio zur Förderung der Vattenfall Waste to Energy GmbH gestellt, der geplante Einsatz von EFRE-Mitteln beläuft sich auf ca. 5 Mio. EUR. Eine Genehmigung der EU-Kommission liegt zur Zeit (Stand: April 2007) noch nicht vor.

#### **ESF und EAGFL**

Nicht relevant

Anlagen 1–14 zum Jahresbericht 2006 des Operationellen Programms Brandenburg 2000–2006

**Anlage 1:** **Finanztabelle für den jährlichen Durchführungsbericht, aufgeschlüsselt nach Schwerpunkten und Maßnahmen**

**Titel:** Operationelles Programm Brandenburg Förderperiode 2000 - 2006  
**Referenznr. der Kom.:** 1999 DE 16 1 PO 005  
**Entscheidung - Nr.:** C (2000) 43 000 **vom: 29.12.2000**  
**zuletzt geändert durch:** C (2007) 1632 **vom: 03.04.2007**  
**Jahr:** 2006

Priorität / Maßnahme	Insgesamt 2000-2006	Insg. getätigte zuschussfähige und bescheinigte Ausgaben 2006*	% der zuschussfähigen Kosten	Sonstige	Interventionsbereich
	1	2	3=2/1		
<b>Schwerpunkt 1</b>	<b>1.067.479.514</b>	<b>55.888.580,76</b>	<b>5,2%</b>		
Maßnahme 1.1.1.	877.557.308	44.697.107,90	5,1%		151 161
Maßnahme 1.1.2.	301.640	0,00	0,0%		161
Maßnahme 1.2.1.	81.840.120	6.403.606,82	7,8%		182
Maßnahme 1.2.2.	12.702.667	671.149,93	5,3%		182
Maßnahme 1.2.3.	19.499.538	96.175,80	0,5%		322 324
Maßnahme 1.2.4.	12.000.000	1.953.699,92	16,3%		
Maßnahme 1.3.1.	32.783.745	2.066.840,39	6,3%		161 163 164
Maßnahme 1.3.2.	794.496	0,00	0,0%		166
Maßnahme 1.3.3.	30.000.000	0,00	0,0%		
<b>Schwerpunkt 2</b>	<b>1.412.515.834</b>	<b>110.632.151,36</b>	<b>7,8%</b>		
Maßnahme 2.1.1.	214.773.005	19.674.602,63	9,2%		164 351
Maßnahme 2.1.2.	177.811.302	10.304.495,25	5,8%		171
Maßnahme 2.2.1.	330.501.582	34.566.647,00	10,5%		181 183 1307
Maßnahme 2.2.2.	65.844.734	5.121.177,10	7,8%		32 183
Maßnahme 2.3.1.	104.115.341	4.497.273,00	4,3%		23 322
Maßnahme 2.4.1.	159.245.145	12.796.129,20	8,0%		352
Maßnahme 2.5.1.	312.526.206	18.858.031,24	6,0%		314 3123 3122
Maßnahme 2.5.2.	47.698.519	4.813.795,94	10,1%		311 316
<b>Schwerpunkt 3</b>	<b>413.430.701</b>	<b>33.704.139,18</b>	<b>8,2%</b>		
Maßnahme 3.1.1.	229.403.305	11.042.632,97	4,8%		345
Maßnahme 3.2.1.	19.069.617	2.024.790,07	10,6%		341
Maßnahme 3.3.1.	92.569.245	11.896.509,85	12,9%		343
Maßnahme 3.4.1.	72.388.534	8.740.206,29	12,1%		351

<b>Schwerpunkt 4</b>	<b>1.050.217.482</b>	<b>117.565.084,92</b>	<b>11,2%</b>	
Maßnahme 4.1.1.	271.039.148	29.219.004,30	10,8%	21
Maßnahme 4.1.2.	21.107.562	84.151,62	0,4%	21
Maßnahme 4.1.3.	123.278.130	10.636.204,39	8,6%	22
Maßnahme 4.2.4.	75.172.812	7.503.359,34	10,0%	<b>22</b>
Maßnahme 4.2.5.	96.085.868	13.175.922,98	13,7%	22
Maßnahme 4.3.6.	89.639.343	17.529.797,98	19,6%	23
Maßnahme 4.4.7.	265.156.121	34.042.016,73	12,8%	24
Maßnahme 4.4.8.	22.301.866	4.269.500,87	19,1%	24
Maßnahme 4.5.9.	80.250.000	1.105.126,71	1,4%	25
Maßnahme 4.6.10.	6.186.632	0,00	0,0%	22
<b>Schwerpunkt 5</b>	<b>1.032.808.196</b>	<b>111.875.745,82</b>	<b>10,8%</b>	
Maßnahme 5.1.1. ( a )	111.602.045	8.639.624,03	7,7%	111
Maßnahme 5.1.2. ( b )	336.464	0,00	0,0%	112
Maßnahme 5.1.3. ( c )	7.100.000	1.127.744,29	15,9%	113
Maßnahme 5.1.4. ( g )	48.933.333	5.632.701,37	11,5%	114
Maßnahme 5.1.5. ( i )	24.029.801	9.160.341,23	38,1%	<b>121 (27%)</b> <b>122 (6%)</b> <b>125 (67%)</b>
Maßnahme 5.2.1. ( k )	119.334.064	12.360.169,35	10,4%	1302
Maßnahme 5.2.2. ( m )	1.050.897	178.435,14	17,0%	1304
Maßnahme 5.2.3. ( o )	367.982.616	54.894.472,81	14,9%	1306
Maßnahme 5.2.4. ( p )	685.208	0,00	0,0%	1307
Maßnahme 5.2.5. ( q )	207.079.202	0,00	0,0%	1308
Maßnahme 5.2.6. ( r )	62.947.335	2.722.445,77	4,3%	1309
Maßnahme 5.2.7. ( s )	5.733.532	908.766,13	15,9%	1310
Maßnahme 5.2.8. ( t )	75.993.699	16.251.045,70	21,4%	1312
<b>Schwerpunkt 6</b>	<b>55.442.204</b>	<b>6.127.458,27</b>	<b>11,1%</b>	
Maßnahme 6.1.1.	9.842.600	1.325.263,93	13,5%	41
Maßnahme 6.1.2.	6.550.000	74.452,06	1,1%	41
Maßnahme 6.1.3.	14.323.766	1.291.154,17	9,0%	41
Maßnahme 6.1.4.	15.044.768	2.548.255,57	16,9%	41
Maßnahme 6.1.5.	5.813.000	642.951,25	11,1%	41
Maßnahme 6.1.6.	3.868.070	245.381,29	6,3%	41
<b>Insgesamt</b>	<b>5.031.893.931</b>	<b>435.793.160,31</b>	<b>8,7%</b>	
insgesamt EFRE	2.909.818.649	201.624.587,29	6,9%	
insgesamt ESF	1.079.586.016	121.404.494,66	11,2%	
insgesamt EAGFL-A	1.042.489.266	112.764.078,36	10,8%	

\* Bei den "bescheinigten Ausgaben" wurden für den EFRE-Strukturfonds die Ausgaben bis zur Ausgabenerklärung zum 14. Zahlungsantrag per 30.09.2006 einbezogen.

**Anlage 2:****Kumulierte Finanztabelle für den jährlichen Durchführungsbericht, aufgeschlüsselt nach Schwerpunkten und Maßnahmen****Titel:** Operationelles Programm Brandenburg Förderperiode 2000 - 2006**Referenznr. der Kom.:** 1999 DE 16 1 PO 005**Entscheidung - Nr.:** C (2000) 43 000**vom:** 29.12.2000**zuletzt geändert durch:** C (2007) 1632**vom:** 03.04.2007**Jahr:** 2000 - 2006

Priorität / Maßnahme	Insgesamt 2000-2006	Insg. getätigte zuschussfähige und bescheinigte Ausgaben 2000-2006*	% der zuschussfähigen Kosten	Sonstige	Interventionsbereich
	1	2	3=2/1		
<b>Schwerpunkt 1</b>	<b>1.067.479.514</b>	<b>743.937.290,84</b>	<b>69,7%</b>		
Maßnahme 1.1.1.	877.557.308	617.076.180,89	70,3%		151 161
Maßnahme 1.1.2.	301.640	301.640,00	100,0%		161
Maßnahme 1.2.1.	81.840.120	57.375.423,48	70,1%		182
Maßnahme 1.2.2.	12.702.667	10.278.053,09	80,9%		182
Maßnahme 1.2.3.	19.499.538	19.596.922,23	100,5%		322 324
Maßnahme 1.2.4.	12.000.000	4.902.399,80	40,9%		
Maßnahme 1.3.1.	32.783.745	21.612.176,35	65,9%		161 163 164
Maßnahme 1.3.2.	794.496	794.495,00	100,0%		166
Maßnahme 1.3.3.	30.000.000	12.000.000,00	40,0%		
<b>Schwerpunkt 2</b>	<b>1.412.515.834</b>	<b>1.094.622.314,25</b>	<b>77,5%</b>		
Maßnahme 2.1.1.	214.773.005	155.494.985,81	72,4%		164 351
Maßnahme 2.1.2.	177.811.302	128.964.023,61	72,5%		171
Maßnahme 2.2.1.	330.501.582	248.428.867,27	75,2%		181 183 1307
Maßnahme 2.2.2.	65.844.734	55.855.565,63	84,8%		32 183
Maßnahme 2.3.1.	104.115.341	92.827.402,37	89,2%		23 322
Maßnahme 2.4.1.	159.245.145	121.103.380,76	76,0%		352
Maßnahme 2.5.1.	312.526.206	256.777.568,90	82,2%		314 3123 3122
Maßnahme 2.5.2.	47.698.519	35.170.519,90	73,7%		311 316
<b>Schwerpunkt 3</b>	<b>413.430.701</b>	<b>387.797.348,82</b>	<b>93,8%</b>		
Maßnahme 3.1.1.	229.403.305	243.889.914,41	106,3%		345
Maßnahme 3.2.1.	19.069.617	12.678.397,28	66,5%		341
Maßnahme 3.3.1.	92.569.245	71.364.695,99	77,1%		343
Maßnahme 3.4.1.	72.388.534	59.864.341,14	82,7%		351

<b>Schwerpunkt 4</b>	<b>1.050.217.482</b>	<b>886.297.284,04</b>	<b>84,4%</b>		
Maßnahme 4.1.1.	271.039.148	186.041.131,33	68,6%		21
Maßnahme 4.1.2.	21.107.562	20.395.286,14	96,6%		21
Maßnahme 4.1.3.	123.278.130	117.244.609,78	95,1%		22
Maßnahme 4.2.4.	75.172.812	61.499.359,27	81,8%		<b>22</b>
Maßnahme 4.2.5.	96.085.868	117.273.602,42	122,1%		22
Maßnahme 4.3.6.	89.639.343	74.036.602,20	82,6%		23
Maßnahme 4.4.7.	265.156.121	196.797.357,79	74,2%		24
Maßnahme 4.4.8.	22.301.866	20.203.521,00	90,6%		24
Maßnahme 4.5.9.	80.250.000	88.406.173,06	110,2%		25
Maßnahme 4.6.10.	6.186.632	4.399.641,05	71,1%		22
<b>Schwerpunkt 5</b>	<b>1.032.808.196</b>	<b>911.946.363,48</b>	<b>88,3%</b>		
Maßnahme 5.1.1. (a)	111.602.045	97.457.571,01	87,3%		111
Maßnahme 5.1.2. (b)	336.464	336.430,06	100,0%		112
Maßnahme 5.1.3. (c)	7.100.000	5.957.771,26	83,9%		113
Maßnahme 5.1.4. (g)	48.933.333	32.694.818,22	66,8%		114
Maßnahme 5.1.5. (i)	24.029.801	20.090.725,91	83,6%		<b>121 (27%)</b> <b>122 (6%)</b> <b>125 (67%)</b>
Maßnahme 5.2.1. (k)	119.334.064	101.900.790,73	85,4%		1302
Maßnahme 5.2.2. (m)	1.050.897	945.732,83	90,0%		1304
Maßnahme 5.2.3. (o)	367.982.616	345.487.452,13	93,9%		1306
Maßnahme 5.2.4. (p)	685.208	685.200,72	100,0%		1307
Maßnahme 5.2.5. (q)	207.079.202	177.467.856,51	85,7%		1308
Maßnahme 5.2.6. (r)	62.947.335	66.874.836,58	106,2%		1309
Maßnahme 5.2.7. (s)	5.733.532	3.974.322,65	69,3%		1310
Maßnahme 5.2.8. (t)	75.993.699	58.072.854,87	76,4%		1312
<b>Schwerpunkt 6</b>	<b>55.442.204</b>	<b>33.300.927,05</b>	<b>60,1%</b>		
Maßnahme 6.1.1.	9.842.600	6.955.727,55	70,7%		41
Maßnahme 6.1.2.	6.550.000	2.652.110,60	40,5%		41
Maßnahme 6.1.3.	14.323.766	8.397.443,80	58,6%		41
Maßnahme 6.1.4.	15.044.768	11.309.788,28	75,2%		41
Maßnahme 6.1.5.	5.813.000	1.759.949,65	30,3%		41
Maßnahme 6.1.6.	3.868.070	2.225.907,17	57,5%		41
<b>Insgesamt</b>	<b>5.031.893.931</b>	<b>4.057.901.528,48</b>	<b>80,6%</b>		
insgesamt EFRE	2.909.818.649	2.235.964.792,06	76,8%		
insgesamt ESF	1.079.586.016	906.004.516,12	83,9%		
insgesamt EAGFL-A	1.042.489.266	915.932.220,30	87,9%		
* Bei den "bescheinigten Ausgaben" wurden für den EFRE Mittel bis zur Ausgabenerklärung zum 14. Zahlungsantrag per 30.09.2006 einbezogen.					

**Anlage 3:****Auszahlungsstand EFRE, ESF und EAGFL-A**Titel: **Operationelles Programm Brandenburg Förderperiode 2000 - 2006**Referenznr. der Kom.: **1999 DE 16 1 PO 005**Entscheidung - Nr.: **C (2000) 43 000** vom: **29.12.2000**zuletzt geändert durch: **C (2007) 1632** vom: **03.04.2007**Jahr: **2006****EFRE**

Vorschuss erhalten am		in Euro	
	26. Februar 2001*		114.748.200,00
1. Zwischenzahlung	18. Januar 2002*		137.405.317,14
2. Zwischenzahlung	04. September 2002		110.475.456,16
3. Zwischenzahlung	28. November 2002		43.375.572,07
4. Zwischenzahlung	30. Januar 2003		43.542.352,86
5. Zwischenzahlung	01. September 2003		129.641.733,51
6. Zwischenzahlung	20. Februar 2004**		58.162.036,12
7. Zwischenzahlung	05. Oktober 2004**		109.690.747,60
8. Zwischenzahlung	15. Februar 2005 **		85.541.937,43
9. Zwischenzahlung	01. November 2005 **		143.937.513,76
10. Zwischenzahlung	25. Oktober 2005 **		54.923.305,14
11. Zwischenzahlung	28. Dezember 2005 **		49.540.040,41
12. Zwischenzahlung	04. Juli 2006 **		138.874.143,05
13. Zwischenzahlung	01. November 2006 **		64.836.864,16
14. Zwischenzahlung	12. Dezember 2006 **		60.154.131,60

Maßnahme	die von der Zahlstelle tatsächlich getätigten Ausgaben insgesamt in Euro	davon Gemeinschaftsbeteiligung EU-Strukturfonds - EFRE	die von der Kommission empfangenen Zahlungen
<b>Schwerpunkt 1</b>	<b>139.884.480,42</b>	<b>92.212.689,48</b>	<b>85.989.507,58</b>
Maßnahme 1.1.1.	95.868.987,31	59.553.274,84	57.865.025,28
Maßnahme 1.1.2.	0,00	0,00	14.360,00
Maßnahme 1.2.1.	10.464.498,65	7.707.201,16	10.638.726,52
Maßnahme 1.2.2.	1.494.195,03	1.103.545,52	1.183.174,74
Maßnahme 1.2.3.	113.275,89	84.956,69	222.897,19
Maßnahme 1.2.4.	8.616.699,69	6.312.641,81	3.676.799,85
Maßnahme 1.3.1.	5.326.823,85	3.951.069,46	3.388.524,00
Maßnahme 1.3.2.	0,00	0,00	0,00
Maßnahme 1.3.3.	18.000.000,00	13.500.000,00	9.000.000,00
<b>Schwerpunkt 2</b>	<b>253.926.252,05</b>	<b>156.409.266,89</b>	<b>141.986.558,17</b>
Maßnahme 2.1.1.	48.245.585,61	31.810.374,59	21.492.653,25
Maßnahme 2.1.2.	26.218.481,74	13.616.934,02	11.442.441,20
Maßnahme 2.2.1.	67.873.283,33	40.580.183,47	32.854.302,20
Maßnahme 2.2.2.	13.943.718,59	8.848.289,83	10.187.207,53
Maßnahme 2.3.1.	12.320.058,58	6.631.525,08	8.293.776,56
Maßnahme 2.4.1.	30.731.082,54	22.154.701,17	31.282.629,39
Maßnahme 2.5.1.	44.832.348,52	26.171.813,28	17.751.464,44
Maßnahme 2.5.2.	9.761.693,14	6.595.445,45	8.682.083,60

<b>Schwerpunkt 3</b>	<b>84.066.540,74</b>	<b>44.999.473,73</b>	<b>34.552.944,83</b>
Maßnahme 3.1.1.	34.094.464,07	17.899.732,25	12.169.620,52
Maßnahme 3.2.1.	5.303.457,59	3.189.292,27	2.200.006,69
Maßnahme 3.3.1.	27.509.515,45	11.819.897,82	8.843.814,65
Maßnahme 3.4.1.	17.159.103,63	12.090.551,39	11.339.502,97
<b>Schwerpunkt 6</b>	<b>1.936.212,09</b>	<b>1.452.159,12</b>	<b>1.336.128,23</b>
Maßnahme 6.1.1.	1.649.383,00	1.237.037,30	1.153.280,12
Maßnahme 6.1.2	286.829,09	215.121,82	182.848,11

\* Schreiben vom BAFA

\*\* Ist - Buchung

## ESF

Vorschuss erhalten am	27. April 2001	in Euro	51.146.200,00
1./2. Zwischenzahlung	30. Januar 2002		84.531.283,39
3. Zwischenzahlung	27. Juni 2002		26.330.923,24
4. Zwischenzahlung	20. Dezember 2002		36.804.821,53
5. Zwischenzahlung	28. März 2003		10.744.320,75
6. Zwischenzahlung	21. Mai 2003		39.845.302,57
7. Zwischenzahlung	11. September 2003		56.434.575,86
8. Zwischenzahlung	2. Dezember 2003		7.390.590,91
9. Zwischenzahlung	15. Juni 2004		53.083.590,36
10. Zwischenzahlung	28. Juli 2004		49.460.172,91
11. Zwischenzahlung	21. Dezember 2004		19.226.831,17
12. Zwischenzahlung	13. Juni 2005		52.968.680,85
13. Zwischenzahlung	19. September 2005		20.269.673,27
14. Zwischenzahlung	7. Dezember 2005		23.935.993,88
15. Zwischenzahlung	23. Juni 2006		32.862.559,92
16. Zwischenzahlung	10. August 2006		23.402.058,15
17. Zwischenzahlung	12. Dezember 2006		25.790.794,08

Maßnahme	die von der Zahlstelle tatsächlich getätigten Ausgaben insgesamt in Euro	davon Gemeinschaftsbeteiligung EU-Strukturfonds - ESF	die von der Kommission empfangenen Zahlungen *)
<b>Schwerpunkt 4</b>	<b>117.565.084,92</b>	<b>80.022.459,19</b>	<b>79.173.241,44</b>
Maßnahme 4.1.1.	29.219.004,30	21.276.283,86	20.680.015,38
Maßnahme 4.1.2.	84.151,62	55.323,00	0
Maßnahme 4.1.3.	10.636.204,39	7.896.209,79	7.896.209,79
Maßnahme 4.2.4.	7.503.359,34	5.045.875,00	5.045.875,00
Maßnahme 4.2.5.	13.175.922,98	6.358.955,54	6.358.955,54
Maßnahme 4.3.6.	17.529.797,98	11.468.863,06	11.468.863,06
Maßnahme 4.4.7.	34.042.016,73	24.119.832,95	23.949.026,76
Maßnahme 4.4.8.	4.269.500,87	2.989.946,28	2.963.126,20
Maßnahme 4.5.9.	1.105.126,71	811.169,71	811.169,71
Maßnahme 4.6.10.	0,00	0,00	0,00
<b>Schwerpunkt 6</b>	<b>3.839.409,74</b>	<b>2.882.170,71</b>	<b>2.882.170,71</b>
Maßnahme 6.1.3.	1.291.154,17	962.439,32	962.439,32
Maßnahme 6.1.4.	2.548.255,57	1.919.731,39	1.919.731,39

## EAGFL-A

Vorschuss erhalten am	27. April 2001	in Euro	50.421.140,00
1. Zwischenzahlung	27. November 2001		50.491.190,00
2. Zwischenzahlung	31. Dezember 2001		25.962.172,00
3. Zwischenzahlung	18. Juli 2002		46.724.714,00
4. Zwischenzahlung	17. Dezember 2002		30.716.254,00
5. Zwischenzahlung	6. Juni 2003		75.796.603,00
6. Zwischenzahlung	4. Dezember 2003		36.658.704,00
7. Zwischenzahlung	24. August 2004		57.590.051,00
8. Zwischenzahlung	3. Dezember 2004		32.172.800,00
9. Zwischenzahlung	27. Juni 2005		58.364.461,00
10. Zwischenzahlung	12. Dezember 2005		21.960.204,00
11. Zwischenzahlung	30. Mai 2006		78.106.017,00
12. Zwischenzahlung	29. November 2006		43.496.451,00
13. Zwischenzahlung	15. Januar 2007		7.075.090,00

Maßnahme	die von der Zahlstelle tatsächlich getätigten Ausgaben insgesamt in Euro	davon Gemeinschaftsbeteiligung EU-Strukturfonds - EAGFL	die von der Kommission empfangenen Zahlungen
<b>Schwerpunkt 5</b>	<b>111.875.745,82</b>	<b>83.766.295,26</b>	<b>127.997.697,91</b>
5.1.1	8.639.624,03	6.424.519,06	9.078.877,54
5.1.2	0,00	0,00	-15,00
5.1.3	1.127.744,29	845.808,21	764.102,72
5.1.4	5.632.701,37	4.224.526,02	5.791.157,23
5.1.5	9.160.341,23	6.870.255,87	9.662.049,72
5.2.1	12.360.169,35	9.255.920,65	13.196.884,67
5.2.2	178.435,14	133.826,35	102.882,90
5.2.3	54.894.472,81	41.164.391,48	57.569.276,44
5.2.4	0,00	0,00	-5,00
5.2.5	0,00	0,00	465.477,59
5.2.6	2.722.445,77	2.041.834,32	13.160.776,10
5.2.7	908.766,13	681.574,60	1.429.149,28
5.2.8	16.251.045,70	12.123.638,70	16.777.083,72
<b>Schwerpunkt 6</b>	<b>888.332,54</b>	<b>666.249,40</b>	<b>679.860,17</b>
6.1.5	642.951,25	482.213,43	475.921,16
6.1.6	245.381,29	184.035,97	203.939,01

**Anlage 4:****Kumulierter Auszahlungsstand EFRE, ESF und EAGFL-A**

Titel:

Operationelles Programm Brandenburg Förderperiode 2000 - 2006

Referenznr. der Kom.:

1999 DE 16 1 PO 005

Entscheidung - Nr.:

C (2000) 43 000

vom: 29.12.2000

zuletzt geändert durch:

C (2007) 1632

vom: 03.04.2007

Jahr:

2000 - 2006

**EFRE**

		in Euro	
Vorschuss erhalten am	26. Februar 2001*		114.748.200,00
1. Zwischenzahlung	18. Januar 2002*		137.405.317,14
2. Zwischenzahlung	4. September 2002		110.475.456,16
3. Zwischenzahlung	28. November 2002		43.375.572,07
4. Zwischenzahlung	30. Januar 2003		43.542.352,86
5. Zwischenzahlung	1. September 2003		129.641.733,51
6. Zwischenzahlung	20. Februar 2004**		58.162.036,12
7. Zwischenzahlung	05. Oktober 2004**		109.690.747,60
8. Zwischenzahlung	15. Februar 2005 **		85.541.937,43
9. Zwischenzahlung	01. November 2005 **		143.937.513,76
10. Zwischenzahlung	25. Oktober 2005 **		54.923.305,14
11. Zwischenzahlung	28. Dezember 2005 **		49.540.040,41
12. Zwischenzahlung	04. Juli 2006 **		138.874.143,05
13. Zwischenzahlung	01. November 2006 **		64.836.864,16
14. Zwischenzahlung	12. Dezember 2006 **		60.154.131,60

Maßnahme	die von der Zahlstelle tatsächlich getätigten Ausgaben insgesamt in Euro	davon Gemeinschaftsbeteiligung EU-Strukturfonds - EFRE	die von der Kommission empfangenen Zahlungen
<b>Schwerpunkt 1</b>	<b>827.933.190,50</b>	<b>448.206.697,26</b>	<b>392.734.620,64</b>
Maßnahme 1.1.1.	668.248.060,30	343.244.294,54	312.168.108,81
Maßnahme 1.1.2.	301.640,00	150.820,00	150.820,00
Maßnahme 1.2.1.	61.436.315,31	36.678.542,36	33.684.066,32
Maßnahme 1.2.2.	11.101.098,19	7.241.138,21	6.623.854,41
Maßnahme 1.2.3.	19.614.022,32	14.106.287,56	14.093.462,53
Maßnahme 1.2.4.	11.565.399,57	8.524.166,75	3.676.799,85
Maßnahme 1.3.1.	24.872.159,81	15.364.200,34	12.940.261,22
Maßnahme 1.3.2.	794.495,00	397.247,50	397.247,50
Maßnahme 1.3.3.	30.000.000,00	22.500.000,00	9.000.000,00
<b>Schwerpunkt 2</b>	<b>1.237.916.414,94</b>	<b>705.762.775,89</b>	<b>616.481.741,69</b>
Maßnahme 2.1.1.	184.065.968,79	108.806.197,42	89.955.941,45
Maßnahme 2.1.2.	144.878.010,10	70.900.954,14	62.936.410,93
Maßnahme 2.2.1.	281.735.503,60	156.308.001,39	137.422.826,48
Maßnahme 2.2.2.	64.678.107,12	43.506.169,35	37.575.012,36
Maßnahme 2.3.1.	100.650.187,95	51.482.125,40	47.204.130,44
Maßnahme 2.4.1.	139.038.334,10	102.172.287,57	89.217.244,84
Maßnahme 2.5.1.	282.751.886,18	145.765.880,53	128.768.966,01
Maßnahme 2.5.2.	40.118.417,10	26.821.160,09	23.401.209,18

<b>Schwerpunkt 3</b>	<b>438.159.750,38</b>	<b>239.768.572,49</b>	<b>213.679.191,31</b>
Maßnahme 3.1.1.	266.941.745,51	142.702.151,09	130.710.668,79
Maßnahme 3.2.1.	15.957.064,80	8.977.727,99	6.888.613,14
Maßnahme 3.3.1.	86.977.701,59	39.752.094,40	33.458.195,06
Maßnahme 3.4.1.	68.283.238,48	48.336.599,01	42.621.714,32
<b>Schwerpunkt 6</b>	<b>10.144.334,25</b>	<b>7.607.970,09</b>	<b>7.205.597,37</b>
Maßnahme 6.1.1.	7.279.846,62	5.459.885,48	5.216.795,53
Maßnahme 6.1.2	2.864.487,63	2.148.084,61	1.988.801,84

\* Schreiben vom BAFA

\*\* Ist - Buchung

## ESF

Vorschuss erhalten am	27. April 2001	in Euro	51.146.200,00
1./2. Zwischenzahlung	30. Januar 2002		84.531.283,39
3. Zwischenzahlung	27. Juni 2002		26.330.923,24
4. Zwischenzahlung	20. Dezember 2002		36.804.821,53
5. Zwischenzahlung	28. März 2003		10.744.320,75
6. Zwischenzahlung	21. Mai 2003		39.845.302,57
7. Zwischenzahlung	11. September 2003		56.434.575,86
8. Zwischenzahlung	2. Dezember 2003		7.390.590,91
9. Zwischenzahlung	15. Juni 2004		53.083.590,36
10. Zwischenzahlung	28. Juli 2004		49.460.172,91
11. Zwischenzahlung	21. Dezember 2004		19.226.831,17
12. Zwischenzahlung	13. Juni 2005		52.968.680,85
13. Zwischenzahlung	19. September 2005		20.269.673,27
14. Zwischenzahlung	7. Dezember 2005		23.935.993,88
15. Zwischenzahlung	23. Juni 2006		32.862.559,92
16. Zwischenzahlung	10. August 2006		23.402.058,15
17. Zwischenzahlung	12. Dezember 2006		25.790.794,08

Maßnahme	die von der Zahlstelle tatsächlich getätigten Ausgaben insgesamt in Euro	davon Gemeinschaftsbeteiligung EU-Strukturfonds - ESF	die von der Kommission empfangenen Zahlungen
<b>Schwerpunkt 4</b>	<b>886.297.284,04</b>	<b>584.347.508,31</b>	<b>549.539.483,16</b>
Maßnahme 4.1.1.	186.041.131,33	131.507.466,56	124.288.034,81
Maßnahme 4.1.2.	20.395.286,14	14.276.700,29	14.217.794,06
Maßnahme 4.1.3.	117.244.609,78	82.023.620,11	78.157.941,56
Maßnahme 4.2.4.	61.499.359,27	40.970.481,99	39.660.465,60
Maßnahme 4.2.5.	117.273.602,42	60.013.632,79	53.654.677,25
Maßnahme 4.3.6.	74.036.602,20	51.119.528,66	46.738.494,01
Maßnahme 4.4.7.	196.797.357,79	137.712.975,82	127.588.416,02
Maßnahme 4.4.8.	20.203.521,00	14.169.316,82	12.908.238,84
Maßnahme 4.5.9.	88.406.173,06	48.154.144,22	47.925.584,39
Maßnahme 4.6.10.	4.399.641,05	4.399.641,05	4.399.836,62
<b>Schwerpunkt 6</b>	<b>15.867.997,71</b>	<b>14.646.569,91</b>	<b>13.542.689,68</b>
Maßnahme 6.1.3.	7.106.289,63	6.216.744,95	5.917.127,14
Maßnahme 6.1.4.	8.761.708,08	8.429.824,96	7.625.562,54

## EAGFL-A

Vorschuss erhalten am	27. April 2001	in Euro	50.421.140,00
1. Zwischenzahlung	27. November 2001		50.491.190,00
2. Zwischenzahlung	31. Dezember 2001		25.962.172,00
3. Zwischenzahlung	18. Juli 2002		46.724.714,00
4. Zwischenzahlung	17. Dezember 2002		30.716.254,00
5. Zwischenzahlung	6. Juni 2003		75.796.603,00
6. Zwischenzahlung	4. Dezember 2003		36.658.704,00
7. Zwischenzahlung	24. August 2004		57.590.051,00
8. Zwischenzahlung	3. Dezember 2004		32.172.800,00
9. Zwischenzahlung	27. Juni 2005		58.364.461,00
10. Zwischenzahlung	12. Dezember 2005		21.960.204,00
11. Zwischenzahlung	30. Mai 2006		78.106.017,00
12. Zwischenzahlung	29. November 2006		43.496.451,00
13. Zwischenzahlung	15. Januar 2007		7.075.090,00

Maßnahme	die von der Zahlstelle tatsächlich getätigten Ausgaben insgesamt in Euro	davon Gemeinschaftsbeteiligung EU-Strukturfonds - EAGFL	die von der Kommission empfangenen Zahlungen
<b>Schwerpunkt 5</b>	<b>911.946.363,51</b>	<b>614.481.065,80</b>	<b>562.791.598,74</b>
5.1.1	97.457.571,01	73.040.964,75	69.948.834,04
5.1.2	336.430,06	252.322,87	252.297,55
5.1.3	5.957.771,27	4.468.301,60	3.992.871,35
5.1.4	32.694.818,22	24.493.506,27	21.481.678,12
5.1.5	20.090.725,91	15.068.044,45	11.553.861,85
5.2.1	101.900.790,73	73.616.034,58	67.146.884,67
5.2.2	945.732,83	709.299,61	575.473,26
5.2.3	345.487.452,14	242.555.256,92	216.378.976,54
5.2.4	685.200,72	513.900,06	513.895,54
5.2.5	177.467.856,52	86.656.556,06	86.656.556,06
5.2.6	66.874.836,58	46.843.560,12	45.965.776,10
5.2.7	3.974.322,65	2.980.741,98	2.299.149,28
5.2.8	58.072.854,87	43.282.576,53	36.025.344,38
<b>Schwerpunkt 6</b>	<b>3.985.856,82</b>	<b>2.989.361,83</b>	<b>2.323.112,44</b>
6.1.5	1.759.949,65	1.319.962,14	837.748,71
6.1.6	2.225.907,17	1.669.399,69	1.485.363,73

## Anlage 5

### Übersicht zur Auswertung der Monitoring-Daten n+2

EFRE					
Jahr	Soll lt. OP in Euro	Nach 'n+2' durch Ausgaben zu belegen*	IST- von der Zahlstelle bescheinigte Ausgaben	Kumulierte IST	Soll -Ist- Vergleich (Spalte 5/Spalte 3) in %
2000	249.520.000,00	-	0,00	0,00	-
2001	239.440.000,00	-	143.167.126,39	143.167.126,39	-
2002	233.030.000,00	249.520.000,00	202.882.051,87	346.049.178,26	139%
2003	237.870.000,00	488.960.000,00	186.829.865,08	532.879.043,34	109%
2004	251.733.333,00	721.990.000,00	194.177.247,51	727.056.290,85	101%
2005	256.393.333,00	959.860.000,00	248.582.490,16	975.638.781,01	102%
2006	266.773.334,00	1.211.593.333,00	255.183.993,77	1.230.822.774,78	102%

ESF					
Jahr	Soll lt. OP in Euro	Nach 'n+2' durch Ausgaben zu belegen*	IST- von der Zahlstelle- getätigte und bescheinigte Ausgaben	Kumulierte IST	Soll -Ist- Vergleich (Spalte 5/Spalte 3) in %
2000	88.820.000,00	-	45.020.470,78	45.020.470,78	-
2001	103.520.000,00	-	65.908.440,86	110.928.911,64	-
2002	113.780.000,00	88.820.000,00	87.521.178,18	198.450.089,82	223%
2003	112.790.000,00	192.340.000,00	117.090.654,05	315.540.743,87	164%
2004	109.150.000,00	306.120.000,00	121.258.356,89	436.799.100,76	143%
2005	111.400.000,00	418.910.000,00	79.290.347,56	516.089.448,32	123%
2006	116.400.000,00	528.060.000,00	82.904.629,90	598.994.078,22	113%

<b>EAGFL-A</b>					
<b>Jahr</b>	<b>Soll lt. OP in Euro</b>	<b>Nach 'n+2' durch Ausgaben zu belegen*</b>	<b>IST- von der Zahlstelle- getätigte und bescheinigte Ausgaben</b>	<b>Kumulierte IST</b>	<b>Soll -Ist- Vergleich (Spalte 5/Spalte 3) in %</b>
2000	102.756.000,00	-	54.818.954,60	54.818.954,60	-
2001	104.130.000,00	-	70.049.657,25	124.868.611,85	-
2002	105.260.000,00	102.756.000,00	106.031.603,92	230.900.215,77	225%
2003	106.555.000,00	206.886.000,00	96.211.090,33	327.111.306,10	158%
2004	102.328.667,00	312.146.000,00	94.579.195,45	421.690.501,55	135%
2005	104.477.667,00	418.701.000,00	111.485.568,89	533.176.070,44	127%
2006	109.094.666,00	521.029.667,00	84.432.544,66	617.608.615,10	119%

\* ohne Berücksichtigung des von der Europäischen Kommission erhaltenen Vorschusses in Höhe von 7 %

Anhang 6: Jahresbericht EFRE 2006 - Übersicht über die quantifizierten Ziele des EFRE-OP 2000-2006						
Abgleich der Zielvorgaben der quantifizierten Ziele des EFRE-OP nach Schwerpunkten und Maßnahmen mit dem Ist-Stand 31.12.2006						
*nach EzP-Fassung der 14. Änderung (02.11.2006)						
Indikator lt. OP	Maßstab	Zielwert	Stand 31.12.06	Ziel-erreichungs-grad	Schwer-punkt	Maßnahme
<b>Output-Indikatoren</b>						
Anzahl der geförderten Unternehmen	Anzahl		1.461		I.	1.1.1. Produktive Investitionen GA
Anzahl der geförderten KMU	Anzahl		4			1.1.2 Produktive Investitionen außerhalb der GA*
Vorhaben im Bereich Technologie- und Innovationsförderung	Anzahl	1.160	828	71,4		1.2.1. Technologie- und Innovationsförderung
Vorhaben im Bereich Technologietransfer	Anzahl	245	318	129,8		1.2.2. Förderung des Technologietransfers
Anzahl der Vorhaben IuK	Anzahl	120	116	96,7		1.2.3. Förderung der Informationsgesellschaft
Geförderte Unternehmen e-business	Anzahl	110	130	118,2		1.2.3. Förderung der Informationsgesellschaft
Anzahl der geförderten Projekte	Anzahl	10	27	270,0		1.2.4. Technologieförderung allgemein
Beratungen / Schulungen für KMU	Anzahl	8.080	2.872	35,5		1.3.1. Stärkung unternehmerischer Potentiale in KMU
Vorhaben Sicherheitsgerechte Gestaltung von AP u. Technologien	Anzahl	8	8	100,0		1.3.2. Sicherheitsgerechte Gestaltung von AP u. Technologien*
KMU mit übernommener Beteiligung	Anzahl	19	7	36,8		1.3.3. Risikokapitalfonds
Vorhaben/Projekte	Anzahl		51		II.	2.1.1. Wirtschaftsnaher Infrastruktur
Geförderte Vorhaben	Anzahl		78			2.1.2. Touristische Infrastruktur
Bädervorhaben	Anzahl	9	8	88,9		2.1.2. Touristische Infrastruktur
Kulturvorhaben	Anzahl	13	17	136,0		2.1.2. Touristische Infrastruktur
Vorhaben der tour. Basisinfrastruktur	Anzahl	14	16	114,3		2.1.2. Touristische Infrastruktur
geförderte Vorhaben	Anzahl		154			2.2.1. Infrastruktur im Bereich Wissenschaft und FuE
Vorhaben an Hochschulen	Anzahl	12	41	341,7		2.2.1. Infrastruktur im Bereich Wissenschaft und FuE

Projekte "Wissenstransfer"	Anzahl	105	85	81,0		2.2.1. Infrastruktur im Bereich Wissenschaft und FuE
Geförderte Vorhaben	Anzahl		1.167			2.2.2. Infrastruktur im Bereich der Informationsgesellschaft
Geförderte Vorhaben	Anzahl		634			2.3.1. Infrastruktur der berufl. Aus-, Fort- Weiterbildung sowie IuK
Standorte im Bereich städt. / lokale Infrastruktur	Anzahl(Stadtteile)	15	16	106,7		2.4.1. Städtische und lokale Infrastruktur
Geförderte Vorhaben	Anzahl		337			2.4.1. Städtische und lokale Infrastruktur
Geförderte Vorhaben	Anzahl		445			2.5.1. Verkehrsinfrastruktur: Straßen und Flughäfen
Geförderte Vorhaben	Anzahl		40			2.5.2. Verkehrsinfrastruktur: Schiene und Wasserstraßen
Geförderte Vorhaben	Anzahl		554		III.	3.1.1. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung
Geförderte Vorhaben	Anzahl		407			3.2.1. Luftreinhaltung und Emissionsminderung
Vorhaben zur Luftreinhaltung und Emissionsminderung	Anzahl	105	64	61,0		3.2.1. Luftreinhaltung und Emissionsminderung
Sicherung und Rekultivierung von stillzulegenden Deponien	Anzahl	16	23	143,8		3.3.1. Abfallvermeidung, Abfallverwertung, Abfallbeseitigung/Recycling
durchgeführte Projekte/Vorhaben	Anzahl		113			3.4.1. Altlasten- und Konversionsmaßnahmen
<b>Ergebnis-Indikatoren</b>						
Investitionsvolumen (1.1.1.)	Mio. €	2.000	3.588	179,4	I.	1.1.1. Produktive Investitionen GA
Investitionsvolumen (1.1.2.)	Mio. €	0,60	0,83	138,3		1.1.2. Produktive Investitionen außerhalb der GA*
Investitionsvolumen (1.2.1.)	Mio. €	130	135	103,8		1.2.1. Technologie- und Innovationsförderung
Zahl der technologieorientierten Existenzgründungen	Anzahl	70	94	134,3		1.2.2. Förderung des Technologietransfers
Investitionsvolumen (1.2.2.)	Mio. €	45	18	40,0		1.2.2. Förderung des Technologietransfers
Investitionsvolumen (1.2.3.)	Mio. €	42	35	84,3		1.2.3. Förderung der Informationsgesellschaft
Investitionsvolumen (1.2.4.)	Mio. €	60	51	85,0		1.2.4. Technologieförderung allgemein
Umfang geförderte Existenzgründungen	Anzahl	2.800	690	24,6		1.3.1. Stärkung unternehmerischer Potentiale in KMU
Investitionsvolumen (1.3.2.)	Mio. €		3,7			1.3.2. Sicherheitsgerechte Gestaltung von AP u. Technologien*
Investitionsvolumen (1.3.3.)	Mio. €	30	4,5	15,0		1.3.3. Risikokapitalfonds

Investitionsvolumen (2.1.1.)	Mio. €	195	239	122,6	II.	2.1.1. Wirtschaftsnaher Infrastruktur
temporäre Beschäftigungseffekte	PJ	2.700	3.065	114,8		2.1.1. Wirtschaftsnaher Infrastruktur
Investitionsvolumen (2.1.2.)	Mio. €	176	195	110,8		2.1.2. Touristische Infrastruktur
temporäre Beschäftigungseffekte	PJ	2.600	2.500	96,2		2.1.2. Touristische Infrastruktur
Besucher/Nutzer der geförderten Einrichtungen	Personen		1.969.800			2.1.2. Touristische Infrastruktur
Investitionsvolumen (2.2.1.)	Mio. €	271	342	126,2		2.2.1. Infrastruktur im Bereich Wissenschaft und FuE
temporäre Beschäftigungseffekte	PJ	3.500	4.380	125,1		2.2.1. Infrastruktur im Bereich Wissenschaft und FuE
Investitionsvolumen (2.2.2.)	Mio. €	85	67	78,8		2.2.2. Infrastruktur im Bereich der Informationsgesellschaft
Gesamtgröße der Fläche für die eine ALK eingerichtet werden soll	km²	15.000	10.450	69,7		2.2.2. Infrastruktur im Bereich der Informationsgesellschaft
Investitionsvolumen (2.3.1.)	Mio. €	114	125	109,6		2.3.1. Infrastruktur der berufl. Aus-, Fort- Weiterbildung sowie IuK
temporäre Beschäftigungseffekte	PJ	1.000	1.368	136,8		2.3.1. Infrastruktur der berufl. Aus-, Fort- Weiterbildung sowie IuK
Investitionsvolumen (2.4.1.)	Mio. €	150	173	115,3		2.4.1. Städtische und lokale Infrastruktur
temporäre Beschäftigungseffekte	PJ	1.950	1.852	95,0		2.4.1. Städtische und lokale Infrastruktur
Fläche für Nachnutzung (= Größe sanierte Fläche in Aktion 2.4.1.1.)	ha	1.400	k.A.	0,0		2.4.1. Städtische und lokale Infrastruktur
Investitionsvolumen (2.5.1.)	Mio. €	277	325	117,3		2.5.1. Verkehrsinfrastruktur: Straßen und Flughäfen
temporäre Beschäftigungseffekte	PJ	5.100	4.166	81,7		2.5.1. Verkehrsinfrastruktur: Straßen und Flughäfen
Umfang/Verbesserung der Infrastruktur - (Straßen insg.)	km	475	612	128,8		2.5.1. Verkehrsinfrastruktur: Straßen und Flughäfen
Umfang/Verbesserung der Infrastruktur - Radwege	Anzahl	60	88	146,7		2.5.1. Verkehrsinfrastruktur: Straßen und Flughäfen
Investitionsvolumen (2.5.2.)	Mio. €	55	48	87,3		2.5.2. Verkehrsinfrastruktur: Schiene und Wasserstraßen
temporäre Beschäftigungseffekte	PJ	650	600	92,3		2.5.2. Verkehrsinfrastruktur: Schiene und Wasserstraßen
Neubau/Erweiterung von Bahnhofsvorplätzen / Attraktivitätssteigerung	Anzahl	10	11	110,0		2.5.2. Verkehrsinfrastruktur: Schiene und Wasserstraßen
Verknüpfungspunkte	Anzahl	5	5	100,0		2.5.2. Verkehrsinfrastruktur: Schiene und Wasserstraßen
Schleusen/Wehre	Anzahl	16	14	87,5		2.5.2. Verkehrsinfrastruktur: Schiene und Wasserstraßen

Investitionsvolumen (3.1.1.)	Mio. €	280	387	138,2	III.	3.1.1. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung
temporäre Beschäftigungseffekte	PJ	2.200	3.616	164,4		3.1.1. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung
angeschlossene Einwohner an Ver-/Entsorgungsanlagen* nur ADL+Kläranlagen (Sanierung/Neubau), insg. 774.511 EW	Einwohner	720.000	289.000	40,1		3.1.1. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung
Investitionsvolumen (3.2.1.)	Mio. €	98	50	51,3		3.2.1. Luftreinhaltung und Emissionsminderung
temporäre Beschäftigungseffekte	PJ	1.000	380	38,0		3.2.1. Luftreinhaltung und Emissionsminderung
Investitionsvolumen (3.3.1.)	Mio. €	78	217	277,6		3.3.1. Abfallvermeidung, Abfallverwertung, Abfallbeseitigung/Recycling
temporäre Beschäftigungseffekte	PJ	700	916	130,0		3.3.1. Abfallvermeidung, Abfallverwertung, Abfallbeseitigung/Recycling
Sicherung und Rekultivierung von stillzulegenden Deponien	ha	150	182	121,3		3.3.1. Abfallvermeidung, Abfallverwertung, Abfallbeseitigung/Recycling
Beräumung von Flächen	ha	120	98	81,9		3.4.1. Altlasten- und Konversionsmaßnahmen
Gesamtfläche	ha		22.369			3.4.1. Altlasten- und Konversionsmaßnahmen
revitalisierte Fläche	ha	1.260	352	28,0		3.4.1. Altlasten- und Konversionsmaßnahmen
temporäre Beschäftigungseffekte	PJ	600	800	133,3		3.4.1. Altlasten- und Konversionsmaßnahmen
Investitionsvolumen (3.4.1.)	Mio. €	72	87	120,2		3.4.1. Altlasten- und Konversionsmaßnahmen
<b>Wirkungs-Indikatoren</b>						
Beschäftigungseffekt (brutto) 1.1.1.	Apl. Anzahl	58.000	60.048	103,5	I.	1.1.1. Produktive Investitionen GA
Beschäftigungseffekt (brutto) 1.1.2.	Apl. Anzahl	19	19	100,0		1.1.2. Produktive Investitionen außerhalb der GA*
Beschäftigungseffekt (brutto) 1.2.1.	Apl. Anzahl	5.840	3.419	58,5		1.2.1. Technologie- und Innovationsförderung
Überlebensrate technologieorientierter Unternehmen	%		75			1.2.2. Förderung des Technologietransfers
Beschäftigungseffekt (brutto) 1.2.3.	Apl. Anzahl	120	311	259,2		1.2.3. Förderung der Informationsgesellschaft
Beschäftigungseffekt (brutto) 1.2.4.	Apl. Anzahl	3.000	k.A.			1.2.4. Technologieförderung allgemein
Patentanmeldungen	Anzahl	6				1.2.4. Technologieförderung allgemein
Beschäftigungseffekt (brutto) 1.3.1.	Apl. Anzahl	9.100	9.691	106,5		1.3.1. Stärkung unternehmerischer Potentiale in KMU

Reduzierung schädlicher Stoffe in den geförderten Betrieben	%		k.A.			1.3.2. Sicherheitsgerechte Gestaltung von AP u. Technologien*
erhaltene KMU	Anzahl		7			1.3.3. Risikokapitalfonds
geschaffene Arbeitsplätze	Anzahl	300	85	28,3		1.3.3. Risikokapitalfonds
Beschäftigungseffekt (brutto) 2.1.1.	Anzahl		1.392		II.	2.1.1. Wirtschaftsnaher Infrastruktur
Beschäftigungseffekte (brutto) 2.1.2.	Anzahl		438			2.1.2. Touristische Infrastruktur
Beschäftigungseffekt - quantifiziert nach EzP(brutto) 2.2.1.	Anzahl	500	217	43,5		2.2.1. Infrastruktur im Bereich Wissenschaft und FuE
Beschäftigungseffekt (brutto) 2.2.1.	Anzahl		4.646			2.2.1. Infrastruktur im Bereich Wissenschaft und FuE
an der Entwicklung beteiligte Hochschullehrer *Mehrfachnennungen	Anzahl		2.150			2.2.2. Infrastruktur im Bereich der Informationsgesellschaft
Anschlussgrade der Schulen an das Internet	%		100			2.3.1. Infrastruktur der berufl. Aus-, Fort- Weiterbildung sowie IuK
Anzahl der Voll- und Teilzeit-Schülerplätze	Anzahl	6.500	12.626	194,2		2.3.1. Infrastruktur der berufl. Aus-, Fort- Weiterbildung sowie IuK
Beschäftigungseffekte (brutto) 2.4.1.	Anzahl		323			2.4.1. Städtische und lokale Infrastruktur
örtliche Initiativen selbsttragender Organisationen und Vereine	Anzahl		455			2.4.1. Städtische und lokale Infrastruktur
Beschäftigungseffekte (brutto) 2.5.1.	Anzahl		k.A.			2.5.1. Verkehrsinfrastruktur: Straßen und Flughäfen
Schnittstellen mit TEN	Anzahl		8			2.5.1. Verkehrsinfrastruktur: Straßen und Flughäfen
Erhöhung der Taktichte	verbal				k. direkten Maßnahmen durchgeführt	2.5.2. Verkehrsinfrastruktur: Schiene und Wasserstraßen
Anschlussgrade	Prozent	85	80	94,1	III.	3.1.1. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung
Beschäftigungseffekt (brutto) 3.2.1. *Schätzungen	Anzahl	300	100	33,3		3.2.1. Luftreinhaltung und Emissionsminderung
Steigerung d. Anteils erneuerbarer Energien bis 2010	Prozent	5	k.A.	0,0		3.2.1. Luftreinhaltung und Emissionsminderung
reduzierte deponierte Abfallmenge pro Jahr (*seit 1992 um 92%)	Mg		320.000			3.3.1. Abfallvermeidung, Abfallverwertung, Abfallbeseitigung/Recycling
Besucher in touristisch genutzten Einrichtungen	Anzahl		205.000			3.4.1. Altlasten- und Konversionsmaßnahmen
geschaffene Reservefläche	ha		308			3.4.1. Altlasten- und Konversionsmaßnahmen
						* Maßnahme bereits abgeschlossen

Anlage 7: Quantifizierte Indikatoren ESF (geförderte Teilnehmerinnen und Teilnehmer) 2000 bis 2006

Maßnahme	Geförderte Personen 2000 bis 2006											in %
	gesamt	männlich	weiblich	weiblich in %	unter 25J.	unter 25J. in %	LZA	LZA in %	Abbrecher	Abbrecher in %	Praktikum, Zertifikat oder Prüfung	
4.1.	102.123	57.400	44.723	43,79	51.324	50,26	25.929	25,39	3.872	3,79	73.550	72,02
4.1.1.	48.886	26.473	22.413	45,85	48.679	99,58	106	0,22	3.090	6,32	26.216	53,63
4.1.2.	25.356	13.477	11.879	46,85	1.414	5,58	17.495	69,00	453	1,79	24.164	95,30
4.1.3.	27.881	17.450	10.431	37,41	1.231	4,42	8.328	29,87	329	1,18	23.170	83,10
4.2.	72.794	37.885	34.909	47,96	18.374	25,24	37.898	52,06	3.219	4,42	51.987	71,42
4.2.4.	56.700	28.314	28.386	50,06	14.932	26,34	27.758	48,96	2.023	3,57	41.372	72,97
4.2.5.	16.094	9.571	6.523	40,53	3.442	21,39	10.140	63,00	1.196	7,43	10.615	65,96
4.3.	180.081	152.665	27.416	15,22	166.925	92,69	356	0,20	417	0,23	156.345	86,82
4.3.6.	180.081	152.665	27.416	15,22	166.925	92,69	356	0,20	417	0,23	156.345	86,82
4.4.	66.633	40.861	25.772	38,68	35.044	52,59	1.929	2,89	2.791	4,19	34.737	52,13
4.4.7.	59.479	36.681	22.798	38,33	34.226	57,54	430	0,72	2.557	4,30	31.137	52,35
4.4.8.	7.154	4.180	2.974	41,57	818	11,43	1.499	20,95	234	3,27	3.600	50,32
4.5.	19.654	7.030	12.624	64,23	3.216	16,36	11.628	59,16	764	3,89	17.977	91,47
4.5.9.	19.654	7.030	12.624	64,23	3.216	16,36	11.628	59,16	764	3,89	17.977	91,47
4.6.	631	329	302	47,86	68	10,78	201	31,85	1	0,16	441	69,89
4.6.10.	631	329	302	47,86	68	10,78	201	31,85	1	0,16	441	69,89
INSG	441.916	296.170	145.746	32,98	274.951	62,22	77.941	17,64	11.064	2,50	335.037	75,81
INSG ohne 4.3.6	237.422	128.771	108.651	45,76	99.206	41,78	71.922	30,29	9.782	4,12	173.171	72,94

## Anlage 8: Quantifizierte Indikatoren ESF (geförderte Teilnehmerinnen und Teilnehmer) 2006

Maßnahme	Geförderte Personen 2006											in %
	gesamt	männlich	weiblich	weiblich in %	unter 25J.	unter 25J. in %	LZA	LZA in %	Abbrecher	Abbrecher in %	Praktikum, Zertifikat oder Prüfung	
4.1.	5.591	3.424	2.167	38,76	4.477	80,08	124	2,22	236	4,22	0	0,00
4.1.1.	4.538	2.468	2.070	45,61	4.436	97,75	41	0,90	216	4,76	0	0,00
4.1.2.	0	0	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
4.1.3.	1.053	956	97	9,21	41	3,89	83	7,88	20	1,90	0	0,00
4.2.	8.455	4.271	4.184	49,49	1.521	17,99	5.278	62,42	426	5,04	4.916	58,14
4.2.4.	7.144	3.559	3.585	50,18	1.101	15,41	4.353	60,93	305	4,27	4.583	64,15
4.2.5.	1.311	712	599	45,69	420	32,04	925	70,56	121	9,23	333	0,00
4.3.	27.304	22.909	4.395	16,10	19.017	69,65	84	0,31	156	0,57	18.233	66,78
4.3.6.	27.304	22.909	4.395	16,10	19.017	69,65	84	0,31	156	0,57	18.233	66,78
4.4.	10.069	6.974	3.095	30,74	2.586	25,68	259	2,57	201	2,00	559	5,55
4.4.7.	8.855	6.254	2.601	29,37	2.490	28,12	76	0,86	192	2,17	559	6,31
4.4.8.	1.214	720	494	40,69	96	7,91	183	15,07	9	0,74	0	0,00
4.5.	292	63	229	78,42	233	79,79	0	0,00	2	0,68	45	15,41
4.5.9.	292	63	229	78,42	233	79,79	0	0,00	2	0,68	45	15,41
4.6.	6	2	4	66,67	3	50,00	2	33,33	0	0,00	1	16,67
4.6.10.	6	2	4	66,67	3	50,00	2	33,33	0	0,00	1	16,67
INSG	51.717	37.643	14.074	27,21	27.837	53,83	5.747	11,11	1.021	1,97	23.754	45,93
INSG ohne 4.3.6	24.413	14.734	9.679	39,65	8.820	36,13	5.663	23,20	865	3,54	5.521	22,62

**Anlage 9a**

Titel:

Referenznummer der Europäischen Kommission:

Entscheidungsnummer:

Zeitraum:

**Vorhaben der Technischen Hilfe gemäß Regel 11.2 und 11.3**

Operationelles Programm Brandenburg Förderperiode 2000 - 2006

CCI: 1999 DE 16 1 PO 005

C (2000) 4300 vom 29.12.2000

**2006**

Beteiligter Fonds

EFRE

Lfd. Nr.	Kurzb Beschreibung	Gesamt- kosten	nat. öff. Mittel	Fondsmittel		Interven- tionssatz	private Ausgaben	Bemerkungen
				absolut	in %			
	<b>Gesamt</b>	<b>1.936.212,09</b>	<b>484.052,97</b>	<b>1.452.159,12</b>	<b>75</b>	<b>75</b>	<b>0,00</b>	
	<b>Regel 11.2</b>	<b>1.649.383,00</b>	<b>412.345,70</b>	<b>1.237.037,30</b>	<b>75</b>	<b>75</b>	<b>0,00</b>	
1	Entgelt für die Wahrnehmung zusätzlicher Begleit- und Kontrollpflichten gem. VO 438/2001 (Geschäftsbesorgung 2005)	766.937,82	191.734,46	575.203,36	75	75	0,00	
2	Entgelt für zusätzliche Vor-Ort-Kontrollen gem. Art. 4 VO (EG) Nr. 438/2001 (Geschäftsbesorgung Nov 2005- 3. Quartal 2006)	270.519,58	67.629,89	202.889,69	75	75	0,00	
3	Anteilige Finanzierung der Ausgaben für die Sitzungen des Begleitausschusses Brandenburg (16. BGLA-Sitzung)	94,77	23,69	71,08	75	75	0,00	
4	Personalkosten der Personalverstärkung der Verwaltungsbehörde	54.386,37	13.596,60	40.789,77	75	75	0,00	
5	Personalkosten der Personalverstärkung der EFRE-Fondsverwaltung	228.818,18	57.204,53	171.613,65	75	75	0,00	
6	Personalkosten der Personalverstärkung der Unabhängigen Stelle	158.120,18	39.530,00	118.590,18	75	75	0,00	
7	Erarbeitung des OP EFRE 2007-2013	97.408,48	24.352,12	73.056,36	75	75	0,00	
8	Erarbeitung der Ex-Ante-Evaluierung des OP 2007-2013	70.992,00	17.748,00	53.244,00	75	75	0,00	
9	Finanzierung von Kosten für die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter der Unabhängigen Stelle im Jahr 2006	2.105,62	526,41	1.579,21	75	75	0,00	

Lfd. Nr.	Kurzbeschreibung	Gesamt-	nat. öff.	Fondsmittel		Interven-	private	Bemerkungen
				kosten	Mittel			
	<b>Regel 11.3</b>	<b>286.829,09</b>	<b>71.707,27</b>	<b>215.121,82</b>	<b>75</b>	<b>75</b>	<b>0,00</b>	
10	Durchführung eines Projektes zur Einführung einer Nachhaltigkeitsprüfung in der EFRE-Förderung 2000-2006	84.695,30	21.173,82	63.521,48	75	75	0,00	
11	Erarbeitung eines „Integrierten Tourismuskonzeptes Lausitzer Seenland“	30.020,25	7.505,06	22.515,19	75	75	0,00	
12	Erarbeitung von Expertisen zur Unterstützung des MW bei der Entwicklung einer Innovationsstrategie	10.620,00	2.655,00	7.965,00	75	75	0,00	
13	Erstellung einer Studie/Analyse zu Erfolgsparametern im Technologietransfer	20.000,00	5.000,00	15.000,00	75	75	0,00	
14	Evaluierung der Beratungsrichtlinie (GA-B)	10.000,00	2.500,00	7.500,00	75	75	0,00	
15	Projektbegleitende Evaluierung der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderpolitik des Landes Brandenburg	12.702,00	3.175,50	9.526,50	75	75	0,00	
16	Häufige Finanzierung der Evaluierung des Programms „Zukunft im Stadtteil- ZIS“	20.000,00	5.000,00	15.000,00	75	75	0,00	
17	Anteilige Finanzierung der Evaluierung der gemeinsamen Existenz-Gründungs-Förderung von MASGF und MW im Land Brandenburg	-13.532,56	-3.383,14	-10.149,42	75	75	0,00	Rückzahlung durch MASGF entsprechend Finanzierungsanteil
18	Finanzierung der Migration von efREporter 1 auf efREporter 2 und der laufenden technischen Betreuung	5.157,85	1.289,46	3.868,39	75	75	0,00	
19	Beschaffung von Informationstechnik zur Durchführung von Vor-Ort-Kontrollen und für die Berichterstattung der Unabhängigen Stelle	2.337,52	584,38	1.753,14	75	75	0,00	
20	Häufige Finanzierung des Brandenburger Anteils an den Kosten des Seminar- und Rahmenprogramms der Deutschen Gründer- und Unternehmertage (deGUT)	38.125,77	9.531,45	28.594,32	75	75	0,00	
21	Häufige Finanzierung der Vorbereitung und Durchführung des 6. Unternehmerinnen- und Gründerinnentages des Landes Brandenburg 2007	15.000,00	3.750,00	11.250,00	75	75	0,00	
22	Auftaktveranstaltung zur Einbeziehung der Wirtschafts- und Sozialpartner in die Vorbereitungen zur Erstellung des OP EFRE 2007-2013 am 16.02.2006 in Potsdam	611,62	152,90	458,72	75	75	0,00	

Lfd. Nr.	Kurzbeschreibung	Gesamt- kosten	nat. öff. Mittel	Fondsmittel		Interven- tionssatz	private Ausgaben	Bemerkungen
				absolut	in %			
23	Erstellung und jährliche Aktualisierung einer Info-Broschüre über die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in Brandenburg	19.534,40	4.883,60	14.650,80	75	75	0,00	
24	Erstellung eines Kalenders für das Jahr 2007 mit Foto-Motiven von EFRE-Geförderten Projekten im Land Brandenburg	30.057,55	7.514,39	22.543,16	75	75	0,00	
25	Anteilige Finanzierung der Vorbereitung und Durchführung des 6. EU-Forums „Brandenburg: Zukunft durch Forschung“ im Rahmen der Europa-Woche am 10.05.2006 in Potsdam	746,80	186,70	560,10	75	75	0,00	
26	Anteilige Finanzierung des Info-Standes auf dem Brandenburg-Tag am 02.09.2006 in Forst	479,29	119,82	359,47	75	75	0,00	
27	Beschaffung von Tischfähnchen und von dazugehörigen Ständern für die Öffentlichkeitsarbeit	161,40	40,35	121,05	75	75	0,00	
28	Anteilige Finanzierung der Erarbeitung der Tabelle „Kontext-Indikatoren“ für die Jahresberichte	111,90	27,98	83,92	75	75	0,00	

**Anlage 9b**

Titel:

Referenznummer der Europäischen Kommission:

Entscheidungsnummer:

Zeitraum:

**Vorhaben der Technischen Hilfe gemäß Regel 11.2 und 11.3**

Operationelles Programm Brandenburg Förderperiode 2000 - 2006

CCI: 1999 DE 16 1 PO 005

C (2000) 4300 vom 29.12.2000

**2006****Beteiligter Fonds****ESF**

Lfd. Nr.	Kurzbeschreibung	Gesamt- kosten	Nat. öff. Mittel	Fondsmittel		Interven- tionssatz	Bemerkungen
				absolut	in %		
<b>6.1.3</b>	<b>Ausgewählte Projekte des ESF nach Regel 11.2 der VO 448/04</b>	<b>1.251.463,12</b>	<b>315.828,55</b>	<b>935.634,57</b>			
1	Dienstleistungsvertrag zur Durchführung der TH 2000-2006/Teil 1	443.576,60	110.894,14	332.682,46	75%	75%	01.12.2000-31.12.2007
2	Ausgaben für Gehälter, einschl. Sozialversicherungsbeiträge für sonstiges Personal, das zwecks Ausführung der unter Ziffer 2.1 genannten Aufgaben beschäftigt wird	690.095,52	175.486,66	514.608,86	75%	75%	01.05.2000-31.12.2008
3	Qualitätssicherungsmanagement INNOPUNKT	117.791,00	29.447,75	88.343,25	75%	75%	23.05.2002-15.12.2008
<b>6.1.4</b>	<b>Ausgewählte Projekte des ESF nach Regel 11.3 der VO 448/04</b>	<b>2.352.268,50</b>	<b>584.848,81</b>	<b>1.767.419,69</b>			
1	Dienstleistungsvertrag zur Durchführung der TH 2000-2006/Teil 2	260.513,24	65.128,30	195.384,94	75%	75%	01.12.2000-31.12.2007
2	Betriebspanels Brandenburg 10./11./12. Welle	43.339,50	10.834,87	32.504,63	75%	75%	
3	Vermeidung Schulabbrecher	43.986,00	10.996,50	32.989,50	75%	75%	15.09.2005-30.09.2006
4	"brandaktuell"	208.208,16	52.052,04	156.156,12	75%	75%	01.01.2005-15.12.2006
5	Workshopreihe	9.100,65	2.275,16	6.825,49	75%	75%	
6	Kontakt- und Beratungsstellen	53.643,15	13.410,79	40.232,36	75%	75%	07.03.2006-31.05.2007
7	Weiterbildungsdatenbanken	188.136,43	47.034,11	141.102,32	75%	75%	14.09.2005-15.12.2007
8	Studie Verbesserung Übergangquote Schule-Hochschule	69.685,68	17.421,42	52.264,26	75%	75%	01.01.2005-15.12.2007

9	Prolog Qualifizierung	190.477,00	47.619,25	142.857,75	75%	75%	01.01.2005-15.12.2007
10	Erstellung des OP	80.955,70	20.238,92	60.716,78	75%	75%	
11	Erarbeiten von Strategien	50.000,00	12.500	37.500	77%	77%	
12	Exante Entwurf OP 2007-2013	29.971	7.492,75	22.478,25	75%	75%	
13	Nutzung ostmobil Daten	35.514,79	8.878,70	26.636,09	75%	75%	01.02.2006-31.12.2006
14	Studie Förderung KMU	59.865,28	14.966,32	44.898,96	75%	75%	
15	Qualifizierung WISO-Partner	25.772,28	6.443,07	19.329,21	75%	75%	04.04.2006-31.10.2006
16	Qualitätssicherung „Aktiv für Arbeit“	83.789,58	20.947,39	62.842,19	77%	77%	02.05.2006-15.12.2006
17	Konsolidierung IT Verfahren	320.289,34	80.072,34	240.217,00	75%	75%	18.04.2006-15.02.2008
18	Arbeitgeberzusammenschlüsse	52.320,00	13.080,00	39.240,00	75%	75%	24.04.2006-15.12.2006
19	Evaluationen (Regionalentwicklung, Altenpfleger)	114.119,56	28.529,89	85.589,67	75%	75%	
20	QM ONLINE-FORUM	83.778,00	20.944,50	62.833,50	75%	75%	04.07.2006-19.01.2007
21	Qualifizierung Berater/Fachtagungs- und Workshopreihe/Handlungsleitfaden	51.718,75	12.918,35	38.800,40	75%	75%	
22	Öffentlichkeitsarbeit zum OP	217.862,82	51.258,74	166.604,08	75%	75%	
23	Evaluationen (AMIGA, Lokale Initiativen)	30.000,20	7.500,05	22.500,15	75%	75%	
24	Sonderprojekte	49.221,39	12.305,35	36.916,04	75%	75%	
	<b>Gesamt Regel 11.2 und 11.3</b>	<b>3.603.731,62</b>	<b>900.677,36</b>	<b>2.703.054,26</b>			

Anlage 9c

Titel:

Referenznummer der Europäischen Kommission:

Entscheidungsnummer:

Zeitraum:

Vorhaben der Technischen Hilfe gemäß Regel 11.2 und 11.3

Operationelles Programm Brandenburg Förderperiode 2000 - 2006

CCI: 1999 DE 16 1 PO 005

C (2000) 4300 vom 29.12.2000

2.006

Beteiligter Fonds

EAGFL-A

Lfd. Nr.	Kurzbeschreibung	Gesamt- kosten	Nat. öff. Mittel	Fondsmittel		Bemerkungen
				absolut	in %	
	<b>Regel 11.2</b>	<b>642.951,25</b>	<b>160.737,82</b>	<b>482.213,43</b>	75%	
1.	anteilig Verwaltungsbehörde, Begleitausschuss	47,42	11,86	35,56	75%	FP 2000 - 2006
2.	anteilig Verwaltungsbehörde,	23.048,51	5.762,13	17.286,38	75%	FP 2000 - 2007
3.	Ausgaben f. effekt. Projektmanagement u. Einführung eines einheitl., elektron. Vorgangsbearbeitungssystems	121.999,37	30.499,84	91.499,53	75%	FP 2000 - 2008
4.	Vor- Ort- Kontrollen in Umsetzung der VO (EG) 438/2001 ab 01.01.2003 bis 31.12.2003	41.011,36	10.252,84	30.758,52	75%	FP 2000 - 2009
5.	Koordinierung und Steuerung der Umsetzung investiver Maßnahmen Stiftung BHLG in Neustadt/Dosse	81.272,51	20.318,13	60.954,38	75%	FP 2000 - 2010
6.	Besucherzentren	375.572,08	93.893,02	281.679,06	75%	FP 2000 - 2011
	<b>Regel 11.3</b>	<b>245.381,29</b>	<b>61.345,32</b>	<b>184.035,97</b>	75%	FP 2000 - 2012
1.	Erstellung EDV-Systems "ARDIS"	43.360,80	10.840,20	32.520,60	75%	FP 2000 - 2013
2.	Gewichtung der Richtlinien und Maßnahmen in den Achsen 1-3 der ELER -VO Land Brandenburg und Vorbereitung der neuen Förderperiode 2007-2013 - Moderation der Achsen -GfL-Grontmij	30.645,00	7.661,25	22.983,75	75%	abgeschlossen
3.	Dokumentation "Deichsanierung nach der Oderflut" Broschüre -Pro Design und Marketing	12.069,80	3.017,45	9.052,35	75%	abgeschlossen

4.	Inhaltliche Erarbeitung der Dokumentationen für Brandenburger Großschutzgebiete - K. Becker	6.200,00	1.550,00	4.650,00	75%	abgeschlossen
5.	Erarbeitung EPLR einschließlich englische Kurzfassung des Maßnahmeteils für Brandenburg und Berlin 2007-2013 -Landgesellschaft -MV mbH	111.023,60	27.755,90	83.267,70	75%	abgeschlossen
7.	Partnerschaftlicher Beteiligungsprozess in Vorbereitung der Förderperiode 2007-2013- Heimvolkshochschule am Seddiner See	2.178,00	544,50	1.633,50	75%	abgeschlossen
8.	Gespräche auf Arbeitsebene in der GD agri in Vorbereitung des EPLR	875,04	218,76	656,28	75%	abgeschlossen
9.	Erstellung der Ex-ante- Bewertung Entwicklungsplan für den ländlichen Raum Brandenburg - Berlin 2007- 2013- Ramboll Management GmbH	34.539,00	8.634,75	25.904,25	75%	abgeschlossen
10.	anteilig Verwaltungsbehörde- Publizität - Europa- Tag 2006	316,48	79,12	237,36	75%	abgeschlossen
11.	anteilig Verwaltungsbehörde- Publizität - Brandenburg-Tag 2006	203,12	50,78	152,34	75%	abgeschlossen
12.	Teilnahme WISO- Partner an der Fachtagung der Europäischen Akademie am 06. /07.03.2006 in Berlin	<b>926,84</b>	231,71	<b>695,13</b>	75%	abgeschlossen
13.	Bekanntmachung zur strategischen Umweltprüfung in der Regionalpresse -MAZ; MOZ;LRS	3.043,61	760,90	2.282,71	75%	abgeschlossen
<b>Gesamt</b>		<b>888.332,54</b>	<b>222.083,14</b>	<b>666.249,40</b>	75%	

Anlage 10a: Übersicht beihilferelevante Richtlinien EFRE

Stand der Notifizierung für die Maßnahmen/Förderrichtlinien zum Einsatz des EFRE 2000-2006 in den Förderschwerpunkten 1 bis 3					
Nr.	Maßnahme	Bezeichnung der Beihilferegelung	Beihilfe-Nr.	Genehmigungsschreiben	Befristung der Genehmigung
<b>Schwerpunkt 1</b>					
<b>Maßnahmenbereich 1.1</b>					
1.1.1.	Produktive Investitionen GA	Regionales Förderprogramm Brandenburg für den jeweils geltenden Rahmenplan der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ Richtlinie des Min. f. Wirtschaft zur Förderung der gewerbl. Wirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ GA-G	N 642/02, ab dem 01.01.2007 nach der VO 1628/2006	C (2003) 3368 fin	31.12.2006
1.1.2.	Produktive Investitionen außerhalb der GA	Richtlinie des MW zur Förderung der Konversion im Land Brandenburg	Ursprünglich auch De-Minimis-Beihilfen, derzeit keine Beihilfen		
<b>Maßnahmenbereich 1.2</b>					
1.2.1.	Technologie-Innovationsförderung und	Regionales Förderprogramm Brandenburg für den jeweiligen Rahmenplan der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	N 642/02	C (2003) 3368 fin	31.12.2006, danach VO 70/2001
		Richtlinie des MW zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Land Brandenburg für KMU	Beihilfen nach KMU-GFVO 70/2001 - XS42/04, XS 81/06	D/ 53598 vom 19.05.2004	31.12.2005, verlängert bis 31.12.2007
		Richtlinie des MW über die Gewährung von Zuschüssen an KMU zur Beschäftigung von Innovationsassistenten/Hochschulabsolventen	De-Minimis-Beihilfen nach VO (EG) Nr. 69/2001 bzw. ab 01.01.2007 VO 1998/2006		
1.2.2.	Förderung des Technologietransfers	Richtlinie des MW zur Förderung des wirtschaftsbezogenen Technologietransfers und technologieorientierter Existenzgründungen	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV		
1.2.3.	Förderung der Informationsgesellschaft	Richtlinie des MW zum Förderprogramm "Zuschüsse zur Förderung der Informations- und Kommunikationstechnik"			
		Maßnahme sind ab 2004 in die Maßnahmen 1.2.1. integriert Zuschüsse der Landesregierung an KMU zur Förderung der Platzierung auf elektronischen Marktplätzen Die Förderrichtlinie ist im Jahr 2002 ausgelaufen	De-Minimis-Beihilfen nach (VO (EG) Nr. 69/2001		
1.2.4. Neu	Technologie- und Innovationsförderung für gewerbliche Unternehmen – Allgemein	Richtlinie des MW zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Land Brandenburg – Allgemein	N 191/04	C (2004) 3657 D/ 204328 vom 30.09.2004	bis 31.12.2006 Wird nach Überarbeitung neu notifiziert

## Maßnahmebereich 1.3

1.3.1.	Stärkung unternehmerischer Potentiale in KMU	Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft über die Förderung der Markterschließung Brandenburger KMU im In- und Ausland (Markterschließungsrichtlinie-Teil A)	Beihilfen nach KMU-GFVO (EG) Nr. 70/2001 XS38/04		30.06.2008
		Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft zur Förderung von Gemeinschaftsprojekten wirtschaftsnaher Institutionen zur Markterschließung im Gesamtinteresse des Landes Brandenburg (Markterschließungsrichtlinie Teil B)	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs.1 EGV		
		Regionales Förderprogramm Brandenburg für den jeweiligen Rahmenplan der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	N 642/02, nach 01.01.2007 nach der VO 1628/2006	C (2003) 3368 fin	31.12.2006, danach VO 1628/2006
		Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft zur Förderung der Unternehmensaktivitäten von KMU im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (Beratungsrichtlinie)	XS36/04	D/53635	30.06.2007
		Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen zur Stärkung unternehmerischer Potentiale (Öko-Audit)	VO (EG) Nr. 69/2001 (de-minimis VO)		
		Richtlinie ist ausgelaufen; die Fördertatbestände gehen in die neu aufgelegten Richtlinien ein			
		Das Aktionsprogramm ist 2002 ausgelaufen. Impulsprogramm zur Stärkung von Branchenkompetenz in den Regionen Brandenburgs	N 535/02 , ab dem 01.01.2007 nach der VO 1998/2006	K (2003) 156	31.12.2006, danach VO 1998/2006
		Richtlinie des MW zur Förderung von begleitender Beratung (Coaching) kleiner und mittlerer Unternehmen in der Nachgründungsphase (CoNaG) Die Richtlinie lief am 31.12.2005 aus.	De-Minimis-Beihilfen nach VO 69/2001		
1.3.2.	Sicherheitsgerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen und Technologien	Richtlinie des MASGF über die Gewährung von Zuwendungen für die Erarbeitung und Umsetzung innovativer und modellhafter Lösungen zur sicherheitsgerechter Gestaltung von Arbeitsplätzen und Technologien  Die Maßnahme wird ab 2004 nicht mehr fortgeführt.	Die Förderung erfolgte nach der VO (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12.01.2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen		
1.3.3. Neu	Eigenkapitalstärkung von KMU	EFRE-Risikokapitalfonds	N 310/2004	C(2004) 4556	31.12.2008

## Schwerpunkt 2

### Maßnahmenbereich 2.1

2.1.1.	Wirtschaftsnaher Infrastruktur (ohne touristische Infrastruktur)	Regionales Förderprogramm Brandenburg für den jeweiligen Rahmenplan der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Richtlinie des MW zur Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Rahmen der GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" GA-I	N 644/A/B/02 - keine Beihilfen N 644 C/02 - keine Beihilfen N 644 D/02 - keine Beihilfen N 644 E/02 – keine Beihilfen	C (2003) 1998 fin C (2003) 1755 fin C (2003) 1756 fin C (2003) 1999 fin	
			N 644G/02 – sofern Beihilfen, dann nach De-Minimis (69/2001 bzw. ab 1.1.2007 1998/2006) oder KMU-GFVO 70/2001	C(2005)1315fin	
			N 644/I/2002 – wenn Beihilfen, dann ab dem 1.1.2007 nach der VO 1628/2006	C(2005) 48fin	31.12.2006, danach VO 1628/2006
		Zuweisungen an Gemeinden für die Infrastruktur außerhalb der GA Richtlinie des MW zur Förderung der Konversion im Land Brandenburg	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV		
2.1.2.	Touristische Infrastruktur	Regionales Förderprogramm Brandenburg für den jeweiligen Rahmenplan der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ Richtlinie des MW zur Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Rahmen der GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" GA-I	N 644/H/02 – keine Beihilfen	C (2003) 3230 fin	
		Kommunales Kulturinvestitionsprogramm des MWFK	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV		
		Richtlinie des MBS über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Instandsetzung, Modernisierung und des Neubaus von Freizeitbädern mit künstlichem Becken (Bäderrichtlinie)	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV		

### Maßnahmenbereich 2.2

2.2.1.	Infrastruktur im Bereich Wissenschaft, Forschung, Entwicklung	Förderung von einzelnen Hochschulbaumaßnahmen	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV gewährt.		
		Investitionen an außeruniversitären wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV		
		Wissenstransfer als Wachstumsmotor	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV		
		Förderung von Forschungs-, Lehr- und Versuchsanstalten im Agrarbereich	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV		
		Modellvorhaben zu Produktions- und Einkommensalternativen in den ländlichen Räumen des Landes Brandenburg	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV		
2.2.2.	Infrastruktur im Bereich Informationsgesellschaft	Richtlinie des MI zur Forcierung der Einrichtung der Automatisierten Liegenschaftskarte	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV		
		Zuweisungen an öffentlich rechtliche Gebietskörperschaften	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV		
		Multimedia im Hochschulbereich	Keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV		

### Maßnahmenbereich 2.3

2.3.1.	Infrastruktur im Bereich der	Regionales Förderprogramm Brandenburg für den jeweiligen Rahmenplan der GA	N 644 f/02	C (2003) 2000 fin	
--------	------------------------------	--	------------	-------------------	--

	beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Informations- und Kommunikationstechnik	„Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“			
		Medienausstattung an allgemeinbildenden Schulen	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV		
<b>Maßnahmenbereich 2.4</b>					
2.4.1.	Städtische und lokale Infrastruktur	Richtlinie des MSWV zur Entwicklung städtebaulich relevanter Brachflächen und Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 a Abs. 4 Grundgesetz zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV Städtebauförderung)	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV		
		Richtlinie des MSWV zur Erneuerung und Entwicklung städtischer Problemgebiete	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV		
<b>Maßnahmenbereich 2.5</b>					
2.5.1.	Verkehrsinfrastruktur: Straßenbau und Flugplätze	Straßenneubau, -ausbau und -sanierung; Infrastrukturelle Erschließung von Flugplätzen für den allgemeinen Verkehr einschließlich innerer Nebenanlagen und technischer Ausrüstungen	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV, mit Ausnahme einzelner KMU-Förderungen nach De-minimis-VO (VO 69/2001 bzw. ab dem 01.01.2007 VO 1998/2006)		
2.5.2.	Verkehrsinfrastruktur: Schiene und Wasserstraßen	Entwicklung der regionalen Schieneninfrastruktur und wichtiger Verknüpfungspunkte im ÖPNV	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV		
		Schaffung und Instandsetzung von Anlagen zur Verbesserung der Schiffbarkeit auf Landesgewässern	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV		

<b>Schwerpunkt 3</b>					
<b>Maßnahmenbereich 3.1</b>					
3.1.1.	Wasserversorgung Abwasserentsorgung	und	Richtlinie des MLUR zur Förderung nachhaltiger Investitionen für Abwasserableitungs- und -behandlungsanlagen	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV	
<b>Maßnahmenbereich 3.2</b>					
3.2.1.	Luftreinhaltung Emissionsminderung	und	Richtlinie des MLUR über die Gewährung von Finanzhilfen für Vorhaben des Immissionsschutzes und zur Begrenzung energiebedingter Umweltbelastungen Programm des MW „Rationelle Energieanwendung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen“	Ab 2002 De-minimis-Beihilfen nach VO 69/2001 bzw. ab 01.01.2007 nach VO 1998/2006 Beihilfen nach KMU-GFVO 70/2001 XS88/04	D/57094 31.12.2006, verlängert bis 31.12.2007
<b>Maßnahmenbereich 3.3</b>					
3.3.1.	Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Abfallbeseitigung/Recycling		Regionales Förderprogramm Brandenburg für den jeweiligen Rahmenplan der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ Ab 2004 wird diese Aktion innerhalb des Schwerpunktes 1 umgesetzt		
	Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Abfallbeseitigung/Recycling		Richtlinie des MLUR über die Gewährung von Finanzhilfen zur Förderung von öffentlichen Maßnahmen der Abfallwirtschaft, der Altlastensanierung und des Bodenschutzes	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV	
<b>Maßnahmenbereich 3.4</b>					
	Altlasten Konversionsmaßnahmen	und	Richtlinie des MW zur Förderung der Konversion	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EGV	
			Zuschüsse des MLUR für Maßnahmen der Braunkohlensanierung	keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87. Abs. 1 EGV	

Anlage 10b: Übersicht beihilferelevante Richtlinien ESF

Nr.	Maßnahme	Bezeichnung der Beihilferegelung	Beihilfe-Nr.	Genehmigungsschreiben	Befristung der Genehmigung
<b>Maßnahmenbereich A (4.3.3)</b>					
1	Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Verhinderung der Langzeitarbeitslosigkeit (LZA) bei Jugendlichen	Förderung betriebsnaher Ausbildungsplätze im Rahmen des Ausbildungsplatzprogramms Ost	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Orientierung zu Berufen im Umwelt- und Naturschutz und in der Landwirtschaft sowie Optimierung der Berufswahlentscheidung durch Praxislernangebote / Schülerfirmen in der Schule	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Berufsausbildungsvorbereitung marktbenachteiligter Jugendlicher	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Förderung junger Leute nach der Ausbildung beim Berufseinstieg (2. Schwelle)	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
3	Einstellungsbeihilfen für arbeitsmarktpolitische Zielgruppen	Förderung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich der Umweltsanierung	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
<b>Maßnahmenbereich B (4.3.4)</b>					
4	Förderung von Zielgruppen mit besonderen Integrationsproblemen	Gewährleistung und Verbesserung von Angeboten für Arbeitslose zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		

Nr.	Maßnahme	Bezeichnung der Beihilferegelung	Beihilfe-Nr.	Genehmigungsschreiben	Befristung der Genehmigung
		Aktionen Jugend und Arbeit (Jugend 2005) – Jugend-Qualifizierung statt Sozialhilfe	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Qualifizierung Langzeitarbeitsloser-Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit/ „Aktiv für Arbeit“	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Förderung von Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung Straffälliger im Justizvollzug des Landes Brandenburg	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Förderung berufspädagogischer Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe	In dieser Maßnahme werden keine staatl. Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Neue Akzente für Ältere, u.a. „Akademie 50 plus“	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Projekt für intensives Fördern und Fordern – PfiFF“	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		

Nr.	Maßnahme	Bezeichnung der Beihilferegelung	Beihilfe-Nr.	Genehmigungsschreiben	Befristung der Genehmigung
		Neue Ansätze zur Förderung von Langzeitarbeitslosen bei gleichzeitiger Stärkung der Regionalentwicklung	Beihilfen im Sinne der Regelung über „De minimis“- Beihilfen zugunsten der Unternehmen (VO (EG) Nr. 69/2001 vom 12.01.2001 über die Anwendung dr Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen) bzw. Verordnung (EG) Nr. 68/2001 der kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Ausbildungsbeihilfen		
5	Beschäftigungshilfen für SozialhilfeempfängerInnen und andere von Ausgrenzung bedrohte Gruppen	Arbeit statt Sozialhilfe/ Arbeitslosengeld II	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
<b>Maßnahmenbereich B (4.3.4)</b>					
5	Beschäftigungshilfen für SozialhilfeempfängerInnen und andere von Ausgrenzung bedrohte Gruppen	Ergänzungsförderung des Landes für ABM (neu) zur Verbesserung der Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung von Zielgruppen und älteren Arbeitslosen	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		

Nr.	Maßnahme	Bezeichnung der Beihilferegelung	Beihilfe-Nr.	Genehmigungsschreiben	Befristung der Genehmigung
		Neue Ansätze zur Förderung von Langzeitarbeitslosen bei gleichzeitiger Stärkung der Regionalentwicklung (s.a. 4.2.4.11)	Beihilfen im Sinne der Regelung über „De minimis“- Beihilfen zugunsten der Unternehmen (VO (EG) Nr. 69/2001 vom 12.01.2001 über die Anwendung dr Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen) bzw. Verordnung (EG) Nr. 68/2001 der kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Ausbildungsbeihilfen		
<b>Maßnahmenbereich C (4.3.5)</b>					
6	Verbesserung der Systeme der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Förderung des lebenslangen Lernens	Ausbildungsverbünde	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung		In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt			
Innovative arbeitsmarktpolitische Schwerpunktförderung (INNOPUNKT)		Nach Überarbeitung der Aktion handelt es sich um Beihilfen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 vom 12.01.2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De minimis-Beihilfen oder um Förderungen, die im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Ausbildungsbeihilfen erfolgen.			

Nr.	Maßnahme	Bezeichnung der Beihilferegulung	Beihilfe-Nr.	Genehmigungsschreiben	Befristung der Genehmigung
		Förderung der Qualifizierung und Weiterbildung von Beschäftigten der Jugendhilfe und der Erwachsenenbildung sowie der Lehrkräfte der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie Lehrkräfte im Gesundheitswesen	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Förderung von Maßnahmen zur Vermeidung von Schulabbrüchen	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Regionale Verzahnung von Qualifizierungs-, Arbeits-, Wirtschafts- und Strukturförderung unter besonderer Berücksichtigung des Gender-Mainstreaming	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Weiterentwicklung der wirtschaftsnahen Qualifizierung durch Modellprojekte zur beruflichen Aus- und Weiterbildung, Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitsumverteilung	Beihilfen im Sinne der Regelung über "De minimis"-Beihilfen zugunsten der Unternehmen (VO (EG) Nr. 69/2001 vom 12.01.2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen) bzw. Verordnung (EG) Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Ausbildungsbeihilfen		
		Förderung der Weiterentwicklung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) zu Kompetenzzentren (KOMZET)	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		

Nr.	Maßnahme	Bezeichnung der Beihilferegelung	Beihilfe-Nr.	Genehmigungsschreiben	Befristung der Genehmigung
<b>Maßnahmenbereich D (4.3.6)</b>					
7	Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und Beschäftigten	Förderung der fachpraktischen Ausbildung im Kooperativen Modell im Rahmen des Ausbildungsplatzprogramms Ost (APRO)	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Förderung der Kompetenzentwicklung durch Qualifizierung in Unternehmen im Land Brandenburg	Bis zum 31.12.2002 wurde die Förderung als Deminimis-Beihilfe im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 vom 12.01.2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Deminimis-Beihilfen gewährt. Ab 01.01.2003 erfolgt die Förderung im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Ausbildungsbeihilfen.		
8	Förderung des Unternehmergeistes	Förderung der Qualifizierung und Beratung von Existenzgründungswilligen in Vorbereitung ihrer Gründung und danach	Beihilfen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 vom 12.01.2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Deminimis-Beihilfen		
		Förderung Brandenburger Unternehmerinnen und Unternehmer bei der rechtzeitigen Sicherung der Betriebsnachfolge durch prozessorientierte Qualifizierung/Weiterbildung, Beratung und Coaching  • Betriebsnachfolge jetzt anpacken – Arbeitsplätze in Brandenburg sichern  (8. INNOPUNKT Kampagne)	Beihilfen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 vom 12.01.2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Deminimis-Beihilfen		

Nr.	Maßnahme	Bezeichnung der Beihilferegelung	Beihilfe-Nr.	Genehmigungsschreiben	Befristung der Genehmigung
<b>Maßnahmenbereich E (4.3.7)</b>					
9	Spezifische Vorhaben zur Verbesserung der beruflichen Chancengleichheit von Frauen	Förderung von Initiativen zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit	Maßnahmen und Projekte gelten als Beihilfen im Sinne der Regelung über „Deminimis“-Beihilfen (VO (EG) Nr. 69/2001 vom 12.01.2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „Deminimis“-Beihilfen) zugunsten von KMU		
	Spezifische Vorhaben zur Verbesserung der beruflichen Chancengleichheit von Frauen	Ergänzungsförderung des Landes für ABM (neu) für Frauen unter besonderer Berücksichtigung Älterer und Schwerbehinderter	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Projektförderung arbeitsmarktpolitischer Schwerpunkte und Modelle für Frauen • Frauen IT-Kompetenz für Brandenburg (2. INNOPUNKT Kampagne)	In dieser Aktion werden staatliche Beihilfen auf der Grundlage der Deminimis-Regelung bzw. der Ausbildungsfreistellungsverordnung bewilligt.		
		Verbesserung der Ausbildung im Rahmen der Gesundheitsfachberufe	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Förderung von Initiativen zur Verbesserung des Zugangs von Frauen in Führungspositionen und der beruflichen Chancen von Frauen im Land Brandenburg	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
<b>Maßnahmenbereich F (4.3.8)</b>					
10	Kleinprojekte zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und der lokalen-sozialen Entwicklung	Kleinprojekte zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und der lokalen-sozialen Entwicklung	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		

**Anlage 11: Der Beitrag der Landesarbeitsmarktpolitik des Landes Brandenburg zur Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) im Jahr 2006 sowie Tabelle**

**a) Zuordnung EBS/ LAPRO**

**b) Quantifizierung des Beitrages des ESF in Brandenburg zur Umsetzung der EBS im Jahr 2006**

Mit der Überprüfung der Lissabon-Strategie wurde die EBS überarbeitet und in den integrierten Leitlinien für Wachstum und Arbeitsplätze neu positioniert. Die im Juli 2005 beschlossenen Leitlinien für die beschäftigungspolitischen Maßnahmen der Mitgliedsstaaten<sup>1</sup> orientieren das nationale Reformprogramm und werden in der Arbeitsmarktpolitik des Landes Brandenburg mit eigenen Förderansätzen verfolgt. Zu einem Großteil geschieht dies in der laufenden Strukturfondsperiode mit Hilfe der Ziel-1-Förderung des ESF. Nahezu sämtliche Richtlinien (Einzelprogramme) und sonstigen Förderungen des „Landesprogramms Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ (LAPRO) werden aus ESF-Mitteln kofinanziert.

Nachfolgend werden sowohl die aktuelle sozioökonomische Lage und Entwicklung Brandenburgs als auch die Landesarbeitsmarktpolitik in Bezug auf die EBS dargestellt. Die einzelnen Förderansätze der Landesarbeitsmarktpolitik werden dabei systematisch den beschäftigungspolitischen Leitlinien zugeordnet.

Der Gesamtrahmen wird durch die Leitlinie 17 bestimmt, in der die grundlegenden politischen Ziele gesetzt werden. Mit einer Beschäftigungsquote von 70% bis 2010 in der EU wird eine quantitative Vorgabe gemacht, an der Erfolg zu messen ist. Im Übrigen behalten einzelne frühere Zielvorgaben Gültigkeit.

Die folgenden Angaben veranschaulichen die Veränderungen im Jahr 2006:

**Ziel 1: Vollbeschäftigung**

- Das Bruttoinlandsprodukt (nominal) stieg 2006 gegenüber dem Vorjahr um 3 %.
- Die Zahl der Erwerbstätigen in den Wirtschaftsbereichen ist im Jahresdurchschnitt 2006 um ca. 4.700 Personen auf 1.013.400 Personen gestiegen, dies entspricht einer Steigerung um 0,5 % zum Vorjahresniveau.
- Die Zahl der Arbeitslosen im Dezember sank von 223.736 im Jahr 2005 auf 205.373 in 2006 und somit um 8,2 %. Im Jahresdurchschnitt sank die Arbeitslosenzahl von 243.875 im Jahr 2005 auf 226.413 in 2006, also um ca. 7,2 %. Dies entspricht einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote im Berichtszeitraum von 17 % bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen und 18,7 % bezogen auf die abhängig Beschäftigten.
- Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen lag im Dezember 2006 mit 49,5 % über dem Wert des Vorjahres (47,1 %). Die Arbeitslosenquote der Frauen betrug im Jahresdurchschnitt 18,1 % und lag somit unter der Arbeitslosenquote der Männer von 19,4 %.
- Die Anzahl der Gewerbeanmeldungen inklusive 8.027 Ummeldungen betrug im Jahr 2005 insgesamt 26.310. Die Gewerbeabmeldungen stiegen auf 20.755 im Jahr 2005.

---

<sup>1</sup> Integrierte Leitlinien 17 bis 24  
Anlagen zum Jahresbericht 2006  
Operationelles Programm Brandenburg 2000 - 2006

Die Gewerbeanmeldungen 2006 gingen auf 25.499 zurück (ein Minus von 811, 3,6 % weniger als 2005). Die Gewerbeabmeldungen im Jahr 2006 belaufen sich auf 21.279.

#### Ziel 2: Steigerung der Arbeitsplatzqualität und der Arbeitsproduktivität

- Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität lag mit rund 48.900 € je Erwerbstätigem nach wie vor hinter Sachsen-Anhalt an der Spitze den neuen Ländern und erreichte wie im Vorjahr bereits 83 % des gesamtdeutschen Durchschnitts. Zudem konnte gegenüber 2005 eine Steigerung von 2,5 % erreicht werden.
- Im Bereich der Unternehmensinsolvenzen wurden 940 Fälle registriert und damit ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 24,3 %.

#### Ziel 3: Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalts

- Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich gegenüber 2005 von 67.679 betroffenen Personen auf 61.876 Personen im Jahr 2006 verringert.<sup>2</sup> Mit einem Anteil von 27,3 % an allen Arbeitslosen liegt sie sowohl unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 35,6 % als auch unter dem westdeutschen Durchschnittswert von 35,9 %.
- Der Anteil der Frauen an den Langzeitarbeitslosen ist geringfügig von 52 % im Jahr 2005 auf 51,7 % (31.977 Personen) im Jahr 2006 gesunken. Frauen bleiben damit immer noch überproportional von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen.
- Die Zahl der registrierten arbeitslosen Jugendlichen bewegt sich seit 2000 auf hohem Niveau. Ebenso stieg ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen von 11,4 % im Jahr 2000 auf 12,9 % in 2005 an. Erstmals im Berichtsjahr 2006 fiel er leicht auf 12,7 %. Insgesamt waren im Jahresdurchschnitt 2006 28.800 arbeitslose Brandenburgerinnen und Brandenburger jünger als 25 Jahre. Ihre Zahl hat sich damit gegenüber 2005 um 2.881 bzw. um 9,1 % verringert. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote der unter 25-jährigen sank geringfügig von 18,8 % im Vorjahr auf 18,0 % im Berichtsjahr. Unverändert geblieben ist die Arbeitslosenquote der unter 20-jährigen mit 9 %, während die der 20- bis 25-jährigen, von 23,8 % auf 22,4 % sank. In der Tendenz bleibt das Problem der sog. „Zweiten Schwelle“ bestehen und wird verschärft durch die in Ausbildung bzw. Arbeit drängenden unter 20-jährigen der letzten geburtenstarken Jahrgänge. Ein großer Teil der jungen Erwachsenen wird nach Abschluss der Ausbildung nicht vom Ausbildungsbetrieb übernommen bzw. findet nach Abschluss einer außerbetrieblichen Ausbildung keinen Arbeitsplatz.
- Die Zahl der Arbeitslosen zwischen 50 und 55 Jahren verringerte sich von 38.140 im Jahr 2005 um 6,9 % auf insgesamt 35.494 Personen an. Die Zahl der arbeitslosen älteren Personen ab 55 Jahren hat sich von 26.721 Personen im Jahr 2005 auf 27.867 im Jahr 2006 um 4,3 % erhöht.
- Die Arbeitsmarktentwicklung im Land Brandenburg ist weiterhin durch deutliche regionale Disparitäten gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquoten (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) streuten zum Jahresende 2006 zwischen 13,0 % im

<sup>2</sup> Da der Bundesagentur für Arbeit nur wenige Meldungen von zugelassenen kommunalen Trägern vorlagen, beschränken sich die in der Gesamtzahl enthaltenen Daten für den Rechtskreis SGB II lediglich auf die 370 Kreise ohne zugelassene kommunale Träger. Die tatsächliche Situation ist daher nicht vollständig abgebildet.  
Anlagen zum Jahresbericht 2006

Agenturbezirk Potsdam, je 17,3 % in den Agenturen für Arbeit Frankfurt (Oder) und Neuruppin, bis zu 19,5 % in Eberswalde und 20,0 % in Cottbus.

### Der Beitrag des Landesprogramms „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ (LAPRO) zur Umsetzung der EBS

In der folgenden Tabelle werden die einzelnen Förderprogramme des „Landesprogramms Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ (LAPRO) systematisch den Leitlinien der EBS zugeordnet, wobei sich einzelne Förderungen aufgrund ihrer Ausrichtung mehrfach wieder finden. Da nicht alle Handlungsfelder der EBS auf Ebene der Bundesländer umgesetzt werden (z.B. fallen die Steuerpolitik oder die gesetzlichen Regelungen zur Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen in die Zuständigkeit des Bundes), können teilweise keine Ansätze der Landesarbeitsmarktpolitik zugeordnet werden. Die Tabelle bildet zwar den Großteil - der Übersichtlichkeit wegen - jedoch nicht alle Handlungsansätze der Landesarbeitsmarktpolitik ab.

Das LAPRO ist nach vier Schwerpunktbereichen gegliedert:

- Für das Erwerbsleben qualifizieren – Programme zur beruflichen Ausbildung (BAB),
- Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – Programme zur Integration (INT),
- Bestehende Arbeitsplätze stabilisieren – Programme zur Prävention (PRÄV),
- Neue Methoden und Instrumente – Programme für Innovation (INO).



		<p>Arbeit und Privatleben besser vereinbaren Aktives Altern unterstützen</p> <p><i>Anpassung der Sozialsysteme<sup>3</sup></i></p>	<p>Förderung der Verzahnung und Chancengleichheit</p> <p>„Frauen in Führungsverantwortung – mit Mentoring zu mehr Chancengleichheit im Beruf“</p> <p>INNOPUNKT-Kampagne „Perspektiven für qualifizierte junge Frauen im Land Brandenburg“</p> <p>Förderung der „Akademie 50 plus“</p> <p>INNOPUNKT-Kampagne "Mehr Chancen für ältere Fachkräfte"</p>	<p>INO 5</p> <p>INO 8</p> <p>INO 4.13</p> <p>INO 3.1</p> <p>INO 4.10</p>
--	--	--	--	--

---

<sup>3</sup> kursiv: vorrangig Bundeszuständigkeit  
Anlagen zum Jahresbericht 2006  
Operationelles Programm Brandenburg 2000 - 2006

	<p>19. Integrative Arbeitsmärkte schaffen, Arbeit attraktiver und für Arbeit Suchende – auch für Benachteiligte Menschen - und Nichterwerbstätige lohnend machen</p>	<p>Aktive und präventive Arbeitsmarktmaßnahmen zur Unterstützung der Integration von Personen, die auf dem Arbeitsmarkt am schwersten zu vermitteln sind, Förderung der Armutsbeseitigung</p> <p><i>Überprüfung der in den Steuer- und Sozialleistungssystem enthaltenen Anreize</i></p> <p>Erschließung neuer Beschäftigungspotenziale bei personen- und unternehmensbezogenen Dienstleistungen, insbesondere auf lokaler Ebene</p>	<p>„Aktiv für Arbeit“</p> <p>Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen im Justizvollzug</p> <p>„Haftvermeidung durch soziale Integration“</p> <p>INNOPUNKT-Kampagne „Integrative regionale Modelle zur Verbesserung der Ausbildungschancen und –fähigkeit von Jugendlichen mit schlechten Startchancen – vor und während der Ausbildung“ 2</p> <p>Gemeinsame Richtlinie mehrerer Landesministerien über die Gewährung von Zuwendungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) nach §§ 260 ff. SGB III vom 31. März 2004</p> <p>Förderung von Initiativbüros zur Unterstützung lokaler Initiativen für neue Beschäftigung</p> <p>Regionalbudgets</p> <p>Förderung der Verzahnung und Chancengleichheit</p>	<p>INT 14</p> <p>BAB 5</p> <p>HSI</p> <p>INO 4.11</p> <p>INT 7</p> <p>INO 7</p> <p>INT 13</p> <p>INO 5</p>
--	--	--	---	--

	20. Den Arbeitsmarkterfordernissen besser gerecht werden	<p>Arbeitsmarkteinrichtungen modernisieren (einschl. Arbeitsverwaltungen)</p> <p><i>Transparenz der Beschäftigungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten auf nationaler und europäischer Ebene</i></p> <p>Abbau von Hindernissen für europaweite Mobilität Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt besser antizipieren</p> <p><i>Wirtschaftsmigration besser managen</i></p>	Qualifizierung von Fallmanagern bei den Trägern der Grundsicherung in Landkreisen und kreisfreien Städten	INT 12
Die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und der Unternehmen verbessern	21. Unter gebührender Berücksichtigung der Rolle der Sozialpartner Flexibilität und Beschäftigungssicherheit in ein ausgewogenes Verhältnis bringen und die Segmentierung der Arbeitsmärkte verhindern	<p>Arbeitsrechtliche Vorschriften anpassen (inkl. Arbeitszeitregelungen)</p> <p><i>Gegen Schwarzarbeit vorgehen</i></p> <p>Antizipation und Bewältigung des Wandels verbessern Innovative und anpassungsfähige Formen der Arbeitsorganisation fördern</p> <p>Übergang in die Erwerbstätigkeit erleichtern (u. a. Weiterbildung, selbständige Tätigkeit, geografische Mobilität)</p>	<p>Beratung und Coaching von Existenzgründerinnen und –gründern in der Vorgründungsphase durch „Lotsendienste“</p> <p>INNOPUNKT-Kampagne "Betriebsnachfolge jetzt anpacken"</p> <p>INNOPUNKT-Kampagne "Zukunftschancen durch clusterorientierte regionale Verzahnungsprozesse"</p> <p>Junge Leute machen sich selbständig - Unterstützung von Jugendlichen bis 27 Jahren bei der Vorbereitung der Existenzgründung</p>	<p>INT 1</p> <p>INO 4.8</p> <p>INO 4.12</p> <p>INO 2.3</p>

			<p>INNOPUNKT-Kampagne „Allianzen zwischen Kultur und Wissenschaft fördern – Wachstum und Beschäftigung in Brandenburg“</p> <p>INNOPUNKT-Kampagne „Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft“</p> <p>INNOPUNKT-Kampagne: „Beschäftigung in der Gesundheitswirtschaft - Chancen nutzen“</p> <p>audit berufundfamilie®</p> <p>Förderung von Initiativbüros zur Unterstützung lokaler Initiativen für neue Beschäftigung</p> <p>Förderung der Kompetenzentwicklung in KMU</p>	<p>INO 4.14</p> <p>INO 4.16</p> <p>INO 4.17</p> <p>INO 7</p> <p>PRÄV 1</p>
	<p>22. Die Entwicklung der Arbeitskosten und die Tarifverhandlungssysteme beschäftigungsfreundlicher gestalten</p>	<p><i>Sozialpartner anregen Lohntarifsyste me gemäß Produktivität und Herausforderung des Arbeitsmarktes zu gestalten geschlechtsspezifische Lohngefälle vermeiden</i></p> <p><i>Auswirkungen der Lohnnebenkosten steuern und gestalten</i></p>		

Die Investitionen in Humankapital steigern durch Verbesserung von Bildung und Qualifizierung	23. Die Investitionen in Humankapital steigern und optimieren	Integrative Maßnahmen und Aktionen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung, um den Zugang zur Bildung erheblich zu verbessern, einschließlich der Lehrlingsausbildung und Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen	Förderung von Ausbildungsverbänden	BAB 2
			Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk	BAB 3
			Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Rahmen des Ausbildungsprogramms Ost	BAB 4
		Die Anzahl der frühzeitigen Schulabgänger erheblich reduzieren  Wirksame Strategien für lebenslanges Lernen schaffen	Förderung von Lehrgängen der überbetrieblichen Ausbildung in Agrarberufen  Förderung berufspädagogischer Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe  Förderung von Modellprojekten zur Vermeidung von Schulabbrüchen  Förderung der Berufsvorbereitung durch Schülerfirmen und Praxislernen INNOPUNKT-Kampagne „Mehr Ausbildungsplätze durch mehr Ausbildungsbetriebe“  Förderung der Kompetenzentwicklung in KMU	BAB 6  BAB 7  BAB 10  BAB 14  INO 4.15  PRÄV 1

	<p>24. Die Aus- und Weiterbildungssysteme auf neue Qualifikationsanforderungen ausrichten</p>	<p>Attraktivität, die Offenheit und hohe Qualitätsstandards, breitere Angebote, flexible Bildungswege, Mobilität fördern</p> <p>Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung durch Dienstleistungen erleichtern (Beratung, Unterstützung von Familie, neue Finanzierungsformen)</p> <p>Größere Transparenz von Qualifikationen und Befähigungsnachweisen sowie deren Anerkennung</p>	<p>INNOPUNKT-Kampagne „Systematische Arbeitswelt- und Berufsorientierung – Schnittstellen- und Übergangmanagement an der ersten Schwelle von Schülerinnen und Schülern“</p> <p>Regionalbüros für Fachkräftesicherung der LASA Brandenburg</p> <p>Weiterbildungsdatenbank Brandenburg  <a href="http://www.wdb-brandenburg.de">www.wdb-brandenburg.de</a></p>	<p>INO 4.18</p>
--	---	--	--	-----------------

Die folgenden Ausführungen beschreiben die Schwerpunkte der Landesförderung nach der EBS-Systematik anhand der wichtigsten Programme. Angaben zur Anzahl der geförderten Personen werden hier nur für die umfangreichsten Programme gemacht.

### Schwerpunkt 1 – Mehr Menschen in Arbeit bringen und halten, das Arbeitskräfteangebot vergrößern und die sozialen Sicherungssysteme modernisieren

#### Leitlinie 17 Die Beschäftigungspolitik auf Vollbeschäftigung, Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität und Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalt ausrichten

Alle Maßnahmen des LAPRO dienen dazu, die Ziele der Leitlinie 17 zu erreichen. Die quantitativen Schwerpunkte des ESF-Einsatzes im Land Brandenburg lagen bei der EBS-Leitlinie 23, gefolgt von den Leitlinien 19 und 21 sowie 18.

Ein Großteil der im Jahr 2006 insgesamt 51.717 aus dem ESF geförderten Personen entfällt auf die Zielgruppe Jugendlicher und junger Erwachsener, die den EBS-Leitlinien 23 und 18 zuzuordnen sind. Alleine durch die Richtlinien zur überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung und dem Ausbildungsplatzprogramm Ost wurden 22.617 Personen gefördert. Die zweitgrößte Zielgruppe waren überwiegend langzeitarbeitslose Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die v.a. in den folgenden Aktionen unterstützt werden:

- in „Aktiv für Arbeit“ mit 4.724 Personen,
- in „Qualifizierung und Beratung von Existenzgründern und Existenzgründungswilligen“ mit 1.169 geförderten Personen,
- in der „Akademie 50+“ mit 787 Personen,
- im Rahmen der Regionalbudgets mit 1.311 geförderten Personen.

#### Leitlinie 18 Einen lebenszyklusbasierten Ansatz in der Beschäftigungspolitik fördern

Das Land Brandenburg öffnet nach Alter, Geschlecht, sozialer Teilhabe sehr unterschiedlichen Menschen Möglichkeiten, Beschäftigung zu finden und mit ihren Lebensbedingungen zu vereinbaren. Die Aktivitäten richten sich besonders auf Jugendliche, Frauen und Ältere.

Um der Jugendarbeitslosigkeit präventiv entgegenzuwirken, hat sich das Land Brandenburg das Ziel gesetzt, jedem ausbildungsfähigen und –willigen Jugendlichen, der dies wünscht, eine Ausbildung zu ermöglichen, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Diese unter Leitlinie 23 als Investition in das Humankapital dargestellten Maßnahmen werden durch differenzierte Angebote ergänzt, die individuelle Besonderheiten aber auch regionale Problemlagen des Arbeits- und Ausbildungsmarktes berücksichtigen. Zunehmend geht es um die Unterstützung des Übergangs von der Ausbildung in den Beruf.

Das Programm „Einstiegsteilzeit“ (PRÄV 3) richtet sich an arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche bis zum Alter von 25 Jahren, denen nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung der Berufseinstieg in den Betrieb über eine Teilzeitbeschäftigung ermöglicht werden soll. Das Teilzeitarbeitsverhältnis kann bei Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt in ein Vollzeitarbeitsverhältnis übergehen. Dabei werden freie Zeitpotenziale der teilzeitbeschäftigten Jugendlichen für zukunftsorientierte Qualifizierungen genutzt. Einstiegsteilzeit richtet sich aber auch an Unternehmen, die

zusätzliche Beschäftigung schaffen wollen, für die aber aufgrund der betrieblichen Situation der Abschluss einer Vollzeitstelle derzeit nicht in Frage kommt. Dabei ermöglicht Einstiegsteilzeit die Erprobung junger Mitarbeiter/-innen auch in Hinblick auf den zukünftigen innerbetrieblichen Fachkräftebedarf. Im Jahr 2006 wurden in diesem Programm 425 Personen (185 Frauen und 240 Männer) gefördert.

Die Erwerbschancen von Frauen zu erhöhen, setzt das Land Brandenburg auf ein Konzept, das auf mehreren Ebenen greift:

Grundsätzlich wird in allen Förderprogrammen des Landes der Anteil der Frauen in Bezug auf den jeweiligen Förderkontext berücksichtigt. Gefördert werden die Frauen entsprechend ihres diesbezüglichen Anteils. Darüber hinaus behält sich das Land Brandenburg bei einigen Förderrichtlinien vor, nachträglich im Verlauf der Umsetzung Regelungen zur Steigerung des Frauenanteils an den Förderfällen zu erlassen.

Für die Weiterentwicklung des LAPRO wurde ein einheitliches Verfahren der systematischen Berücksichtigung von Fragen der Chancengleichheit von Frauen und Männern festgelegt. Es wurde ein verbindlicher Fragenkatalog in Kraft gesetzt, mit dem für jede neue oder zu modifizierende Richtlinie und Förderung das Gleichstellungsziel gem. dem OP sowie der mögliche Gleichstellungsbeitrag festzulegen ist und Indikatoren zur Erfolgs- und Wirkungsmessung zu bestimmen sind.

Darüber hinaus werden innovative Aktionen zum Abbau der geschlechterspezifischen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt durchgeführt:

Ein Modellprojekt, das speziell auf die Bedürfnisse von Frauen ausgerichtet ist, wird im Rahmen des Ansatzes der INNOPUNKT-Kampagnen verfolgt: *„Perspektiven für qualifizierte junge Frauen im Land Brandenburg“* (INO 4.13). Die prognostizierte demografische Entwicklung und die hohe berufliche und räumliche Mobilität insbesondere junger, gut ausgebildeter Frauen stellen für die Zukunftsfähigkeit des Landes Brandenburg große gesellschaftliche Herausforderungen dar. Für die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft in Brandenburg sind gut qualifizierte junge Frauen unverzichtbar. Deshalb besteht ein wesentliches Ziel dieser Kampagne darin, für gut qualifizierte Frauen attraktive berufliche Perspektiven im Sinne von zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen im Land zu entwickeln und umzusetzen. Hierzu ist es jedoch notwendig, dass die Brandenburger Betriebe ein stärkeres Interesse an der Beschäftigung junger Frauen zeigen, geschlechtsspezifische Einstellungsmuster überdenken und sich um junge Frauen bemühen. Das MASGF möchte mit dieser Kampagne deshalb auch eine gezielte Auseinandersetzung mit der beruflichen Situation junger qualifizierter weiblicher Fachkräfte anstoßen und bestehenden Disparitäten am Arbeitsmarkt entgegenwirken. Im Jahr 2006 wurden insgesamt 451 Frauen gefördert.

Die Förderung im Rahmen der Ideenwettbewerbe *„Verzahnung und Chancengleichheit“* (V & C - INO 5) und *„Frauen in Führungsverantwortung – mit Mentoring zu mehr Chancengerechtigkeit im Beruf“* (INO 8) wurden im Jahr 2006 erfolgreich fortgesetzt. Bei V & C wurden insgesamt 177 Personen gefördert, davon 55 Frauen. Im Mentoringprogramm waren es 45 Frauen.

Mit zwei Programmen sollen direkt die Chancen Älterer erweitert und ihre Potenziale erschlossen werden:

Die *„AKADEMIE 50 plus“* (INO 3.1) zielt als Förderinstrument darauf ab, mit einem spezifischen Programm der Beratung, Orientierung und Qualifizierung ältere Arbeitslose, die das 50 Lebensjahr vollendet haben, bei ihrem Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Die AKADEMIE 50 plus geht davon aus, dass nur mit einer koordinierten und integrierten Herangehensweise dem Problem der Arbeitslosigkeit begegnet werden kann. Im Jahr 2006 wurden 787 Personen durch dieses Programm

gefördert, davon 508 Frauen (64,5 %) und 279 Männer. 64,1 % der Personen waren über 50 Jahre alt. Die Anzahl der Teilnehmer/-innen insgesamt liegt mit 1.520 höher als die Anzahl der Personen, da eine Person an mehreren verschiedenen Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen teilnehmen kann. Im Jahr 2006 waren es 300 Teilnehmer/-innen mehr als im Vorjahr.

Im Berichtszeitraum wurde zudem die *INNOPUNKT-Kampagne "Mehr Chancen für ältere Fachkräfte"* (INO 4.10) durchgeführt. Die Initiative unterstützt Unternehmen dabei, die Erfahrungen von älteren Beschäftigten besser einzubeziehen und die Chancen älterer arbeitsloser Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Es wurden im Rahmen der Kampagne folgende Handlungsfelder bearbeitet:

- Kompetenzerweiterung für ältere Fachkräfte,
- Altersgerechte Gestaltung von Arbeitsorganisation und Arbeitszeit, Gesundheitsförderung,
- Erfahrungsaustausch zwischen Alt und Jung, Kompetenzentwicklung von Führungskräften,
- Rekrutierung älterer Fachkräfte und Integration durch Kompetenzerweiterung.

### Quantitative Ergebnisse

- Sensibilisierung bzw. Aufschlussberatung von 236 Unternehmen
- Direkt beteiligt an der Kampagne waren 74 Unternehmen. Rd. 36 % dieser Unternehmen hatte bis zu 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 27% hatten 21 bis 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 36% hatten 100 bis 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- Die Unternehmen gehörten zu unterschiedlichen Branchen:
  - Dienstleistungssektor, mit Schwerpunkt im Pflegebereich,
  - Landwirtschaft,
  - Industrie und Handwerk (z.B. Elektroinstallateurbetrieb, Autoreparatur-Werkstatt, Metall- und Kunststofftechnik, Orgelbau, Bauunternehmen etc.).
- Es wurden in den oben genannten Handlungsfeldern von den beteiligten Unternehmen insgesamt 115 Fallbeispiele durchgeführt; von ihnen konnten 21 als Best-Practice-Beispiele identifiziert werden.
- 345 ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (AN) wurden qualifiziert.
- 41 ältere Arbeitslose wurden in Arbeit integriert.

### Qualitative Ergebnisse

In den beteiligten Projekten wurden die folgenden übergreifenden Erkenntnisse gewonnen:

- Intensive Öffentlichkeitsarbeit sowie eine Vielzahl von persönlichen Gesprächen mit Geschäftsführern bzw. Personalverantwortlichen haben dazu geführt, Unternehmen für konkrete alternsspezifische Maßnahmen zu gewinnen. Darüber hinaus setzt der Zugang zu den Unternehmen Verankerung in der Region voraus bzw. kann am besten in Zusammenarbeit mit regional bekannten Institutionen realisiert werden.
- Die Erfahrungen mit der Innopunkt-Kampagne verweisen sehr deutlich auf die fehlende Wahrnehmung bzw. Verdrängung der Demografie-Debatte in den KMU (Kleine und mittlere Unternehmen) bei gleichzeitigem Bedarf an Information und Beratung unter Berücksichtigung der konkreten Veränderungsprozesse in der Region und in der Branche.

- Altersstrukturanalysen sind einerseits ein ganz praktisches Angebot an die Unternehmen und andererseits eine wesentliche Voraussetzung für die Einleitung eines altersgerechten Personalentwicklungsprozesses.
- Als entscheidende Handlungsfelder kristallisierten sich folgende heraus:
  - Führungsverhalten,
  - Qualifizierung älterer AN,
  - Gesundheitsförderung, altersgerechte Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation,
  - Zusammenarbeit zwischen den Generationen,
  - Rekrutierung älterer arbeitsloser Fachkräfte.

Die Übergänge der Handlungsfelder sind fließend und miteinander verzahnt. Das Handeln auf dem einen Feld zieht oft das Handeln auf einem anderen nach sich.

Zwei Haupthandlungsstränge sind zu unterscheiden:

- die Rekrutierung und Vermittlung von älteren Fachkräften und
  - die betriebsinterne altersgerechte Entwicklung.
- Der Führungskräfteebene kommt eine entscheidende Rolle zu. Das Wissen der Führungskräfte über die Leistungsfähigkeit Älterer muss gestärkt werden. Die Führungsebene muss für altersgerechte Entwicklungs- und Anpassungsprozesse in den Unternehmen gewonnen werden: für die Qualifizierung von Älteren, für Veränderung der Arbeitsorganisation, für die Durchführung gesundheitsfördernder Maßnahmen.

Insbesondere in Landwirtschafts-, Industrie- und Handwerksbetrieben erweist sich die Entwicklung von Führungskompetenzen bei älteren Fach- und Führungskräften selber als notwendig (Seit der Wende bzw. der Firmengründung hat oftmals keine dies bzgl. Schulung stattgefunden.).

- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in die Umgestaltung der Arbeitsorganisation und Arbeitszeit sowie Gesundheitsförderung aktiv mit einzubeziehen.
- Erfahrene Fachkräfte, die zudem neues Wissen und Können erworben haben, sind anerkannt. Das kann auch zur Einstellung älterer Fachkräfte führen, z.B. in der Landwirtschaft sowie im Pflegebereich. Hier haben ältere Fachkräfte aufgrund der zu versorgenden Klientel grundsätzlich bessere Einstellungschancen.
- Die Brücke zwischen den Generationen darf nicht zerreißen. Z.B. sollten Qualifizierungen für Alt und Jung stattfinden. Der gegenseitige praktische Wissens- und Erfahrungstransfer erweist sich als fruchtbar und kann den betriebswirtschaftlichen und arbeitsbezogenen Nutzen erheblich steigern.

## Transfer der Ergebnisse

- Methoden, Instrumente und Beispiele der Kampagne werden ins Internet eingestellt.
- In Anknüpfung an die Kampagne „Mehr Chancen für ältere Fachkräfte“ wird zurzeit ein Projekt „Gesunde Arbeitswelten im demografischen Wandel – Schaffung von Kompetenzzentren im Land Brandenburg“ in der Region Cottbus mit Prozessbegleitung der Bertelsmann- und Böckler-Stiftung durchgeführt.

## Leitlinie 19    Integrative Arbeitsmärkte schaffen, Arbeit attraktiver und für Arbeit Suchende – auch für Benachteiligte Menschen und Nichterwerbstätige lohnend machen

Indem Arbeit Suchenden und Benachteiligten der Zugang zu Beschäftigung erleichtert wird, kann Armut und drohender sozialer Ausgrenzung entgegengewirkt werden. Regionale Potenziale werden für Beschäftigung erschlossen und unterstützen die Befriedigung kollektiver Bedürfnisse.

Das Programm „*Aktiv für Arbeit*“ (INT 14) wendet sich an Nichtleistungsbeziehende, darunter insbesondere Frauen, aber auch ALG II Empfangende. Ziel der Förderung ist der Erhalt bzw. die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der genannten Zielgruppen und damit die Erhöhung der Chancen auf Integration in reguläre Beschäftigung oder andere Auswege aus der Arbeitslosigkeit. In den Projekten von „*Aktiv für Arbeit*“ werden z.B.: Bewerbungs- und Kommunikationstraining, Schulungen in Software-Programmen, Betriebspraktika und Trainingseinheiten zur Verbesserung der psychischen und physischen Konstitution angeboten. Die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen wird durch vielfältige Maßnahmen der Motivierung, Aktivierung sowie Verbesserung ihrer psychischen und physischen Verfassung hergestellt bzw. erhöht. Darüber hinaus geht es um die Vermittlung von Teilnehmer/-innen in Arbeit, auch unterstützt durch passgenaue Qualifizierung. Das Angebot ist landesweit verfügbar. Im Jahr 2006 wurden insgesamt 4.724 Teilnehmer/-innen, darunter 2.768 Frauen (58,6 %) erreicht. Von den geförderten Personen waren 84,6 % langzeitarbeitslos.

Mit den Projekten zur *Qualifizierung* (BAB 5) sowie zur *Integration* (HSI) *von Straffälligen* wurden weitere Personengruppen gefördert, die auf dem Arbeitsmarkt mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert sind. Im Jahr 2006 wurden hierüber 859 Straffällige gefördert.

Benachteiligte Jugendliche wurden in der *INNOPUNKT-Kampagne "Integrative regionale Modelle zur Verbesserung der Ausbildungschancen und –fähigkeit von Jugendlichen mit schlechten Startchancen – vor und während der Ausbildung"* (INO 4.11) gefördert. Die Nutzung einer integrativen örtlichen oder regionalen Infrastruktur ermöglicht ein bedarfsorientiertes und zielgerichtetes, aufeinander abgestimmtes System der Berufsausbildung und optimale Kooperation. Best Practice sollen zeigen, wie Jugendliche mit schlechten Startchancen einen verbesserten Zugang zu betrieblicher Ausbildung in Brandenburg finden. 324 Personen, davon 163 weibliche und 161 männliche wurden gefördert.

Die gemeinsame Richtlinie (INT 7) mehrerer Ressorts der Landesregierung Brandenburg über die *Gewährung von Zuwendungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) nach §§ 260 ff. SGB III* verfolgt die Ziele, den Arbeitsmarkt zu entlasten und die Vermittlungschancen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu verbessern, indem zeitlich befristet Arbeitsplätze für die Zielgruppen des Arbeitsmarktes geschaffen werden. Zugleich trägt die Förderung dazu bei, insbesondere die sozio-kulturelle Infrastruktur zu verbessern. Im Jahr 2006 wurden im Bereich der Umweltsanierung 1.053 Personen gefördert. Wegen der Art der Arbeit handelte es sich dabei um 956 Männer und nur 97 Frauen.

Daneben wurden die folgenden strategischen Handlungsansätze auf regionaler und lokaler Ebene fortgeführt:

*"Förderung der Verzahnung und Chancengleichheit"* (INO 5)

*„Initiativbüros zur Unterstützung lokaler Initiativen für neue Beschäftigung“* (INO 7).

Im ganzen Land werden 8 Initiativbüros zur Unterstützung lokaler Initiativen für neue Beschäftigung gefördert. Sie entwickeln und unterstützen beschäftigungserzeugende oder –fördernde Vorhaben sowie die Gründung und Professionalisierung von beschäftigungsorientierten Vereinen, Verbänden, Netzwerken oder anderen kooperativen Zusammenschlüssen. Außerdem sind sie auf Mikroprojekte, die die Existenzgründungsfähigkeiten als Vorstufe oder Teststufe späterer Existenzgründungen erlangen helfen sowie die Entwicklung von Nebenerwerbsmöglichkeiten ausgerichtet. Im Zentrum der lokalen

Initiativen stehen regelmäßig Ansätze des gemeinschaftlichen Wirtschaftens bzw. des gemeinschaftlichen Handelns.

Mit den – bisher in drei Landkreisen und der Stadt Potsdam modellhaft - eingeführten so genannten Regionalbudgets geht das Land Brandenburg über die bisherigen Regionalisierungsansätze der Landesarbeitsmarktpolitik hinaus. Unter dem Leitgedanken „*Regionalentwicklung stärken – Langzeitarbeitslose schneller integrieren*“ (INT 13) wird die Beschäftigungspolitik vor Ort mit Hilfe des ESF unterstützt. Die damit verbundenen Erwartungen sind, dass langzeitarbeitslose Frauen und Männer Struktureffekte schaffen, die für die Entwicklung in den Regionen von Bedeutung sind, das Regionalbudget zusätzliche über den gesetzlichen Rahmen der Arbeitsförderung hinaus gehende qualitative und quantitative Effekte ermöglicht, neue und innovative Instrumente entwickelt und umgesetzt werden und dass ein weitgehend flexibles Regionalbudget Lernprozesse hinsichtlich künftiger Regionalisierungsstrategien ermöglicht. Im Jahr 2006 wurden 1.311 Personen (599 Frauen und 712 Männer), über 70 % von Ihnen waren langzeitarbeitslos.

#### Leitlinie 20 Den Arbeitsmarkterfordernissen besser gerecht werden

Mehr Menschen sollen in die Lage versetzt werden, einen Arbeitsplatz zu finden. Das Angebot zur Qualifizierung von Fallmanagern bei den Trägern der Grundsicherung in den Landkreisen und kreisfreien Städten sollte deren Kompetenzen zur Beratung von Langzeitarbeitslosen mit mehreren die Vermittlung hemmenden Merkmalen den Erfordernissen anpassen. Die Fallmanager entscheiden im Rahmen der mit den Hilfebedürftigen abzuschließenden Eingliederungsvereinbarungen über den Einsatz von Arbeitsgelegenheiten und weitere geeignete Maßnahmen, um Integration in Beschäftigung zu erreichen.

#### Schwerpunkt 2 – Die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und der Unternehmen verbessern

##### Leitlinie 21 Unter gebührender Berücksichtigung der Rolle der Sozialpartner Flexibilität und Beschäftigungssicherheit in ein ausgewogenes Verhältnis bringen und die Segmentierung der Arbeitsmärkte verhindern

Um dem wirtschaftlichen und sozialen Wandel besser zu begegnen, sind Anpassungsleistungen sowohl von Unternehmen als auch von Arbeitskräften erforderlich. Dafür hat das Land Brandenburg verschiedene Maßnahmen initiiert, die das Potenzial zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen haben, wobei insbesondere die INNOPUNKT-Kampagnen solche innovativen Lösungen unterstützen.

Mit der Förderung der „*Lotsendienste für Existenzgründerinnen und Existenzgründer*“ (INT 1) existiert in jedem der 18 Landkreise und kreisfreien Städte Brandenburgs eine kompetente „Lotsin“ oder ein kompetenter „Lotse“ für potenzielle Gründerinnen und Gründer mit einem umfassenden Leistungsangebot wie Erstberatung, Assessments oder Vermittlung externer Qualifizierungs- und Beratungsleistungen. Mit dieser Förderung wird positiv auf das Gründungsklima in den Regionen und die Erfolgs- und Überlebenschancen dieser Neugründungen am Markt Einfluss genommen. Zusätzlich werden Lotsendienste für Frauen, für Jugendliche und junge Erwachsene, für Migrant/-innen, für Studierende und wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen an Hochschulen gefördert, um auf die spezifischen Gründungsvoraussetzungen und -bedarfe der jeweiligen Gruppen gezielt eingehen zu können. Im Jahr 2006 wurden 1.169 Personen davon 492 Frauen und 677 Männer in der Vorgründungsphase durch die Lotsendienste betreut.

Mit dem Programm *„Junge Leute machen sich selbständig“* (INO 2.3) werden gründungswillige Jugendliche auf dem Weg in die Selbständigkeit durch prozessbegleitende Beratung, Qualifizierungen sowie die Möglichkeit einer kostenlosen Nutzung der Infrastruktur in den Gründerwerkstätten unterstützt. Damit soll das Gründungsklima und der Unternehmergeist in den Regionen positiv befördert werden. Die Maßnahmen sind eingebettet in die Landesinitiative *„Aufbruch: Gründen im Land“* (AGiL). Von den Neugründungen sollen positive Beschäftigungseffekte ausgehen, indem die Gründer sich und teilweise anderen Arbeitsplätze schaffen und zur Stabilisierung von Arbeitsplätzen in anderen Unternehmen beitragen. Es wurden 98 Personen gefördert.

Im Berichtszeitraum wurde die *INNOPUNKT-Kampagne „Betriebsnachfolge jetzt anpacken“* fortgesetzt (INO 4.8) Das Ziel der Kampagne besteht darin, durch ein umfassendes Angebot von Qualifizierung, Beratung und Coaching während des gesamten Prozesses möglichst viele Arbeitsplätze in den von der Betriebsnachfolge betroffenen Unternehmen zu erhalten. Insgesamt 27 Personen konnten 2006 darüber gefördert werden.

Die *INNOPUNKT-Kampagne „Zukunftschancen durch clusterorientierte regionale Verzahnungsprozesse“* (INO 4.12) verbindet eigendynamisches unternehmerisches Handeln mit Regionalentwicklung und dem Einsatz von Instrumenten der Strukturpolitik. Mit dieser Kampagne wurden Projektträger aufgefordert, regionale Verzahnungsprozesse entlang von Clusteransätzen zu befördern. Mit den arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten werden vorhandene regionale Kompetenzfelder unterstützt um so zur regionalen und überregionalen Weiterentwicklung sowohl von bestehenden Clustern als auch zum Ausbau von Unternehmenskooperationen und Netzwerken zu Clustern beigetragen. Im Jahr 2006 profitierten 25 Personen (18 Frauen und 7 Männer) von dieser Förderung.

Die *INNOPUNKT-Kampagne 14 „Allianzen zwischen Kultur und Wirtschaft fördern. Wachstum und Beschäftigung in Brandenburg“* richtet sich an diejenigen, die mittels der besseren Erschließung wirtschaftlicher Potenziale von Kultur und Kunst in der Lage sind, einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Stabilisierung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen zu leisten. Es werden die Kompetenzentwicklung und Netzwerkaktivitäten der in Kultur und Kunst und anderen Branchen der Wirtschaft Tätigen gefördert. 112 Personen profitierten von der Förderung, darunter 62 Frauen und 50 Männer.

Die Mitte 2006 angelaufene *INNOPUNKT-Kampagne 16 „Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen stärken“*. hat sich zum Ziel gesetzt durch organisierten Wissenstransfer zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen und mehreren Partnerinnen und Partnern aus Unternehmen die Innovationsfähigkeit der KMU in Brandenburg zu verbessern. Im Ergebnis sollen Kompetenzen zum bedarfsgerechten Wissenstransfer bei den Beteiligten entwickelt, neue Ideen für innovative Produkte und Verfahren identifiziert und Voraussetzungen für einen erfolgreichen Marktzugang geschaffen werden. Die sechs ausgewählten Projekte konzentrieren sich dabei auf verschiedene Branchen bzw. Themenschwerpunkte, wie u.a. Nanotechnologie, Kunststoff, Logistik. Förderfälle werden erst im nächsten Jahr zu verzeichnen sein.

Ausgangspunkt der im Jahr 2006 begonnenen *INNOPUNKT-Kampagne 17 „Beschäftigung in der Gesundheitswirtschaft - Chancen nutzen“* sind die veränderten Anforderungen in der Gesundheitswirtschaft neben dem steigenden Anpassungsdruck von Einrichtungen und Unternehmen. An zentralen Wettbewerbsparametern, wie höhere Qualität und bessere Effizienz, lassen sich durchaus auch Wachstumspotenziale in den verschiedenen Kernsegmenten der Gesundheitswirtschaft ablesen. Ziel der Kampagne ist die Förderung der Potenziale der Gesundheitswirtschaft in Brandenburg durch neue Konzepte der Dienstleistungsentwicklung, Qualifizierung und Arbeitsorganisation. Insgesamt wurden fünf Projektträger ausgewählt, die mit innovativen Konzepten dazu beitragen, die Arbeits- und Lebenssituation der Beschäftigten in der Gesundheitswirtschaft zu verbessern. So werden

beispielsweise Modelle flexibler Arbeits- und Arbeitszeitgestaltung in den stationären und ambulanten Kernbereichen der Gesundheitswirtschaft erprobt. Im Jahr 2006 profitierten von der Förderung 28 Personen.

Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehört neben anderem, dass Arbeitgeber für die Notwendigkeit und den Nutzen familiengerechter Maßnahmen sensibilisiert werden. Das audit berufundfamilie® ist ein strategische Managementinstrument, das Unternehmen darin unterstützt, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige, wirtschaftlich attraktive Balance zu bringen. Familienbewusste Personalpolitik wird dabei als kontinuierlicher Prozess verstanden, der den sich ändernden Rahmenbedingungen des Unternehmens und den sich wandelnden Bedürfnissen der Mitarbeiterschaft Rechnung trägt. Es lässt sich passgenau in die Unternehmensstrategie integrieren und schafft Wettbewerbsvorteile in der Rekrutierung von Fachpersonal. Gleichzeitig sind alle auditierten Unternehmen und Institutionen Teil eines bundesweiten Netzwerks, dem die berufundfamilie gGmbH exklusive Serviceleistungen anbietet: Regelmäßiger Erfahrungsaustausch, themenspezifische Fortbildung, umfassende Beratung, schließlich der Zugang zu Datenbanken, die stichhaltige Kosten-Nutzen-Analysen, ein verbessertes Controlling und ein aussagefähiges Benchmarking ermöglichen. Seit 1.12.2006 bietet das Land Brandenburg KMU eine 70-prozentige Förderung für die Durchführung des Audits.

Darüber hinaus fördert das Land Brandenburg weiterhin die „*Kompetenzentwicklung von Beschäftigten in KMU*“ (PRÄV 1). Gefördert werden durch das Programm Qualifizierungsmaßnahmen, prozessbegleitende Beratung des Managements zum Qualifizierungsbedarf sowie die Unterstützung des Netzwerkmanagements bei Unternehmenskooperationen im Weiterbildungsverbund. Im Jahr 2006 wurden im Rahmen dieser Richtlinie 6.343 Personen, davon 4.744 Männer und 1.599 Frauen gefördert.

#### Leitlinie 22 Entwicklung der Arbeitskosten und die Tarifverhandlungssysteme beschäftigungsfreundlicher gestalten

Umsetzung dieser Leitlinie liegt nicht in der Zuständigkeit des Landes.

#### Schwerpunkt 3 – Die Investitionen in Humankapital steigern durch Verbesserung von Bildung und Qualifizierung

##### Leitlinie 23 Die Investitionen in Humankapital steigern und optimieren

Will die EU im internationalen Wettbewerb bestehen, muss mehr in Humankapital investiert werden. Produktivität und Arbeitsplatzqualität anzuheben, erfordert auch in Brandenburg eine zukunftsorientierte berufliche Erstausbildung für die Jugendlichen. Dem dienen einerseits Förderprogramme zur Verbreiterung der beruflichen Ausbildungsbasis sowie andererseits Programme zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze. Im Einzelnen erfolgte dies durch:

Die Förderung der betrieblichen Ausbildung in *Ausbildungsverbänden* (BAB 2): Da insbesondere die betriebliche Ausbildung oft nicht von einem Unternehmen allein realisiert werden kann, unterstützt das Land Brandenburg aus ESF- und Landesmitteln die Bildung von Kooperationspartnerschaften, die sowohl Teile der Ausbildung, der Prüfungsvorbereitung als auch die Vermittlung von Zusatzqualifikationen übernehmen. Insgesamt 4.123 Personen (3.376 Männer und 747 Frauen) wurden nach dieser Richtlinie gefördert.

Die Förderung der *überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk* (BAB 3) und in der Landwirtschaft (BAB 6) schafft ein ergänzendes Angebot zur betrieblichen Erstausbildung: Sie trägt dazu bei, das Potenzial an Ausbildungsplätzen v. a. in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die aus eigenen Kräften keine vollständige berufliche Erstausbildung realisieren können, zu aktivieren, indem die praktische Ausbildung entsprechend qualitativ und quantitativ ergänzt wird. Im Jahr 2006 wurden insgesamt 20.886 Jugendliche und junge Erwachsene gefördert, davon 18.430 Männer und 2.456 Frauen.

Die Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Rahmen des „*Ausbildungsplatzprogramms Ost*“ (BAB 4) erfolgt durch eine duale Ausbildung in betriebsnaher Form oder durch eine Berufsausbildung in schulischer Form in Kooperation zwischen den Oberstufenzentren und Kammern. Die Förderung greift bei Jugendlichen, die unmittelbar vor Ausbildungsbeginn bei den Agenturen für Arbeit als noch nicht vermittelte Ausbildungsplatzbewerberin bzw. -bewerber gemeldet sind. Im Jahr 2006 wurden insgesamt für 4.514 Jugendliche und junge Erwachsene zusätzliche Ausbildungsplätze neu gefördert, davon für 1.260 Männer und 805 Frauen im Rahmen des sog. „*Kooperativen Modells*“, 1.254 Männer und 1.094 Frauen im Rahmen einer betriebsnahen Ausbildung sowie 77 Männer und 24 Frauen im Rahmen von Modellprojekten. Begonnene Ausbildungen aus den Vorjahren wurden fortgeführt und finanziert.

Die Förderung der *Berufsorientierung und Berufsvorbereitung* (BAB 14) unterstützt Jugendliche mit Benachteiligungen in der Übergangsphase Schule – Beruf durch eine Öffnung des Lernortes Schule. Schule, Wirtschaft und Dienstleister arbeiten zusammen und realisieren innovative Unterrichtsangebote. Die Chancen auf Ausbildung bzw. Arbeit werden verbessert. Im Jahr 2006 wurden 1.800 Personen gefördert, davon 1.000 Männer und 800 Frauen.

Mit der INNOPUNKT-Kampagne „*Mehr Ausbildungsplätze durch mehr Ausbildungsbetriebe*“ (INO 4.15) werden neue Formen der Kombination von beruflicher Qualifizierung und betrieblicher Praxis über die bestehenden Verbundlösungen hinaus entwickelt. Damit soll mittelfristig das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen erhöht werden. Langfristig werden bisher nicht ausbildende Unternehmen angesichts des sich abzeichnenden gravierenden Rückgangs an Schulabgängern darauf vorbereitet, ihren Fachkräftebedarf durch Ausbildung bzw. Weiterqualifizierung selbst abzudecken. Im Jahr 2006 konnten hierüber 88 Personen, davon 61 Männer und 27 Frauen gefördert werden.

Die gezielte Förderung der beruflichen Erstausbildung als Grundlage für die Qualifizierung für das Erwerbsleben wird ergänzt durch die Kompetenzentwicklung von Beschäftigten in KMU (PRÄV 1), bereits unter Leitlinie 21 dargestellt.

#### Leitlinie 24 Die Aus- und Weiterbildungssysteme auf neue Qualifikationsanforderungen ausrichten

Das Land Brandenburg verfolgte auch 2006 im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten das Ziel, den Zugang vor allem zur beruflichen Bildung zu erweitern und Angebote bedarfsgerecht für die Schüler und Jugendlichen zu qualifizieren. Neue Kooperationen zwischen Schule - Berufsschule - Unternehmen werden durchgeführt.

Die Förderung der Berufsfrühorientierung bei jungen Menschen in Brandenburg ist das Ziel der Ende 2006 begonnenen INNOPUNKT-Kampagne 18 „*Systematische Arbeitswelt- und Berufsorientierung – Schnittstellen- und Übergangsmangement an der ersten Schwelle von Schülerinnen und Schülern*“. Durch eine geplante und frühzeitige Verzahnung allgemeiner und beruflicher Bildung, sollen der Berufsfindungs- und -wahlprozess von Schülerinnen und Schülern systematisiert und ausgebaut werden. Die sieben in einem Wettbewerbsverfahren ausgewählten Projektträger nutzen dabei bereits bestehende Strukturen und bewährte Praxisansätze und entwickeln diese gemeinsam mit regionalen

bzw. lokalen Institutionen und Akteuren weiter. Beispielsweise werden die Praxislernzeiten für Schülerinnen und Schüler stärker an den individuellen Kompetenzen und Potenzialen sowie an dem regionalen Bedarf ausgerichtet. Förderfälle werden erst im Jahr 2007 entstehen.

Gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit und damit für die Zukunft der Brandenburger Unternehmen. Mit der Einrichtung der Regionalbüros für Fachkräftesicherung an sechs verschiedenen Standorten zielt das Land stärker auf die Entwicklung und Umsetzung von Strategien zur Bewältigung des Fachkräftemangels auf regionaler Ebene. Das Beratungsangebot richtet sich in erster Linie an kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Die Regionalbüros informieren Betriebe und Beschäftigte und beraten KMU bei der Entwicklung von Handlungsstrategien und bei der Umsetzung von innerbetrieblichen Maßnahmen. Die Mitarbeiter/-innen der Regionalbüros stehen für Fragen der Fachkräftesicherung bei Ansiedlungs- und Erweiterungsinvestitionen und zur Inanspruchnahme von Fördermöglichkeiten im Rahmen der betrieblichen Humanressourcenentwicklung zur Verfügung und arbeiten unter anderem mit der Wirtschaftsförderung, den Wirtschaftsverbänden, Arbeitsagenturen, Sozialpartnern, Forschungseinrichtungen und Hochschulen zusammen.

In dem gemeinsamen Suchportal der *Weiterbildungsdatenbanken Brandenburg/Berlin* ([www.wdb-brandenburg.de](http://www.wdb-brandenburg.de)) sind mehr als 24.000 Bildungsangeboten von etwa 800 Bildungseinrichtungen vertreten. Sie informieren über:

- berufsbegleitende Weiterbildungen,
- betriebliche Qualifizierungsmöglichkeiten,
- Aufstiegsfortbildungen,
- Studiengänge,
- Existenzgründerseminare,
- regionale arbeitsagenturgeförderte berufliche Weiterbildungen.

Durch kontinuierliche Recherchen auf dem Bildungsmarkt ist die Aktualität der Weiterbildungsdatenbank gewährleistet. Neben der Möglichkeit der direkten und kostenfreien Suche über das Internet bietet ein schriftlicher Auskunftsservice allen Interessierten die Möglichkeit, sich zu bestimmten Themenschwerpunkten Angebote aus der Weiterbildungsdatenbank Brandenburg zusammenstellen und als Computerausdruck zusenden zu lassen.

Tabelle b) Quantifizierung des Beitrags des ESF in Brandenburg zur Umsetzung der EBS im Jahr 2006

	Bestand		Teilnehmerinnen und Teilnehmer ESF-gefördert	Abdeckungsquote	Teilnehmerinnen und Teilnehmer BA-Förderung	Abdeckungsquote
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Arbeitslose *	226.413		14.344	6,3	14.866	6,1
Darunter: Frauen	107.197	47,3	6.584	6,1	k.A.	k.A.
Langzeitarbeitslose	61.876		5.714	9,2	k.A.	k.A.
Darunter: Frauen	31.977	51,7	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Lebenslanges Lernen (Erwerbstätige im JD 2006) **	1.013.400		36.159	3,6	5.061	0,5
Darunter: Frauen	k.A.	k.A.	6.996		k.A.	k.A.
Existenzgründer / Unternehmensneugründungen 2006 ***	18.283		1.227	6,7	k.A.	k.A.
Darunter: Frauen	k.A.	k.A.	574	k.A.	k.A.	k.A.
Chancengleichheit **** Erwerbstätige und Arbeitslose	1.239.813		51.717	4,2	40.055	3,2
Davon Männer	k.A.	k.A.	37.643		k.A.	k.A.
Davon Frauen	k.A.	k.A.	14.074		k.A.	k.A.

\* Die Anzahl der Arbeitslosen in Brandenburg bezieht sich auf alle abhängigen Erwerbspersonen.. Da die ESF-geförderten Personen nicht gesondert nach dem Kriterium arbeitslos erfasst werden, wurden alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Maßnahmebereiche 4.1, 4.2, 4.5 und 4.6 hierunter erfasst.

\*\* Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ESF-geförderten Maßnahmen wurden die Maßnahmen 4.3.6 und 4.4.7. herangezogen. Allerdings sind hier in der Maßnahme 4.3.6

Mehrfachzählungen erfasst. Für die BA-Zahlen wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung herangezogen.

\*\*\* Die Anzahl der Unternehmensgründungen 2006 wurde berechnet aus der Anzahl der Gewerbeanmeldungen abzüglich der Gewerbeummeldungen in 2006.

\*\*\*\* Zur Beurteilung der Chancengleichheit wurden die erwerbstätigen und arbeitslosen Personen zusammengefasst und alle ESF-geförderten Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Geschlecht aufgeführt. Entsprechend ist auch hier der systematische Fehler der Mehrfachzählungen in der Maßnahme 4.3.6 enthalten.

## Anlage 12

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung (Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)									
Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Bemerkung
1. Bevölkerung	1.1 Bevölkerung insgesamt (in 1.000)	3.1.	2 593,0	2 582,4	2 574,5	2 567,7	2 559,5	2547,8	Bevölkerungs- fortschreibung  jeweils 31.12., 2005: per 31.10.
	1.2 Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter insgesamt (hier 15 bis unter 65 Jahre)	3.2.	1 838,5	1 829,0	1 817,9	1 801,5	1781,1	1747,9	
	Männer	3.3.	946,9	942,2	937,2	929,3	919,4	902,4	
	Frauen	3.4.	891,6	886,9	880,7	872,2	861,7	845,4	
	1.3 Bevölkerung außerhalb von Ober- und Mittelzentren, insgesamt	4.1.	1 427,2	1 430,0	1 432,3	1 434,6	1433,6	1430,1	
	Männer	4.2.	710,7	712,5	714,0	715,5	715,7	714,4	
	Frauen	4.3.	716,5	717,6	718,2	719,1	717,9	715,8	
	1.4 Wanderungssaldo	5.	- 673,0	- 1 871,0	1 034,0	808,0	- 136	- 3293	
2. Gesamtwirtschaftliche Lage und Wettbewerbsfähigkeit	2.1 Bruttoinlandsprodukt insgesamt in jeweiligen Preisen (in Mio. EUR)	1.1.	45.946	46.594	46.980	48.326	48.068	49.490	AFS BE-BB: VGR - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen  AFS BE-BB: Insolvenzstatistik
	2.2 nominale Veränderung zum Vorjahr (in % )		0,8	0,6	2,1	0,1	0,5	4,4	
	2.3 Entwicklung der Erwerbstätigkeit zum Vorjahr (in % )		-1,7	-2,0	-1,3	0,5	-0,8	0,6	
	2.4 Bruttowertschöpfung in jeweilige Preisen je Erwerbstätiger (in EUR)		43.935	45.453	46.432	47.543	47.655	48.775	
	2.5 Insolvenzen (Unternehmen und Freie Berufe)		1.522	1.592	1.195	1.259	1.242	940	

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Bemerkung
3. Unternehmensbestand	3.1 Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen		77.459	77.430	77.705	78.836	82.441	April 2008	AFS BE-BB: Umsatzsteuerstatistik,
	3.2 Gewerbeanmeldungen	20.5.	21.394	20.275	24.012	30.163	26.310	25.499	Gewerbeanzeigenstatistik
	dar. Neuerrichtungen	20.7.	18.126	16.953	20.790	26.183	22.074	20.955	
	3.3 Gewerbeabmeldungen	20.6.	19.793	18.194	17.058	18.245	20.755	21.279	
	dar. vollständige Aufgabe	20.8.	15.869	14.448	13.517	14.038	16.212	16.834	
4. Sektorstruktur	4.1 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen (in 1.000 Personen) insgesamt	6.	1.045,8	1.011,8	1.016,5	1008,7	1.014,7	1.014,7	AFS BE-BB: Erwerbstätigenrechnung
	Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	6.1.	146,6	143,4	139,9	136,7	135,2	136,2	
	dar. Verarbeitendes Gewerbe	6.2.	129,8	127,2	122,9	120,4	119,2	120,7	
	Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichten	6.3.	258,9	254,1	251,5	255,6	252,9	252,7	
	Finanz., Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	6.4.	118,8	122,0	126,7	133,5	135,2	139,7	
	Öffentliche und private Dienstleistungen	6.5.	357,5	356,2	353,8	355,6	356,3	358,9	
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	6.6.	40,7	40,4	40,4	40,0	37,5	37,1	
	Baugewerbe	6.7.	123,2	109,1	99,6	95,1	91,6	90,0	
	4.2 Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen (in Mio. Euro)	1.2.	41.409	42.028	42.320	43.663	43.380	44.595	AFS BE-BB: VGR
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.2.1.	1.228	1.017	835	1.136	928	953	
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	1.2.2.	7.339	7.312	7.592	8.139	8.540	9.109		
darunter Verarbeitendes Gewerbe	1.2.3.	5.583	5.518	5.752	6.193	6.673	7.119		

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Bemerkung
	Handel, Gastgewerbe ,Verkehr, Nachrichten	1.2.4.	7.835	8.257	7.981	8.254	8.237	8.457	
	Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstleistungen	1.2.5.	9.605	10.146	10.763	11.020	11.131	11.404	
	Öffentliche und private Dienstleistungen	1.2.6.	12.236	12.425	12.377	12.524	12.286	12.344	
	Baugewerbe	1.2.7.	3.166	2.872	2.774	2.589	2.258	2.328	
5. Verarbeitendes Gewerbe	5.1 Beschäftigte insgesamt	22.3.	84.322	83.931	82.098	80.519	79.373	80.944	AFS BE-BB: Verarb. Gewerbe, Monatsstatistik, Betriebe <i>eigene Berechn.</i>
	Industriebeschäftigte je 1.000 Einwohner								
	5.2 Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen je Erwerbstätiger (in EUR)		43.026	43.386	46.782	51.430	55.976	58.959	AFS BE-BB: VGR
	5.3 Neue Anlagen in jeweiligen Preisen (in Mio. Euro)	22.4.	1.316	989	736	1.300	Nov. 2007	Nov. 2008	AFS BE-BB: VGR
	5.4 Umsatz insgesamt (in Mrd. Euro)		15.881	16.038	16.290	17.281	18.096	20.042	AFS BE-BB: Verarb. Gewerbe, Monatsstatistik, Betriebe
	Inland	22.1.	13.393	.	12.961	.	.	.	
	Ausland	22.2.	3.039	.	3.329	.	.	.	
	5.5 Betriebe im September nach Beschäftigtengrößenklassen		1.176	1.166	1.089	1.071	1.046	1.033	
	1 – 49 Beschäftigte	21.1.	756	760	703	689	655	630	
	50 – 99 Beschäftigte	21.2.	243	228	212	208	216	213	
100 – 249 Beschäftigte	21.3.	109	107	124	122	126	140		
250 – 499 Beschäftigte	21.4.	49	49	30	31	30	30		
500 – 999 Beschäftigte	21.5.	11	13	14	14	12	13		
1.000 Beschäftigte und mehr	21.6.	8	9	6	7	7	7		

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Bemerkung
6. Dienstleistungen	6.1 Erwerbstätige im Dienstleistungsbereich (in 1.000)		735,3	732,3	731,9	744,7	744,4	751,3	AFS BE-BB: Erwerbstätigenrechnung
	6.2 Bruttowerstschöpfung im Dienstleistungsbereich in jeweiligen Preisen (in Mrd. EUR)		29,7	30,8	31,1	31,8	31,7	32,2	AFS BE-BB: VGR
	6.3 Betten gesamt in gewerblichen Beherbergungseinrichtungen	25.1.	79.358	81.067	80.858	79.926	79.444	78.770	AFS BE-BB: Beherbergungsstatistik
	6.4 Übernachtungen in Beherbergungsstätten, ohne Campingplätze (in Mio.)	25.2.	8.829	8.501	8.452	8.501	8.617	8.835	(Beherbergungsstätten ab
	6.5 Auslastung der angebotenen Bettenkapazität (in %)	25.3.	34,5	32,0	32,2	32,1	32,7	33,4	neun Gästebetten)
7. Arbeitsmarkt, Bildung und Ausbildung	7.1 Erwerbstätige (in 1.000) gesamt	8.	1.143,00	1.129,80	1.117,10	1.102,00			AFS BE-BB: Mikrozensus
	Erwerbstätige Frauen	11.	522,3	520,5	525,6	516,5			
	Selbständige (ohne mithelfende Familienangehörige) gesamt	20.	111,3	107,2	108,3	109,9			
	Land- und Forstwirtschaft, Fisch.	8.1.	47,2	44,7	44,0	39,9			
	dar. Selbständige	20.1.	5,4	4,3	5,7	4,2			
	Produzierendes Gewerbe	8.2.	321,8	310,3	288,3	282,6			
	dar. Selbständige	20.2.	27,4	25,7	24,4	24,2			
	Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichten	8.3.	279,2	279	277,2	268,9			
	dar. Selbständige	20.3.	35,6	36,1	34,0	33,6			
	Sonstige Dienstleistungen	8.4.	494,8	495,7	507,6	510,5			
dar. Selbständige	20.4.	42,9	41,0	44,3	47,9				
7.2 Erwerbsquote in %	17.	54,3	54,1	54,3					
7.3 Anzahl der Arbeitslosen insg. (jeweils Dezember)	17.1.	231.600	242.563	244.309	249.660	223.736	205.373	AFS	

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Bemerkung	
	Frauen	17.2.	114.666	116.226	116.760	116.455	105.297	101.664	BE-BB: Arbeitsmarkstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Daten 2006: Berechnungsstand Dez. 2006	
	Jugendliche bis unter 25 Jahre	17.3.	26.231	28.704	24.901	30.269	25.027	24.266		
	Langzeitarbeitslose	17.4.	86.344	93.325	109.126	109.568				
	Ältere (ab 55 Jahre)	17.5.	33.246	27.937	22.509	24.213	25.797	26.929		
	Ausländer	17.6.	3.574	4.297	4.572	5.053	5.214	5.242		
	Schwerbehinderte	18.	5.902	5.379	6.132	6.713				
	7.4 Unterbeschäftigungsquote (in %, jew. Dezember)									Bundesagentur für Arbeit
	7.5 Anteil betriebl. an allen Ausbildungsplätzen									
	7.6 Teilnehmer an arbeitsmarktpol. Maßnahmen (Förderfälle der Landesförderung)	10.								
	7.7 Sozialhilfeempfänger laufender Hilfe im erwerbsfähigen Alter (hier 18–65)	19.1.	39.623	43.454	47.699	49.866	5.579			AFS BE-BB: Sozialhilfestatistik
	Männer (lfd. Hilfe)	19.2.	17.193	19.004	21.039	22.163	3.411			
	Frauen (lfd. Hilfe)	19.3.	22.430	24.450	26.661	27.703	2.168			
	7.8 Teilzeitquote insgesamt (sv-pfl. Beschäftigte am 30.06.)	12.1.	12,5	13,1	13,7	14,5	14,7	15,3		
	Teilzeitquote Männer	12.2.	3,7	4,0	4,2	4,6	4,4	5,0		
	Teilzeitquote Frauen	12.3.	22,2	23,1	23,8	24,8	25,4	26,1		
	7.9 sv-pflichtig Beschäftigte (per 30.6.)	13.	778.772	759.775	732.935	715.500	698.915	705.763		
8. Forschung	8.1 FuE-Beschäftigte in Unternehmen	23.1.							SV Wissen-	

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Bemerkung
und Entwicklung	8.2 FuE-Ausgaben in Unternehmen	23.2.							schaftsstat.
	8.3 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner	24	15						
9. Verkehr und Verkehrsnetze	9.1. überörtliche Verkehrsstraßen (in km)	26.1.	9.386	9.374	9.404	9.407	9.286	9.294	MIR
	9.2. dar. Autobahnen	26.2.	788	791	790	790	790	790	MIR
	9.3. dar. Eisenbahnstreckenlänge (in km)	27.	2.743	2.743	2.825	2.815	2.864	2.824	MIR
		27.1	2.668	2.678	2.747	2.737	mit S-Bahn 2.786	2.746	MIR
							o. S-Bahn		MIR
	9.4. Gewerblich schiffbare Wasserstraßen (in km)		1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	MIR
	9.5. Flugpassagiere (in Mio., einschl. Berlin)		12,60		13,30	14,90	17,15	18,5	MIR
	9.6. Verkehrsleistung ÖPNV (in Personen-km in Mrd.)	28.	1,42	1,40	1,31	1,35	1,38	1,34	AFS BE-BB: Statistik der Personenbeförderung <sup>6)</sup>
	9.7. Güterverkehr nach Verkehrsträgern (in t)								
	Binnenschifffahrt	29.1.	4,9 Mio.	4,4 Mio.	3,7 Mio.	4,4 Mio.	4,03 Mio.	4,0 Mio	
	Eisenbahn	29.2.	25,16 Mio.	24,82 Mio.	23,69 Mio.	27,04 Mio.	29,11 Mio.	30,53 Mio	Statistisches Bundesamt
	Lastkraftfahrzeuge	29.3.	2.884	2.720	2.744	2.767			Bundesamt für Güterverkehr
10. Umwelt	Siedlungs- und Verkehrsfläche [ha / % von Gesamtfläche]		245.027 / 8,31	247.964 / 8,41	251.006 / 8,52	253.564 / 8,60	253.569 / 8,60	257.640 / 8,74	AFS BE-BB: jährliche Erhebung S- und V- Fläche
Boden	Waldfläche in Hektar [ha / % von Gesamtfläche]		1.029.914 / 34,94	1.029.749 / 34,94	1.029.539 / 34,93	1.029.543 / 34,93	1.035.851 / 35,14	1.037.160 / 35,18	AFS BE-BB: Hauptübersicht der Liegenschaften

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Bemerkung	
Wasser	Ackerland [ha / % von Gesamtfläche]		1.041.017 / 35,32	1.037.249 / 35,19	1.030.371 / 34,95	1.041.684 / 35,34	1.038.479 / 35,23	1.042.200 / 35,35	AFS BE-BB: Bodennutzungshaupterhebung, Agrarstrukturserhebung	
	Grünland [ha / % von Gesamtfläche]		296.578 / 10,06	296.516 / 10,06	293.087 / 9,94	292.112 / 9,91	292.650 / 9,93	288.900 / 9,80		
	Biologische Gewässergüte <sup>4)</sup> [Fließstrecke in %]									
	Güteklasse I		0							
	Güteklasse I-II		3,1							
	Güteklasse II		36,2							
	Güteklasse II-III		44,7							
	Güteklasse III		15,5							
	Güteklasse III-IV		0,4							
	Güteklasse IV		0,1							
Anschlussgrade									AFS BE-BB 3-jährlich	
- an Wasserversorgung (% der Gesamtbevölkerung)			97,8			98,4			LUA	
- an Kanalisation (% der Gesamtbevölkerung)			76,7		79,7	82,6			AFS BE-BB 3-jährlich Angabe 2003 nicht vom AFS	
- an zentrale Abwasserbehandlungsanlagen (% der Gesamtbevölkerung)			76,7		96,1	82,5			LUA AFS BE-BB 3-jährlich Angabe 2003 nicht vom AFS	
Grundwasserqualität										
Nitrat < 25 mg/l – Anzahl / %			51 / 85	52 / 88,1	53 / 88,3	53 / 88,3	52 / 86,7	53 / 88,4		

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Bemerkung
	Nitrat 25-50 mg/l – Anzahl / %		4 / 6,7	2 / 3,4	1 / 1,7	2 / 3,3	3 / 5,0	2 / 3,3	
	Nitrat 50-90 mg/l – Anzahl / %		3 / 5,0	3 / 5,1	4 / 6,7	3 / 5,0	2 / 3,3	3 / 5,0	
	Nitrat > 90 mg/l – Anzahl / %		2 / 3,3	2 / 3,4	2 / 3,3	2 / 3,3	3 / 5,0	2 / 3,3	
	PSM < 0,1 µg/l – Anzahl / %		979 / 99,8	917 / 99,8	785 / 99,6	873 / 99,6	1007 / 99,4	939 / 99,7	
	PSM 0,1-1,0 µg/l – Anzahl / %		2 / 0,2	1 / 0,1	2 / 0,3	3 / 0,3	4 / 0,4	2 / 0,2	
	PSM > 1,0 µg/l – Anzahl / %		0 / 0	1 / 0,1	1 / 0,1	1 / 0,1	2 / 0,2	1 / 0,1	
	PH-Wert < 5,5 – Anzahl / %		3 / 5,0	2 / 3,4	2 / 3,3	3 / 5,0	1 / 1,7	2 / 3,3	
	PH-Wert 5,5-6,0 – Anzahl / %		2 / 3,3	3 / 5,1	3 / 5,0	2 / 3,3	5 / 8,3	3 / 5,0	
	PH-Wert 6,0-6,5 – Anzahl / %		1 / 1,7	1 / 1,7	4 / 6,7	2 / 3,3	2 / 3,3	2 / 3,3	
	PH-Wert > 6,5 – Anzahl / %		54 / 90	53 / 89,8	51 / 85,0	53 / 88,3	52 / 86,7	53 / 88,4	
	Anzahl der kommunalen <sup>5)</sup> Kläranlagen nach Reinigungsstufe (insgesamt 8)		290		Angabe nicht vom AFS	277			AFS BE-BB 3-jährlich
	0 – mechanisch		10			7			- " -
	I - mechanisch + biologisch		280		77	270			- " -
	II - mechan.+biologisch+N-Eliminierung		170		67	196			- " -
	III - mechan.+biologisch+P-Eliminierung		103		2	125			- " -
	IV - mechan.+biologisch+N+P-Eliminierung		98		117	115			- " -
Luft	Gesamtemissionen CO <sub>2</sub> [t]		63.887.000	64.231.000	61.352.000				
	Gesamtemissionen SO <sub>2</sub> [t]		60.000	57.000	50.000	41.800			
	Gesamtemissionen NO <sub>x</sub> [t]		75.000	75.000	70.000	66.800			
	Ozon 8-h Wert, Anzahl der Tage <sup>1)</sup> , (Anteil der Messstellen <sup>2)</sup> )		16 (5%)	29 (64%)	54 (100%)	17 (5%)	30 (74%)	26 (58%)	

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Bemerkung
Natur	Unter Naturschutz gestellte Fläche [ha / % von Gesamtfläche]		150.623 / 5,10	162.649 / 5,5	176.519 / 6,0	195.192 / 6,6	202.303 / 6,9	206.987 / 7,0	
	Natura 2000-Gebiete [ha / % von Gesamtfläche]		443.022 / 15,0	443.022 / 15,0	465.679 / 15,8	777.493 / 26,0	777.493 / 26,0	777.493 / 26,0	
Wald	Waldanteil [% von Gesamtfläche]								
	WaAFS BE-BBchadensentwicklung [% der Waldfläche]								
	- Schadensklasse 0		53,2	49,2	48,5	44,7	41,2	32,4	
	- Schadensklasse 1		39,2	40,8	40,2	42,6	44,8	49,6	
	- Schadensklasse 2		6,8	8,5	9,4	11,1	12,8	16,1	
	- Schadensklasse 3		0,5	1,3	1,6	1,1	0,8	1,5	
	- Schadensklasse 4		0,3	0,2	0,3	0,5	0,5	0,4	
Klima	Primärenergieverbrauch gesamt [Terajoule (TJ)]		633.231	643.364	625.854	Aug 06	August 2007 *)		Energiebilanz AFS BE-BB
	dav. Erneuerbare Energieträger [TJ]		10.124	18.867	32.455				im Auftrag des MW
	dav. nicht erneuerbare Energieträger [TJ]		623.107	624.497	593.399				
	Endenergieverbrauch gesamt [TJ]		294.831	307.632	307.016	Aug 06	August 2007 *)		Energiebilanz AFS BE-BB
	dav. verarbeitendes Gewerbe [TJ]		85.791	91.463	95.523				im Auftrag des MW
	dav. Verkehr [TJ]		84.048	82.452	79.931				
	dav. Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, übrige Verbraucher [TJ] <sup>3)</sup>		124.991	133.716	131.563				

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Bemerkung
Abfall	Abfallaufkommen gesamt [t]		1.915.000	1.935.000	1.813.000	1.981.000			LUA
	Siedlungsabfallaufkommen [kg/E*a]		289	278	255	252			
	Industrieabfallaufkommen [t]								
	Sonderabfallaufkommen [t]		575.000	768.000	1.104.100	1.257.000			

- 1) mittlere Anzahl der Tage mit gleitenden 8-Stundenmittelwerten > 120 µg/m<sup>3</sup> pro Messstelle
- 2) Anteil der Messstellen mit > 25 Tagen mit gleitenden 8-Stundenmittelwerten > 120 µg/m<sup>3</sup>
- 3) In der Energiebilanz bilden die privaten Haushalte mit den Kleinverbrauchern gemäß Länderarbeitskreis Energiebilanzen einen gemeinsamen Verbrauchssektor.
- 4) 6-jähriges Erhebungsintervall, letzte Angaben davor aus 1996
- 5) einschließlich industrieller Kläranlagen, die einen erheblichen Anteil kommunalen Abwassers mit reinigen
- 6) ab 2004 neue gesetzliche Grundlage (keine uneingeschränkte Vergleichbarkeit mit den Vorjahren möglich)

## Anlage 13: Maßnahmen im Schwerpunkt 4 – Förderung des Arbeitskräftepotenzials und der Chancengleichheit

### Maßnahmebereich 4.1. Aktive und präventive Arbeitsmarktpolitik

Maßnahme 4.1.1. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Verhinderung der Langzeitarbeitslosigkeit (LZA) bei Jugendlichen

Aktion 4.1.1.1. Förderung betriebsnaher Ausbildungsplätze im Rahmen des Ausbildungsplatzprogramms Ost

Aktion 4.1.1.2. Förderung betrieblicher Ausbildungsplätze im Land Brandenburg – beendet

Aktion 4.1.1.3. nicht belegt

Aktion 4.1.1.4. Förderung des Übergangs von jungen Erwachsenen an der 2. Schwelle – beendet

Aktion 4.1.1.5. Orientierung zu Berufen im Umwelt- und Naturschutz sowie der Landwirtschaft sowie Optimierung der Berufswahlentscheidung durch Praxislernangebote / Schülerfirmen in der Schule – überarbeitet und ergänzt

Aktion 4.1.1.6. Berufsausbildungsvorbereitung marktbenachteiligter Jugendlicher

Aktion 4.1.1.7. Förderung junger Leute nach der Ausbildung beim Berufseinstieg (2.Schwelle)

Maßnahme 4.1.2. Vorhaben zur Verhinderung von LZA von Erwachsenen: Qualifizierung, Information und Beratung

Aktion 4.1.2.1. Qualifizierung für von Arbeitslosigkeit bedrohte Wissenschaftler/-innen und wissenschaftlich-technische Mitarbeiter/-innen – beendet

Aktion 4.1.2.2. Förderung des Landes zur Schaffung von Voraussetzungen zur Beschäftigung nach § 260 ff i.V. mit § 416 SGB III (ABM) durch begleitende fachliche Anleitung - entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.2.4.9

Aktion 4.1.2.3. Beiträge zur Strukturentwicklung durch Instrumente der Arbeitsförderung im Zusammenwirken mit den anderen Strukturfonds und unter Nutzung der Kofinanzierungsmöglichkeiten des SGB III - entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.3.6.12

Maßnahme 4.1.3. Einstellungsbeihilfen für arbeitsmarktpolitische Zielgruppen

Aktion 4.1.3.1. Ergänzungsförderung des Landes für SAM nach § 272 ff. i.V. mit § 415 SGB III im Bereich sozialer Dienste, der Jugendhilfe, des Breitensports, der freien Kulturarbeit, zur Erhaltung und Verbesserung der Umwelt, der städtischen Erneuerung und des städtebaulichen Denkmalschutzes, der Verbesserung des Wohnumfeldes sowie der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur – beendet, neuer Ansatz bei Aktion 4.2.5.3

Aktion 4.1.3.2. Förderung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich Umweltsanierung

Aktion 4.1.3.3. nicht belegt

## Maßnahmebereich 4.2. Gesellschaft ohne Ausgrenzung

Maßnahme 4.2.4. Förderung von Zielgruppen mit besonderen Integrationsproblemen

Aktion 4.2.4.1. Arbeitslosenserviceeinrichtungen (ASE) beendet, weiter : Fallmanager

Aktion 4.2.4.2. Aktionen Jugend und Arbeit (Jugend 2005)

Aktion 4.2.4.3. Qualifizierung Arbeitsloser - Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit – beendet ,  
neu: Aktiv für Arbeit

Aktion 4.2.4.4. Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen, Aus- und Weiterbildung Straffälliger im  
Justizvollzug des Landes Brandenburg

Aktion 4.2.4.5. Förderung berufspädagogischer Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe

Aktion 4.2.4.6. Förderung Benachteiligter im Bereich der Stadterneuerung – Zukunft im Stadtteil – ZIS  
2000 - entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.2.5.3

Aktion 4.2.4.7. Anpassungsqualifizierung für bleibeberechtigte Zuwanderer/ Ärzte/Ärztinnen im  
Praktikum – nicht belegt

Aktion 4.2.4.8. Neue Akzente für Ältere, u.a. „Akademie 50 plus“

Aktion 4.2.4.9. Förderung des Landes zur Schaffung von Voraussetzungen zur Beschäftigung nach §  
260 ff i.V. mit § 416 SGB III (ABM) durch begleitende fachliche Anleitung - beendet

Aktion 4.2.4.10. Projekt für intensives Fördern und Fordern – „PfiFF“, beendet

Aktion 4.2.4.11 Neue Ansätze zur Förderung von Langzeitarbeitslosen bei gleichzeitiger Stärkung der  
Regionalentwicklung „Regionalbudget“ (Qualifizierung) - neu, s. a. 4.2.5.4

Maßnahme 4.2.5. Beschäftigungshilfen für Sozialhilfeempfänger/-innen und andere von  
Ausgrenzung bedrohte Gruppen

Aktion 4.2.5.1. Arbeit statt Sozialhilfe beendet/ Arbeitslosengeld II

Aktion 4.2.5.2. Neue Akzente für Ältere: Aktion „Arbeit für Ältere“ - beendet

Aktion 4.2.5.3. Förderung von Beschäftigungshilfen für arbeitslose Arbeitnehmer/innen ab 50 Jahre –  
überarbeiten, neu: Ergänzungsförderung des Landes für ABM (neu) zur Verbesserung der Infrastruktur  
unter besonderer Berücksichtigung von Zielgruppen und älteren Arbeitslosen

Aktion 4.2.5.4 Neue Ansätze zur Förderung von Langzeitarbeitslosen bei gleichzeitiger Stärkung der  
Regionalentwicklung „Regionalbudget“ (Beschäftigung) – neu, s. a. 4.2.4.11

## Maßnahmebereich 4.3. Berufliche und allgemeine Bildung, lebensbegleitendes Lernen

Maßnahme 4.3.6. Verbesserung der Systeme der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Förderung  
des lebenslangen Lernens

Aktion 4.3.6.1. Ausbildungsverbände im Rahmen der Erstausbildung

Aktion 4.3.6.2. Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung – im Rahmen der Erstausbildung

Aktion 4.3.6.3. Überbetriebliche Lehrunterweisung – Landwirtschaft – im Rahmen der Erstausbildung – entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.3.6.2

Aktion 4.3.6.4. Ausbildungsverbände zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze – entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.3.6.1

Aktion 4.3.6.5. Innovative arbeitsmarktpolitische Schwerpunktförderung (INNOPUNKT)

Aktion 4.3.6.6. Tätigkeits- und berufsbegleitende Qualifizierung von Beschäftigten in der Jugendhilfe – neu: Förderung der Qualifizierung und Weiterbildung von Beschäftigten der Jugendhilfe und der Erwachsenenbildung sowie der Lehrkräfte der allgemeinen und beruflichen Bildung

Aktion 4.3.6.7. Berufsgruppenübergreifende Qualifizierung für Lehrkräfte und Beschäftigte der Jugendhilfe – entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.3.6.6

Aktion 4.3.6.8. Projektförderung im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrkräfte in der Beruflichen Bildung – entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.3.6.6

Aktion 4.3.6.9. Projektförderung im Rahmen der Weiterbildung – entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.3.6.6

Aktion 4.3.6.10. Förderung von Maßnahmen zur Vermeidung von Schulabbrüchen

Aktion 4.3.6.11. Praxisorientiertes Lernen für Schülerinnen und Schüler im 9. und 10. Schulbesuchsjahr zur Vermeidung von Schulabbrüchen" – entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.3.6.10

Aktion 4.3.6.12. Regionale Verzahnung von Qualifizierungs-, Arbeits-, Wirtschafts- und Strukturförderung unter besonderer Berücksichtigung des Gender-Mainstreaming

Aktion 4.3.6.13. Weiterentwicklung der wirtschaftsnahen Qualifizierung durch Modellprojekte zur beruflichen Aus- und Weiterbildung, Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitsumverteilung

Aktion 4.3.6.14. Förderung der Weiterentwicklung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) zu Kompetenzzentren (KOMZET)

Aktion 4.3.6.15 Regionalbüros für Fachkräftesicherung  
Maßnahmebogen noch nicht in EzP, wird vorbereitet

#### Maßnahmebereich 4.4. Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist

Maßnahme 4.4.7. Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und Beschäftigten

Aktion 4.4.7.1. Förderung der fachpraktischen Ausbildung im Kooperativen Modell im Rahmen des Ausbildungsplatzprogramms Ost

Aktion 4.4.7.2. Modellprojektförderung zur Arbeitsumverteilung - siehe Aktion 4.3.6.5 (Innopunkt)

Aktion 4.4.7.3. Förderung der Kompetenzentwicklung durch Qualifizierung in Unternehmen im Land Brandenburg

Aktion 4.4.7.4. Förderung der Qualifizierung von Beschäftigten zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit - beendet

Maßnahme 4.4.8. Förderung des Unternehmergeistes

Aktion 4.4.8.1. Förderung der Qualifizierung und Beratung von Existenzgründungswilligen in Vorbereitung ihrer Gründung und danach

Aktion 4.4.8.2. Förderung junger Existenzgründer/innen aus der Arbeitslosigkeit – entfällt hier, neue Zuordnung bei 4.4.8.1

Aktion 4.4.8.3. Förderung Brandenburger Unternehmerinnen und Unternehmer bei der rechtzeitigen Sicherung der Betriebsnachfolge durch prozessorientierte Qualifizierung/Weiterbildung, Beratung und Coaching - siehe Aktion 4.3.6.5 (Innopunkt)

#### Maßnahmebereich 4.5. Chancengleichheit von Frauen und Männern

Maßnahme 4.5.9. Spezifische Vorhaben zur Verbesserung der beruflichen Chancengleichheit von Frauen

Aktion 4.5.9.1. Regionalstellen Frauen und Arbeitsmarkt – beendet

Aktion 4.5.9.2. Arbeit statt Sozialhilfe für spezielle Maßnahmen für Frauen - beendet

Aktion 4.5.9.3. Förderung von Initiativen zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit

Aktion 4.5.9.4. Ausbildung von Rettungsassistentinnen – beendet

Aktion 4.5.9.5. Förderung des Landes zur Schaffung von Voraussetzungen zur Beschäftigung nach § 260 ff. i.V. mit § 416 SGB III (ABM) durch begleitende fachliche Anleitung für Frauen – neu: Ergänzungsförderung des Landes für ABM (neu) für Frauen unter besonderer Berücksichtigung Älterer und Schwerbehinderter

Aktion 4.5.9.6. Projektförderung arbeitsmarktpolitischer Schwerpunkte und Modelle für Frauen - siehe Aktion 4.3.6.5 (Innopunkt)

Aktion 4.5.9.7. Förderung der Arbeitsaufnahme von Alleinerziehenden und schwervermittelbaren Frauen in unbefristete Arbeitsverhältnisse – beendet

Aktion 4.5.9.8. Verbesserung der Ausbildung im Rahmen der Gesundheitsfachberufe/und praxisnahe Weiterbildung und Qualifizierung für Gesundheits- und Krankenpfleger/innen

Aktion 4.5.9.9. Förderung von innovativen Modellprojekten zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen in Arbeit und Wirtschaft und von Initiativen zur Verbesserung des Zugangs von Frauen in Führungspositionen

## Maßnahmebereich 4.6. Lokales Kapital für soziale Zwecke

Maßnahme 4.6.10. Kleinprojekte zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und der lokalen-sozialen Entwicklung

## Anlage 14: „Nachhaltigkeit“ EFRE

	Feld im IND	Gesamt		
		EFRE	Gesamtkosten	Anzahl Projekte
<b>dominante Projektwirkung</b>	stark sozial	3.516.524	5.111.214	5
	vorwiegend sozial	29.926.926	55.317.554	26
	ökologisch-sozial	14.881.948	29.348.478	25
	ökonomisch-sozial	28.709.483	50.764.779	11
	vorwiegend ökologisch	2.814.580	6.409.309	2
	stark ökologisch			
	ökonomisch-ökologisch	20.092.196	34.703.204	18
	vorwiegend ökonomisch	40.035.548	59.007.277	22
	stark ökonomisch	34.502.431	53.742.612	14
	umfassend nachhaltig	20.721.870	33.201.776	18
<b>resultierende Projektwirkung</b>	<b>Feld im IND</b>	<b>EFRE</b>	<b>Gesamtkosten</b>	<b>Anzahl Projekte</b>
	stark sozial			
	vorwiegend sozial	21.534.098	43.934.980	24
	ökologisch-sozial	8.538.476	12.147.400	14
	ökonomisch-sozial	3.999.740	7.312.049	3
	vorwiegend ökologisch			
	stark ökologisch			
	ökonomisch-ökologisch	38.587.137	56.518.675	9
	vorwiegend ökonomisch	78.667.574	132.257.435	48
	stark ökonomisch			
umfassend nachhaltig	43.874.482	75.435.665	43	
<b>resultierende Projektgestaltung</b>	<b>Feld im IND</b>	<b>EFRE</b>	<b>Gesamtkosten</b>	<b>Anzahl Projekte</b>
	stark sozial	814.780	1.148.030	1
	vorwiegend sozial	4.935.662	7.270.644	4
	ökologisch-sozial	7.666.880	14.304.439	8
	ökonomisch-sozial	54.975.458	109.333.680	60
	vorwiegend ökologisch	3.262.426	5.124.400	5
	stark ökologisch			
	ökonomisch-ökologisch	49.495.940	74.255.866	20
	vorwiegend ökonomisch	43.719.012	61.813.918	17
	stark ökonomisch	5.134.029	13.513.077	9
	umfassend nachhaltig	16.366.669	27.361.015	12
schwach nachhaltig	8.830.651	13.481.135	5	
<b>Umweltwirkung</b>	<b>Kategorie nach VO(EG)438/2001</b>	<b>EFRE</b>	<b>Gesamtkosten</b>	<b>Anzahl Projekte</b>
	umweltneutral	104.201.412	183.504.465	75
	umweltfreundlich	91.000.095	144.101.739	66
	hauptsächlich umweltorientiert			
<b>gesamt</b>		<b>195.201.507</b>	<b>327.606.204</b>	<b>141</b>